

Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients [Hg.]

Proteste, Revolutionen, Transformationen -
die Arabische Welt im Umbruch

Protests, revolutions and transformations -
the Arab World in a Period of Upheaval

Working Paper No. 1 | July 2011

www.polsoz.fu-berlin.de/vorderer-orient

Working Papers for Middle Eastern and North African Politics

This Working Paper Series is edited by the Center for Middle Eastern and North African Politics at the Freie Universität Berlin. It presents original research about the social, political, cultural and economic transformations in the region and beyond. It features contributions in area studies, comparative politics, gender studies and peace and conflict studies, thus representing a broad variety of critical and empirically founded fresh insights on current issues in these fields.

Downloads

The Working Papers are available online on www.polsoz.fu-berlin.de/vorderer-orient/wp.

You can order your print copy at polvoro@zedat.fu-berlin.de

© 2011 by the author(s): Cilja Harders, Carmen Dege, Fadi Bardawil, Anja Zorob, Naoual Belakhdar, Anja Hoffmann, Hoda Salah, Jens Heibach, Malika Bouziane, Katharina Lenner, Steffen Hagemann, Shelley Harten, Imad Alsoos, Dora Streubel.

Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients [Hg.] (2011):
 Proteste, Revolutionen, Transformationen - die arabische Welt im Umbruch,
 Center for North African and Middle Eastern Politics,
 Freie Universität Berlin, Berlin, June 2011.

ISSN (Print) : 2192-7499
 ISSN (Internet) : 2193-0775

Center for Middle Eastern and North African Politics
 Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
 Otto-Suhr-Institute for Political Science
 Freie Universität Berlin
 Ihnestr. 22
 14195 Berlin
 Germany

Phone: +49(0) 30 838 56640
 Fax: +49(0) 30 838 56637
 Email: polvoro@zedat.fu-berlin.de

Vorwort und Danksagung

Cilja Harders

Die folgenden Beiträge in dieser ersten Nummer der Arbeitspapiere der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients, „Proteste, Revolutionen, Transformationen – die Arabische Welt im Umbruch“ sind Produkt einer ausführlichen und intensiven Diskussion innerhalb der Arbeitsstelle und mit allen Autorinnen und Autoren. Sie spiegeln eine gemeinsam gesuchte Perspektive „von unten“ und jenseits typischer akademischer und medialer Repräsentationen wider. Die Beiträge sind zugleich Ausdruck unterschiedlicher Standpunkte und sie stellen für uns alle eher den Beginn eines vertieften Analyseprozesses dar. Wir hoffen, dass sie in diesem Sinne provozieren und inspirieren können.

Der Titel dieser Zusammenstellung von Beiträgen wirft die alte Frage nach der Region und ihrer Bezeichnung auf – wo beginnt und endet sie, wer definiert sie als was, und wie verändern sich infolge der gegenwärtigen Umbrüche auch die Selbst- und Fremdbeschreibungen? Keine der möglichen Bezeichnungen der Region ist ‚neutral‘, jede produziert latent Ausschlüsse. Wir haben uns dafür entschieden, die Bezugnahme auf das Arabische als geteilte, reisende Sprache des Protests und die damit verbundenen Solidaritäten in den Vordergrund zu stellen. Allerdings ereignen sich, wie in den Beiträgen sichtbar wird, die gegenwärtigen Umbrüche in der Region teils jenseits, in manchen Fällen auch gegen den arabischen Referenzrahmen.

Ohne die lebhaften fachlichen Diskussionen, die umfassende technische Unterstützung und ein sorgfältiges Lektorat wären die Arbeitspapiere nicht in dieser Qualität entstanden. Naoual Belakhdar, Malika Bouziane, Carmen Dege, Anja Hoffmann, Katharina Lenner und Shelley Harten haben die hier versammelten Texte kritisch kommentiert. Mein besonderer Dank geht zudem an Alexandros Tokhi für die Entwicklung der Gestalt der Arbeitspapiere und an Peter Weissenburger für die sorgsame und rasche Umsetzung dieses Konzeptes. Gizem Adıyaman und Melike Çınar haben für ein hervorragendes Lektorat gesorgt, unterstützt von Laura Lelli Masah und Tobias Röcker.

Inhalt - Table of Contents

<i>Cilja Harders</i>		<i>Hoda Salah</i>	
Die Umbrüche in der Arabischen Welt: Zwischen Revolution und Restauration	10	Revolution gegen Autoritarismus, Patriarchalismus und Tradition in Ägypten	110
<i>Carmen Dege</i>		<i>Jens Heibach</i>	
Sie tappeln im Dunkeln: der Westen, die Regime, Al-Qaida – Zum blinden Fleck gängiger Ägyptenbetrachtungen	38	Der Anfang vom Ende? Der Jemen nach ‘Alī ‘Abdullāh Ṣāliḥ	130
<i>Fadi Bardawil</i>		<i>Malika Bouziane & Katharina Lenner</i>	
Sunken Mythologies	58	Protests in Jordan: Rumbblings in the Kingdom of Dialogue	148
<i>Anja Zorob</i>		<i>Steffen Hagemann & Shelley Harten</i>	
Aufstand in der arabischen Welt: Wirtschaftliche Hintergründe und Perspektiven	62	The Lieberman Syndrome	166
<i>Naoual Belakhdar</i>		<i>Imad Alsoos</i>	
„Wir hatten im Oktober 1988 unsere Revolution“. Eine Analyse der gescheiterten Protestbewegung in Algerien 2011	82	The Palestinian National Movement in the Context of the Arab Spring: An Internal Perspective	174
<i>Anja Hoffmann</i>		<i>Dora Streubel</i>	
Wem gehört der marokkanische Wandel? Eine Analyse des umkämpften politischen Felds in Marokko	92	Gewalt als Säule des Machterhalts in Syrien	188

Zusammenfassung der Beiträge - Abstracts

Cilja Harders diskutiert in ihrem Beitrag die arabischen Proteste als Reaktion auf die Krise des autoritären Sozialvertrags. Die schon seit Jahren beobachtbare „Transformation ohne Transition“ einschließlich der damit verbundenen Adaptionsstrategien kommen an ihr Ende. Der Schwerpunkt der Analyse liegt auf Ägypten mit einigen kursorisch-vergleichenden Ausflügen in die Region. Der im Text entwickelte analytische Rahmen verknüpft Strukturfaktoren, Akteurskonstellationen und situative Dynamik, um so ein gleichermaßen systematisches wie komplexes Bild von Ursachen und Wirkungen der Umbrüche zu zeichnen. Dies wird mit systematisierenden Beobachtungen zu den Besonderheiten der Proteste verbunden, um so einen vergleichenden Blick zu ermöglichen.

Carmen Dege beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit der Frage, wie sich die revolutionären Ereignisse des arabischen Frühlings in Ägypten für eine Vielzahl der Beobachter_innen derart spontan und unerwartet entfalten konnten. Ein besonderes Augenmerk legt sie auf dominante Perspektiven des Westens, Al-Qaidas, sowie des Mubarak-Regimes selbst. Die Autorin bedient sich dazu einer Tradition innerhalb der Anthropologie, die bereits vor einem Jahrzehnt auf eine vielschichtige politische Kultur in Ägypten hinwies. In diesem Zusammenhang erscheint es unabdinglich, sich von den Dichotomisierungen Moderne versus Tradition bzw. Säkularismus versus Religiösität zu lösen. Indem die Autorin sowohl gängige, jedoch implizite Grundannahmen (wie etwa die Vorstellung einer schwachen Zivilgesellschaft in Ägypten) offen- und widerlegt, als auch deren Niederschlag in den Perspektiven des Westens, Al-Qaidas und des Mubarak-Regimes aufzeigt, gelingt ihr eine differenzierte Betrachtung des liberalen Demokratieverständnisses sowie der vielschichtigen politischen Strömungen, die diesen Frühling möglich gemacht haben.

Fadi Bardawil registers how the popular uprisings we have been witnessing in the Arab world are, in addition to toppling and shaking the authoritarian regimes inherited from the national liberation struggles of the mid-twentieth century, eroding the culturalist ideologies propagated in, and on the area. These culturalist mythologies, which subject Arab culture to a scathing critique blaming it for all ills that befall Arabs in this day and age, are mostly promoted by a generation of disenchanting ex-Leftist intellectuals who once idealized the ‘masses’ but had come to adopt diametrically opposed views in their old age. While the southern shores

of the Mediterranean are witnessing their Arab spring, the picture is bleaker on its’ northern coasts. The essay concludes with noting the embarrassment and confusion of European foreign policy vis-à-vis the unfolding ‘Arab Spring’ as well as registering the rise in nationalist and right wing forces across the old continent.

Tunesien und Ägypten wurden in den letzten Jahren von Weltbank, IWF und ihren Unterstützern immer gerne als „Erfolgsgeschichten“ bezeichnet. **Anja Zorob** wirft einen Blick hinter die Kulissen von Wirtschaftswachstum und Fortschritten in diversen Entwicklungs- und Reformindizes und stellt fest, dass von den neoliberalen Reformen nur wenige profitierten. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hatte in Bezug auf Wohlstand und Lebensperspektiven immer höhere Einbußen zu verkraften. In Verbindung mit gleichzeitig allenfalls marginalen Zugeständnissen für mehr Bürgerrechte und politische Teilhabe ist vor diesem Hintergrund der authoritarian bargain früherer Zeiten in Tunesien und Ägypten schließlich gescheitert. Dieser ‚Handel‘, der den Verzicht der Bevölkerung auf politische Mitspracherechte im Austausch gegen ein Mindestmaß an staatlich garantiertem Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit impliziert, hatte jahrzehntelang mit dazu verholfen, die Stabilität der autoritären Regime aufrechtzuerhalten.

Naoual Belakhdar untersucht in ihrer Analyse zu Algerien, das nach der Flucht des tunesischen Diktators als das nächste arabische Land galt, dessen autoritäre Führer durch einen Volksaufstand gestürzt werden würden, weshalb es trotz einer täglich zum Ausdruck gebrachten Unzufriedenheit in der Gesellschaft zum Scheitern der Protestbewegung „Koordination für den Wandel und Demokratie“ im Februar 2011 kam. Die schwache Mobilisierung wird vor dem Hintergrund der diversen Anpassungsmechanismen des autoritären Regimes sowie der noch nicht verarbeiteten Bürgerkriegserfahrung betrachtet.

Anja Hoffmann analysiert die aktuellen Ereignisse in Marokko. Wenn am 20. Februar tausende MarokkanerInnen „gegen den Absolutismus“ und für mehr politische Rechte protestieren, dann stellt dies eine diskursive Zäsur dar, die sich ohne die Ereignisse in Tunesien und Ägypten wohl kaum zu diesem Zeitpunkt ereignet hätte. Diese Hintergrundanalyse zu der aktuellen Situation in Marokko betont die historische Kontinuität der Infragestellung der Herrschaftsverhältnisse und unterstreicht damit, dass das politische Feld immer schon ein komplexer Aushandlungsprozess war. Des Weiteren analysiert der Artikel die Reaktionen des Regimes auf den geforderten Wandel und argumentiert, dass die Verfassungsreform keinesfalls als politischer Bruch, sondern als Kontinuum einer Strategie der diskursiven Vereinnahmung zu verstehen sei. Drittens beschreibt der Text die aktuellen Umbrüche und zeigt, wie sich Diskurse ändern, und die Grenzen

dessen, was das Regime an Kritik toleriert, stetig verschärft getestet werden. Die Analyse schließt mit der These, dass die Grundfesten des marokkanischen Gesellschaftsvertrages diskursiv erschüttert sind.

Hoda Salah entwickelt in ihrem Beitrag die These, dass die ägyptische Gesellschaft sich in Richtung Entpatriachalisierung und Enttraditionalisierung bewegt. Wegbereiter der Revolution sind demnach die gewandelte politische Kultur und veränderte Geschlechterverhältnisse. Die Revolution bekämpft nicht nur das bestehende politische System, sondern bricht mit der alten Ideologie und politischen Kultur, mit Traditionen, Hierarchien, Geschlechterverhältnissen und nicht zuletzt dem bisherigen Verhältnis zum Westen. Der Beitrag widmet sich schließlich der nach der Revolution entfachten Verfassungsdebatte mit Hinblick auf die Rolle der Religion und deren Implikation für Geschlechterverhältnisse.

Jens Heibach untersucht die Proteste im Jemen. Nachdem sich Ali Abdullah Salih seit Anfang Juni 2011 nach Saudi-Arabien zurückgezogen hat, ist er das dritte Staatsoberhaupt, das dem arabischen Frühling zum Opfer gefallen ist. Jens Heibach bietet in seinem Beitrag eine ergänzende Lesart zu den meist pessimistischen Analysen zum Jemen. Er analysiert u.a. neue und alte Akteure, regionale Faktoren und Aspekte der politischen Kultur und argumentiert, dass trotz der oft beschriebenen Gefahren einer post-Salih-Phase auch Chancen für eine erfolgreiche politische Transformation bestehen.

Malika Bouziane and Katharina Lenner look at the historical trajectory of strategies of rule and contestation in Jordan, aiming to trace actual changes and continuities. They argue that one can currently witness a new dynamic of contestation, which simultaneously challenges but also reinforces established mechanisms of rule. The recent '24th of March' coalition constitutes an attempt to form a broad coalition for political and economic reforms, transcending potential divides between different population groups. This effort, however, has been undermined by a resurgence of divide-and-rule strategies. Moreover, the authors observe a return to personalized forms of monarchical rule and accommodation, which marks a significant shift from the detached neoliberal 'reform orientation' of the last ten years. Those reactions, in addition to other established mechanisms of accommodation and containment point to a strategic reorientation in the face of the current crisis. While they currently contribute to a widespread notion that there is no alternative to the Hashemite monarchy, emerging dynamics also challenge previous modes of governance. Based on those observations, the authors question the established account of monarchical flexibility and, thus, stability.

Steffen Hagemann and Shelley Harten analyze the Israeli situation. The Lieberman Syndrome" examines the ways in which the dominant security discourse in Israel strengthens anti-democratic tendencies within the country, such as questioning the loyalty of its citizens, threatening NGOs and racism, as represented by the successful far right party "Yisrael Beiteinu" of Foreign Minister Avigdor Lieberman. This discourse of security, fear and power inhibits an optimistic approach within Israeli society to developments in the Arab world. While people demand democracy around it, Israeli politics increasingly reverse to authoritarian tendencies.

Imad Alsoos sheds light on political developments in Palestine in the context of the Arab Spring. Since 2007, a political split between the West Bank and Gaza, Fatah and Hamas, has characterized Palestinian politics and transformed civil and social life tremendously. This split notwithstanding, reconciliation between both factions remained to be a strong public demand. Against this background, the Arab revolts opened an entire array of new opportunities and constraints, which translated this demand into action and eventually led both factions to sign the 'reconciliation' agreement in May 2011. The author argues that, most importantly, it is the social youth networks, invigorated and facilitated by the Arab revolts, which have played and are going to play a significant role in Palestinian politics.

Dora Streubel untersucht Gewalt als Säule des Machterhalts in Syrien. Dort dauern die Proteste der Bevölkerung trotz des repressiven Vorgehens seitens der Regierung an und ein Ende ist nicht absehbar. Noch scheint das Regime stabil. In der Analyse wird eingehender untersucht, wie repressive und nicht-repressive Strategien des Machterhalts gegenwärtig in Erscheinung treten. Wie die Untersuchung zeigt, wird Gewalt bald zur einzigen Säule, auf der die Regierung noch ruht.

Cilja Harders

Die Umbrüche in der Arabischen Welt: Zwischen Revolution und Restauration

Einleitung¹

Zeitpunkt und Dynamiken der Umbrüche in der Arabischen Welt haben die meisten Kommentator_innen und viele Aktivist_innen vor Ort überrascht. Zwar haben sich viele für Veränderungen eingesetzt, Regimewechsel gefordert und radikalen Wandel erhofft – dass jedoch mit der Selbstverbrennung Mohamed Bouazizis vom 17.12. 2010 eine Dynamik beginnen würde, an deren Ende der Sturz von Ben Ali stehen würde, haben die meisten nicht vorhergesehen. Und auch auf dem Tahrir-Platz in Kairo war die Situation im Ringen um den Abgang von Mubarak vom 25. Januar bis zum 11. Februar ergebnislos. Nach dem raschen Rückzug der Präsidenten in Tunesien und Ägypten hofften Aktivist_innen in anderen Staaten der Region, bestärkt und inspiriert durch den Fall der Mauer der Angst, auf ebenso zügigen Wandel.

Knapp sechs Monate später ist das Bild uneinheitlich: In Ägypten und Tunesien hat ein zähes Ringen um die faktische Umsetzung der von vielen gewünschten tiefgreifenden Veränderung der Regime begonnen. Die Proteste in Syrien (vgl. Beitrag von Dora Streubel) und Bahrein werden mit großer Brutalität von den herrschenden Eliten und ihren Verbündeten bekämpft. In Libyen hat die NATO interveniert und versucht an der Seite der Regimegegner Gaddafi militärisch zu besiegen. Im Jemen ist nach dem erzwungenen Abgang von Ali Saleh der Weg für eine ausgehandelte Transition frei geworden (vgl. Beitrag von Heibach). In Marokko (vgl. Beitrag von Hoffmann) und Algerien (vgl. Beitrag von Belakhdar) kommt es regelmäßig zu Protesten und Demonstrationen, ebenso wie im Irak, in den palästinensischen Gebieten (vgl. Beitrag von Alsoos), punktuell im Libanon und teilweise in Jordanien (vgl. Beitrag von Bouziane/Lenner). Selbst in den konservativen und reichen Ölmonarchien auf der Golfhalbinsel gab und gibt es immer wieder Versuche des öffentlichen Protests, so in Oman, Kuwait und Saudi-Arabien. Die israelische Regierung scheint hingegen fast paralysiert den alten Herrschern nachzuhängen (vgl. Beitrag von Hagemann/Harten). Ähnlich komplex sind die geopolitischen Kontexte, in denen diese demokratischen Aufbrüche stattfinden. Die Chancen für die Realisierung von Freiheit,

Würde, sozialer Gerechtigkeit, wie von vielen Menschen in der gesamten Region gefordert, wird auch entscheidend davon abhängen, wie sich neue und alte weltpolitische Akteur_innen dazu positionieren. Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen verdiente einen eigenen Text und kann hier, wo der Blick auf die innenpolitischen Dynamiken gerichtet wird, nur gestreift werden.

Die derzeitigen Umbrüche fordern analytisch, empirisch und auch politisch heraus, so die Ausgangsannahme dieses Textes und auch der weiteren Beiträge in dieser Sammlung. Es ist dieses Moment der Verunsicherung und Hinterfragung konventioneller Kategorien der Wahrnehmung und Analyse, das es für die Entwicklung neuer politikwissenschaftlicher Perspektiven auf die Region fruchtbar zu machen gilt, so eine weitere Annahme. Ein neuer Blick muss nicht auf alte Erkenntnisse – etwa der Bewegungs-, Revolutions- oder Transformationsforschung - verzichten, aber er wird immer dann notwendig, wenn die alten Kategorien den Blick auf die Ereignisse eher verstellen als erhellen. Und das, so scheint es uns, ist bei der Analyse und öffentlichen Wahrnehmung der Proteste in Nordafrika und Westasien derzeit der Fall (vgl. Beiträge von Bardawil und Dege). Die Politikwissenschaft hat sich lange auf die Regimeeliten sowie die Frage der „Stabilität“ konzentriert und dabei stark auf Strukturfaktoren wie natürliche Ressourcen, internationale Abhängigkeiten und/oder Religion als Erklärung zurückgegriffen. Die medialen Repräsentationen der Region sind von einer Engführung auf die potenziell gefährliche Religion und Kultur „Islam“ geprägt.² Homogenisierung, Kulturalisierung und Versicherheitlichung dominieren das Bild und verstellen den Blick auf Vielfalt und Dynamik der derzeitigen Entwicklungen.

Die Gesellschaften in Maghreb und Mashrek durchlaufen seit einigen Jahren große soziale, politische, kulturelle und ökonomische Transformationen, die durch unterschiedliche Entwicklungen ausgelöst wurden. In den jungen Gesellschaften kann die wirtschaftliche Entwicklung mit der demografischen nicht mithalten, neoliberale Reform und die Krise älterer Entwicklungsmodelle führten einerseits zu hohen Wachstumsraten und guten makroökonomischen Daten, andererseits jedoch auch zu wachsender Ungleichheit (vgl. Beitrag von Zorob). Hinzu kommt die Veränderung der politischen Kultur durch vielfältigere Medienlandschaften, die digital und via Satellit lokale Gesellschaften global vernetzen. Mit dem demografischen und medialen Wandel ging zugleich auch eine Veränderung der Geschlechter- und Generationenverhältnisse einher, was sich etwa in der zunehmenden Infragestellung patriarchaler Strukturen im Privaten zeigt (vgl. Beitrag von Salah). Nicht zuletzt hat die Denationalisierung von Politik auch vor den autoritären Staaten der Region nicht haltgemacht.³ Zum Teil jenseits

formalisierter staatlicher Strukturen agieren nationalstaatlich verankerte, jedoch regional und translokal vernetzte Akteur_innen. Dazu zählen unter anderem innerarabische Migrant_innen und Flüchtlinge, die islamistische Bewegung und – wesentlich schwächer ausgeprägt – die Menschenrechtsbewegung.

Diese tiefgreifenden Veränderungen wurden jedoch nicht von politischem Wandel im Sinne einer umfassenden Liberalisierung oder gar Demokratisierung der Systeme begleitet. Die Grundlagen des autoritären Sozialvertrags, in dem wohlfahrtstaatliche Leistungen im Tausch für politische Demobilisierung angeboten werden, wurden nicht grundlegend in Frage gestellt. Anstelle des politischen Wandels treten autoritäre Anpassungs- und Modernisierungsstrategien. Die Regime reagierten und reagieren auf politische, soziale und ökonomische Herausforderungen – in je spezifisch ausgeprägter Weise – mit fünf Strategien: Repression, Islamisierung, Informalisierung, Kooptation und begrenzter politischer sowie ökonomischer Liberalisierung.⁴ In der Folge pluralisierte sich das politische Feld in vielen Staaten zwar, was insbesondere beim Blick auf die informellen, ‚unpolitischen‘ und lokalen Mobilisierungen unterhalb der Bewegungsebene deutlich wird. Zugleich entstand ein widersprüchliches Nebeneinander von kleinräumigen Partizipationsdynamiken und der Logik der autoritären Herrschaftssicherung, das ich als „Transformation ohne Transition“ bezeichne.⁵ Die damit verbundenen Widersprüche führten zu einer in den einzelnen Staaten unterschiedlich tiefgreifenden und umfassenden Legitimitätskrise. Diese ist eine zentrale Ursache für die derzeitigen Proteste und Umbrüche, so meine These.

Allerdings gibt es keine einfachen Zusammenhänge zwischen den vielfältigen Krisen, den Zeitpunkten der Mobilisierung und den möglichen Ergebnissen von Massenprotesten, wie die Dynamiken in der Region zeigen. Der Blick auf die Akteur_innen ist jedoch besonders fruchtbar, da ihre je spezifischen Bewegungsgeschichten, Ressourcen, Forderungen und Mobilisierungsstrategien die ‚neuen Proteste‘ angesichts der ‚alten Krise‘ am ehesten plausibilisieren können. Entsprechend schlage ich vor, einen Schwerpunkt auf die Analyse der Akteur_innen zu legen und dies in der Trias des je kontextspezifischen Zusammenwirkens von Strukturfaktoren, Akteurskonstellationen und situativen Dynamiken zu analysieren. Diesen analytischen Rahmen skizziere ich in Abschnitt drei vor dem Hintergrund einiger Beobachtungen zu den Besonderheiten der Proteste in Abschnitt zwei - Ägypten wird dabei mit einigen kursorischen Ausflügen in andere Staaten der Region im Vordergrund stehen. In Abschnitt vier diskutiere ich die Krise des autoritären Sozialvertrags als Hauptursache der Proteste. Abschnitt fünf befasst sich mit den Akteur_innen des Wandels und Abschnitt sechs mit der situativen Dynamik

der Proteste. In Abschnitt sieben und zugleich dem Fazit geht es um die möglichen Wirkungen der Umbrüche auf Staat und Gesellschaft. Der Beitrag ist sich der Ambivalenzen bewusst, die das Unterfangen mit sich bringt, einerseits historisierend und kontextualisierend zu arbeiten und andererseits den Blick für das Neue und Besondere der Proteste in der Region nicht zu verlieren. Sie werden den Text begleiten, ebenso wie eine nicht zu übersehende Tendenz, Ägypten – *umm al-dunya* oder „Mutter der Welt“ – zum Ausgangspunkt weiterreichender Gedanken zu machen.

Neun Beobachtungen: ‚Neue‘ Proteste angesichts ‚alter‘ Krisen

Was ist das Besondere und Überraschende an den arabischen Protesten? Ich beginne mit einigen Beobachtungen zu Akteur_innen, Strukturen und Dynamiken, die vor dem Hintergrund der tunesischen und ägyptischen Revolutionen entwickelt wurden. Sie lassen sich, allerdings in je kontextspezifischer Form, auch in den anderen Staaten der Region beobachten:

(1) Der Zeitpunkt ist überraschend und mit ihm sind dies bisher nicht gekannte Möglichkeiten erfolgreicher, politische Lager übergreifender, Massenmobilisierung für Regimewechsel in der Arabischen Welt. Damit ist die These der autoritären Stabilität, die die Forschung lange dominierte, infrage gestellt.

(2) Neu ist die starke Präsenz eines bisher unbekanntes kollektiven Akteurs, den Jugendkoalitionen. Die „Jugendlichen“ umfassen eine politisch heterogene Gruppe überwiegend gut ausgebildeter von Menschen zwischen 15 und 40 Jahren, die mit dem Autoritarismus des Staates auch den Patriarchalismus ihrer Gesellschaften herausfordern. Sie konnten breite Koalitionen bilden, die sich über ideologische Gräben hinweg auf wenige Forderungen konzentrierten. Damit ist der traditionelle Fokus auf die etablierte, parteiförmige Opposition und auf islamistische Gruppen infrage gestellt. Die ägyptischen Muslimbrüder und die tunesische Nahda spielten für die Initiierung der Proteste keine führende Rolle, obgleich es als gesichertes Erkenntnis galt (und gilt), dass nur die Islamist_innen zu Massenmobilisierung in der Lage sind.

(3) Eine neuartige Artikulation von politischen, sozialen und ökonomischen Zielen zeigt sich in den Slogans des Protests. Der Fokus liegt auf Würde, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit und widerspricht damit Annahmen von kulturell oder religiös bedingten Inkompatibilitäten von Gesellschaften in der Region mit Menschenrechten und Demokratie.

(4) Neue Modi der Mobilisierung wie die Besetzung öffentlichen Raums und die netzwerkförmige, auf Deliberation, gerichtete Organisation von breiten Koalitionen.

(5) Neue Ressourcen der Mobilisierung wie Mobilfunk, Blogs, soziale Netzwerke wie Twitter oder Facebook spielen eine ebenso wichtige Rolle wie das arabische Satellitenfernsehen. Interessant ist dabei die offensive Rolle von AlJazeera als Medium und Akteur in den Protesten in Ägypten – etwa im Vergleich zur Berichterstattung über Bahrain. (6) Dies ist vor dem Hintergrund einer langfristigeren Entwicklung zu verstehen. Mit dem Ende der staatlich kontrollierten Medienlandschaft – eingeläutet durch die Etablierung des arabischen Satellitenfernsehens und die Öffnung für das Internet seit Mitte der 1990er Jahre – ein struktureller Wandel der Öffentlichkeit in den Gesellschaften in der Region vollzogen. Medienakteur_innen sind einerseits Ressourcen für Mobilisierung und Information. Sie können Transaktionskosten für Organisation unter Bedingungen starker Repression senken. Journalist_innen, Blogger_innen und Facebook-Nutzer_innen sind aber auch Akteur_innen. Sie senden nicht nur Botschaften, sie formulieren sie und tragen dadurch zu weiterer Mobilisierung bei. Allerdings betonen alle Aktivist_innen die hohe Bedeutung personaler Netzwerke für den Erfolg ihrer Mobilisierung, insofern ist von einem Zusammenspiel von virtuellem und realem Aktivismus auszugehen.

(7) Dieser Wandel der Öffentlichkeit wurde von einer bisher unbekanntem Blüte lokaler Partizipation und Mobilisierung in einigen arabischen Staaten in den letzten Jahren begleitet. Sie sind zentrale Voraussetzungen für den Erfolg der Massenmobilisierung.

(8) Während die Analyse der Aushandlungsprozesse zwischen Militär /Übergangsregierung und ‚der Straße‘ über die Tiefe der Regimetransformation und die institutionelle Ausgestaltung des Wandels wichtig ist, darf darüber die weniger gut messbare langfristige Wirkung auf die politische Kultur, die Protest- und Risikobereitschaft und auf die Bereitschaft, beispielsweise eine längere Phase verschärfter ökonomischer Krisen in Kauf zu nehmen, nicht vergessen werden.

(9) Der regionale und internationale Kontext erweist sich als besonders widersprüchlich. Er ist einerseits positiver Resonanzboden für Proteste sowie Verstärker von Mobilisierung und Kritik. Die Mauer der Angst ist durch friedlichen Protest gefallen - darin liegt eine nicht mehr hintergehbare Erfahrung dieses Frühjahrs, die, ausgehend von Ägypten und Tunesien, mittelfristig weitreichende Wirkungen auf die Regime, auf die Gesellschaften und auf die Region, womöglich darüber hinaus, entfalten wird. Und

so ist es kein Zufall, dass junge Demonstrant_innen in Spanien, Griechenland oder den USA Slogans und Protestformen aus der Arabischen Welt aufgreifen. Andererseits wirkt die massive Gewalt gegen die Zivilbevölkerung in Syrien, Libyen und Bahrain auch abschreckend. Zugleich war und ist europäische und amerikanische Politik in der Region von Strategien geprägt, die Stabilität auch um den Preis autoritärer Herrschaft und systematischer Menschenrechtsverletzungen höher gewichtet als ergebnisoffene und damit eventuell auch riskante Prozesse des Regimewandels. So suchen die internationalen Akteur_innen nach einem neuen Modus im Umgang mit den Transformationsregimen in Ägypten und Tunesien. Am Beispiel der höchst unterschiedlichen Reaktionen auf die Gewalt in Libyen, Bahrain, Jemen und Syrien zeigt sich eine alte Gemengelage aus geostrategischer Interessenswahrnehmung durch Intervention oder Vermittlungsversuche und politische Neujustierung. Die internationalen und regionalen Implikationen der Proteste sind ebenso komplex und fallabhängig wie die Proteste selbst. Sie können deshalb hier nur knapp angedeutet werden. Dieser skizzenhafte Befund bildet den empirischen Ausgangspunkt für den nun folgenden systematisierenden Zugriff auf die Untersuchung der aktuellen Ereignisse in der arabischen Welt.

Analytischer Rahmen

Transformations-, Revolutions- und Bewegungsforschung befassen sich mit der Untersuchung von Ursachen, Akteur_innen und Erfolgsbedingungen von tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen.⁶ Allerdings sind die Kategorien und auch Erträge dieser Debatten nicht immer eng aufeinander bezogen, ganz zu schweigen von der strukturellen Exklusion des modernen Maghreb und Mashrek aus dieser Forschung.⁷ Die Transformationsforschung betrachtet Protest nur als einen Faktor für die Entstehung von Regimewandel, bietet aber einen reichen, historisch und geografisch vergleichenden Forschungsstand zu Bedingungen, Formen und Ergebnissen von Regimewandel. Das Problem der Transformationsforschung liegt jedoch in seiner Zentrierung auf die politischen Eliten und damit einer Engführung des Politikbegriffs. Deshalb plädiere ich hier für eine Perspektive, die Änderungsdynamiken ‚von unten‘ stärker einbezieht. In der Bewegungsforschung ist der starke Fokus auf öffentliche, kollektive und dauerhafte Akteurskonstellationen für die Erforschung informeller, lokaler und punktueller Mobilisierungen in autoritären Kontexten bisher eher hinderlich gewesen. Allerdings ist hier die Konzeptionalisierung des Zusammenhangs von Strukturen, Akteur_innen und Diskursen als Trias von Rahmen, Ressourcen und Opportunitäten überzeugend entwickelt worden.

Grundsätzlich gilt: Revolutionäre Umbrüche, Massenmobilisierung und Protest werden durch Krisen ausgelöst. Die Legitimität des herrschenden Regimes wird aufgrund akuter oder latenter politischer, ökonomischer oder kultureller Krisen hinterfragt. Staatliches Versagen mit Blick auf Leistungen oder Teilhabemöglichkeiten (Input- und Outputlegitimität) wird öffentlich angeprangert und aus einer solchen Dynamik heraus kann – wie in der Arabischen Welt geschehen – die Systemfrage gestellt werden. Krisenursachen sind struktureller und langfristiger Natur und müssen von Akteur_innen als solche benannt und thematisiert werden, damit aus ihnen Mobilisierungspotenzial erwächst. Entscheidend ist also das Zusammenspiel von objektiver Situation und dem subjektiven Empfinden von Ungerechtigkeit und Ausgrenzung, also das Bewusstsein über Deprivation. Zugleich muss es artikulierbare Alternativen geben, so auch die Bewegungsforschung, die diesen Aspekt in der Framinganalyse stark betont hat.

Um die aktuellen Entwicklungen in der Region also angemessen in ihrem nationalen und regionalen Kontext zu erfassen, muss der Blick auf Dynamiken statt auf Stasis und Stabilität gerichtet werden. Zentral für die Analyse ist das je spezifische Zusammenwirken von Strukturfaktoren, Akteurskonstellationen und situativen Dynamiken im Kontext des autoritären Sozialvertrags. Das Konzept des autoritären Sozialvertrags bietet eine gesellschaftstheoretisch informierte Möglichkeit, diese drei Dimensionen zu verknüpfen und so nicht nur die Dynamik des Protestes und Widerstandes, sondern auch die systemischen Beharrungskräfte und Handlungslogiken zu erfassen.

Zu den *Strukturfaktoren* gehören die wirtschaftliche Situation, insbesondere die Möglichkeit des Zugriffs auf politische oder ökonomische Renten sowie der internationale und regionale Kontext.⁸ Angesichts der großen ökonomischen Differenzen zwischen den Staaten, in denen es zu anhaltender Massenmobilisierung kam (Tunesien, Ägypten, Jemen, Bahrein, Syrien), verbietet sich jedoch jeder ökonomistische Determinismus. Es ist eine große Spreizung der Einkommens- und Armutssituation in der Region und auf nationalstaatlicher Ebene zu beobachten: ressourcenreiche Staaten im Golf, Libyen und Algerien stehen den ressourcenarmen und zum Teil bevölkerungsreichen Staaten gegenüber. In allen Staaten lassen sich jedoch auch Armut und soziale Ungleichheit feststellen (vgl. Beitrag von Zorob). Allerdings führen Armut und Exklusion nicht automatisch zu Protest und umgekehrt. Darauf weist das Faktum, dass mit Jemen, Ägypten und Tunesien drei Staaten ihre autoritären Herrscher abschütteln konnten, die statistisch mit Blick auf die Entwicklungsdaten nur wenig gemein haben. Auch der den Ressourcenrentiers mögliche Griff in die Staatskasse – wie vom Regime in Kuwait, in Saudi-Arabien oder Algerien

praktiziert – führt nicht automatisch zur mittelfristigen Einhegung von Teilhabewünschen. Zudem muss auch auf der nationalstaatlichen Ebene differenziert werden, denn in den meisten arabischen Staaten gibt es ein großes Wohlstands- und Versorgungsgefälle zwischen den prosperierenden Küstenregionen einschließlich der großen Städte und ihrer Immobilienbooms und den ländlichen Peripherien. Daraus folgte aber für Ägypten, Syrien, Marokko und Tunesien je Unterschiedliches: Während in Tunesien und Syrien die Proteste aus der ländlichen Provinz kommen und sich von dort aus verbreiten, ist Massenmobilisierung in Ägypten und Marokko ein urbanes Phänomen, auch wenn es nicht auf die Hauptstädte beschränkt ist. In der Forschung werden zudem der Regimetypus⁹, der Grad der Repression sowie Exklusion als ‚politische Opportunitätsstrukturen‘ erfasst. Politische Gelegenheitsstrukturen sind die bewegungsexternen Strukturen, die Einfluss auf Mobilisierung, Strategie, Struktur und Wirkung von sozialen Bewegungen haben.¹⁰ Die Transformationsforschung verweist auf die Relevanz von Pfadabhängigkeiten. Dies gilt mit Blick auf demokratische Erfahrungen, unterschiedliche Formen des Kolonialismus oder aber Erfahrungen mit gewaltvollen Auseinandersetzung entlang ethnisierten, religiöser oder sozialer Spaltungslinien etwa in Algerien, Libanon, Jemen und dem Irak.

Die Untersuchung der *Akteurskonstellationen* lässt sich unter Rückgriff auf das Instrumentarium der Bewegungs- und Transformationsforschung systematisieren: die einen konzentrieren sich analytisch auf die Protestgruppen, die anderen auf die Regimeeliten und ihre Opponenten in der Elite. So lässt sich eine Akteurskonstellation ‚von oben‘ und ‚von unten‘ gleichermaßen in den Blick nehmen. Ansätze der Ressourcenmobilisierung betonen die Schlüsselrolle von Bewegungsorganisationen und Bewegungsunternehmer_innen, die ein geplantes und koordiniertes kollektives Handeln ermöglichen.¹¹ Das konkrete Handlungsrepertoire des Protestes wird dabei von den Zielen, den Erfahrungen, den organisatorischen Voraussetzungen und der Zusammensetzung der Teilnehmer_innen und der Organisator_innen des Protestes beeinflusst.¹² Akteur_innen der Eliten ebenso wie der Protestierenden unterscheiden sich also (1) grundsätzlich hinsichtlich ihrer soziodemografischen Charakteristika wie Alter, Geschlecht, Bildungsgrad, Einkommen, familiäre Vorprägungen, Konfession, Ethnie. Beide Gruppen unterscheiden sich (2) zudem hinsichtlich ihrer Interessen, der Forderungen und Ressourcen. Die akteurszentrierte Transformationsforschung hat gezeigt, dass Spaltungen der Regimeeliten, die häufig zurückzuführen sind auf widersprüchliche Interessen innerhalb dieser Gruppen und das (meist irrtümliche) Kalkül, Protest sei steuerbar, wichtig für das Verständnis der Akteurskonstellation sind. Hinzu kommt bei den Interaktions-Modi auf Seiten der Eliten der Grad der Bereitschaft, militärische oder polizeiliche

Gewalt gegen Proteste einzusetzen. (3) Auf Seiten der Protestierenden ist die Art der genutzten Rahmungen für die durch den Protest artikulierten Forderungen z.B. Systemwandel, Regierungswechsel, soziale Gerechtigkeit, Kampf gegen Korruption, politische und soziale Anerkennung sowie Inklusion von besonderer Bedeutung. Nur wenn diese Rahmungen oder „Frames“ auf einen gesellschaftlichen Resonanzraum stoßen, können sie breite Wirksamkeit entfalten. Die Deutung von Krisen erfolgt vor dem Hintergrund von Programmen und Ideologien durch ein *Framing*, mit dem Gründe, konkrete Zielsetzungen, Strategien und Aktionen diskursiv festgelegt werden.¹³

Protestakteur_innen unterscheiden sich (4) nach dem Grad der Institutionalisierung ihrer Aktivitäten, der Individuen oder Gruppen oder Netzwerke formaler oder informeller Natur umfassen kann. (5) Sie unterscheiden sich auch nach der Art der Organisation, die virtuelle und/oder reale Netzwerke wählt, in der ‚alten Opposition‘ oder der ‚neuen‘ Jugend verankert sein kann. Sodann muss (6) nach den Handlungsmodi des Protests wie z.B. ziviler Ungehorsam oder Einsatz von Gewalt gefragt werden. (7) spielt die Breite der gesellschaftlichen Basis und möglicher Koalitionen, die Regelmäßigkeit und Massenhaftigkeit von Protest eine wichtige Rolle für seinen Erfolg.

Allerdings ist offener Protest gerade unter Bedingungen des Autoritarismus nur eine von vielen möglichen und historisch nicht die häufigste Artikulationsweise von Akteur_innen. Teilhabe in autoritären Systemen schließt oft Formen von un/freiwilliger Komplizenschaft mit repressiven oder korruptiven Praktiken ein. Um dies zu erfassen, verorte ich Partizipation hier analytisch auf einem Kontinuum wachsender Öffentlichkeit, Kollektivität und Artikuliertheit der Forderungen. Partizipation umfasst ein Spektrum, das mit der von Scott¹⁴ analysierten „Infrapolitik“ als Form des symbolischen, individuellen, verdeckten Widerstandes in extremen Unterdrückungssituationen beginnt. Es geht über zu den „Waffen der Schwachen“¹⁵ einschließlich des „Handelns als ob“¹⁶, informellen Netzwerken¹⁷, des „*quiet encroachment*“¹⁸, der „*Politique par le bas*“¹⁹ und dem Wirken von „*non-movements*“²⁰. Es folgen *exit-Optionen*, gefolgt von individueller Partizipation einschließlich Protest- und Nichtwahl²¹ bis hin zu klassischen institutionalisierten Partizipationsformen in Parteien, Gewerkschaften, Frauen- u. Menschenrechtsgruppen. Am Ende des Kontinuums sind Protest in sozialen Bewegungen und Massenmobilisierung zu verorten. Protest wird hier verstanden als „jede kollektive, öffentliche Aktion, die Kritik oder Widerspruch zum Ausdruck bringt und mit der Formulierung eines gesellschaftlichen oder politischen Anliegens verbunden ist“.²² Die Analyse von Teilhabe auf einem solchen Kontinuum

erlaubt es, alle Formen der Partizipation zunächst zu erfassen und im Weiteren nach den Funktionen und Wirkungen zu fragen.

Die *situative Dynamik* hat eine temporale und eine räumliche Dimension. Die räumliche Dimension bezieht sich auf die regionalen oder translokalen Kontexte von Ereignissen, die auf Nachbarstaaten eine ideelle oder materielle Wirkung entfalten können.²³ Solche positiven (Selbst)Verstärkereffekte erfolgreichen Protestes werden jedoch mit dem Begriff des ‚Domino-Effekts‘ nur unzulänglich erfasst. Denn dazu gehört der Fluss revolutionärer Ideen ebenso wie die mögliche abschreckende Wirkung von Gewalt, Fluchtbewegungen oder Mobilisierung externer Akteur_innen. In der zeitlichen Dimension sind das Ausmaß und der Zeitpunkt von Repression, die früh oder spät, breit gegen die Bevölkerung oder spezifisch gegen bestimmte aktive Gruppen gerichtet werden kann, von zentraler Bedeutung.²⁴ Gerade mit Blick auf den Einsatz von Gewalt ist der Blick auf mögliche oder tatsächliche Elitenspaltungen instruktiv: Wer zeigt Verhandlungsbereitschaft und wer gibt den Schießbefehl? Entwickelt sich innerhalb der Regimeeliten bei anhaltenden Protesten Kompromissbereitschaft oder das Gegenteil, die Verschärfung der Repression? Wie ist die Aushandlungsdynamik zwischen ‚Straße‘ und Regime, wann können Zugeständnisse pazifizieren und wann nicht? Welche Rolle spielen dabei Art und Zeitpunkt möglicher externer Interventionen? Dazu zählen Vermittlungsangebote von Nachbarstaaten oder Verbündeten, die Sanktionierung durch den UN-Sicherheitsrat, die Rekrutierung von Söldnern durch das Regime oder eine gewaltbereite Opposition, externe Militärinterventionen oder Flüchtlingshilfe.

Die situative Dynamik entfaltet sich kurz-, mittel- und langfristig. Kurzfristig geht es um das Zustandekommen und die weitere Entwicklung von Massenprotesten. Mit der Zeit verändert sich jedoch das Zusammenwirken von Strukturfaktoren, Akteurskonstellationen und den situativen Dynamiken. Aus der Transformations- und Bewegungsforschung ist bekannt, dass Massenmobilisierungen und revolutionäre Umbrüche in Phasen und Wellen verlaufen. So muss zwischen der vergleichsweise kurzen Zeit der Massenmobilisierung, in der in Ägypten und Tunesien der Rückzug Mubaraks und Ben Alis erreicht werden konnte und den beiden längeren Phasen der Vorbereitung/Mobilisierung bzw. dem sich derzeit vollziehenden tatsächlichen Umbau der autoritären Regime differenziert werden. Zudem zeigt der Vergleich mit Jemen, Libyen und Syrien, dass sich der Kampf um den Sturz des Regimes länger hinziehen kann. Gleiches gilt für die Analyse möglicher Folgen: Auch hier muss zwischen den kurz-, mittel- und langfristigen Wirkungen in so unterschiedlichen Dimensionen wie dem Institu-

tionengefüge, der Elitenzusammensetzung, der politischen Kultur oder den einzelnen Politikfeldern unterschieden werden. Dabei bietet die Bewegungsforschung interessante Anknüpfungspunkte. Sie fasst die Dilemmata von Bewegungen, die sich derzeit insbesondere im Jemen, in Ägypten und Tunesien beobachten lassen als Ausdehnungs-, Organisations- und Ziel-Dilemma. Soziale Bewegungen neigen dazu, nach einer Phase der Massenmobilisierung und Fokussierung heterogener zu werden, es zeigen sich organisatorische Schwächen angesichts der Notwendigkeit, langfristig und institutionalisiert zu arbeiten und nicht zuletzt schwindet die Einheit, die für die Ablehnung bestimmter Zustände erreicht werden konnte. Die Ziele der Bewegung differenzieren sich, revolutionäre Koalitionen zerbrechen angesichts von Differenzen über den Weg der Transition, wie derzeit in Ägypten und Tunesien anschaulich zu sehen.²⁵ Diese Überlegungen sollen im folgenden auf das ägyptische Beispiel angewendet werden.

Die Krise des autoritären Sozialvertrags

Die Staaten in der Region sind bereits seit längerem mit einer umfassenden, politisch-ideologischen wie ökonomischen Entwicklungskrise konfrontiert.²⁶ Ich habe anfangs bereits auf die Widersprüche einer „Transformation ohne Transition“ hingewiesen. Diese haben zu einer erheblichen Legitimitätskrise geführt, die maßgeblich für die derzeitigen Entwicklungen ist. Auf ökonomische Krisen und politische Herausforderungen reagierten die Regime der Region in je unterschiedlicher Intensität mit fünf Strategien der Anpassung im Kontext des autoritären Sozialvertrags: Islamisierung, Informalisierung, Kooptation, begrenzte ökonomische und politische Liberalisierung sowie Repression.²⁷ Diese Strategien zielten auf Depolitisierung und Demobilisierung als Kernbestand des autoritären Sozialvertrags. Der alte nasseristische Sozialvertrag versprach Entwicklung und Wohlstand im Austausch mit Loyalität, die innerhalb klientelistischer Bahnen kontrolliert und depolitisiert werden konnte. Der neue Sozialvertrag der Informalität, so meine These, der in den 1990ern in Ägypten Gestalt annahm, greift die depolitisierende Seite des nasseristischen Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft auf, minimiert jedoch im Zeitalter neo-liberaler Wirtschaftsreformen die wohlfahrtsstaatliche Rolle.²⁸ An die Stelle von Rechten und Ansprüchen von Bürger_innen treten schwer einklagbare Möglichkeiten informellen Handelns und der klientelistischen Interessensvermittlung von Untertan_innen. Aber auch der Sozialvertrag der Informalität beruht darauf, dass der Staat seine Bürger_innen mit minimalen Wahlfahrts-, Partizipa-

tions- und Sicherheitsleistungen versorgt. Wenn diese Versorgung systematisch verringert wird, hat dies Folgen für die Legitimität des Regimes. Aus der Kritik des versagenden Autoritarismus, in der der Staat ‚seiner‘ Seite des Vertrags, die wohlfahrtsstaatliche, partizipatorischen und schützenden Funktionen nicht mehr erfüllt, lässt sich nicht nur die Krise dieses Arrangements benennen, sondern wie bei den Protesten geschehen, auch die Forderung nach seiner demokratischen und sozialstaatlichen Reformulierung entwickeln.²⁹

Die oben genannten Anpassungsstrategien haben einerseits jahrzehntelanges Regimeüberleben auch im Angesicht massiver Herausforderungen gewährleistet. Andererseits haben sie auch nicht-intendierte Effekte entwickelt, die sich zum Teil gegen die Regime gewendet haben. Islamisierung, Kooptation und begrenzte politische Liberalisierung als Strategien können erklären, warum aus Sicht vieler junger Aktivist_innen die etablierte Opposition einschließlich der in vielen arabischen Staaten scharf bekämpften Islamist_innen keine vielversprechenden Anknüpfungspunkte für Massenmobilisierung waren. Sie waren und sind das Symbol für eine häufig machtlose Opposition, die mehr oder minder freiwillig in eine inszenierte Fassadendemokratie eingebunden war. *Begrenzte politische Liberalisierung* hat es in fast allen arabischen Staaten in unterschiedlichen Wellen und unterschiedlicher Tiefe bereits seit Mitte der 1970er Jahre gegeben. Das bedeutet, dass etwa im Golf erstmals Wahlen durchgeführt und kleine Räume für die Zivilgesellschaft geöffnet wurden, dass in Syrien nach Amtsantritt von Bashar al-Asad der ‚Damaszener Frühling‘ der Opposition etwas Gehör verschaffen konnte, dass in Marokko, Jordanien, Ägypten, Algerien, Libanon und den palästinensischen Gebieten regelmäßig Wahlen unter Beteiligung unterschiedlicher Parteien durchgeführt wurden. Diese Wahlen waren aber mit Ausnahme der palästinensischen überwiegend nicht frei und demokratisch. Die Grenzen oppositioneller Betätigung hat bisher immer das Regime bestimmt. Dazu gehört auch der Mechanismus der Kooptation, also des Einschlusses und der Einbindung potentieller oder tatsächlicher Oppositioneller. Das hat die Opposition geschwächt und gespalten, insbesondere zwischen religiösen und säkularen Kräften. Letztere konnten unter Hinweis auf die Gefährlichkeit der islamistischen Gruppen häufig an das Regime gebunden werden. Ihre Zweckbündnisse mit dem Regime sind den unabhängigen Vertreter_innen einer jungen Generation von Aktivist_innen in Ägypten suspekt und zwar von der linken *Tagammu'*-Partei bis zu den Muslimbrüdern. Die „revolutionäre Jugend“ hat nicht nur in Ägypten auf eine Politik ohne die ‚alten Slogans‘ gesetzt.

Durch die begrenzte und kontrollierte Liberalisierung bot sich den herrschenden Eliten einerseits die Möglichkeit der Kooptation relevanter Personen und Gruppen und der Herstellung von begrenzter Legitimität durch scheindemokratische Prozeduren und Institutionen. Andererseits kam es zu einer praktischen Pluralisierung des politischen Feldes und im weiteren zu einem nicht-intendierten Effekt. Denn auch diese eingebundenen Akteur_innen in den ihrer demokratischen Funktion beraubten Institutionen entwickelten eine Eigenlogik, die damit spielte, die Fassade ernst zu nehmen. Damit wurde Regime-Autorität bereits vor den Protesten immer wieder herausgefordert. So waren in Ägypten in den lokalen Arenen der kooptierten Macht - also den kommunalen Behörden und Parlamenten sowie rund um die Kommunalwahlen 2008 - intensive Auseinandersetzungen innerhalb der ägyptischen Regierungspartei NDP zu beobachten. Ähnliches gilt für die Prozesse im Vorfeld der Wahlen von 2010. Viele Mitglieder der Regierungspartei gaben ihrer Empörung über undemokratische und exkludierende Praktiken bei der Aufstellung von Kandidat_innen Ausdruck. Der umfassende Ausschluss selbst der eingebundenen parlamentarischen Opposition und der innerparteilichen Oppositionellen bei diesen Wahlen irritierte und distanzierte viele Gefolgsleute des Regimes. Daraus entstand eine eigene Bewegung: Im Januar 2011 bildete sich ein paralleles „Volks-Parlament“ von ausgeschlossenen Parlamentarier_innen und an Universitäten bildeten sich parallele Studierendenausschüsse.

Mit *Islamisierung* reagierte das ägyptische Regime auf die Herausforderung durch islamistische Kräfte, die in den 1980ern und 1990ern das Regime auch mit Gewalt bekämpften. Islamisierung ist der Versuch der Regime, die kulturelle Hegemonie, die religiöse Akteur_innen in vielen arabischen Staaten erringen konnten, dadurch zu bekämpfen, dass sich die Regime religiöser geben als die Islamist_innen. Konkret heißt das für Ägypten: scharfe Zensur, immer wieder Skandale um ‚blasphemische‘ Literatur, Schauprozesse gegen Homosexuelle und sogenannte ‚Satanisten‘ - bzw. als solche diffamierte Hardrock-Fans - oder Medienkampagnen gegen westliche Unmoral und Sittenlosigkeit. Der Kampf gegen die islamistischen Gruppen wird so einerseits mit Gewalt und Repression gefochten, andererseits mit den Mitteln der Kulturpolitik.³⁰

Repression ist ein Grundpfeiler jeder autoritären Herrschaft. Sie wird in Ägypten durch die Verfassung, das Strafrecht und den seit 1967 mit einer nur 18-monatigen Pause im Zeitraum vor Sadat's Ermordung und Mubarak's Machtübernahme herrschenden Ausnahmezustand rechtlich abgesichert. Versprechungen, ihn aufzuheben, wurden bisher in Ägypten nicht eingelöst. Der Ausnahmezustand ist

die Regel in vielen arabischen Staaten geworden. Damit werden alle bürgerlichen Rechte (Meinungs-, Presse-, Versammlungsfreiheit-, Briefgeheimnis) massiv eingeschränkt. Menschen können ohne Anklage inhaftiert werden, sie können an Militär- und Sondergerichte überwiesen werden, faire Verhandlungen und menschenwürdige Behandlung im Gefängnis sind nicht garantiert. Repression hat das ägyptische Regime nicht nur gegen politische Gegner_innen ausgeübt, sondern regelmäßig auch gegen ganz normale Bürger_innen. Händler_innen auf dem Bürgersteig, Studierende auf dem Campus, junge Leute, die ‚verdächtig‘ aussehen. Folter ist an der Tagesordnung.³¹ Angesichts der umfassenden Repression ist es keine Überraschung, dass der Volkszorn in Ägypten sich in den Tagen nach der ersten großen Demonstration vor allem gegen die Polizei richtete. Überall im Land brannten die Polizeistationen, die Orte der Alltagsgewalt des Staates gegen seine Bürger_innen.³²

Regimeeliten greifen auch systematisch und nicht nur in Ägypten auf bewaffnete Schlägertrupps, die sogenannte ‚*baltagiya*‘, zurück. Sie erhielten in Ägypten besondere Berühmtheit durch ihre Beteiligung an der „Kamel-Schlacht“, dem letzten brutalen Versuch der Unterdrückung der Proteste auf dem Tahrir-Platz. Diese Gruppierungen sind überwiegend im kriminellen Milieu verankert und stellen eine informelle Ergänzung zu Polizei und Staatssicherheit dar, die regelmäßig etwa bei Wahlen zum Einsatz kam, wenn sich der offene Einsatz der Polizei aus Gründen des Fassadenschutzes verbietet. Sie greifen in Ägypten zum Teil auch auf informelle Nachbarschaftsnetzwerke oder Netzwerke der gemeinsamen regionalen Herkunft zurück. Die „*baltagiya*“ ist und war zudem in vielfältige Aktivitäten an der Grenze von Kriminalität und Informalität eingebunden. Der Diskurs darüber spielt auch in der post-Mubarak Zeit eine wichtige Rolle für die Wahrnehmung von öffentlicher Sicherheit.

Dieses starke Empfinden, der Staatsgewalt im Zweifel hilflos ausgesetzt zu sein, vom Staat nicht unterstützt, sondern bekämpft zu werden, verbirgt sich unter anderem hinter der Forderung nach ‚Würde‘. Damit wird der Staat in seiner Sicherheitsfunktion adressiert, die auch im autoritären Sozialvertrag von hoher Bedeutung ist. Nicht umsonst fand die Facebook-Seite „We are all Khaled Said“, die der Google-Manager und Ägypter Wael Ghoneim aus Protest über die Ermordung von Khaled Said, einrichtete, rasch sehr viele Anhänger_innen. Said, ein junger Mann aus Alexandria, der in seinem Blog über Polizeiverwicklung in Drogenhandel schrieb, wurde von der Polizei brutal ermordet. Sein Schicksal, von Ghoneim griffig auf den Punkt gebracht, ist paradigmatisch für die umfassende Unsicherheit und Repression. Insofern ist die Forderung nach Würde ebenso im Sinne unveräußerlicher

Menschenwürde und damit Schutz vor Gewalt und Ungerechtigkeit zu verstehen, wie als Forderung, Überleben in Würde zu sichern zu können. Der nach dem Rücktritt Mubaraks zirkulierende Slogan „Hebe deinen Kopf, du bist Ägypter“ – „Du bist Ägypter und Du bist frei“ fasst diesen normativen Anspruch prägnant in Worte.

Hinter dem Stichwort *Informalisierung* verbirgt sich in Ägypten und vielen anderen arabischen Staaten ein tief in der Gesellschaft verankertes System von informellen Handlungsspielräumen, Klientelismus und Korruption, das gerade armen Menschen ihre staatsbürgerlichen Rechte für informelle Spielräume abkauft. Der alte nasseristische Sozialvertrag, so mein Befund, wurde durch einen ‚Sozialvertrag der Informalität‘ ersetzt – und auch der steht nunmehr infrage.³³ Im Sozialvertrag der Informalität wird politische Exklusion und Kontrolle nicht mehr durch wohlfahrtsstaatliche Leistungen ‚bezahlt‘, sondern nur noch durch die Eröffnung informeller Handlungsspielräume. So eignen sich die armen Bewohner_innen vieler arabischer Städte Brachland an, um darauf günstig zu bauen – riesige informelle Stadtteile entstehen. Kanalisationsrohre werden in gemeinschaftlicher Eigenleistung verlegt, der Strom wird abgezweigt, das Wasser ebenfalls. In diesen Siedlungen leben schon lange nicht mehr allein die Armen, sondern auch die untere Mittelschicht. Informelle Netzwerke der Nachbarschaft, der Herkunft oder der Familie sind äußerst wichtig, um das Überleben zu sichern. Formale Institutionen wie Wahlen sind dabei eng mit informellen Institutionen wie Familien- und Herkunftsnetzwerken, Sparclubs und Mechanismen der informellen Konfliktmediation verknüpft. Dieses Arrangement wurde durch den Rückzug des Staates zunehmend brüchig, wie die wütenden Proteste rund um die Nahrungsmittelkrise von 2008 zeigten. Dabei ging es nicht nur um Brot, sondern auch um die Kritik an Korruption – in der Wahrnehmung der Menschen war die Mangelversorgung Folge von lokaler Spekulation und bewusst herbeigeführter Preissteigerung. Damit war auch eine zunächst ‚unpolitische‘ Forderung nach subventionierten Nahrungsmitteln eingebettet in den breiteren Kontext der Kritik an einem korrupten und rücksichtslosen Regime. An dieses Muster knüpften die Slogans vom Tahrir-Platz mit „Brot, Würde, Freiheit“ an.

Hinzu kommt, dass durch die Privatisierung von Dienstleistungen die informelle und unbezahlte Aneignung öffentlicher Güter immer schwieriger wird. Dies ist eng mit der autoritären Anpassungsstrategie der begrenzten wirtschaftlichen Liberalisierung verbunden. Seit 2004 kam es zu einem verstärkten Privatisierungs- und Liberalisierungsschub in Ägypten. Davon profitierten vor allem diejenigen ökonomischen

Eliten, die Präsidentensohn Gamal Mubarak nahestanden. Sie spielten in dessen Strategie zur Machtübernahme durch Beerben seines Vaters eine zentrale Rolle. Sie waren bis zu den Protesten im Januar 2011 im Kabinett und häufig mit branchennahen Portfolios vertreten (vgl. Beitrag von Zorob).³⁴ So hat sich in kürzester Zeit unter der dem Signum der IWF- und EU-gestützten Strukturanpassungs- und Liberalisierungspolitik ein oligarchisches System herausgebildet, dessen zentrale Akteur_innen im Unterschied zu den Eliten der 1990er Jahre zunehmend bereit sind, die Kosten für Liberalisierung und Privatisierung wie Inflation, Nahrungsmittelkrisen, Arbeitslosigkeit, steigende Immobilien- und Bodenpreise und Subventionsabbau unabhängig von längerfristigen Entwicklungserwägungen auf die verarmende Bevölkerungsmehrheit abzuwälzen. Diese ökonomische Situation verstärkt die Widerstandsbereitschaft bisher wenig protestorientierter Bevölkerungsgruppen. Allerdings deutete sich schon vor der Revolution eine Spaltung der Wirtschaftseliten entlang ihrer ökonomischen Orientierung und damit ihrer Zustimmung oder Ablehnung des Nachfolgearrangements für Gamal Mubarak an. Diese Spaltung macht auch die aktuelle Rolle des Militärs in Ägypten besser verständlich. Derzeit dominieren in Ägypten ökonomisch global orientierte Akteur_innen, die das alte, national orientierte Kapital und seine Interessen zu marginalisieren drohten, wie Amar argumentiert.³⁵ Dies hat das Militär, das in Ägypten ein wichtiger Wirtschaftsakteur ist, der beispielsweise Einkaufszentren und Tourismusanlagen betreibt, empfindlich getroffen: es drohte politisch wie wirtschaftlich marginalisiert zu werden. Die Ablehnung der Politik der Gruppe um Gamal Mubarak in ökonomischer wie politischer Hinsicht durch die Führungskader des Militärs ist ein zentraler Auslöser für die Elitenspaltung, die schließlich dazu führte, dass die derzeit herrschenden Offiziere bereit waren, einen aus ihren Reihen zu opfern und zugleich keine systematische militärische Gewalt gegen die Demonstrant_innen in der Hochphase der Massenproteste anzuwenden.

In der gesamten Region wurden und werden neo-liberale Reformen vermittelt durch autoritäre Strukturen implementiert. Die Kritik an Korruption und Oligarchisierung der Wirtschaft ist deshalb nicht nur in Ägypten von herausragender Bedeutung. In allen arabischen Staaten kontrollieren kleine, unmittelbar oder mittelbar mit den politischen Eliten verbundene Gruppen zentrale und produktive Wirtschaftssektoren. So richtete sich besonderer Volkszorn gegen die Gattin Ben Alis, Leyla Traboulsi, deren Familie als kleptokratisch und verantwortlich für systematische Korruption gilt. Im Juni 2011 sieht sich Bashar al-Assad in Syrien gezwungen, seinen Cousin, den Oligarchen Makhoul zu opfern, der sich ‚freiwillig‘ aus allen Geschäften (Mobilfunk, Immobilien etc.) zurückzog (vgl. Beitrag von Zorob). In

Jordanien richtet sich ebenfalls ein öffentlicher Diskurs gegen die angebliche Verschwendungssucht der (palästinensischen) Königin Rania, der hier wie auch vorher in Tunesien nicht zufällig die Ehefrauen der Herrscher eher als die Herrscher selbst kritisiert (vgl. Beitrag von Bouziane/Lenner).

Die Akteur_innen des Wandels – Mikropolitik und neue soziale Bewegungen

In Kontrast zum – auch von den autoritären Eliten gepflegten – Stereotyp über die unpolitischen, ungebildeten und in ihr Schicksal ergebenen arabischen Bürger_innen haben viele Kommentator_innen jetzt auf die lange Tradition zivilen Ungehorsams und Protests in der Region verwiesen (vgl. Beitrag von Bardawil und Dege). In der jüngeren Geschichte kam es zu Protesten etwa gegen die Kolonialherrschaft, aber auch in der Student_innenbewegung nach der Niederlage Nassers 1967. Die erste palästinensische Intifada von 1987 und der algerische Frühling von 1988 stellen weitere Beispiele für erfolgreiche Massenmobilisierung dar. Zudem haben außenpolitische Fragen wie die Solidarität mit den Palästinenser_innen, die Proteste gegen den Irakkrieg von 1990/91 und von 2003, den Libanonkrieg von 2006 und den Gaza-Krieg 2008/09 großes Mobilisierungspotenzial in allen arabischen Staaten entfaltet. Die Massen-Proteste im Libanon und der Rückzug Syriens 2005 aus dem Libanon waren ebenso wichtig. Diese Themen spielten aber, anders als sonst, keine entscheidende Rolle für die Mobilisierung bei den derzeitigen Protesten. Die Forderungen bezogen und beziehen sich auf das System, den innenpolitischen Wandel und nicht auf das Weltgeschehen oder regionale Konflikte. Allerdings enthält die Forderung nach „Würde“ zumindest in Ägypten auch eine außenpolitische Komponente: gefordert wird eine neue regionale Rolle und insbesondere eine veränderte Politik gegenüber Israel (vgl. Beitrag von Hagemann/Harten).

Die Kontextbedingungen für Teilhabe und damit auch die Opportunitätsstrukturen für Protest unterscheiden sich abhängig von der jeweiligen institutionellen Ordnung der autoritären Systeme ganz erheblich.³⁶ Angesichts der extremen Einschränkung und Repression von unabhängiger politischer Partizipation ist die Dynamik der Proteste in Tunesien, Libyen und Syrien besonders überraschend. Hier könnte – neben der besonderen Rolle neuer Medien - ein Blick auf die kleinräumigen lokalen und informellen Strukturen besonders instruktiv sein, da die organisierte Zivilgesellschaft bisher wenig Anhaltspunkte für die Kapazität zur massenhaften Herausforderung der Regime geboten hat.

In Ägypten, Jordanien, Marokko und Algerien ruhen die Mobilisierungen der letzten Monate auf einer vergleichsweise breiten zivilgesellschaftlichen Basis. Unter Rückgriff auf das vorn präsentierte „Kontinuum der Partizipation“ zeigt sich in der Region also ein große Bandbreite von Teilhabeformen: informelle Aneignungen, Nachbarschaftsnetzwerke, Familiennetzwerke, islamischer Aktivismus, Arbeiterbewegung, Rechte – und Service-orientierte NGO-Arbeit, Menschen- und Frauenrechtsaktivismus, Internet-Aktivismus (Blogging vor allem), Streiks, Blockaden und öffentlicher Protest.³⁷ Diese Mobilisierungen haben maßgeblich dazu beigetragen, die Erosion des autoritären Sozialvertrags öffentlich zu artikulieren. Darin und in der konkreten Praxis des Protests liegt eine wichtige Voraussetzung für das Zustandekommen von Massenprotest. Die Herausforderung, die darin für die Regime lag und liegt, wurde auch in Ägypten von den Eliten ignoriert und zugleich mit Repression bekämpft.

Informelle Formen der Teilhabe, von Asef Bayat treffend als „*quiet encroachment*“ bezeichnet, umfassen die stille, umfassende, anhaltende, individuelle und kollektive Aneignung von Ressourcen, vor allem zur Überlebenssicherung, ruhen auf lokalen Netzwerken.³⁸ Die lokalen Strukturen sind durch familiäre und nachbarschaftliche Netzwerke der Solidarität und des Vertrauens, aber auch der Konkurrenz geprägt. Lokale Notabilität, der Bezug auf größere Familienzusammenhänge und traditionelle Solidaritäten in *asha'ir* oder *qaba'il* (Stämme) spielen als Alternative und Widerpart zur Einheitspartei und dem Sicherheitsapparat eine ganz zentrale Rolle, wie ein Blick auf die lokale Ebene der städtischen Quartiere und der Dörfer zeigt. Zugleich ist es auch die nachbarschaftliche Solidarität und Betroffenheit, die als Reaktion auf den Tod von Bouazizi in Tunesien oder die Folterung von Jugendlichen in Syrien, den Keim für breitere Mobilisierung bildete. Auf diesen Strukturen ruhten und ruhen auch die in Tunesien und Ägypten so wichtigen ‚Nachbarschafts-Komitees‘, die in den kritischen Phasen der Massenmobilisierung und darüber hinaus auf lokaler Ebene Sicherheitsfunktionen übernommen haben. Damit wurde die von Teilen der Regimeeliten in Ägypten versuchte Strategie der bewussten Chaotisierung, Destabilisierung und Anheizung von Gewalt durch Rückzug der regulären Polizei, Einsatz von Scharfschützen, die Öffnung der Gefängnisse, den Einsatz von Schlägertrupps und einen allgemeinen Unsicherheitsdiskurs massiv verstärkt wurde, während der Massenproteste erfolgreich unterlaufen. Allerdings spielt die Politik der Angst und die Versicherheitlichung des Diskurses über die Proteste in allen Staaten eine wichtige Rolle. So sehen sich die Kritiker_innen des Militärapparates derzeit in Ägypten nicht nur Repression

in bekannten Formen ausgesetzt, sondern auch einer öffentlichen Diskreditierung: weitere Proteste gefährdeten die Sicherheit der Transformation, so der Vorwurf des Militärs.

Auch Formen des öffentlichen Protestes erlebten beispielsweise in Ägypten seit 2004/05 mit der *Kifaya!* (Es reicht!) Bewegung gegen eine weitere Amtsperiode Mubaraks eine nie dagewesene Blüte. Mit *Kifaya!* konnte zudem erstmals eine breite Koalition säkularer und religiöser Kräfte gebildet werden – eine Erfahrung, die auf der Ebene der Bewegungspraxis von entscheidender Bedeutung war, da sie eine wichtige Voraussetzung für die ‚große Koalition vom Tahrir-Platz‘ darstellt (vgl. Beitrag von Dege). *Kifaya!* inspirierte auch Richter_innen zu einer ernsten Auseinandersetzung mit dem Regime. Lokale Gruppen organisierten Proteste gegen Umweltverschmutzung in der Nähe von Alexandria. 2007 und 2008 führte die globale Nahrungsmittelkrise auch in Ägypten zu Demonstrationen und Toten. Menschenrechtsaktivist_innen veröffentlichten via YouTube und Facebook Dokumentationen von Polizeigewalt.³⁹ Frauengruppen engagieren sich für rechtliche Gleichstellung und Emanzipation.

Die Arbeiter_innenbewegung spielte und spielt in Ägypten eine besonders wichtige Rolle. Im Rahmen der Streiks, die seit 2006 mit wachsender Intensität im ganzen Land stattfanden, kam es zu einer erheblichen Mobilisierung, zumal die Arbeiter_innen oft erfolgreich waren, Gehaltserhöhungen oder soziale Absicherung erreichen konnten. 2007 streikten sogar die Grundsteuerbeamten_innen – einschließlich *Sit-Ins* vor Behörden. Damals wurde der Keim für die 2011 so wichtige unabhängige Gewerkschaftsbewegung gelegt, die sich gegen den massiven Widerstand der Regimegewerkschaften formierte. Auf dem Tahrir-Platz ging die Ära einer kontrollierten und kooptierten Arbeiter_innenbewegung in Ägypten zu Ende, während in Tunesien die zunächst ebenfalls regimetreuen Gewerkschaftsstrukturen zentral für die Verbreitung und Vertiefung der Proteste waren. Dort stellte sich die alte Gewerkschaft an die Spitze der Proteste aus der Provinz und sorgte für die Entstehung einer Massenbasis. Zugleich entzündeten sich an den Streiks in Ägypten Solidaritätsaktivitäten, die wegweisend sein sollten. So wurde am 6. April 2008 in Solidarität mit den durch das Regime gewaltvoll verhinderten Streiks in der Textilstadt Mahalla al-Kubra erstmals zum Generalstreik und anderen Formen zivilen Ungehorsams aufgerufen – durch eben die ‚Jugend des 6. April‘, die in der Phase der Massenmobilisierung in Ägypten so wichtig werden sollte.

Jenseits der neuen, netzwerkförmig organisierten, auf Deliberation hin ausgerichteten, Jugend-Opposition formierte sich in Ägypten bereits vorher auch klassische Opposition, etwa rund um den 2005 gescheiterten Präsidentschaftskandidaten Ayman Nour oder den nach Ägypten zurückgekehrten Diplomaten el-Baradei. In der Phase der Massenmobilisierung bildeten sich zudem unterschiedliche Gruppierungen ‚wichtiger Persönlichkeiten‘ aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft, die nach dem Rücktritt Mubaraks Parteineugründungen initiierten. Sie stellen – in den Begriffen der Transformationsforschung gesprochen – die formalen konfliktfähigen Gruppen bzw. Regimeherausforderer dar, gemeinsam mit den Muslimbrüdern, die eine wichtige Oppositionskraft in Ägypten darstellen. Die Islamist_innen spielten damals wie heute eine ambivalente Rolle in den Augen der unabhängigen sozialen Bewegungen. Einerseits waren sie massiver Repression ausgesetzt und scheuten daher zumeist die direkte Konfrontation mit dem Regime. Andererseits sind sie gut organisiert und vermögen viele Anhänger_innen zu mobilisieren. Das Regime hat sich dieser angeblichen islamistischen Gefahr stets sehr geschickt nach Innen und Außen bedient. In beiden Fällen lautete das Argument, dass die Muslimbrüder die Macht nach algerischem oder iranischem Vorbild übernehmen würden, wenn nicht ein starkes Regime die Ägypter_innen und den Westen davor schützt. Die Muslimbrüder haben sich dann auch zunächst gar nicht an den Protestaufrufen zum 25. Januar 2011 beteiligt und wurden dennoch prompt vom Regime beschuldigt, hinter dem Aufruhr zu stecken. Sie sind auch weiterhin bemüht, ihrer Strategie der „Beteiligung, ohne zu dominieren“, Glaubwürdigkeit nach Innen und Außen zu verleihen. Zugleich werden Spaltungen im islamistischen Lager deutlich: schon auf dem Tahrir-Platz war zu sehen, dass die junge Generation der Muslimbrüder andere Positionen vertritt. Diese Spaltungen vertieften sich nach dem Abgang Mubaraks zu handfesten Konflikten, etwa über die Teilnahme an einer großen Demonstration am 27. Mai 2011, vor der das Militär und die Muslimbrüder gemeinsam warnten. Die neue Sichtbarkeit der traditionalistischen und gewaltbereiten Salafiyya-Bewegung in Ägypten, die maßgeblich für die Provokation von gewaltvollen Zusammenstößen zwischen Christ_innen und Muslim_innen war, stellt eine weitere Herausforderung für die Brüder dar.⁴⁰ Neben diesen Tendenzen zur Radikalisierung und Spaltung im religiösen Feld weist Amar zurecht darauf hin, dass auf der Mikro- und Mesoebene der Organisationen und Institutionen der neue partizipatorische und demokratische Geist auch vor Sufi-Bruderschaften oder dem al-Azhar-Establishment nicht halt macht.⁴¹ Überall werden die Repräsentantinnen der Kooptation und des Einverständnisses mit dem System herausgefordert, müssen sich Wahlen stellen und verlieren diese dann gegen Vertreter_innen

des ‚neuen Ägypten‘. Dort, wo Islamist_innen mit anderen Kräften konkurrieren, erreichen sie etwa 30 Prozent der Stimmen, wie an den Universitäten.

Situative Dynamik

Während also die Krise des autoritären Sozialvertrags strukturell und umfassend ist, muss sie dennoch von Akteur_innen als solche benannt und thematisiert werden, um daraus Mobilisierungspotenzial zu ziehen. Dies habe ich im vorherigen Abschnitt in bereits gezeigt. Mit Blick auf die situative Dynamik im Prozess der Massenmobilisierung lässt sich ein vergleichbarer Prozess am Beispiel der Forderungen aus Ägypten gut nachvollziehen. Am 25. Januar 2011, dem ersten Tag der Großdemonstrationen, richteten sich die Slogans gegen Repression und Polizeigewalt und forderten Gerechtigkeit und Freiheit. Daraus wurde schon wenig später und in Reaktion auf die gewaltvolle Repression der Proteste durch die Polizei eine umfassende Forderung nach dem Sturz des Systems. In Tunesien, Bahrein, Libyen und Jemen konnte man eine ähnliche Dynamik beobachten. Repression führte zu Radikalisierung im Sinne der Systemkritik, zur Mobilisierung von bisher Unbeteiligten und zu einer neuen Dynamik zwischen ‚Straße‘ und Regime. Diese artikuliert sich jedoch unterschiedlich. Im Jemen war das Ziel, Salih durch Verhandlung zum Rücktritt zu bewegen, um den Weg für Reformen frei zu machen (vgl. Beitrag von Heibach). In Syrien war das Ziel der Demonstrant_innen zu Beginn nicht, das System zu stürzen, sondern zu reformieren (vgl. Beitrag von Streubel). In Jordanien wurde und wird die haschemitische Monarchie nicht grundsätzlich in Frage gestellt (vgl. Beitrag von Bouziane/Lenner). In Algerien sind gewaltvolle lokale Proteste seit zwei Jahren eine alltägliche Erscheinung, während regimekritische Massenmobilisierung ausbleibt (vgl. Beitrag von Belakhdar). In Marokko wurde lange die spezifische Verknüpfung von weltlicher und religiöser Führungsrolle des Königs nicht angetastet, auch wenn sich zunehmend Unzufriedenheit über seine Versuche einer kontrollierten und beschränkten Reform zeigen (vgl. Beitrag von Hoffmann). In den palästinensischen Gebieten ging es nicht um das Ende der Besatzung oder einen Regierungswechsel, sondern um ein Ende der Spaltung zwischen Fatah und Hamas (vgl. Beitrag von Alsoos). Zugleich führt massive Repression nicht nur zu brutalen Menschenrechtsverletzungen, sondern erreicht zumindest kurzfristig ihr Ziel mit Blick auf Demobilisierung, Einschüchterung und Isolierung wie die Niederschlagung der Proteste in Bahrein 2011 und der ‚Grünen Revolution‘ im Iran 2009 zeigten. In Syrien und Libyen ist die Situation trotz des umfassenden Gewalteinsatzes zwar bisher

offen, aber die Chancen der autoritären Machthaber, diese Konfrontation unbeschadet zu überstehen, schwinden von Tag zu Tag. Die Wirkung dieser Gewalt auf potenzielle Aktivist_innen in den Nachbarstaaten im Sinne der Verhinderung von Nachahmung ist schwierig zu messen, spielt aber ebenso wie positive Verstärkereffekte eine Rolle.

Ein anderes wichtiges situatives Moment liegt in der Pfadabhängigkeit mit Blick auf Bürgerkriege entlang konfessionalisierter oder ethnisierter Linien. Das algerische und das libanesische Trauma spielen dabei eine wichtige Rolle. Zwar erreichten die 1988 ebenfalls überwiegend junge Menschen eine kurzzeitige Liberalisierung in Algerien, die mit Militärputsch und Bürgerkrieg endete, nachdem sich bei Parlamentswahlen 1991 ein Sieg der Islamist_innen abzeichnete. Diese Dynamik sollten die arabischen Autokraten fortan nutzen, um sich als Schutz vor islamistischen Revolutionen zu verkaufen. Die bisher nicht erfolgte Aufarbeitung solcher Erfahrungen stellt eine zentrale Blockade für breitere Mobilisierung in Algerien dar, da die Menschen im Sinne einer Pfadabhängigkeit eine Wiederholung fürchten (vgl. Beitrag von Belakhdar). Auch im Libanon ist der Rekurs auf die zurückliegende Bürgerkriegserfahrung zentral, ebenso in Syrien, Irak, Jordanien und im Jemen. Hier stimmen der instrumentelle Regime-Diskurs und die öffentliche Meinung jeweils überein und damit werden die Möglichkeiten der Gruppen und Lokalitäten übergreifenden Mobilisierung erheblich eingeschränkt. Das Stabilitätsparadigma wurde und wird durch die herrschenden Eliten regelmäßig evoziert, angeblich, um die Bürger_innen vor sich selbst und ihren Partikularinteressen zu schützen – und vor externen Verschwörungen, wie der syrische Staatspräsident Asad erst in seiner Rede im Juni 2011 wieder betonte. Dieser instrumentelle und strategische Rückgriff auf mögliche gewaltvolle Austragung ethno-religiöser Differenzen als Abwehr von legitimen Forderungen ist ambivalent. Einerseits spiegelt er die konkreten Ängste der Bevölkerung und weist auf objektive Spannungslinien und gesellschaftliche Spaltungen. Andererseits wird dieser Diskurs jedoch von der Bevölkerung auch als bewusste Strategie der Angst aufgefasst und konterkariert. Die starke Betonung von nationaler Einheit bei öffentlichen Protesten – in Ägypten zwischen Christ_innen und Muslim_innen, in Syrien zwischen Ethnien und Religionsgruppen deuten zudem darauf hin, dass einem Teil der Protestierenden bewusst ist, dass ethno-religiöse Gewaltdynamiken keine Automatismen sind. Im Gegenteil, die langjährige Instrumentalisierung solcher Differenzen im Sinne von ‚Teile- und Herrsche-Strategien‘ durch die Regime haben solche Diskurse auch delegitimiert. Das beste Beispiel dafür ist der Jemen, in dem es allem Anschein nach zu einer durch Eliten ausgehandelten Transition

kommt, nachdem Ex-Präsident Salih durchaus nicht ganz freiwillig das Land verlassen hat (vgl. Beitrag von Heibach). Historische Erfahrungen münden nicht notwendig in Wiederholungszwang, sie bieten immer auch die Chance politischen Lernens.

Fazit: Nach der Revolution ist vor der Revolution

Der autoritäre Sozialvertrag hat in vielen Staaten der Region tiefe Risse bekommen oder wurde bereits aufgekündigt. Auf die tiefgreifende Legitimitätskrise der Regime reagieren die Bürgerinnen und Bürger, wie ich gezeigt habe, etwa in Ägypten bereits seit längerem mit Protest. Offener, kollektiver und artikulierter Widerstand ist jedoch in autoritären Kontexten eher die Ausnahme. Nicht zuletzt deshalb entwickeln diese Proteste für Freiheit und Würde eine besondere Strahlkraft. Der von mir vorgeschlagene Analyserahmen erlaubt es, Strukturfaktoren, Akteurskonstellationen und die situative Dynamik gleichermaßen in den Blick zu nehmen. Allerdings ist eine akteurszentrierte Perspektive für das Verständnis der derzeitigen Umbrüche in der Arabischen Welt besonders plausibel: angesichts der „alten“ Krise werden so die „neuen“ Proteste besser in ihrer Vielfalt und Dynamik sichtbar.

Die Folgen der Proteste lassen sich sowohl zeitlich als auch mit Blick auf die Aggregierungsebene vom Individuum bis zu den Herrschaftsinstitutionen differenzieren. Aus der Transformationsforschung wissen wir, dass die Mehrzahl der politischen Systeme weltweit hybride Züge aufweisen. Phasen des revolutionären Umbruchs sind notwendig ergebnisoffen und das zeigt auch der Blick auf die Entwicklungen in der Arabischen Welt. Tunesiens Übergangsregierung geht unter dem anhaltenden Druck der Straße den Weg einer verfassungsgebenden Versammlung. Im Jemen kommt der Regierungswechsel durch einen ausgehandelten Elitenpakt zwischen Teilen der alten Regime-Eliten und der Opposition zustande. In Libyen regiert eine bewaffnete Opposition als mittlerweile international anerkannte Vertretung des libyschen Volkes derzeit nur ein begrenztes Territorium. In Ägypten regiert ein ‚Hoher Militärrat‘ bei ausgesetzter Verfassung und aufgelöstem Parlament durch Dekrete und unter Einbeziehung von Expert_innenkommissionen, aber unter Ausschluss derer, die maßgeblich für das Ende von Mubarak waren. In Tunesien und Ägypten ist der Weg in die Demokratie hoch umstritten: frühe Wahlen oder späte, erst eine Verfassungsversammlung oder zunächst eine Verfassungsreform, erst die Parlamentswahl, dann die Präsidentenwahl? Wer würde von welchem Arrangement profitieren und welche

Rolle spielt die wirtschaftliche Situation der Menschen für ihre Entscheidungen? Welchen Einfluss haben die vielfältigen Diskurse der Angst und Verunsicherung? Wie stark werden die Bewegungsdilemmata ausgeprägt sein? Und nicht zuletzt: wie wird eine weitere, nicht zu unterschätzende, aber schwer einzuschätzende Gruppierung in allen Staaten der Region reagieren, die Gruppe der Zuschauer, derer, die abwarten oder nur punktuell mobilisierbar sind: die Sofa-Partei (*hizb al-kanaba*)?⁴²

Auch für die Phase nach der Massenmobilisierung ist es wichtig, den Fokus nicht einseitig auf die Eliten und mögliche Pakte – etwa zwischen Militär und Islamist_innen zu richten. Beide Akteur_innen sind zentral für die Zukunft der ‚anhaltenden Revolution‘ (*althawra al -mustamirra*), wie es in Ägypten heisst. Aber ihr Verhalten und ihre Strategien entwickeln sich in Interaktion mit den vielfältigen anderen Protestakteur_innen. Der hohe Grad ihrer Mobilisierung und Organisation während des Massenprotestes wird sich, in der Post-Mubarak Zeit widerspiegeln. Diese Prozesse sind offen und hoch konfliktreich. Allerdings lassen sich die Menschen ihre mühsam erstrittene neue Würde, das Recht auf Teilhabe und öffentliche Auseinandersetzung – also den demokratischen friedlichen Streit um die beste politische Ordnung, keinesfalls einfach wieder nehmen. Darin liegt – bei allen Unwägbarkeiten – die besondere Hoffnung, die viele mit den arabischen Protesten verbinden.

Anmerkungen und Literatur

1 Dieser Beitrag hat von den kritischen Anmerkungen vieler deutscher und ägyptischer Kommentator_innen profitiert, mit denen ich im Team, bei Vorträgen, in der Lehrveranstaltung oder bei öffentlichen Diskussionsveranstaltungen über meine Ideen und ihre Einschätzungen diskutiert habe. Ihnen danke ich sehr. Ich danke zudem Anja Hoffmann, Katharina Lenner, Shelley Harten und Carmen Dege für ihre Lektüre und wichtigen Anregungen zum Manuskript. Melike Çınar und Gizem Adıyaman danke ich für ihr sorgfältiges Lektorat und Peter Weissenburger für seine große Geduld und besonderen Einsatz in der Endphase der Erstellung der Arbeitspapiere.

2 Vgl. Lenner, Katharina: Bilder einer Revolution. Beliebte Narrative und ihr unterschwelliger Orientalismus, in: *ak - analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis*, Nr. 558, 18.02.2011, online unter: http://www.akweb.de/ak_s/ak558/31.htm (05.07.2011) sowie Czajka, Agnes: Orientalising the Egyptian Uprising, *Take Two: A Response to Rabab el-Mahdi and her Interlocutors*, Jaddaliyya, 01.07.2011, online unter: http://www.jadaliyya.com/pages/index/2016/orientalising-the-egyptian-uprising-take-two_a-res (05.07.2011).

3 Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt am Main, 1998; Harders, Cilja: Analyzing Regional Cooperation after September, 11 2001: The Emergence of a New Regional Order in the Arab World, in: Harders, Cilja; Legrenzi, Matteo (ed.) 2008: *Beyond Regionalism? Regional Cooperation, Regionalism and Regionalisation in the Middle East* London: Ashgate, 2008, (S. 33-50)

4 Harders, Cilja: The Informal Social Pact - the State and the Urban Poor in Cairo, in: Eberhard Kienle (Hrsg.): *Politics from Above, Politics from Below: The Middle East in the Age of Economic Reform*, London, 2003 (S. 191-213), Harders, Cilja: Staatsanalyse von unten - urbane Armut und politische Partizipation in Ägypten. Mikro- und mesopolitische Analysen unterschiedlicher Kairoer Stadtteile, Hamburg, 2002, Büttner, Friedemann, Büttner, Veronika: Ägypten. In: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz 1993: *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. 6. Bonn: Dietz, 1993 (S. 154-189)

5 Harders, Cilja: Politik von unten – Perspektiven auf den autoritären Staat, in: Beck, Martin; Harders, Cilja; Jünemann, Annette; Stetter, Stephan (Hrsg.): *Der Nahe Osten im Umbruch. Zwischen Transformation und Autoritarismus*, Wiesbaden, 2009 (S. 301).

6 Vgl. Merkel, Wolfgang: *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Wiesbaden, 2010, Schubert, Gunter; Tetzlaff, Rainer, Vennwald, Werner (Hg.): *Demokratisierung und politischer Wandel. Theorie und Anwendung des Konzeptes der strategischen und konfliktfähigen Gruppen (SKOG)*, Münster, Hamburg, 1994, Tilly, Charles: *Contentious performances*, Cambridge, 2008.

7 Ausnahmen bestätigen die Regel: so beziehen sich natürlich viele Regionalforscher_innen auf die Paradigmen der Transformations-, Demokratisierungs- und Autoritarismusforschung. Die Bewegungsforschung wurde in jüngerer Zeit auf die Analyse islamistischer Gruppen angewandt, der Kern der Auseinandersetzung in der Bewegungsforschung kreist jedoch um Teilhabe in demokratischen oder zumindest hybriden Systemen.

8 Zur Rentierstaatsdiskussion vgl. Pawelka, Peter: Der Staat im Vorderen Orient: Über die Demokratie-Resistenz in einer globalisierten Welt, in: *Leviathan*, Band 30, Nr. 4, 2002 (S. 431-454) sowie Beck, Martin: Rente und Rentierstaat im Nahem Osten, in: Beck, Martin; Harders, Cilja; Jünemann, Annette; Stetter, Stephan (Hrsg.): *Der Nahe Osten im Umbruch. Zwischen Transformation und Autoritarismus*, Wiesbaden, 2009; Band 1 der Reihe „Politik und Gesellschaft des Nahen Ostens“, sowie Luciani, Giacomo: *Oil and Political Economy in the International Relations of the Middle East*, in: Fawcett, Louise: *International Relations of the Middle East*, Oxford, 2005 (S. 79-104).

9 Zur Autoritarismusdebatte vgl. unter anderem Schlumberger, Oliver (Hrsg.): *Debating Arab Authoritarianism. Dynamics and Durability in Nondemocratic Regimes*, Stanford, 2007, sowie Heydemann, Steven: *Upgrading Authoritarianism in the Arab World*, Analysis Paper 13, Oktober 2007 (The Saban Center for Middle East Policy at The Brooklyn Institution), online unter: <http://www.brookings.edu/papers/2007/10arabworld.aspx> (05.07.2011), Kienle, Eberhard (Hrsg.): *Politics from Above, Politics from Below: The Middle East in the Age of Economic Reform*. London,, 2003, Ghandi, Jennifer /Przeworski, Adam : *Authoritarian Institutions and the Survival of Autocrats*, *Comparative Political Studies*, 2007, Vol. 40, No. 11

10 Vgl. Tarrow, Sidney: *Power in Movement. Social Movements, Collective Actions and Politics*, New York, 1998.

11 Zald, Mayer N.; McCarthy, John D.: *The Dynamics of Social Movements*, Cambridge, 1979.

12 Joas, Hans (Hrsg.): *Lehrbuch Soziologie*, Frankfurt, 2008 (S. 632).

13 Benford, Robert; Snow, David: *Framing Processes And Social movements*, in: *Annual Review of Sociology*, Nr. 26, 2000 (S. 64-95).

14 Scott James C: *Seeing Like a State: How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed*, New Haven, 1999.

15 Scott, James C. : *Domination and the Arts of Resistance*, New York, 1990

16 Wedeen, Lisa: *Ambiguities of Domination: Politics, Rhetoric, and Symbols in Contemporary Syria*, Chicago, 1999.

17 Singermann, Diane: *Avenues of Participation*, Princeton, 1995, Ismail, Salwa: *Political Life in Cairo's New Quarters, Encountering the Everyday State*. Minneapolis/ London, 2006 Singerman, Diane/ Hoodfar, Homa: *Development, Change and Gender in Cairo*. Bloomington, 1996.

18 Bayat, Asef: *Un-Civil Society: The Politics of the „Informal People“*, in: *Third World Quarterly*, Nr. 1, 1997 (S. 53-72)

19 Bayart, Jean Francois: *L'etat en Afrique: La Politique du Ventre.*, Paris, 1989.

20 Bayat, Asef: *Life as Politics How Ordinary People Change the Middle East*, Stanford, 2007, sowie ders.: *Making Islam Democratic: Social Movements and the Post-Islamist Turn*, Stanford, 2007.

21 Dris-Ait-Hamadouche, Louisa; Zoubir, Yahia: *Pouvoir et opposition en Algérie: vers une transition prolongée ?*, *Année du Maghreb*, Nr. 5, 2009 (S. 111-127).

22 Rucht, Dieter (Hrsg.): *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen*, Frankfurt am Main, 2001 (S. 19).

23 Ulrike Freitag: *Translokalisierung als ein Zugang zur Geschichte globaler Verflechtungen*, Berlin, 2005, online unter: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2005-06-001.pdf> (06.07.2011), Harders, Cilja/ Bank, André: *Irak-Effekte: Regionale Neuordnung, translokale Mobilität und Flüchtlingskrise im Nahen Osten*, in: *Leviathan* Nr. 3, 2008, Jg. 36, S. 411-429

24 Hafez, Muhammad: *Why Muslims Rebel?*, Boulder, 2006.

25 McAdam, Doug; Tarrow, Sidney; Tilly, Charles: *To Map Contentious Politics*, in: *Mobilization: An International Journal*, Band 1, Nr. 1, 1996 (S. 17-34)

26 UNDP: *Arab Human Development Report 2002: Creating Opportunities for Future Generations*. New York, 2010, online unter: <http://www.arab-hdr.org/publications/other/ahdr/ahdr2002e.pdf> (05.07.2011) sowie European Commission: *EuroMed-2030. Long term challenges for the Mediterranean area. Report of an Expert Group*, EUCOM, DG Research and Innovation, Socio-economic Sciences and Humanities (SSH), 2011, online unter: http://ec.europa.eu/research/social-sciences/reports_en.html#euromedi (05.07.2011).

27 Harders, 2002, 2009

28 Harders, 2002.

29 Catusse, Myriam/ Destremeau, Blandine/ Verdier, Eric (eds.): *L'Etat face aux 'débordements' du social au Maghreb. Formation, travail, protection*, Paris 2009.

30 Bayat, Asef: *Activism and Social Development in the Middle East*, in: *Int. Journal of Middle East Studies*, Nr. 34, 2002 (S. 1-28) sowie Ismail, Salwa: *Rethinking Islamist Politics, Culture, the State and Islamism*, London u.a., 2002 (S. 82-113)

31 Vgl. Berichte von Amnesty International und Human Rights sowie Khalili, Laleh /Schwedler, Jilian *Policing and Prisons in the Middle East. Formations of Coercion*, New York, 2010.

32 Amar, Paul: *Why Egypt's Progressives Win*, Jaddaliyya, 08.02.2011, online unter: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/586/why-egypts-progressives-win> (05.07.2011).

33 Harders, 2002; 2009

34 Zur Wirtschaftsreform in Ägypten vgl. Demmelhuber, Thomas; Roll, Stephan: Herrschaftssicherung in Ägypten. Zur Rolle von Reformen und Wirtschaftsoligarchen, SWP-Studie, S 20, Berlin, 2007 sowie Wurzel, Ulrich: Limits to Economic Reform in an Authoritarian State. Egypt since the 1990s, Berlin, 2007.

35 Aarts, Paul: The Middle East: a region without regionalism or the end of exceptionalism?, Third World Quarterly, Band 20, Nr. 5, 1999 (S. 911-925), Amar, Paul: Why Mubarak is Out, Jaddaliyya, 01.02.2011, online unter: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/516/why-mubarak-is-out> (05.07.2011), Kunde, Matthias: Wirtschaftsaktivitäten des ägyptischen Militärs: National Service Projects Organization, in: Ibrahim, Ferhad (Hg.): Staat und Zivilgesellschaft in Ägypten. Hamburg, Münster, 1995 (S. 169-196).

36 Für Arbeiten zu sozialen Bewegungen und Protesten vgl. u.a. Abiyaghi, Marie-Noëlle/ Catusse, Myriam (2011): "Non à l'Etat holding, oui à l'Etat providence". Logiques et contraintes des mobilisations sociales dans le Liban de l'après-guerre", Tiers-Monde, No. 206, Bayat, Asef/ Herrera, Linda (eds): Being Young and Muslim. New Cultural Politics in the Global South and North, Oxford, 2010, Ben Nefissa/ Abd al-Fattah, Nabil (eds.): NGOs and Governance in the Arab World, Cairo/New York, 2008; Bennani-Chraïbi, Mounia, Fillieule. Olivier: Résistances et protestations dans les sociétés musulmanes, Paris, 2003; Bayat, Asef: Activism and Social Development in the Middle East, in: Int. Journal of Middle East Studies, Nr. 34, 2002 (S. 1-28), Polet, Francois (ed), Etat des résistances dans le Sud □ 2007 Monde arabe, Paris/Louvain-la-Neuve 2007.

37 Baheyya (2008): Four Myths about Protest. Online: <http://baheyya.blogspot.com/> , (1.9.2008), Beinin, Joel (2005): Popular Social Movements and the Future of Egyptian Politics, in: MERIP online: <http://www.merip.org/mero/meroc31005.htm> (10.3.2005), Kohstall, Florian (Hrsg.) (2006): L'Égypte dans l'année 2005. Le Caire: CEDEJ ,INAMO Sonderheft 4 Game Over, 2011 und Merip 259 North Africa, 2011.

38 Haenni, Patrick : L'ordre des caïds. Conjurer la dissidence urbaine au Caire, Paris/Le Caire :2005, Amar, Paul/ Singerman, Diane (eds.): Cairo Cosmopolitan, Cairo 2006.

39 Beiträge im INAMO-Heft „Kifaya“, Nr. 55, Herbst 2008 sowie den Blog von „Baheyya“ (<http://baheyya.blogspot.com/>)

40 Tadros, Mariz: Sectarianism and Its Discontents in Post-Mubarak Egypt, Middle East Report, Nr. 259, 2011

41 Amar, Paul: Egypt after Mubarak, The Nation, 04.05.2011, online unter: <http://www.thenation.com/article/160439/egypt-after-mubarak?page=full> (05.07.2011).

42 Darauf wies Prof. Dr. Sherif Younis, Universität Helwan, bei einem Vortrag an der FU Berlin, 28.5. 2011, hin.

Carmen Dege

Sie tapen im Dunkeln: der Westen, die Regime, Al-Qaida – Zum blinden Fleck gängiger Ägyptenbetrachtungen

In einer auf Wikileaks veröffentlichten Diplomatendepesche der amerikanischen Botschaft in Kairo vom Juli 2009 berichtet Ali El Deen Hilal Dessouki, Insider der National Democratic Party Ägyptens und Mubarak-Vertrauter, von der geplanten Machtübergabe in Ägypten.¹ Als neuer Präsident ist dabei offensichtlich Mubaraks Sohn Gamal vorgesehen. Dessoukis Einschätzung zufolge sei zwar mit Protesten während der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2010 bzw. 2011 zu rechnen, größere Probleme seien jedoch auf Grund der Stärke der Sicherheitskräfte nicht zu erwarten, die eigentliche Macht liege beim Militär. Auch gebe es keine tatsächliche Opposition, besonders die Muslimbrüder seien schwach und unglaubwürdig und könnten daher vom Regime problemlos von der politischen Partizipation ausgeschlossen werden. Darüber hinaus sei das Volk, so Dessouki weiter, ohnehin unpolitisch; großflächiger ziviler Widerstand und Aufruhr seien mit der Mentalität der Ägypter nicht vereinbar. Dieser seltene Einblick in die Ansichten des Regimes verrät, wie perplex die Mubarak-Entourage angesichts des Ausmaßes der jüngsten Widerstände gewesen sein muss. Und ebenso perplex war auch der Westen. Denn die Einschätzung Dessoukis reflektiert die bis vor kurzem allgegenwärtige Auffassung anglo-amerikanischer bzw. europäischer Politik und Wissenschaft: Beim ägyptischen Staat handele es sich um ein stabiles, patrimoniales Staatsklassenregime.² In deutlicher Parallelität zum diagnostischen Dreiklang Autoritarismus, Demokratieresistenz und schwache Zivilgesellschaft entwirft Dessouki das Bild eines allumfassenden Staatsapparates, der sich angesichts der ihm gegenüberstehenden, größtenteils politisch desinteressierten oder zersplitterten Masse um seine Machterhaltung nicht zu sorgen braucht und so auch bei einer anstehenden Machtübergabe kaum ernsthafte Probleme zu erwarten habe.

Die Ereignisse des Januars und Februars 2011 führen diese Einschätzungen ad absurdum: aus der vermeintlich unbeteiligten Masse treten politische Bewegungen hervor, über Schichten-, Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg, ein breiter Widerstand organisiert sich, der sich in kürzester Zeit auf effektive Weise basisdemokratisch verfasst. Und der Westen, gemeinsam mit dem Großteil anderer arabischer Regime, bleibt ahnungslos, tappt im Dunkeln.³ Mit eben dieser Dunkelheit sieht sich auch

Al-Qaida konfrontiert, die in internen Diskussionen ihrer Ahnungslosigkeit Ausdruck verleiht und sich fragt, warum ihr nicht Ähnliches gelang.⁴

In diesem Hintergrundbericht möchte ich die Perplexität dieser drei, nur scheinbar unterschiedlich gelagerten Positionen aufschlüsseln. Was lässt sich im Angesicht der jüngsten Widerstandsbewegungen über die blinden Flecken vormals selbstverständlicher Annahmen aussagen? Worin liegen mögliche Gründe für die Blindheit, mit der insbesondere das ägyptische Regime und der Westen geschlagen zu sein schienen? Schließlich interessiert mich, welche Perspektivenwechsel durch die Spiegelung gängiger Paradigmen gewonnen werden können.

Denn obwohl die Erfolgsgeschichte Tunesiens die Initialzündung für einen sich über den arabischen Raum ausbreitenden Flächenbrand sozialer Verwerfungen geliefert zu haben scheint, der vor allem auch in Ägypten wütete und wütet, muss es doch eine Basis gegeben haben, die das Feuer schürte und ihm den Weg zum Sturz des Regimes wies. Mit der hydraulisch anmutenden Eigenlogik eines sich im Moment vollziehenden, über alle Verhältnisse hinwegfegenden und sich aus sich selbst heraus generierenden Automatismus allein lassen sich die politischen Ereignisse in Ägypten nicht erklären. Sicherlich stellen die Dynamik der Ereignisse und die Zugänglichkeit der Bewegung für weite Teile der ägyptischen Bevölkerung ein entscheidendes Element ihrer Erfolgsgeschichte dar – seien es die eingängigen Slogans des Widerstands, mit denen sich so viele Ägypter_innen identifizieren konnten, oder das Verhalten des Militärs, das vielen Menschen die Angst nahm. Auch ist die basisdemokratische Organisation selbst, von der Rundumversorgung auf dem *Tahrir* bis zur Aufstellung von Bürgerwehren, entscheidend für den Erfolg gewesen. Doch geht eine gruppenspezifische und systemisch inhärente Betrachtung der Demokratiebewegung weit genug?

Schließlich haben wir es nicht einfach nur mit einer ‚unideologischen‘ Gruppe säkularer, westlich orientierter Jugendlicher zu tun, deren enorme Zuwachsraten, von einer immer größer werdenden Perspektivlosigkeit begleitet, eine zum Platzen gespannte Blase erzeugte. Die Protestinhalte und Widerstandsethik bieten vielmehr eine Identifikationsfläche für eine Vielzahl unterschiedlicher sozialer Gruppen: Muslim_innen und Kopt_innen, säkulare und religiöse Ägypter_innen, Junge und Alte, Gewerkschafter_innen und Unternehmer_innen.⁵ Doch wieso? Wohnt dem revolutionären Moment eine die Menschen in ihren Bann ziehende Magie inne? Oder gibt es doch einen gewissen Vorlauf, be-

stimmt Prozesse, die wir bisher schlicht nicht gesehen haben? Eine Aufklärung dieser Frage schulden wir unter anderem den Menschen selbst und ihrer so oft auf Demonstrationen eingeforderten Würde.

Einen ersten Hinweis erhalten wir von statistischen Daten: Die ägyptische Gesellschaft weist den weltweit höchsten Anteil an sich selbst als religiös oder gläubig bezeichnenden Menschen auf. Im regionalen Vergleich fällt jedoch gleichzeitig auf, dass in Ägypten überdurchschnittlich viele (weit über 50 Prozent der) Menschen der Überzeugung sind, dass mehr Demokratie der muslimischen Gemeinschaft insgesamt zugute kommen würde. Mehr als die Hälfte der Ägypter_innen sieht keinen Widerspruch zwischen demokratischen Reformen und religiösen Praktiken, im Gegenteil: die Demokratie wird allen anderen Regierungsformen vorgezogen.⁶ Handelt es sich bei dem Ruf nach mehr Gerechtigkeit und Würde also um ein rein säkulares, unideologisches Phänomen?

Bereits in den 90er Jahren haben Anthropologen wie Talal Asad, Charles Hirschkind und Saba Mahmood auf ägyptische Gegenöffentlichkeiten wie die *da'wa*-Bewegung hingewiesen, denen es immer wieder gelingt, starke, sich scheinbar widersprechende Ideologien zusammenzubringen und neue Praktiken zu erschaffen, die sich an der Schnittstelle von ethisch-religiösem und deliberativem Handeln befinden.⁷ Die *Kifaya!*-Bewegung und die erfolgreichen Frühlingsproteste sehen Asad, Hirschkind und Mahmood in der Tradition solcher Praktiken.⁸

Ihr wesentlicher Beitrag besteht nun jedoch nicht darin, auf eine erstarkte Reformorientierung innerhalb religiöser Kreise hinzuweisen, also die Geschichte westlicher Säkularisierung in der ägyptischen Lebenspraxis wiederzufinden, um daraus Hoffnung für eine liberale Demokratisierung zu schöpfen. Dies würde das Besondere der ägyptischen Revolution und ihr Potenzial, auch im Hinblick auf die jetzt anstehenden konkreten institutionellen Herausforderungen, verkennen. Ihr Beitrag besteht im Aufzeigen einer bislang unbekannt Form von Politik, die gängige Weltbilder von ‚Religion versus Staat‘, ‚Privatheit versus Öffentlichkeit‘ sowie ‚Tradition versus Moderne‘ hinterfragt. Asad und seine Mitstreiter_innen argumentieren, dass die Analyse der demokratischen Bewegungen in Ägypten ein besonderes Augenmerk auf diese neuen religiösen Bewegungen richten müsse, die mitunter liberale Kategorien in Zweifel zieht und – so ihre Vermutung – unseren Blick für kreative politische Lösungen verstellen.

Spricht die Demokratiedebatte tatsächlich von Demokratie?

1993 schrieb Yahya Sadowski einen zynisch anmutenden Artikel, in dessen Mittelpunkt die Persistenz von Orientalismen in der Demokratie- und Zivilgesellschaftsdebatte stand.⁹ Veröffentlicht inmitten des Höhepunkts der Diskussion um die Huntington'sche Prognose einer „dritten Welle“ der Demokratisierung, der sich immer weniger autoritäre bzw. totalitäre Staaten entziehen könnten,¹⁰ knüpft Sadowski besonders beim von Huntington im gleichen Atemzug für den Vorderen Orient und Nordafrika unterstellten *exceptionalism* an. „[A]mong Islamic countries, particularly those in the Middle East“, schrieb Huntington 1984 „the prospects for democratic development seem low.“¹¹ Demokratisierung, so die sich durchsetzende Auffassung, brauche eine starke Zivilgesellschaft, und die meisten Staaten der Region besäßen keine tief verankerte Zivilgesellschaft, ihnen sei das Konzept der Zivilgesellschaft aus ihrer eigenen Geschichte schlicht nicht vertraut. Warum? Sadowski unterscheidet zwischen zwei maßgeblichen Antworten, bei denen der Islam jeweils als entscheidende erklärende Variable fungiert.

Vor der iranischen Revolution wurde der Despotismus als wesentlicher Bestandteil des muslimischen Selbstverständnisses angesehen. Muslimische Gesellschaften fordern zwingend einen starken Staat:

“Despotism was implicit in the very core of Islam. After all, the very name Islam came from the Arabic word ‚submission.‘ The image that Islamic doctrine presented of the pious believer – fatalistic, prostrate before God, obeying His every whim – served as a trope for discussing not only religious but also political behavior in societies where rulers acted as ‘the shadow of God upon earth.’ In the words of the definitive Orientalist cliché, Islam was not just a religion but a total way of life. The totalistic character of the faith seemed to imply that only a totalitarian state could put its dogmas into practice.“¹²

Nach der iranischen Revolution kippte dieses Bild jedoch und die Gesellschaften der Region wurden als kraftvolle Sozialstrukturen beschrieben, die jeder politischen Entität trotzten und extrem kritisch gegenüberstanden. Patricia Crone etwa sieht eine fundamentale Feindseligkeit seit Kodifizierung der Scharia unter den *Umayyaden* als bezeichnend für muslimische Bevölkerungsgruppen gegenüber etablierten Staaten.

“The result was a tribal vision of sacred politics (...). Kings were rejected as Pharaohs and priests as golden calfs, while God’s community was envisaged as an egalitarian one unencumbered by profane or religious structures of power below the caliph, who was himself assigned the duty of minimal government.”¹³

Daniel Pipes schließlich überträgt diese historische Analyse auf die Gegenwart und schlussfolgert, dass die Scharia in einem Maße starke, politische Ideale formuliert, denen keine Regierung gerecht werden kann und so letztlich eine politische Modernisierung unmöglich wird.

“By establishing ideals that are impossible to fulfill, Islam ensures that Muslims will view any form of government, sooner or later, as illegitimate. Sincere Muslims consequently tend to withdraw support from their rulers. Since Muslims declined to serve in armies, slave soldiers had to be recruited. This bred both political instability and weakness. This political infirmity of Islamic civilization would eventually allow European civilizations to outstrip it.”¹⁴

Beiden Ansichten ist gemein, dass sie Islam und Demokratie für unvereinbar halten, dass islamische Gesellschaften entweder mit starkem Gehorsamsglauben oder mit einer ausschließlichen Identifikation mit der Scharia gleichgesetzt werden. Innerhalb dieser Logik nimmt der Islam als Religion den öffentlichen Raum in einer Weise für sich ein, die moderne Gesellschaften und Staaten verhindert. Religion, so die notwendige Schlussfolgerung, müsse jedoch von Politik getrennt werden, dürfe das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft nicht in dem Maße bestimmen. In dieser Säkularisierungsthese findet sich ein spezifisches Verständnis von Demokratie, das Sadowski wie folgt beschreibt: „Both [analyses] claim that the key to building effective states and successful democracies lies in the proper balance of power between state and society.“¹⁵ Ist für die erste Analyse der Staat zu stark, ist er für die zweite Betrachtung zu schwach.

Beide finden sich jedoch in der gängigen Demokratiedefinition wieder, die schließlich auch von Transitionsforscher_innen aufgegriffen wurde: Demokratisierungsprozesse folgen einem bestimmten Pfad, auf dem faire, gleiche und sich regelmäßig wiederholende Wahlen die entscheidende Rolle spielen. Nur so kann ein funktionierender Staat entstehen, der durch eine interessiert kritische, liberale (das heißt *nicht primär* religiöse) Bürger_innenschaft fortwährend erneuert wird.

An dieser (minimalistischen) Demokratiedefinition hat es viel Kritik gegeben - mitunter auch, weil nur eine verschwindend kleine Zahl der sogenannten ‚Transitionsländer‘ den Sprung in die so beschriebene Demokratie geschafft hat.

“By far the majority of third-wave countries have not achieved relatively well-functioning democracy or do not seem to be deepening or advancing whatever democratic progress they have made. In a small number of countries, initial political openings have clearly failed and authoritarian regimes have resolidified.”¹⁶

Auf diese reale Krise der Transitionsforschung gab es unterschiedliche Antworten. Carothers etwa betrachtet, im Einklang mit vielen seiner Kolleg_innen in der Politikberatung bzw. -wissenschaft, das Paradigma „Transition“ als das eigentliche Problem, hält aber am Fokus auf Demokratie fest:

“Sticking with the paradigm beyond its useful life is retarding evolution in the field of democratic assistance and is leading policy makers astray in other ways. It is time to recognize that the transition paradigm has outlived its usefulness and to look for a better lens.”¹⁷

Eine bessere Brille besteht für ihn in der genaueren Untersuchung der Grauzonen autoritärer Regime, die demokratische Elemente beinhalten können, ohne auf dem von der wissenschaftlichen Debatte vorgesehenen Weg zur liberalen Demokratie zu sein. Die gezielte Förderung dieser Elemente würde die Wahrscheinlichkeit einer Liberalisierung erhöhen: “Democracy aid must proceed from a penetrating analysis of the particular core syndrome that defines the political life of the country in question, and how aid interventions can change that syndrome.”¹⁸

Auch die meisten anderen Antworten setzen verstärkt auf Mikroanalysen, sei es nun in der Untersuchung erfolgreicher Anpassungsmechanismen autoritärer Regime, dem sogenannten *Authoritarian Upgrading*¹⁹ vorgeschlagen, oder sich vom Demokratieparadigma selbst zu entfernen und sozio-ökonomische Entwicklungsfragen wieder stärker in den Vordergrund zu stellen.²⁰ Gemein haben diese Ansätze ein syndrombasiertes Vorgehen, das bestimmte Elemente (wie die enge Kopplung von Politik und Wirtschaft oder von Politik und Klientelstrukturen) als ursächlich für die Demokratieresistenz arabischer Staaten begreift. Dabei droht diese Literatur zum *Stabilitätsguide* zu werden: Ein übersteigter Fokus auf Stabilitätsfaktoren verdeckt erwachsende Potenziale von Wandel und Transformation.

Im Lichte aktueller Ereignisse müssen sich diese Autor_innen fragen, welchen konkreten Beitrag ihre Resistenzforschung zu leisten vermag. Inwiefern lässt sich aus den Schwierigkeiten der Demokratisierung heraus tatsächlich verstehen, wie sich Demokratie effektiv ereignen kann und was Demokratie heute verhindert?

Im Anschluss an Sadowskis Neo-Orientalismuskritik entwickelte sich eine weitere, gänzlich anders ausgerichtete Dimension der Kritik, die diese Frage aufgreift. Sie vermutet, dass sich die bisherige Demokratiedebatte tatsächlich viel zu wenig mit Demokratie befasst hat, ja das angelegte Verständnis von Demokratie das wesentliche Problem darstellt. Die Ursache für diesen der Perspektive geschuldeten Fehler vermuten die Kritiker_innen in einer spezifisch weberianischen Vorstellung von Demokratie und Rechtsstaat, einer transhistorischen Idealvorstellung von moderner Entwicklung, die den liberalen Rechtsstaat, eine säkulare Öffentlichkeit und die Trennung von Tradition und Moderne, privater und öffentlicher Sphäre als konstitutiv für Demokratie versteht. Sie fragen weiter, ob diese Vorstellung nicht prinzipiell von einem ernsthaften Interesse an demokratischen Praktiken, in denen Menschen partizipativ ihr Gemeinwesen gestalten, unterschieden werden müsse. So stellt beispielsweise Lisa Wedeen²¹ die Perspektive auf den Kopf (oder aus ihrer Perspektive vom Kopf, auf dem sie stand, wieder auf die Füße), und fragt, inwiefern die liberale Definition von Demokratie tatsächlich etwas über die Existenz demokratischer Kräfte verrät. Scheinen nicht manche arabische, autoritäre Staaten sehr viel mehr demokratisches Leben zu bergen als viele demokratisch verfasste Gesellschaften der westlichen Welt?²² Könnte unser Fokus auf liberale Strukturen und die Gleichsetzung derselben mit Demokratie verhindern, dass wir demokratische Praktiken erkennen – im Nahen Osten wie in Europa?

Auf ähnliche Weise hatten bereits John Waterbury²³ und Stathis Kalyvas²⁴ dieses Paradigma angegriffen. Sie konnten empirisch aufzeigen, dass ein demokratischer Staat (als ein Staat mit regelmäßigen, fairen Wahlen) keineswegs auf Demokraten angewiesen ist. Wedeen stellt nun am Beispiel Jemens heraus,

“that there is no necessary relationship either historically or theoretically between agonistic disagreement, lively debate, rational-critical thinking, temporary equality, and revelatory politics, on the one hand, and either elections or liberal values, on the other. In short, democrats can exist without procedural democracy. Democracy (in substantive representational terms) may not even need the ballot box. And identifying democrats has less to do with specifying

the values inhering in particular groups and more to do with recognizing the kind of work performances of democracy do.”²⁵

Mit Waterbury, Kalyvas und Wedeen muss man also davor warnen, aus der Krise der Transitionsforschung allzu schnell zu folgern, es bedürfe entweder schlicht neuer Methoden zur Demokratieförderung oder das Demokratieparadigma sei selbst das Problem und müsse einer breiteren Definition von Entwicklung und einer komplexen Analyse von Resistenzstrukturen weichen. Die Gefahr liegt wohl vielmehr bei der von Yahya Sadowski beschworenen Angst vor dem Traditionalismus, die dazu verleitet, auf Grundlage liberaler Säkularisierungsannahmen kulturessentialistische und transhistorische Diagnosen über Demokratie abzugeben. Denn solche Diagnosen schließen immer bestimmte Werte wie Frauenrechte, bürgerliche und politische Rechte, Minderheitenrechte und die Trennung von Religion und Staat als Zugangsvoraussetzung zu einer demokratisch gesinnten Welt mit ein.

Außen vor bleiben anders gelagerte, demokratisierende Praktiken, wie sie etwa Lisa Wedeen in der strikt nach Familien-, Geschlechter- und Konfessionshierarchien organisierten *Qat*-Gesellschaften im Jemen aufgedeckt hat.²⁶ Wedeen behauptet, dass aus diesen Praktiken erst die Art von Bürger_in oder Subjekt erwächst, das faire und freie Wahlen schließlich einfordert. Die aktuellen Ereignisse scheinen Wedeens Überlegungen Recht zu geben. Gerade der Jemen – in der Standardliteratur bislang durch eine besonders hohe Korrelation zwischen einer praktisch nicht existenten Zivilgesellschaft und einem extrem ausgeprägten Traditionalismus charakterisiert²⁷ – beweist nun schon über Monate, wie vielseitig und demokratisch seine politische Kultur in Wahrheit ist.

Aus dieser Perspektive scheint der *Middle East Exceptionalism* in einer Linie mit dem Transitionsparadigma und seinen diversen Überwindungsversuchen zu stehen. Ihr Staats-, Demokratie- und Subjektverständnis ist in weiten Teilen deckungsgleich. Rezeptionsgeschichtlich lässt sich beobachten, wie beide Traditionen bislang Hand in Hand gingen, sich wechselseitig bestärkten und auf diese Weise alle Höhen und Tiefen der bisherigen Demokratiedebatte überstanden beziehungsweise deren Fokus bewahrten. Daher erscheint nicht verwunderlich, dass in der aktuellen Diskussion viele Stimmen zu hören sind, die den *Middle East Exceptionalism* zugunsten einer Neuauflage des Huntington'schen Credo, einer vierten Demokratisierungswelle, aufheben.²⁸ Für die aktuellen Ereignisse waren beide Traditionslinien blind. Eine Möglichkeit, dieser Blindheit zu begegnen, wäre es, den Konnex von Gesellschaft

und Regime, Öffentlichkeit und Staat, Liberalismus und demokratischen Wandel aufzulösen und das ihm inhärente Verständnis von Demokratie um demokratische Praktiken und Prozesse zu erweitern.

“First, a suitable definition of democracy needs to include aspects of substantive representation (...), such as citizen participation, modes of continual accountability, and informed publics whose participants engage in lively deliberation and criticism. Second, and very differently: we may want to avoid thinking about democracy as a ‚thing‘ at all, or a label that we affix to a state, but rather focus instead on the existence or absence of democratic practices.”²⁹

Ägyptens Pro-Demokratie-Bewegung

Diese im letzten Zitat anklingenden Aspekte von Demokratie tauchen immer wieder besonders im Zusammenhang mit der medialen Berichterstattung zur Lage in Ägypten auf. Mit Blick auf die Zukunft werden Fragen nach dem Datum von Wahlen, der Beteiligung und dem Organisationsgrad sozialer Gruppen sowie der Rolle des Militärs und religiöser Autoritäten in größerer Offenheit diskutiert. Diese Offenheit ist jedoch in sich selbst begrenzt, gerade weil sie sich in einem Diskurs bewegt, der Möglichkeiten und Grenzen des Sprechens und Urteilens vorstrukturiert. So verbreiten viele westliche Politikanalyst_innen eine funktionale und diskurssteuernde Skepsis dahingehend, ob der Aufstand in Ägypten nun als eine säkulare Forderung nach Demokratie (die unterstützt werden sollte) oder als religiöse Revolution (die zu fürchten und zu verhindern sei) zu kategorisieren ist, oder inwiefern diese Bewegung, wenn nicht unmittelbar zu ihrem Ausbruch, so doch längerfristig und retrospektiv von islamistischen Einflüssen heimgesucht und dominiert werden wird. Vor diesem Hintergrund wird schließlich gefragt, wem genau ein früher oder später Wahltermin nützt, wer noch wie viel Zeit und Unterstützung zur eigenen Organisation benötigt und wer aus der Revolution letzten Endes am meisten Kapital schlagen kann.

Man spürt deutlich, dass hier eine andere politische Sprache gesprochen wird als auf dem *Tahrir*. Während die demokratische Bewegung dort immer mehr Menschen berührte und einlud mitzumachen, herrscht hier eine Sprache der Kategorien und Zuordnungen, der Festlegung, Einteilung und der Exklusion. Allerorten wird versucht, die Nichtexistenz der von Sadowski beschriebenen Islambilder zu beschwören. Der Islam hat einfach keine Rolle gespielt – so der Grundtenor. Auch nordafrikanische

Migrant_innen oder Ägypter_innen vor Ort sind bemüht, den Aufstand als rein säkulares Ereignis darzustellen, der mit islamischen Strömungen nichts zu tun hat.

„Die Berufung auf den Islam als Grundlage und zentrale Referenz für eine neue Politik ist von Millionen Demonstranten ausgehebelt worden, und das heißt: Die Besonderheit des arabischen Frühlings besteht darin, dass er spontan ist und auf den Einzug in die Moderne abzielt – auf die Anerkennung des Einzelnen und seinen Status als Bürger und nicht länger als Untertan. Bislang hatte keine der politischen Parteien diesen Einzug in die Moderne so direkt gefordert.“³⁰

Doch was ist passiert? Wie kam es dazu, dass immer mehr Menschen ihren Status als Bürger_innen einforderten? Wird ein säkularer Modernisierungsmechanismus dem gerecht, was wir in Ägypten als Demokratiebewegung erlebt haben? Wurde der Islam „ausgehebelt“? Haben die Ägypter_innen auf einmal einen Schalter umgelegt und diejenigen marginalisiert, die zuvor noch den Islam als die Lösung propagierten?

Der Anthropologe Charles Hirschkind, der wie kaum ein anderer die Zeichen seiner Zeit erkannt hatte und schon früh die Besonderheit und das Potenzial der Pro-Demokratie-Bewegung in Worte fasste,³¹ ist gegenüber solchen Erzählungen skeptisch. Ihm zufolge ist der Erfolg einem neuen Möglichkeitsraum geschuldet, der von einer jungen liberalen, linken *und* islamischen Bloggersphäre eröffnet wurde. Es handelt sich dabei nicht um eine Facebook-Revolution, vielmehr haben Menschen über neue Wege zueinander gefunden und auf diese Weise jahrzehntelange Gräben überwunden.

“What is most striking about the Egyptian blogosphere (...) is the extent to which blogs are contributing to the elaboration of a political discourse that cuts across the institutional barriers that have until recently polarized Egypt’s political terrain, between more Islamicly-oriented currents (most prominent among them, the Muslim Brotherhood) and secular-liberal ones. Since the rise of the Islamist Revival in the 1970s, Egypt’s political opposition has remained sharply divided around contrasting visions of the proper place of religious authority within the country’s social and political future, with one side viewing secularization as the eminent danger, and the other emphasizing the threat of politicized religion to personal freedoms and democratic rights. This polarity has tended to result in a defensive

political rhetoric and a corresponding amplification of political antagonisms, a dynamic the Mubarak regime has repeatedly encouraged and exploited over the last 30 years in order to ensure a weak opposition.“³²

Der öffentliche Möglichkeitsraum der *blogosphere* transformierte diese defensive Rhetorik und wurde zum ausschlaggebenden Katalysator zentraler, der ägyptischen Revolution vorangegangener Ereignisse – sei es die breite Mobilisierung zu Arbeiter_innenstreiks wie in der Textilfabrik Mahallas am 6. April 2008, die Pluralisierung der Muslimbrüder einschließlich der Gründung neuer islamischer Parteien seit Ende der 90er, die Gründung der *Kifaya!*-Bewegung 2004 oder die einschneidenden Veränderungen auf populären Websites wie *Islamonline*.

Im Sinne der von Wedeen vorgeschlagenen Untersuchung demokratischer Praktiken und Prozesse zeigt Hirschkind auf, was sich in diesem Möglichkeitsraum ereignet: Die Polarität Säkularismus – Religion wird abgelöst von einer Anteilnahme an der Welt, einer engagierten Offenheit gegenüber dem, was in der Welt geschieht. Diese neue muslimische Perspektive markiert ihm zufolge einen signifikanten Unterschied gegenüber der defensiven Einstellung zu westlichen Medien und Kulturformen, was jedoch nicht bedeute, dass diese neue Generation muslimischer Aktivist_innen einfach westliche Werte übernehme. “Rather, it points to the way secularization is no longer the primary enemy in the way it had been.“³³ Diese neue Anteilnahme an der Welt setzt nun voraus und formuliert für sich selbst das Ziel eines umfassenden politischen Wandels in Ägypten. Mittel und Wege dieser Involviertheit und ihrer Ziele ist dabei eine Reinterpretation nationaler Identität und Gemeinschaft: Durch den Austausch und Zusammenschluss einer steigenden Anzahl sozialer Gruppen entsteht eine Identifikationsfläche, die ein kollektives nationales Subjekt generiert, das als Mensch Leid erfährt und in seiner Würde verletzt ist. Hirschkind spricht in diesem Zusammenhang von einem gemeinsamen moralischen Standpunkt: dem gemeinsamen Ziel dem Mubarak-Regime ein Ende zu setzen, gegen die ausgeübte Gewalt aufzubegehren und sich erfolgreich für politische Rechte und demokratische Institutionen einzusetzen. Gerade auch der neuen Generation religiöser Aktivist_innen liegt am Herzen, dass

“the goal of creating a flourishing Islamic society must start with the reform of Egypt’s stultified authoritarian system, and therefore, with the development of a political discourse capable of responding to the requirements of this task. To be effective today, they argue, such

a discourse must be disencumbered from the pedagogical project of ethical reform that has been central to Islamist political thought and practice. The blogosphere (...) contributes to this project, less in terms of the development of a political discourse than as a site wherein political affects are solicited and honed, where the experience of a violated national subject is objectified and cultivated.“³⁴

Dieses gemeinsame Projekt der Erneuerung Ägyptens bringt die unterschiedlichsten sozialen Gruppen zusammen, es verbindet. Darüber hinaus vermag es Dynamiken anzustoßen, die enorme Veränderungen freisetzen. So ist der während der Proteste so häufig zu hörende Slogan „Egypt for all Egyptians“ in seiner Geburtsstunde unter anderem von einer wichtigen Stimme der neuen Generation der Muslimbrüder, Ibrahim Hodeibi, eingeführt worden. Hodeibi schlug vor, den Slogan „Islam ist die Lösung“ durch den religiös-neutralen Aufruf „Ägypten für alle Ägypter“ zu ersetzen. Handelt es sich hierbei um Formen der (strategischen) Säkularisierung? Hirschkind warnt an dieser Stelle, den Slogan *at face value*, nach seinem augenscheinlichen Wert zu beurteilen.

“I would caution (...) against a too hasty assumption that the abandonment of religious references (...) can be taken as a symptom of the secularization of political life in Egypt. Rather, and as many of the bloggers I spoke with in Cairo insisted to me, what is marked by this shift is a recognition of the necessity of creating a language of political agency capable of encompassing the heterogeneity of commitments – religious and otherwise – that characterize Egyptian society. Blogs, I am arguing, have provided a unique space for the elaboration of such a form of political discourse, and are enabling the creation of new models of political citizenship, including by those who are concerned with preserving the Islamic character of Egyptian society.“³⁵

Doch was ist das Besondere dieses neuen politischen Diskurses, welches Subjekt und welche Subjektivität erzeugt er? Einerseits berührt er die Menschen unmittelbar durch teilweise visuell dokumentierte Gewaltakte des Staates gegenüber seinen Bürger_innen. Videos von brutalen polizeilichen Übergriffen werden über das Netz verbreitet; hat ein Journalist der konventionellen Medien eine solche Szene gefilmt, reicht er sie beispielsweise an eine Bloggerin weiter, deren Seite er schließlich als Referenz angeben kann, um staatlicher Repression zu entgehen. Auf Grundlage dieser ‚Beweise‘ wurden bereits Jahre vor

der Revolution Polizisten in Gerichtsverfahren verurteilt (wobei religiöse Richter liberal-säkulare Klienten vertraten und umgekehrt). Der eigene Blog wird zum individuellen Zeugnis kollektiven Leidens und bietet mannigfache Möglichkeiten individueller Orientierung: Beispielsweise wiesen religiöse Blogger Hirschkind darauf hin, dass sie sich zwar nicht im realen Leben mit Homosexuellen zeigen würden, jedoch im virtuellen Raum durchaus kooperierten. Hat die Diskussion zu heiklen Themen wie sexuelle Belästigung oder Diskriminierung religiöser Minderheiten ein gewisses Momentum erreicht, sehen sich Islamist_innen ebenso dazu aufgefordert beizutragen und partizipieren aktiv im Netz. Der Stil der Argumentation innerhalb der *Blogosphäre* entspricht dabei einer Sprache individueller Selbstreflexion und kritischen Engagements; nicht willkommen sind dagegen Denunziation und Dogmatismus. Dieser Stil ist besonders eklatant auf den persönlichen Profilseiten, auf welchen eine Online-Persönlichkeit erstellt wird, die gängige Stereotype des politischen Diskurses meidet oder offen kritisiert. Nach Hirschkinds Beobachtung führen diese persönlichen Selbstbeschreibungen, angereichert durch diverse Musik- und Filmtipps oder Hinweise auf andere Blogs und Aktionen, nun gerade nicht dazu, die individuelle Einzigartigkeit zu unterstreichen, sondern verbreiten vielmehr ein Gespür dafür, ein_e ganz gewöhnliche_r Ägypter_in zu sein. Selbst wenn ich mich als Mitglied der Muslimbrüder zu erkennen gebe, bin ich nicht vorrangig ein Muslimbruder, sondern ein_e Ägypter_in, eine_r unter Gleichen und primär ein menschliches Wesen.

In diesem Sinne spricht der bekannte Blogger und Muslimbruder ‚Abd al-Mun‘im Mahmud gegenüber Hirschkind davon, wie diese Form der Selbst(re-)präsentation dazu beigetragen hat, die Muslimbrüder zu ‚humanisieren‘, wie der Austausch über Sinnliches Menschen zusammengeführt hat und ihr gemeinsames Menschsein betont, ja wie die Menschlichkeit selbst wesentliches Element dieser Blogosphäre wurde. Mahmuds eigene Website heißt *Ana Ikhwan*, „Ich bin die Bruderschaft“ – ein Titel, der interessanterweise wie folgt gelesen werden kann: „Ich bin die Bruderschaft ... und ebenso ... bin ich einfach nur wie Du.“³⁶ *Islamonline*, als ein weiteres Beispiel, entschied sich bereits vor einigen Jahren, Stellung zu beziehen zu weltweit diskutierten Themen und ein offenes Forum für muslimische, homosexuelle Aktivist_innen abzuhalten. Kein anderes ägyptisches Medium – egal ob säkular oder religiös – hätte zu dieser Zeit eine solche Aktion unterstützt.

Dieser neue Möglichkeitsraum stiftet Handlungsperspektiven und Praktiken, die sich deutlich unterscheiden von der ansonsten hinlänglich bekannten Oppositionsrhetorik. Hier ist Demokratie am Werk, die kreative soziale Lösungen anbietet und über liberale Modernisierungslogiken hinweghilft.

Al-Qaida

Al-Qaida fungiert innerhalb der zeitgenössischen, liberalen Denktradition als zentraler, politischer Kontrahent, der aktiv gegen Modernisierung und Säkularisierung zu Felde zieht. Demnach verläuft die heutige Frontlinie zwischen der modernen Welt und dem islamistischen Fundamentalismus,³⁷ die im Sinne des *Clash of Civilizations* die Entgegensetzung von Kapitalismus und Kommunismus des Kalten Krieges ablöste.³⁸ Unter anderem hat sich Talal Asad eingehend mit dieser Argumentation befasst³⁹ und eine doppelte Schlussfolgerung gezogen: Sowohl das westlich-liberale, kulturessentialistische Verständnis von Terrorismus und Fundamentalismus als auch das Selbstverständnis transnationaler Terrororganisationen wie Al-Qaida sind ihm zufolge nicht einer Konfrontation zweier völlig ungleicher Gegner geschuldet sondern Ergebnis der gewaltvollen, (markt)liberalen Durchdringung globaler Lebensweisen.⁴⁰ Hierin verkörpert der *Clash of Civilizations* vor allem ein populär wirksames Drama, innerhalb dessen sich Akteure mit einer antithetischen Entwicklungslogik formieren, sich elementar bedrohen und diese Bedrohung als primär handlungsleitend deuten. Dieses Drama stellt jedoch nicht einfach nur ein imaginiertes Narrativ dar, vielmehr erfüllt es eine spezifische Funktion und zieht bestimmte Effekte nach sich. Einerseits wird die historische Verschränktheit von christlicher und muslimischer Lebensweise, die unter anderem plurale Rechts- und Glaubenspraktiken innerhalb beider monotheistischer Traditionen ausprägte, zugunsten einer einfachen Opposition verdrängt. Gemäß spezifischer kultureller, ideologischer und religiöser Merkmale werden bestimmte Länder besetzt, bestimmte Völker kolonialisiert und bestimmte Lebensweisen verfolgt, die der eigenen Gemeinschaft ansonsten zur Bedrohung werden könnten. Andererseits handelt es sich beim *Clash of Civilizations* nicht schlicht um ein Scheingefecht – im Gegenteil: der Kampf ist vollkommen real, fußen doch sowohl die signifikant hohe Anzahl von Selbstmordattentaten, als auch die Interventionspolitik des Westens auf dieser Narration.

Asads Vorschlag, diese Opposition weniger als Gegensatz der Kulturen und vielmehr als elementaren Teil der rechtsstaatlich und marktliberal verfassten Welt zu verstehen, besticht in vielerlei Hinsicht. Asad ersetzt den *Clash* diametraler Entitäten durch das Modell unterschiedlicher Kräfte innerhalb

eines einzigen Feldes. Damit ermöglicht er eine wichtige Perspektivenverschiebung von den Inhalten auf die Form der Auseinandersetzung und fragt: Was ist die Substanz dieses Feldes, das die Kräfte erst erzeugt; was ist das Grundgerüst, auf das unterschiedliche Kräfte einwirken und mit ihren jeweiligen Ideologien ausfüllen; was sind die Strukturelemente der unterschiedlichen Inhalte?

Gemeinsam ist der Rhetorik Al-Qaidas und der Rhetorik westlicher Regierungen eine politische Teleologie, wonach Ereignisse als Zeichen innerhalb einer bestimmten gesellschaftspolitischen Entwicklung interpretiert und aufgewertet werden. Zwar verhalten sich die konkreten Entwicklungen innerhalb der liberalen und der radikal islamischen Ideologie *inhaltlich* diametral, also in exakt entgegengesetzte Richtungen, ihre Teloi, Verlaufslogiken und Verifikationsmethoden sind jedoch identisch. Während die liberale Modernisierungstheorie von einer zunehmenden sozialen Befreiung von Ideologie und Traditionalismus ausgeht und die Religion zu einem privaten Gebrauchsgut reduziert, spricht der Islamismus von einem Sieg der Religion über den Individualismus und verbindet damit – genau wie der Westen mit seiner Erzählung – eine soziale Befreiung von Unfreiheit, Armut und Besatzung. Religion und Säkularismus als die zwei antithetischen Teloi fungieren für beide Theorien auch zeitlich entgegengesetzt; Anfang und Ende sind exakt spiegelbildlich.

Die Entwicklung im Sinne der jeweiligen Logik verläuft in beiden Fällen in mehr oder weniger gewaltvollen Etappen. Gehandelt wird trotz *und* aufgrund des Determinismus, die der jeweiligen Teleologie inhärent ist: Koalitionen mit andersgearteten Ideologien werden vorübergehend geschlossen (Islamisten gehen Bündnisse mit Nationalisten ein und Liberalisten vertrauen auf autoritäre Regime und gewaltbereite Milizen), es kommt sowohl zu abgestuften Variationen von Interventionen (transnationale Kolonisations-, Subventions- und Rentenstrukturen) als auch zu klaren Bekenntnissen zur Gewalt (Krieg gegen den Irak, die Taliban, die Hamas, den ‚Terror‘ im Allgemeinen; Aufrufe zu weltweiten Anschlägen). Geschehnisse wie der 11. September oder die Demokratisierungswelle Osteuropas werden zu geschichtlichen Wendepunkten aufgewertet und im Sinne der jeweiligen Teleologie interpretiert; sie gelten als Symptome und ‚kleine Siege‘, die der jeweils natürlichen Entwicklung das Wort reden.

Doch wieso muss gekämpft werden, wenn das Ergebnis längst feststeht und eine prädestinierende Logik am Werk ist? Genau hierin zeigt sich die schon bei Max Weber herausgearbeitete Widersprüchlichkeit der Teleologie:⁴¹ Die *Wissenden* erkennen für sich eine Wahrheit an, deren Anspruch zwar

allumfassend ist, deren Existenz jedoch aktiv unter Beweis gestellt werden muss. Der Erfolg auf Erden gilt als Zeichen der wahren Erkenntnis; je stärker eine Seite sich für diesen natürlichen Erfolg einsetzt, desto fundamentalistischer wird sie.

Der arabische Frühling liefert nun einen Moment des Bruchs, der die Ideologien ins Dunkel tappen lässt und gleichzeitig ihre Widersprüchlichkeit aufzeigt. Sowohl der vom Westen unterstellte Mangel einer Zivilgesellschaft im arabischen Raum, als auch die von Al-Qaida propagierte sich ausbreitende Dominanz der Religion (und der damit verbundenen Ablehnung demokratischer Werte) werden als kontrafaktische Annahmen entzaubert. An die Stelle des entwicklungslogischen Gegenpols der Ideologien tritt so ein Moment der Stille, eine Perplexität im Angesicht des Scheiterns sowohl der eigenen Erklärungsmodelle als auch derer des politischen Gegners. Die tatsächliche Ereignishaftigkeit und Originalität des Aufbruchs in der arabischen Welt kann von ihnen nicht gegriffen werden. Der arabische Frühling zeigt so einerseits die Brüchigkeit und Fehlerhaftigkeit der einzelnen Teleologien auf. Andererseits verschließt er sich jedoch auch dem Verweis auf die jeweils andere Teleologie, auf die Antithese, und lässt erahnen, dass uns der dialektische Blick durch die säkulare und religiöse Brille in die Irre leitet.

Schluss

Hirschkind's Analysen begründen, warum Mitglieder der Muslimbrüder – vielleicht zögerlicher und später, jedoch in großer Zahl – an vorderster Front in Ägypten mitdemonstriert und ihr Leben riskiert haben. Anders als häufig zu hören ist ihr Verhalten nicht vorrangig als strategisch und mit Blick auf eine zukünftige Machtbeteiligung zu werten, sondern als demokratische Partizipation – eine Einschätzung, die viele nicht religiöse Aktivist_innen teilen.⁴²

Um die Pro-Demokratie-Bewegung in Ägypten besser zu verstehen, müssen zahlreiche Selbstverständlichkeiten hinterfragt werden. Ägyptens Revolution ist weder einfach ‚unideologisch‘ noch dem reinen Fluss der Ereignisse geschuldet, weder an einem transhistorisch eingetretenen Punkt sich selbst überwindender Traditionalität angekommen, noch ein rein säkulares Phänomen, das von der westlichen Welt zu feiern und von Al-Qaida zu fürchten ist (oder andersherum). Beide teleologische Betrachtungen – die liberale Modernisierungstheorie, sowie die Islamisierungstheorie Al-Qaidas – gehen

an der Spezifik der Bewegung vorbei. Sie sind blind gegenüber den Ereignissen auf dem *Tahrir*. Wer sich innerhalb dieser Teleologien aufhält oder sich von ihren gegenseitig entworfenen Feindbildern leiten lässt, verkennt die Tiefendimension dieses politischen Wandels und wird der Forderung so vieler Ägypter_innen, ein menschliches, würdevolles Leben zu führen, nicht gerecht.

Ägypten ist, wie Slavoj Žižek im Interview mit Tareq Ramadan zurecht betont,⁴³ nicht schlicht irgendein Land, in dem ein diktatorisches Regime gestürzt wurde. Ägypten ist *universell*. Es geht uns alle an. Es berührt uns als Menschen. Dies nun nicht, weil es bestimmte, uns vertraute Werte verkörpert oder weil seine Anliegen säkular im Sinne der Menschenrechte sind. Es berührt uns, weil es die dehumanisierende Perspektive auf den arabischen *homo islamicus* zerschlägt und den humanisierenden Blick auf den Ägypter, die Ägypterin wirft – als Menschen, die mir gleichen und die mit mir eine Welt bewohnen. Entstanden aus dem Geist eines demokratischen Humanismus, erzeugt der arabische Frühling plurale Gruppen, die zusammen eine neue Sprache sprechen und eine Identifikationsgrundlage schaffen, die weit über das Land hinausreicht.

Ägypten geht uns alle an, weil es uns in unserem modernen Menschsein mit seinen spezifischen Sensibilitäten und Problemen (be)trifft. Es trifft uns in seiner Besonderheit auf unmittelbar menschlicher Ebene. Es trifft uns mitten ins Herz.

Anmerkungen und Literatur

1 Gentile, Sal: WikiLeaks cables: Political protests are not part of the 'Egyptian mentality', *The Daily Need* vom 28. Januar 2011, online unter: <http://www.pbs.org/wnet/need-to-know/the-daily-need/wikileaks-cables-political-protests-are-not-part-of-the-egyptian-mentality/6840/> (15. März 2011).

2 Vgl. Pawelka, Peter: Der Staat im Vorderen Orient: Über die Demokratie-Resistenz in einer globalisierten Welt, *Leviathan* 30(4)(2002), S. 431-454; ebenso: Bellin, Eva: The Robustness of Authoritarianism in the Middle East: Exceptionalism in Comparative Perspective, *Comparative Politics*, 36(2)(2004), S. 139-157; Schlumberger, Oliver: Autoritarismus in der arabischen Welt. Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung, Baden-Baden, 2008; Brumberg, Daniel: The Trap of Liberalized Autocracy, *Journal of Democracy*, 13(4) (2002), S. 56-68. Zu dieser Auseinandersetzung siehe ebenfalls die aktuelle Diskussion zwischen Lobe, Adrian (Die Wissenschaft vom stabilen Orient, FAZ.NET vom 24. März 2011, online unter: <http://www.faznet.de/-01qzcc> (1. April 2011)) und Schlumberger, Oliver (Nahost-Experten, echte und andere, FAZ.NET vom 31. März 2011, online unter: <http://www.faznet.de/-01r5je> (1. April 2011)).

3 Dabei bleibt natürlich noch unklar, ob und inwiefern sich der Widerstand auch effektiv institutionalisiert, wie u.a. von Oliver Schlumberger als Antwort auf die Kritik von Adrian Lobe richtig angemerkt wird (ebd.). Antworten darauf, ob und wie ein solcher breiter politischer Widerstand die Politik in den arabischen Ländern verändert, müssen jedoch erst noch gefunden werden. Im Vergleich zu Lobes Kritik (2011) versucht dieser Beitrag nicht zu einer umfassenderen Nahostforschung aufzurufen, die ‚präzisere‘ Analyseansätze verfolgt und entweder den bisherigen Wissensfundus durch einen anderen ersetzt oder diesen durch neues Wissen zu erweitern sucht. Vielmehr fragt er, ob die Wahl und der Inhalt unseres Wissens über die arabische Welt wichtige Dimensionen außer Acht lässt und Probleme aufweist, die durch die aktuellen Ereignisse und das, was diese Ereignisse in uns ausrichten, sichtbar werden.

4 Kreye, Adrian im Interview mit Bernard Haykel: Der Westen tappt im Dunkeln – al-Qaida auch, *sueddeutsche.de* vom 4. März 2011, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/islamwissenschaftler-zur-arabischen-revolte-al-qaida-tappt-im-dunkeln-der-westen-auch-1.1067827> (3. April 2011).

5 Vgl. Mahmood, Saba: The Architects of the Egyptian Revolution, *The Nation* vom 14. Februar 2011, online unter: <http://www.thenation.com/article/158581/architects-egyptian-revolution> (29. März 2011).

6 Vgl. Gallup-Studie März 2011, angeführt von Mogahed, Dalia: Egypt's Shifting Political Landscape – Democracy Informed by Religious Values, *Qantara.de* vom 16. März 2011, online unter: <http://en.qantara.de/Democracy-Informed-by-Religious-Values/8449c851811p77/> (1. April 2011).

7 Vgl. insbesondere Asad, Talal: Religion and Politics: An Introduction, *Social Research*, 59 (1) (1992), S. 3-16; Hirschkind, Charles: Civic Virtue and Religious Reason: An Islamic Counterpublic, *Cultural Anthropology*, 16(1)(2001), S. 3-34; Hirschkind, Charles: The Ethical Soundscape: Casette Sermons and Islamic Counterpublics, New York, 2006; Mahmood, Saba: Politics of Piety: The Islamic Revival and the Feminist Subject, Princeton, 2005.

8 Hirschkind, Charles: The Road to Tahrir, *The Immanent Frame*, online unter: <http://blogs.ssrc.org/tif/2011/02/09/the-road-to-tahrir/> (30. März 2011); Mahmood, 2011.

9 Sadowski, Yahya: The New Orientalism and the Democracy Debate, *Middle East Report*, 183, July-August 1993, S. 14-21; 40.

10 Huntington, Samuel: The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century, Norman, 1991.

11 Huntington, Samuel: Will More Countries Become Democratic?, *Political Science Quarterly* 99, Sommer 1984, S. 216. Vgl. ebenso Diamond, Larry / Linz, Juan & Lipset, Seymour Martin (Hrsg.): *Democracy in Developing Countries*, vol.2, Africa, Boulder, 1988, S. xix-xx.

12 Ebd., S. 15.

13 Crone, Patricia: *Slaves on Horses: The Evolution of the Islamic Polity*, Cambridge, 1980, S. 62f., zitiert in: Sadowski 1993, S. 17.

14 Pipe, Daniel: *Slave Soldiers and Islam: The Genesis of a Military System*, New Haven, 1981, zusammengefasst in: Sadowski, 1993, S. 18.

15 Ebd., S. 20.

16 Carothers, Thomas: The End of the Transition Paradigm, *Journal of Democracy*, 13(1)(2002), S. 5-21; 9

17 Ebd., S. 6.

18 Ebd., S. 19.

19 Heydemann, Steven: Upgrading Authoritarianism in the Arab World, *Analysis Paper 13*, Oktober 2007 (The Saban Center for Middle East Policy at The Brooklyn Institution), online unter: <http://www.brookings.edu/papers/2007/10arabworld.aspx> (15. Oktober 2010).

20 Pawelka, Peter: Der Staat im Vorderen Orient: Über die Demokratie-Resistenz in einer globalisierten Welt. In *Leviathan* 30(4) (2002), S. 431-454; Schlumberger, Oliver: Autoritarismus in der arabischen Welt. Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung, Baden-Baden, 2008.

21 Wedeen, Lisa: *Peripheral Visions: Publics, Power, and Performance in Yemen*, Chicago, 2008.

22 Vgl. Beispiele von Depolitisierung und Entdemokratisierung in westlichen Gesellschaften in: Wedeen 2008, insbesondere Kapitel 3; Wedeen, Lisa: *Ambiguities of Domination: Politics, Rhetoric, and Symbols in Contemporary Syria*, Chicago, 1999, insbesondere Kapitel 1 und 5.

23 Waterbury, John: *Democracy Without Democrats?: The Potential for Political Liberalization in the Middle East*. In: Salame, Ghassan (Ed.): *Democracy Without Democrats?: The Renewal of Politics in the Muslim World*, London, 1994.

24 Kalyvas, Stathis: *Democracy and Religious Politics: Evidence from Belgium*. *Comparative Political Studies* 31(3) (1998), S. 291-319.

25 Wedeen, 2008, S. 146.

26 Vgl. Kap. 3 in ebd.

27 Vgl. Carapico, Sheila: *Civil Society in Yemen: The Political Economy of Activism in Modern Arabia*, Cambridge, 1998.

28 Vgl. Grand, Stephen: *Starting in Egypt: The Fourth Wave of Democratization?*, The Brookings Institution, online unter: http://www.brookings.edu/opinions/2011/0210_egypt_democracy_grand.aspx (15. März 2011); Diamond, Larry: *Democracy after the Arab Spring: A Fourth Wave or a False Start?*, *Foreign Affairs* vom 22. Mai 2011, online unter: <http://www.foreignaffairs.com/ARTICLES/67862/larry-diamond/a-fourth-wave-or-false-start> (30. Mai 2011); Meijerfeld, Roel: *Fourth Wave of Democratization Engulfing the Arab World*, *The Broker* vom 3. Februar 2011, online unter: <http://www.thebrokeronline.eu/Online-discussions/Blogs/Current-Global-Affairs/Fourth-Wave-of-democracy-engulfing-the-Arab-world> (15. März 2011).

29 Wedeen, 2008, S. 146.

30 Jelloun, Ben: *Revolte ohne Islamisten*, *Zeit Online* vom 7. April 2011, online unter: <http://www.zeit.de/2011/15/Ben-Jelloun> (7. April 2011).

31 Vgl. Hirschkind, 2006, 2010, 2011.

32 Hirschkind, 2006, 139.

33 Ebd., S. 151.

34 Ebd., S. 148.

35 Ebd., S. 144.

36 Ebd., S. 148f.

37 Vgl. u.a. Lewis, Bernard: *The Roots of Muslim Rage*, *The Atlantic Monthly*, September 1990, online unter: <http://www.theatlantic.com/magazine/archive/1990/09/the-roots-of-muslim-rage/4643/> (15. April 2011); Huntington, Samuel: *The Clash*

of Civilizations?, *Foreign Affairs*, 72(3) (1993), S. 22-49; Huntington, Samuel: *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, London, 2002; Walzer, Michael: *Arguing About War*, New Haven, 2004.

38 Vgl. Huntington, 1993.

39 Vgl. u.a. Asad, Talal: *Anthropology & the Colonial Encounter*, Ithaca, 1973; *Genealogies of Religion: Discipline and Reasons of Power in Christianity and Islam*, Baltimore, 1993; *Formations of the Secular: Christianity, Islam, Modernity*, Stanford, 2003; *On Suicide Bombing*, New York, 2007.

40 Für eine Darlegung der genauen Argumentation vgl. insbesondere Kapitel 1 aus: Asad, 2007.

41 Weber, Max: *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, München, 2010 [zuerst erschienen in Tübingen, 1934].

42 Vgl. Mahmood, 2011.

43 Khan, Riz: *Egypt: Tariq Ramadan & Slavoj Zizek*, *Al Jazeera TV Show* vom 3. Februar 2011, online unter: <http://english.aljazeera.net/programmes/rizkhan/2011/02/2011238843342531.html> (5. April 2011).

Fadi Bardawil

Sunken Mythologies

Acknowledgment: This article originally appeared on Jadaliyya.com. The author would like to thank Jadaliyya's editors for their consent to reprint it.

“They told me in an articulate foreign tongue: all nations more or less are moving forward in the direction of history; towards globalization, the knowledge society and political modernity except for you making headway running in the opposite direction ... We know that your unenlightened religious culture is a terrible obstacle that hinders your transition into less closed, less obscurantist societies and less inimical to individuals, women, non-Muslims, reason, modernity and life. We also know that your political imaginary from Othman to Saddam did not know but ‘the Khalifah that is either deposed by death or explicit apostasy - [but] not oppression [of his people] -’. And we made this old political imaginary our target to force it to open up to democracy and its companion: moderation. We know that success with you isn’t guaranteed. The attempt however is worth the wager, the last remedy being cauterization.”

al-Afif al-Akhdar, “What Did The Falling Missiles On Baghdad Tell Me?”, March 23rd 2003

They, speaking the ‘ills’ of the Arab World, are the missiles wrecking Baghdad in March 2003 during the first days of the US led invasion of Iraq. The missiles’ interlocutor, delivering and translating their message into Arabic is al-Afif al-Akhdar, the Tunisian born (1934) ex-Marxist intellectual who in 1965, three years after Algeria’s independence, took part in the meeting between Che Guevara and Abu Jihad* at a Hotel in Algiers. Forty years separate the victory of Algerians against French colonialism (1962) and the American occupation of Iraq (2003). Forty years also separate the meeting of al-Akhdar with Guevara in Algiers from his celebration of the US missiles on, and invasion of, Iraq. The harsh prose of this veteran of national liberation struggles, Marxist ideologue, and militant alongside the Palestinian resistance from 1962 until he left Beirut for Paris in the first years of the Lebanese civil and regional wars (1975-1990), is not his alone. A significant number of Arab militant intellectuals who were once at the forefront of national liberation struggles have become similarly disenchanted. They have exited from organized political activity, became very critical of anti-imperialist movements, and turned their gaze *inwards* to subject Arab culture to scathing critique blaming it for all ills that befall Arabs in this day and age. Some of these veterans, as in the case of al-Akhdar, politically aligned themselves with

imperial agendas’ advancing the hypothesis that an ‘external’ shock (and awe?) of a foreign occupation would shake these societies out of their ‘slumber.’

The popular uprisings we are witnessing today in the Arab world are eroding the culturalist mythologies propagated by the likes of al-Akhdar, along with the authoritarian regimes inherited from the national liberation struggles of the mid-twentieth century. Those thinkers and journalists have moved from an idealization of the revolutionary potential of the masses in their youth to a diametrically opposite view in their old age, locating the inherent ‘problems’ plaguing the region in the culture of these same masses. What remained a constant in this interpretive and political inversion is the distance separating the militant then, intellectual now, from the masses adulated then and despised now. What also remained a constant is the dominance of simplistic mono-causal explanations of the histories and societies of this part world. If at one point everything was to be analyzed and blamed on the external political machinations of colonialism and imperialism, the disenchanted militant’s Mea Culpa took the form of locating the root of all-evil in the internal cultural make-up of these societies. ‘Unenlightened religious culture,’ ‘obscurantist,’ and ‘closed societies’ inimical to reason and modernity became the mantras chanted to conjure the specters of geo-political interests, political economy, and other lenses that attempted to connect an understanding of Arab societies with the global circuits of capital and the international balance of power in a post-Cold War world.

The mass popular revolts in Tunisia and Egypt and the uprisings shaking Bahrain and Libya at the moment are contributing to sinking the culturalist mythologies of this intellectually exhausted generation of militants turned into detached, sour commentators. Not all wines age well. One also hopes that these world-historical events will contribute to overcoming the simplistic binary logic of interpretation which have dominated public discourse on opposite sides of the political spectrum for so long: external causes vs. internal ones, imperialism and colonialism vs. Islam, political logics vs. cultural ones. The recent popular uprisings have contributed to the disintegration of what now became the old culturalist myth. That said, the new certainly ought not take the shape of a simple swinging back of the pendulum into the uncritical glorification of the revolutionary Arab masses and the resurrection of the ‘Arab Spirit’ that will propel us directly into that ever-promised, always-deferred, all-encompassing Arab Renaissance. A quick glance at the intertwinement of infra-national – mainly sectarian, but also regional and familial – solidarities, with regional and international political interests in Lebanon, the

Trans-Jordanian-Palestinian rift in Jordan, the ethnic and sectarian divisions in post-US invasion Iraq as well as the increasing geo-political weights of Iran and Turkey, are food for thought and brakes to hasty and sweeping generalizations. The good-old 'Arab Spirit' of Michel Aflaq and generations of Arab nationalists will not do the trick this time around. If a new 'Arabism' is to emerge it will do better to comport with, and not negate, the multiple historical, political, ethnic, sectarian, and gender sedimented layers of these societies.

Our present conjuncture also invites a remembering and a re-thinking of the significance of the July 2006 Israeli, US-backed, war on Lebanon and its failure to achieve its military and political aims in the face of the staunch resistance put out by the guerrilla forces of Hizballah. What the fighters holding their ground in the Lebanese southern villages despite the brutal Israeli aerial bombardments and ground assaults declared in the summer of 2006 was the end of the myth of absolute Israeli military supremacy. The string of Arab military defeats beginning with the loss of Palestine in 1948 to the invasion of Lebanon and the defeat of the Palestinian Resistance as well as its Lebanese allies in the summer of 1982, no longer had in 2006 the solidity of an imposed, immovable fate; one that is there only to be suffered. The failure of the 2006 Israeli war, and the current popular uprisings constitute multiple landmark events on one chain of signification that is eroding the intellectual and political doxas that served as nursery rhymes for generations of Arabs: 'The Israeli army will always win', 'Arab soldiers cannot fight', 'Arab dictatorships are here to stay', 'Their intelligence services are omnipotent,' 'Better stay out of politics, There is no use!' and many more on that same choking rhythm of despair. It may be too early to predict what tomorrow will bring, but one thing is certain, military defeat against Israel is not a fate and Arab authoritarian regimes are not eternal. That macabre dance is over.

Meanwhile, on the northern shores of the Mediterranean the picture is bleaker. The revolts in the Arab world have deepened the crises of these democracies already exacerbated by the leaks provided by Julian Assange and his collaborators. To point to the growing gap between the ideals of liberty and democracy championed by the US and European governments and their full-fledged military, political and economic support of authoritarian Arab regimes is, of course, an obvious point. One can also mention the tight relationships linking members of the ruling elites on both sides, as evidenced lately by the Tunisian vacations of Michèle Alliot-Marie, the current French foreign minister via the private jets of the ex-clan in power. "Quand je suis en vacances, je ne suis pas ministre des affaires étrangères"

was her very convincing answer in which she draws clear lines between her day-time functions supposed to embody the ideals of liberty, equality and fraternity, and the after-hours drink she may have with Ben Ali's court in her private capacity.

In addition to the embarrassment and confusion of Western foreign policy caused by the Arab popular revolts that may threaten their economic and political interests, Europe is also witnessing a more subterranean counter-revolution to the right. Last October, the German Chancellor, Angela Merkel, announced the absolute failure of founding a multi-cultural society as debates about immigration, integration and national identity occupy the German media. The death of multi-culturalism was echoed a couple of weeks ago, also in Germany, by the British Prime Minister, David Cameron, who called for the end of "passive tolerance" and for a "muscular liberalism" to integrate immigrants into the nation. One wonders, and not without a big dose of dread, how the 'muscular' part of the equation will be translated into policy and how its effects will be felt on the day-to-day-life of these immigrants. Meanwhile, Nicholas Sarkozy expelled the Roma minorities from France this past summer, linked French national identity and the French soil together, and proposed a law that strips some foreign-born naturalized criminals of their French nationality. The law was approved by the National Assembly last year and rejected by the French Senate by 182 votes to 156 on February 3rd, 2011. On top of that, Marine Le Pen has become this past January the president of the right wing, xenophobic French party 'Le Front National' succeeding Jean-Marie Le Pen, her father and founder of the party. The presidency of the young Le Pen daughter is expected to invigorate the party and push it from the margins of political life towards occupying a weightier presence on the French political checker.

In this deeply inter-connected world we live in, and while the Arab revolts are opening up new horizons for their citizens, Europe's futures seem to be delimited by France's recent ministry of Immigration, Integration, National Identity and Co-development (2007), Britain's "muscular liberalism" to come and the repeated arson attacks against Berlin mosques in Germany. The old continent's identity crisis, the ruling elites' nationalist right-wing responses as well as the European street's apathy may well point to something more than the usual discrepancy between the European founding myths – tolerance, equality, liberty – and its political practices. Is something else sinking besides Arab culturalist mythology?

* Abu Jihad (Khalil al-Wazir, 1935-1988) was one of the founders of the Palestinian national liberation organization, Fatah and a key political and military figure of the Palestinian resistance, he was assassinated by Israeli forces at his home in Tunis in April 1988. In 1962, in the wake of Algeria's independence Abu Jihad relocated to and opened a Fatah bureau in Algiers.

Anja Zorob

Aufstand in der arabischen Welt: Wirtschaftliche Hintergründe und Perspektiven

Tunesien und Ägypten wurden von Weltbank, Internationalem Währungsfonds (IWF) und anderen einschlägigen Organisationen bis in die jüngste Vergangenheit beständig als ‚Musterknaben‘, ‚Erfolgsstories‘ oder ‚Champions wirtschaftlicher Reformen‘ im Nahen Osten und Nordafrika präsentiert. Vor diesem Hintergrund überrascht es zunächst, dass ausgerechnet hohe Arbeitslosigkeit und das Fehlen von Zukunftsperspektiven von insbesondere jungen Menschen aus der gebildeten Mittelschicht als die wichtigsten sozio-ökonomischen Ursachen hinter den Revolutionen geltend gemacht werden. Aber zum einen warnten regionale wie internationale Expert_innen schon vor Jahren vor genau dieser Situation. Zum anderen fragen sich jetzt viele, ob die ‚guten Zahlen‘ der vergangenen Jahre etwa ein Bild suggeriert haben, das nicht den Tatsachen entspricht und wer von dem so hoch gelobten wirtschaftlichen Liberalisierungs- und Reformkurs in den Gesellschaften der Region eigentlich profitiert hat. Gleichzeitig beginnen Ökonom_innen und Vertreter_innen internationaler Entwicklungsorganisationen darüber nachzudenken, wie die strukturellen Schwächen dieser Volkswirtschaften nachhaltig behoben und damit in Verbindung die Probleme in Form von Armut, Arbeitslosigkeit und Korruption in Zukunft besser bewältigt werden können.

Das Ende des ‚authoritarian bargain‘?

Sozio-ökonomische Hintergründe werden einhellig in den Kommentaren zu den politischen Umstürzen in Tunesien und Ägypten als wichtige, aber nicht die einzigen Beweggründe bezeichnet, welche die Menschen in Millionen auf die Straßen trieb. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass die verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ursachen nicht nur unmittelbar miteinander verwoben sind. Darüber hinaus scheint von Land zu Land unterschiedlich ein bestimmtes Bündel jener Faktoren die Situation ‚zum Explodieren‘ gebracht zu haben. Aus polit-ökonomischer Perspektive geht es dabei im Kern um den so genannten *authoritarian bargain*. Nach Meinung von insbesondere Polit-Ökonomen bestimmte eben jener ‚Handel‘ jahrzehntelang maßgeblich die Beziehungen zwischen Führungseliten und Bürger_innen in den Staaten des Nahen/Mittleren Ostens und Nordafrikas (MENA) und sicherte über das Mittel der Repression hinaus die Stabilität der autokratischen Systeme.¹

Der *authoritarian bargain* impliziert den Verzicht der Bevölkerung auf politische Mitspracherechte im Austausch gegen ein Mindestmaß an staatlich garantiertem wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit: Vor allem in den 1970er Jahren verhalf der neue Ölreichtum und dessen Umverteilung innerhalb der Region einerseits zum Aufbau einer großen staatlichen Bürokratie, öffentlichen Industrieunternehmen und Bildungssystemen, womit viele Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Andererseits setzte der Zufluss externer Renten die Regierungen der MENA-Länder in den Stand, Nahrungsmittel, Strom und Wasser oder aber Wohnungsmieten und landwirtschaftliche Inputs großzügig zu subventionieren. Maßnahmen wie diese waren Teil eines staatlich gelenkten und sich an gesellschaftlich möglichst breiter Umverteilung orientierenden Entwicklungsmodells, das in vielen MENA-Ländern in den 1950er und 1960er Jahren und insbesondere jenen, die den Weg des ‚arabischen Sozialismus‘ einschlugen, aufgenommen worden war. In letzteren, wozu Staaten wie Ägypten oder Syrien zählten, beinhaltete der mit diesem Modell einhergehende neue *social contract* nicht nur die Rolle des Staates als Garant wirtschaftlichen Wohlstands und treibende Kraft hinter der nationalstaatlichen Konsolidierung jener noch jungen Länder. Darüber hinaus sollte der Staat eine gesellschaftliche Transformation in die Wege leiten, wozu unter anderem eine große Verstaatlichungswelle durchgeführt und die Tätigkeit privater Unternehmer stark reglementiert wurde.²

Mit dem Einbruch der Ölpreise, dem weitgehenden Scheitern der importsubstituierenden Industrialisierung sowie zunehmender Verschuldungsprobleme sahen sich die politischen Verantwortlichen vor allem in den ‚ärmeren‘ oder heute ‚ölimportierenden‘ Ländern in Nahost und Nordafrika in den 1980er Jahren mehr und mehr Schwierigkeiten gegenüber, ihren Teil des ‚Handels‘ zu erfüllen. Dadurch geriet die Legitimität der Regime in Gefahr und in mehreren Staaten der Region, so auch in Ägypten und Tunesien, kam es zu Brotunruhen.³ Vor diesem Hintergrund ließen sich Länder wie Tunesien und Ägypten auf die Durchführung von Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogrammen in Zusammenarbeit mit IWF und Weltbank ein. Zu Beginn dieser neuen Phase neoliberaler Reformen suchten die Regime jener Länder deren Implikationen für eine Restrukturierung des bis dahin gelten Sozialvertrags durch begrenzte Maßnahmen politischer Liberalisierung zu kompensieren und sich dadurch Unterstützung für unter anderem den Abbau staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft und die Privatisierung staatlicher Unternehmen zu sichern. Spätestens zur Mitte der 1990er Jahre jedoch fanden solche ‚Experimente‘ politischer Öffnung ein jähes Ende. Fortan setzte sich ein Management wirtschaftlicher Reformen von

oben nach unten oder *reform by decree* durch, das auf eine Unterstützung des Reformkurses ‚von unten‘ weitestgehend verzichtete.⁴

Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Tunesien versuchten zunächst so gut wie alle Staaten der Region das Rad noch einmal zurückzudrehen bzw. mit Maßnahmen wie der Rücknahme von Subventionskürzungen, der Erhöhung von Löhnen, Gehältern und Pensionen und dergleichen mehr die Bevölkerungen zu beruhigen. Selbst in Ländern wie Oman, Kuwait und Saudi Arabien wurden kurzfristig umfangreiche Pakete aufgelegt. Auch das Mubarak-Regime versuchte es mit der Ankündigung neuer Arbeitsplätze nebst Gehaltszulagen, die jedoch ohne ‚Erfolg‘ blieb. Hatten die Machthaber den enormen ökonomischen Druck ebenso wie die Wut vieler junger Menschen in ihren Ländern über Arbeits- und Perspektivlosigkeit unterschätzt? Missachteten sie die wachsende Stärke neuer sozialer Akteure und Bewegungen wie ‚Kifaya!‘ oder ‚Jugend des 6. April‘ sowie die Möglichkeiten neuer Kommunikationsformen und Netzwerke wie Facebook?⁵ Stand ihnen am Ende ihre eigene Gier am meisten im Wege? Oder wurde uns in den letzten Jahren schlicht ein Bild der arabischen Ökonomien vermittelt, das nicht den Tatsachen entspricht oder einfach den Blick abwendete von sozio-ökonomischen Missständen und wachsender Ungerechtigkeit?

Wachstum ohne Arbeitsplätze

Tunesien galt bislang gemeinhin als der ‚Musterknabe‘ der Strukturanpassung, während Ägypten von Weltbank und IWF als einer der weltbesten Performer in Sachen Reformen des Investitionsklimas gefeiert wurde.⁶ Wie an Tabelle 1 ersichtlich, erzielten diese beiden Länder im vergangenen Jahrzehnt laut IWF hohe und stabile Wachstumsraten von im Durchschnitt etwa 4%-6% jährlich. Selbst die internationale Finanzkrise hätte lediglich eine vorübergehende ‚Wachstumsdelle‘ hinterlassen.

Neben einem stetig steigenden Pro-Kopf-Einkommen verzeichneten viele arabische Staaten, und an ihrer Spitze Tunesien, auch große Fortschritte bei den Indikatoren der menschlichen Entwicklung. Laut der Jubiläumsausgabe des Human Development Report zählt es zu den zehn Ländern, die ihren Human Development Index (HDI) seit 1980 bis heute am stärksten verbessern konnten.⁷ Nichtsdestotrotz scheinen sich wichtige Indikatoren wie Arbeitslosigkeit, Armut oder Einkommensverteilung im Zuge der Ergebnisse der Liberalisierungs- und Strukturanpassungsprogramme zumindest in einigen Staaten der

Region insbesondere in den letzten Jahren eher verschlechtert denn verbessert zu haben. Dessen nicht genug häufen sich derzeit kritische Stimmen, welche die äußerst positiven Daten zu wirtschaftlichem Wachstum und Entwicklung generell in Zweifel ziehen. Ausgerechnet Robert Zoellick, Präsident der Weltbank-Gruppe, gab kürzlich in einer Grundsatzrede zur MENA-Region zu, dass grundlegende Statistiken in den letzten Jahren in Ägypten nicht öffentlich zugänglich gemacht worden wären und ein mit ägyptischen Reformen ausgearbeiteter *Freedom of Information Act* letztlich „im System steckengeblieben“ sei.⁸ Auch im Falle Tunesiens betonte ein ehemaliger Weltbank-Ökonom, dass „unschmeichelhafte“ Statistiken routinemäßig unterdrückt oder massiert worden wären.⁹

Tab. 1: Wachstum des Bruttoinlandsprodukts

	2000-05 (in % jährlich)	2006-08 (in % jährlich)	2009 (in %)	2010* (in %)
Ägypten	4,0	7,0	4,7	5,3
Algerien	4,5	2,5	2,4	3,8
Jemen	4,5	3,4	3,9	8,0
Jordanien	6,0	8,3	2,3	3,4
Libanon	3,4	5,8	9,0	8,0
Libyen	4,3	5,5	-2,3	10,6
Marokko	4,4	5,4	4,9	4,0
P. Gebiete	-	-	-	-
Syrien	3,5	4,9	4,0	5,0
Tunesien	4,4	5,5	3,1	3,8

*Zahlen für 2010 sind Prognosen.

Quelle: World Economic and Financial Surveys: Regional Economic Outlook Middle East and Central Asia, October 2010.

Dies ist allerdings nur eine Seite der Medaille! Denn Daten zu Arbeitslosigkeit, Armut und Einkommensverteilung gibt es genug – zahlreiche nationale, regionale und auch globale Berichte und Publikationen insbesondere in Zusammenhang mit der Analyse der Fortschritte in der Implementierung der Millennium Development Goals (MDGs) in den arabischen Ländern bezeugen dies. Es ist aber augenscheinlich eine Frage von Zweck und Perspektive, ob und inwieweit sich nationale Regierungen ebenso wie internationale Organisationen wie IWF und Weltbank, auch und gerade in Zeiten des *Augmented- und/oder Post-Washington Consensus* ob der Darstellung von ‚Erfolgen‘ auf ausgewählte Indikatoren und Datensätze konzentrierten. Teilansichten wie Jugendarbeitslosigkeit oder Armutsquoten, die sich auf nationale Armutslinien stützen, gingen entweder in stark aggregierten Indikatoren oder umfangreichen Indikatorsystemen ‚unter‘. Oder solche Indikatoren wurden, und insbesondere vor dem Hintergrund des *institutions fundamentalism*, der sich in den 2000er Jahren zum Marktfundamentalismus des

Washington Consensus hinzugesellt hat, zugunsten von Indizes wie zum Beispiel den *Doing Business Indicators* oder den *Worldwide Governance Indicators* (WGI), die laut Kritiker_innen schon ob ihrer Methoden der Datenerhebung fragwürdig erscheinen, ganz ausgeblendet oder nur am Rande thematisiert.¹⁰ Auch in Publikationen der Europäischen Kommission zu den Partnerländern um das Mittelmeer wurden solche Indikatoren gern zitiert und prominent herausgestellt. Noch im letzten Bericht der DG Economic and Financial Affairs zu den Ökonomien der Nachbarschaftsländer loben die Autor_innen das ihrer Einschätzung nach regional wie international hervorragende Abschneiden Ägyptens und Tunesiens in den Governance-Indikatoren der Weltbank und darunter die hohe „Leistungsfähigkeit“ der ägyptischen Regierung oder das angeblich große „Vertrauen in Politiker“ und geringe „Verschwendung von öffentlichen Geldern“ in Tunesien.¹¹

Das wohl wichtigste wirtschaftliche Motiv in Zusammenhang mit den Protesten war und ist die hohe Arbeits- und/oder Perspektivlosigkeit vor allem unter den jungen Menschen, welche die Unruhen nicht nur in Ägypten und Tunesien insbesondere in ihrer Ausgangsphase maßgeblich getragen haben und über neue soziale Netzwerke wie Facebook organisierten.¹² Vor dieser Situation – einem starken ‚Jugendüberhang‘ (*youth bulge*), den die Arbeitsmärkte der Region nicht absorbieren können - warnen regionale wie internationale Experten indes schon länger.¹³ Jedes Jahr stößt eine immer größere Anzahl junger Leute neu auf die ohnehin überlasteten Arbeitsmärkte. Dabei hat die überwiegende Mehrheit dieser jungen Menschen kaum eine Aussicht darauf, einen der jeweiligen Ausbildung angemessenen und/oder den Lebensunterhalt sichernden Arbeitsplatz zu bekommen.

Wie in Tabelle 2 dargestellt, ist gegenwärtig jede_r fünfte Bürger_in in den Maghreb- und Mashrek-Ländern zwischen 15 und 24 Jahre alt. Länder wie Tunesien haben die Spitze ihres Jugendüberhangs dank eines relativ früh einsetzenden Rückgangs der Geburtenraten bereits hinter sich, andere Staaten wie Ägypten erleben gerade den ‚Peak‘, oder haben ihn noch vor sich wie zum Beispiel die Besetzten Palästinensischen Gebiete, die in den Jahren 2000-2009 ein jährliches Bevölkerungswachstum von immer noch über 3% aufwiesen. Laut Schätzungen müssen die sechs Länder Ägypten, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien und Tunesien innerhalb des nächsten Jahrzehnts 18,5 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen, um Arbeitslose und Neuankömmlinge in Lohn und Brot zu bringen.¹⁴

Tab. 2: Anteil junger Menschen (15-24 Jahre) an der Bevölkerung und Arbeitslosigkeit in

ausgewählten Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas

	Junge Menschen in % der Bevölkerung			Arbeitslosigkeit (in %) 2007-2009*	Jugendarbeitslosigkeit (in %)	
	1985	2005	2025		Männer	Frauen
Ägypten	19	21	18	9,4	21	40
Algerien	20	23	15	11,3	43	46
Jemen	20	21	20	15,0	21	14
Jordanien	21	20	18	12,9	28	50
Libanon	20	18	15	9,0	24	14
Libyen	18	23	17
Marokko	20	18	17	10,0	17	16
P. Gebiete	20	19	21	24,5	39	45
Syrien	20	23	18	8,4	16	36
Tunesien	21	21	13	14,2	31	29

*Angaben beziehen sich auf das jüngste Jahr, für das Daten im angegebenen Zeitraum vorliegen.

Eigene Zusammenstellung basierend auf: Asaad, R. and Roudi-Fahimi, F. (2007): Youth in the Middle East and North Africa, zitiert in Radwan, Samir (2009): Arab Youth Employment: Economic, Social and Institutional Exclusion, Beirut: ESCWA, Table 3; World Bank: World Development Indicators 2010.

Im Durchschnitt bewegt sich die Jugendarbeitslosigkeit nach ‚offiziellen Zahlen‘, zwischen 20% und 30%, inoffizielle Schätzungen gehen in den meisten Ländern von noch wesentlich höheren Raten aus. Junge Frauen haben indes, vor allem in den Ländern des Mashrek, häufig überproportional und daher besonders schwer unter Arbeitslosigkeit zu leiden. Darüber hinaus machen die Jugendlichen den Löwenanteil der gesamten Arbeitslosen aus - in Tunesien beispielsweise zählen mehr als 7 von 10 Arbeitslosen zur Gruppe der 15-24 Jährigen. Hinzu kommt, dass die Arbeitslosigkeit mit dem Bildungsgrad steigt! Insbesondere junge Akademiker_innen bleiben nach Beendigung ihres Studiums oftmals für mehrere Jahre ohne Job - wie der 24-jährige Mohamed Bouazizi, der sich am 17. Dezember 2010 in der Provinzstadt Sidi Bouzid selbst in Brand setzte und damit die Aufstände in Tunesien entfachte.

Als Gründe dafür werden geltend gemacht, dass die in der Ausbildung in Schulen und Universitäten vermittelten Fähigkeiten häufig am Bedarf der Unternehmen vorbei gehen. Des Weiteren entstanden gerade im Falle Ägyptens jene Jobs, die in den letzten Jahren zu einem leichten Rückgang der allgemeinen Arbeitslosigkeitsrate beigetragen haben, vor allem im Niedriglohnsektor bzw. jenen Branchen, die kaum berufliche Qualifizierung voraussetzen. Tunesien wird vorgeworfen, dass es sich über eine „verfehlte“ Spezialisierung in arbeitsintensiven Niedriglohnsektoren hinaus mit der einseitigen Ausrichtung in Exporten, Arbeitsmigration und Tourismus auf den europäischen Markt in eine exzessive und damit

potentiell schädliche Abhängigkeit begeben habe, was es mit den Auswirkungen der Finanzkrise dann auch schmerzlich zu spüren bekam.¹⁵

Jungen Menschen bleiben daher bis heute nur zwei Optionen, um der Misere zu entkommen: Sie migrieren ins Ausland oder sie versuchen sich selbstständig zu machen. Allerdings haben gerade junge Menschen ohne die notwendigen ‚Beziehungen‘ – und den so hoch gelobten Verbesserungen des Geschäfts- und Investitionsklimas zum Trotz - kaum Chancen, an Bankkredite zu kommen oder sich einigermaßen erfolgreich durch die langwierigen Prozeduren der staatlichen Verwaltung zu boxen. Die Möglichkeiten der Migration nach Europa und in die arabischen Golfstaaten haben sich, und nicht erst im Zuge der globalen Finanzkrise, im Zuge der ‚Festung Europa‘, den Nationalisierungskampagnen in den Golfstaaten und der zunehmenden Substitution arabischer Arbeitskräfte durch Billiglöhner_innen aus Süd- und Südostasien insgesamt stark verschlechtert. Ohne Arbeitsplatz aber - oder mit nur einem geringen Einkommen aus einem minderwertigen Job – werden zum Beispiel die selbst für den die ‚Normalbürger_in‘ vielerorts kaum mehr bezahlbaren Wohnungen endgültig unerschwinglich. Dadurch bleiben viele junge Leute in Tunesien, Ägypten und anderen Ländern der Region über das Alter von 30 Jahren hinaus unverheiratet, was die Frustration und Hoffnungslosigkeit unter vielen von ihnen zusätzlich anheizt.¹⁶

Armut und ungerechte Einkommensverteilung

Neben der Jugendarbeitslosigkeit leisteten zweifelsohne wachsende Armut und ungerechte Einkommensverteilung sowie stetig steigende Lebenshaltungskosten gerade in Ländern wie Ägypten, Algerien oder Syrien einen nicht unerheblichen Beitrag für Frustration in immer größeren Teilen der Bevölkerung (siehe Tabelle 3). Dazu zählt auch die Mittelschicht, deren Familien viele der oben beschriebenen gut ausgebildeten, aber arbeitslosen Jugendlichen zuzurechnen sind, und die früher insbesondere in der öffentlichen Verwaltung und höheren Rängen der staatlichen Unternehmen untergekommen waren. Diese Schicht sieht sich seit Jahren vor dem Hintergrund wachsender Arbeitslosigkeit und gleichzeitig steigender Kosten der Lebenshaltung einer immer stärkeren Erosion ausgesetzt.

Tab. 3: Armut und Pro-Kopf-Einkommen in ausgewählten Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas

	Pro-Kopf-Einkommen Atlas 2009 (in US\$)	Pro-Kopf-Einkommen KKP 2009 (in US\$)	Bevölkerung unter der Armutsgrenze		Bevölkerungswachstum 2000-2009 (in %)
			1995-2007* 2 US\$ pro Tag in %	2000-2009* Nationale (untere) Ar- mutslinie in %	
Ägypten	2.070	5.680	18,4	21,6	1,9
Algerien	4.420	8.110	23,6	12,1	1,5
Jemen	1.060	2.330	45,2	34,8	2,9
Jordanien	3.980	5.730	3,5	14,2	2,4
Libanon	8.060	13.400	...	7,97	1,3
Libyen	12.020	16.430	2,0
Marokko	2.770	4.400	14	9,0	1,2
P. Gebiete	1.250	34,5	3,3
Syrien	2.410	4.620	...	12,3	2,7
Tunesien	3.720	7.810	12,8	4,1	1,0

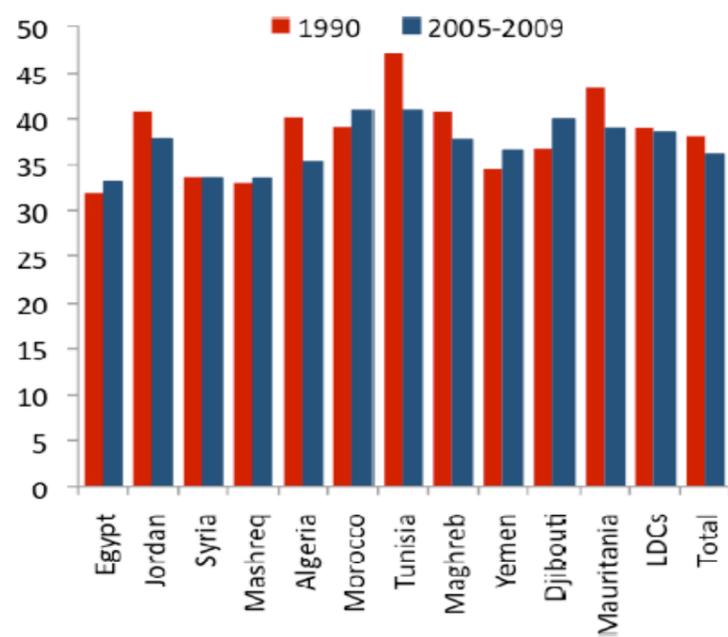
*Angaben beziehen sich auf das jüngste Jahr, für das Daten im angegebenen Zeitraum vorliegen.

Eigene Zusammenstellung basierend auf: World Bank: World Development Indicators 2010; World Bank: World Bank Development Report 2011; United Nations Development Programme (UNDP): Human Development Report 2010; League of Arab States / United Nations, 2010: The Third Arab Report on the Millennium Development Goals 2010 and the Impact of the Global Economic Crises, Abdel Gadir Ali, Ali: The Political Economy of Inequality in the Arab Region and Relevant Development Policies, 2009.

Was Armut und Einkommensverteilung wie auch große Unterschiede zwischen Stadt und Land betrifft, verschlechterten sich diese in den letzten Jahren offenbar insbesondere in den Mashrek-Staaten. Dies gilt auch und gerade für Ägypten, wo sich, gemessen an der nationalen Armutslinie, sowohl die Armutsquote insgesamt als auch der Abstand zwischen Land und Stadt im Zeitraum 2000-2009 immer weiter ausdehnte.¹⁷ Aber nicht nur die Menschen, die in Ägypten und anderen Ländern der Region in extremer Armut leben müssen, sondern auch jene, deren Einkommen sich zwischen der ‚unteren‘ und ‚oberen‘ Armutsgrenze bewegt, hatten in den letzten Jahren mit stetig steigenden Lebenshaltungskosten im Zuge der Kürzung staatlicher Investitionen und der negativen Auswirkungen des globalen Anstiegs der Nahrungsmittelpreise zu kämpfen. In Ägypten und Syrien liegt die Armutsquote bei Zugrundelegung der oberen Armutslinie zwischen 30% und 40% der gesamten Bevölkerung, mit in den letzten Jahren steigender Tendenz!¹⁸ Ägypten, das bevölkerungsreichste Land der Region, ist von Lebensmittelimporten stark abhängig und stellte in den vergangenen Jahren regelmäßig den größten oder zweitgrößten Weizenimporteur der Welt.¹⁹ Ein Anstieg der internationalen Getreidepreise wie in den letzten

Jahren führt daher in Ägypten unweigerlich zu einer weiteren Verschlechterung des Lebensstandards großer Teile der Bevölkerung – 2008 war es abermals zu Brotunruhen gekommen. Oder es belastet den ohnehin stark defizitären ägyptischen Staatshaushalt noch stärker, da Brot subventioniert wird.²⁰

Abb. 1: Entwicklung des Gini-Koeffizienten* in ausgewählten arabischen Ländern, 1990-2005/09



* Der Gini-Koeffizient gibt die (Un-)Gleichheit der Einkommensverteilung an; je höher der Koeffizient, umso ungleicher die Verteilung, ausführlicher siehe u.a. Lachmann, Werner (2004): Entwicklungspolitik, Bd. 1: Grundlagen, S. 32-35.

Quelle: League of Arab States / United Nations: The Third Arab Report on the Millennium Development Goals 2010 and the Impact of the Global Economic Crises, 2010, Figure 1.3. Gini-coefficients (A) and poverty gap ratio (B) at \$ 2.00-a-day, 1990 and 2005-2009 (S. 10).

Ähnlich wie die Armutsinzidenz verschärfte sich auch die Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung laut neuerer Studien im Zuge der Implementierung der Strukturanpassungsprogramme seit der Mitte der 1980er Jahre in einigen Staaten der Region, darunter Ägypten und Marokko (siehe Abbildung 1). In Tunesien hat sich die Einkommensverteilung zwischen 1990 und 2005/09 zwar leicht verbessert, liegt aber nach dem aktuellen Stand immer noch über dem Durchschnitt der Länder der Region insgesamt.²¹ Nichtsdestotrotz herrscht gerade in Tunesien ein enormes regionales Einkommens- und Entwicklungsgefälle zwischen dem relativ armen Binnenland im Süden und Westen,

wo die Aufstände ihren Ausgang nahmen, im Vergleich zu den reichen Städten der Küstenregion, wohin sie in der Folgezeit nach und nach überschwappten. Vor dem Hintergrund der als Auslöser dieser Entwicklung ausgemachten ‚Aufkündigung‘ des oben dargestellten und bis in die 1980er hinein vorherrschenden ‚Sozialvertrages‘ thematisierten in den letzten Jahren unterschiedliche Studien, vor allem solche aus der Feder von regionalen Wissenschaftler_innen oder unter Mitwirkung von jenen erstellten Berichten wie der jüngste Arab Human Development Report 2009, die damit in Verbindung stehenden Unsicherheiten und Gefahren einschließlich des Ausbruchs von Unruhen.²² Wie schnell hat sich dieses doch bewahrheitet, auch wenn, wie eingangs erwähnt, wahrscheinlich eine ganze Reihe unterschiedlicher Faktoren in länderspezifisch unterschiedlicher Bündelung den letzten Ausschlag für die Revolutionen gab!

Korruption und Vetternwirtschaft

Schließlich war und ist die weit verbreitete Korruption und Vetternwirtschaft einschließlich der in den letzten Jahren immer offener zur Schau getragenen Bereicherung politischer Größen nicht nur der Mittelschicht in den arabischen Staaten ein immer größeres Dorn im Auge. Dies bestätigen auch die Proteste, die nach den Umstürzen in Tunesien und Ägypten weiter fortgesetzt werden und sich insbesondere jener Themen annehmen. Gerade die als hochgradig reformfreudig gelobte ehemalige ägyptische Regierung scheint sich vor allem um eines gekümmert zu haben, nämlich das Wohlergehen ihrer eigenen Unternehmen und Vermögen. Die ab 2004 an der Macht befindliche ‚Regierung der Geschäftsleute‘ setzte eine für die Region beispiellose außenwirtschaftliche Liberalisierung durch, fuhr einen staatlichen Sparkurs und reformierte die Investitionsgesetzgebung. Auf der Strecke blieb dabei offensichtlich neben der ‚sozialen Komponente‘ auch die Durchsetzung nationaler Wettbewerbsvorschriften; zumindest machten diese Halt vor den Monopolen oder marktbeherrschenden Stellung jener Unternehmen, die sich in der Hand von Regierungs- oder anderen Mitgliedern der ägyptischen Führungselite befanden. Diese hatten sie sich in den Jahren zuvor durch Maßnahmen wie die Bevorteilung bei der Vergabe von Krediten durch staatliche Banken oder durch ‚Insiderwissen‘ bei der Privatisierung öffentlicher Unternehmen gesichert.²³

Korruption ist indes in Ländern wie Ägypten und Tunesien ebenso wie in Syrien oder Jordanien ein Problem auf allen Ebenen, von kleinsten Verwaltungsbeamt_innen bis in die höchsten Regierungsränge.

Jedoch einerseits die ‚Korruptionskeule‘ als maßgebliche Ursache für Missstände oder Krisen jeglicher Art zu zücken, wie es gerade unsere internationalen Organisationen immer wieder gern tun, wenn sie keine anderen, alternativen Erklärungsansätze zur Hand haben, scheint ebenso wenig sinnvoll wie Korruption oder aber Vetternwirtschaft, in der arabischen Welt bekannt als *wasta* (übersetzt: Beziehung), gar als ein ‚kulturspezifisches‘ Phänomen ausmachen zu wollen. Privatisierung, als eines der Kernelemente der neoliberalen Strukturanpassung, macht zum einen, wie namhafte Ökonomen wie Joseph E. Stiglitz, immer wieder betonen, nicht immer wirklich Sinn; darüber hinaus sind die für die Volkswirtschaft insgesamt relevanten Ergebnisse eines solchen Prozesses vor allem davon abhängig, wie Privatisierung durchgeführt wird.²⁴ Wird die Veräußerung von staatlichen Unternehmen ‚in Hinterzimmern‘ verhandelt, wie offenbar in Ägypten nicht selten geschehen, dann schafft sie Nährboden für Korruption und Vetternwirtschaft und schadet damit nicht nur der Wirtschaft, sondern der Gesellschaft im Ganzen.

Als maßgeblicher ‚Architekt‘ der ägyptischen Programme der Privatisierung und Liberalisierung gilt wiederum Gamal Mubarak, der jüngere Sohn des ehemaligen Präsidenten. Er bekleidete in der Regierungspartei NDP führende Ämter und wurde lange Zeit als potentieller Nachfolger Mubaraks gehandelt. Mitglieder der 15 bis 20 wichtigsten privaten Großunternehmerfamilien und Finanzmanager_innen entwickelten sich zusammen mit ihm und durch ihre führenden Positionen in Partei und Regierung seit 2004 zu einem „konstitutiven Element innerhalb der ägyptischen Herrschaftselite“. ²⁵ Mit Beginn der Revolution versuchte Mubarak zunächst diese ‚Gamal-Gruppe‘ samt seines eigenen Sohnes und weiteren Figuren wie Ahmad Ezz, auf die sich der Hass der ägyptischen Bevölkerung ob ihrer massiven Anhäufung von Macht und finanziellem Vermögen fokussierte, zu opfern oder auch einfach loszuwerden. Damit wollte er seine eigene Macht retten, was ihm aber nicht gelang.²⁶

Auch in Tunesien scheint der ‚Benalime‘ nach einhelliger Einschätzung vieler Beobachter – und im krassen Gegensatz zu dem oben erwähnten ‚guten Abschneiden‘ Tunesiens in einigen Weltbank Governance-Indikatoren - ein hohes Maß an Korruption, Veruntreuung öffentlicher Gelder und ‚mafioser Machenschaften‘ befördert zu haben. Die Familie des Präsidenten, die seiner zweiten Frau Leila Trabelsi und seine vier Schwiegersöhne – oder kurz ‚Ben Ali und die 40 Trabelsis‘ brachten in den vergangenen Jahren einen immer größeren Teil der tunesischen Industrie, Banken und unterschiedlichen Dienstleistungssektoren unter ihre Kontrolle, so dass der Aufbau von Unternehmen, in welcher Sparte auch immer, ohne eine Beteiligung aus den Reihen dieser Gruppe kaum mehr möglich war.²⁷

Im Allgemeinen haben Korruption, Vetternwirtschaft und persönliche Bereicherung der Regierungseliten nebst ihrer Entourage aus der Unternehmerschaft nicht nur in Tunesien und Ägypten, sondern auch anderen Staaten der Region wie zum Beispiel Syrien offenbar ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht: Zu den bekanntesten Vertretern der syrischen ‚Oligarchen‘ aus dem unmittelbaren Verwandtenkreis des Präsidenten oder regimetreuer Großfamilien zählt der Unternehmer Rami Makhlouf. Er ist ein Cousin Bashar al-Assads, unter anderem größter Anteilseigner von Syriatel, einer der bislang zwei syrischen Mobilfunkanbieter, auf den sich der Hass der Demonstranten in Der'a und anderen syrischen Städten gleich zu Beginn der Proteste in Syrien rasch fokussierte. Dieser hat sich kürzlich noch in einer großen amerikanischen Zeitung gebrüstet, die syrische Regierung bzw. „die Familie“ würde bis zum bitteren Ende kämpfen.²⁸ Inzwischen ist er neben seit 2008 US-amerikanischen jetzt auch mit europäischen Sanktionen belegt. Dies mag Rami Makhlouf zunächst nicht weiter tangiert haben – was darauf jedoch letztendlich folgte, war die öffentliche Bekanntgabe, dass er seine Geschäftstätigkeit aufgeben und u.a. seine Anteile an Syriatel verkaufen und in eine Stiftung investieren wolle.²⁹ Vom Saulus zum Paulus also oder der verzweifelte Versuch Bashar al-Assads, der allein durch seine unsäglichen Redeauftritte in den letzten Monaten jeglichen Bezug zu seinem Volk verloren zu haben scheint, in ähnlicher Weise wie Mubarak einige Monate vorher einen Buhmann zu finden. Gleichzeitig will das Regime auf wirtschaftspolitischer Ebene offenbar insgesamt das Rad zurückdrehen: Das syrische ‚Reformteam‘ unter Führung von Abdallah Dardari, dem *front man* der syrischen Wirtschaftsreformen und wichtigsten Ansprechpartner auch für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit,³⁰ wurden bei der letzten Kabinettsumbildung ausgetauscht; dessen nicht genug schaffte man das Amt des ‚Vize-Premier für wirtschaftliche Angelegenheiten‘ gleich ganz ab. Außerdem werden die Syrer_innen laut Außenminister Walid Muallem „vergessen, dass es Europa auf der Landkarte gibt“ und Syrien wird aus der Euro-Mediterranen Partnerschaft aussteigen.³¹ Aber auch andere Abkommen wie das Freihandelsabkommen mit dem Nachbarn Türkei und die Arabische Freihandelszone stehen offenbar zur Disposition. All diese Schritte scheinen jedoch diejenigen Syrer_innen, die seit dem 15. März 2011 in täglich größer werdender Anzahl auf die Straßen gehen, um Freiheit, Gerechtigkeit und Würde sowie schließlich auch offen den Sturz des Regimes zu fordern, wenig zu beeindrucken.

Was die in Syrien herrschende Elite unter ‚Kampf‘ gegen die eigene Bevölkerung versteht, zeigte sich in den letzten Tagen und Wochen, glaubt man den wenigen zugänglichen Informationen und

Bildern, in ungeahnter Abscheulichkeit und Brutalität (siehe dazu auch den Syrien-Beitrag in diesem Working Paper). Es wird höchste Zeit, dass auf deutscher und europäischer Ebene eine Gangart gegen dieses Regime eingeschlagen wird, die weit über ‚leicht verdauliche‘ Reisebeschränkungen oder Vermögenseinfrierungen hinaus geht: Auf wirtschaftlicher Ebene bietet sich ein Öleinfuhrstopp an – damit könnte die immer noch stark ölabhängige Wirtschaft, der Staatshaushalt und damit das Regime rasch in ernsthafte Schwierigkeiten gebracht werden!

Neben dem erschreckenden Ausmaß von Korruption und Vetternwirtschaft wurde aber gleichzeitig auch das Bewusstsein darüber in den Gesellschaften der Region geschärft, weil Medien und neue soziale Akteur_innen dieses Thema in wachsendem Maße auf ihre Agenda setzten. Darüber hinaus stellte die ‚neue Oberschicht‘ ihren Reichtum im Gegensatz zu früheren Zeiten immer deutlicher und ungenierter in den Straßen der großen Städte zur Schau. In Tunesien entfernten sich die ‚blühenden Landschaften‘ an der Küste des Landes immer stärker von den vernachlässigten Regionen im Inneren, während sich in der ägyptischen Hauptstadt Regimeeliten und ihre Klienten zunehmend in riesige Villen in den Außenbezirken absetzten.

Jetzt rollen die Köpfe. Um Kapitalflucht zu verhindern, wurden in Ägypten Auslandsüberweisungen strengeren Kontrollen unterworfen und ein Ausschuss für die Repatriierung der im Ausland eingefrorenen ägyptischen Vermögensbestände einberufen. In den letzten Wochen häuften sich die Verhaftungen von ehemaligen Regimegrößen, die der Veruntreuung öffentlicher Gelder und illegalen Bereicherung im Amt bezichtigt werden. In der zweiten Aprilwoche landeten schließlich Mubarak und seine beiden Söhne in Untersuchungshaft.³² Der Umfang des Vermögens der Familie ist nicht bekannt, wird in den Medien seit einiger Zeit aber auf 40 – 70 Mrd. US\$ geschätzt.³³ Legt man ‚nur‘ den niedrigeren Wert zugrunde, würde das Vermögen der Familie Mubarak etwa einem Viertel der gesamten Wertschöpfung der ägyptischen Volkswirtschaft im Jahr 2010 entsprechen! In Tunesien wurden Mitte Juni der ehemalige Präsident Ben Ali und seine Frau in Abwesenheit ‚nur‘ für die Veruntreuung öffentlicher Gelder – von anderen Verbrechen also gar nicht zu sprechen – zu jeweils 35 Jahren Haft verurteilt.³⁴

Zukünftige Chancen und Risiken

Erste Schätzungen beziffern die wirtschaftlichen und finanziellen Verluste im Zuge der Revolution in Tunesien auf etwa 3,5 Mrd. US-Dollar oder 4 Prozent des BIP. Es wird befürchtet, dass das Wachstum der tunesischen Ökonomie auf null bis ein Prozent schrumpft. Neben Einbrüchen im Tourismus und dem scharfen Rückgang ausländischer Investitionen bereitet der tunesischen Ökonomie vor allem die Lage im Nachbarland Libyen große Probleme. Umso mehr ist der Staat dringend auf Kredite angewiesen – unter anderem zur Finanzierung jener 40 000 neuen Arbeitsplätze, welche die Übergangsregierung versprochen hat.³⁵

Auch für Ägypten wird erwartet, dass das Wirtschaftswachstum im Finanzjahr 2010-2011 auf ein Prozent zurückgeht. Die Proteste und fortgesetzten Streiks führten zu teils massiven Produktionsausfällen in der ägyptischen Industrie, die Exporte sind stark zurückgegangen, und der Tourismus ist nahezu zum Erliegen gekommen. Die Forderungen der ägyptischen Arbeitnehmer_innen richten sich dabei nicht nur gegen die vielfach niedrigen Löhne, sondern auch gegen das Management, insbesondere wenn es von ehemaligen Regimegrößen gestellt wird. Streiks waren in Ägypten indes auch Jahre vor der Revolution keine Seltenheit. Seit 2004 erlebten ägyptische Unternehmen und Städte mehr als 3.000 Arbeiterkämpfe in Form von Streiks oder Demonstrationen.³⁶ Gleichzeitig schrumpfen die Devisenreserven zunehmend, die öffentliche Verschuldung war schon in den vergangenen Jahren relativ hoch und die Inflationsspirale zieht im Zuge wachsender Nahrungs- und Brennstoffpreise weiter an.³⁷ Erwartet wird außerdem, dass das Defizit im Staatshaushalt, das dieses Jahr eigentlich auf unter 8% hätte verringert werden sollen, vor dem Hintergrund der Ereignisse weiter ansteigt. Dafür verantwortlich zeichnen neben u.a. Zusagen für die Erhöhung von Löhnen und Gehältern im öffentlichen Sektor und unter anderem ein in der Presse angekündigtes staatliches Wohnungsbauprogramm für Bezieher_innen begrenzter Einkommen ein zu erwartender Einbruch der Steuer- und Abgabeneinnahmen. Außerdem dürften vor dem Hintergrund fortgesetzter Proteste und den bevorstehenden Neuwahlen ursprünglich geplante Subventionskürzungen kaum durchsetzbar sein.

Vor diesem Hintergrund bemühte sich die ägyptische Übergangsregierung zunächst um internationale Hilfen und Kredite sowie einen Schuldenerlass. Allerdings haben internationale Rating-Agenturen die Kreditwürdigkeit Tunesiens und Ägyptens mit dem Ausbruch der Unruhen herabgestuft.³⁸ Die beiden

Länder werden also für den Mut ihrer Bevölkerungen, die Diktatoren zu stürzen, mit höheren Zinsen für jene internationalen Kredite bestraft, auf die sie jetzt für die Bewältigung der negativen Auswirkungen der Aufstände auf die Wirtschaftsleistung sowie einen langfristigen, nachhaltigen Umbau ihrer Ökonomien dringend angewiesen sind. Dies erinnert an die scharfe Kritik gegenüber internationalen Rating-Agenturen in Europa während der Finanzkrise und liefert zweifelsohne einen weiteren guten Grund dafür, über Sinn oder Sinnlosigkeit dieser Institutionen nachzudenken.

Umso mehr kommt es darauf an, dass die EU als wichtigste Nachbarregion den Ländern eine neue Form der Zusammenarbeit anbietet. Dazu könnte über finanzielle Unterstützung hinaus eine Ausweitung der Handelspräferenzen bei landwirtschaftlichen Gütern und bei Dienstleistungen zählen. Erste finanziellen Hilfen und Kredite sind von Seiten der EU und einzelnen Mitgliedstaaten, den USA und einigen arabischen Geberorganisationen insbesondere für Tunesien inzwischen bereits zur Verfügung gestellt worden.³⁹ Außerdem verpflichteten sich die G8-Staaten auf ihrem letzten Gipfeltreffen Ende Mai dieses Jahres, mit der ‚Partnerschaft von Deauville‘, die nach Vorschlägen des IWF eine strategische Zusammenarbeit der G8-Staaten mit den Mitgliedern des Golfkooperationsrats und anderen MENA-Ländern beinhalten soll, die Ökonomien Tunesiens und Ägyptens mit umfangreichen finanziellen Mitteln in den nächsten Jahren zu unterstützen.⁴⁰ Ob sich die EU neben den finanziellen Hilfen auch zu einer substantiellen Verbesserung des Marktzugangs für Güter und Dienstleistungen aus Tunesien und Ägypten wird durchringen können, wird nur die Zukunft zeigen bzw. mit welcher Ernsthaftigkeit die in der neuen „Partnerschaft für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand mit dem südlichen Mittelmeer“ formulierten Ziele durchgesetzt werden.⁴¹ Die EU-Mitglieder und ihre Technokrat_innen in der Kommission sollten sich jedoch getrost darauf einstellen, dass eine neue ägyptische und vielleicht auch tunesische Regierung die bisherige Ausgestaltung der Partnerschaft mit der EU insbesondere auf wirtschafts- und handelspolitischer Ebene in Zukunft grundlegend überdenken.

Die Zukunft wirtschaftlicher Reformen ist gegenwärtig vermutlich allenfalls zweitrangig. Auch wenn beide Länder vor einem Berg von Herausforderungen stehen, um die notwendigen Grundlagen für zukünftiges Wachstum und Entwicklung einschließlich effektiver Anstrengungen für eine gerechtere Verteilung zu schaffen, stehen derzeit zum einen die politische Transformation und zum anderen die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung im Vordergrund. Der politische Wandel indes birgt sowohl Risiken als auch Chancen für die Zukunft wirtschaftlicher Reformen. Die Krux wird dabei sein, das Vertrauen

der Bevölkerung und der Repräsentant_innen ihrer unterschiedlichen neuen sozialen Akteur_innen sowohl in den Staat als auch in die Privatwirtschaft zurück zu gewinnen. Die ägyptische Regierung hat diesbezüglich durchblicken lassen, dass auch zukünftig an einem liberalen, marktwirtschaftlich orientierten Kurs festgehalten werden soll, in welchem der Privatsektor die führende Rolle spielt. Um eine solche Strategie durchzusetzen, wird es allerdings unabdinglich sein, zum einen das Image privater Unternehmer in der Gesellschaft wieder ‚aufzupolieren‘. Zum anderen muss auch die Mehrheit der vielen Unternehmer_innen, die nicht zu den in der Vergangenheit begünstigten regierungsnahen Zirkeln zählte, eine ordentliche Zukunftsperspektive erhalten. Die aus den strafrechtlichen Verfahren gegen ehemalige Regimegrößen erwarteten finanziellen Mittel sind ebenso wie Hilfen und Kredite aus dem Ausland mit Sicherheit kein Heilmittel, aber nichtsdestotrotz für die Einspeisung in zukünftige Struktur- und Sozialfonds neben der Finanzierung der unmittelbaren Kosten der Revolutionen dringend notwendig.

Was schließlich die Rolle des Staates betrifft, verweist selbst der Präsident der Weltbank auf die Notwendigkeit eines neuen Sozialvertrags – aber nicht mehr als Ersatz für eine breite politische Teilhabe der Bevölkerung, sondern im Gegenteil als komplementärer Bestandteil für die Förderung einer „inklusive und nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung“ der beiden Länder. Allerdings hat die ägyptische Regierung IWF und Weltbank – und damit den westlichen Geber_innen insgesamt – kürzlich eine Absage erteilt. Unter dem Druck von zahlreichen Debatten, die sich in den letzten Tagen und Monaten unter ägyptischen, tunesischen und anderen arabischen Ökonom_innen und Vertreter_innen zivilgesellschaftlicher Organisationen über die Zukunft von Wachstum, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit in den arabischen Volkswirtschaften entfaltet haben, lehnte die ägyptische Übergangsregierung bereits ausgehandelte Kredite ab;⁴² dies geschah offenbar nachdem in einer Aussprache über den Haushaltsentwurf für das am 1. Juli beginnende Finanzjahr im Einvernehmen mit zivilgesellschaftlichen Akteur_innen eine Umstrukturierung und Eindämmung des zukünftigen Defizits erreicht werden konnte.⁴³ Viel zu lange sind offenbar in Ägypten *reforms by decree* oder allein ‚von oben‘ und unter tatkräftiger Unterstützung wie auch Richtungsweise der internationalen Finanzorganisationen durchgeführt worden. Ägyptische Wissenschaftler_innen und Expert_innen haben schon vor Jahren ihre Auffassung eines ‚neuen Sozialvertrags‘ ausführlich dargelegt – jetzt ist die Zeit, dass diese Stimmen endlich gehört werden!⁴⁴

Fazit

In diesem Sinne bleibt die Erkenntnis, dass die autoritären Regime Mubaraks und Ben Alis in den letzten Jahren entweder die Quadratur des Kreises versuchten oder schlicht eine perfides Spiel betrieben, aber sich dabei am Ende – und zum Glück – kräftig verspekulierten: Sie höhlten beide, in unterschiedlicher Art und Weise, den *authoritarian bargain* zunehmend aus: Auf der einen Seite der Gleichung wurden allenfalls begrenzte politische Partizipationsrechte eingeräumt, wobei in beiden Ländern das allseits bekannte, scharfe Repressionsregime aufrechterhalten blieb. Auf der anderen Seite gerieten der ehemals zumindest halbwegs staatlich garantierte Wohlstand und ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit durch verschiedene Faktoren immer mehr ins Wanken. Dazu zählen die neo-liberale Sparpolitik mit ihren negativen Wirkungen auf soziale Sicherung und Armutsbekämpfung kombiniert mit einem ‚Wachstum ohne Arbeitsplätze‘ sowie ein beispielloser Maß an Korruption und persönlicher Bereicherung. Der *authoritarian bargain* ist gescheitert - nun müssen neue, und vielleicht demokratische politische Systeme in Verbund mit derzeit diskutierten, stärker auf die jeweils nationalen Bedürfnisse ausgerichteten und inklusiveren Wachstums- und Entwicklungsstrategien die gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen bewältigen, denen sich die Gesellschaften in Ägypten und Tunesien gegenübersehen.

Anmerkungen und Literatur

- 1 Beispielhaft siehe u.a. Desai, Raj M.; Olofsgard, Anders; Yousef, Tarik: Is the Arab Authoritarian Bargain Collapsing?, The Brookings Institution, 09.02.2011, online unter: http://www.brookings.edu/opinions/2011/0209_arab_economies_desai_yousef.aspx (12.04.2011); siehe dazu auch die ausführliche Studie ders. Autoren: The Logic of Authoritarian Bargains, Economics & Politics, Band 21, Nr. 1, März 2009 (S. 93-125).
- 2 Ausführlicher dazu siehe Richards, Alan und Waterbury, John: A Political Economy of the Middle East, 3. Auflage, Boulder, 2008 (Kapitel 7, S. 179-210); Yousef, Tarik M.: Development, Growth and Policy Reform in the Middle East and North Africa since 1950, Journal of Economic Perspectives, Band 18, Nr. 3, Sommer 2004 (S. 91-116).
- 3 Ebd. sowie Murphy, Emma C.: Legitimacy and Economic Reform in the Arab World, The Journal of North African Studies, Band 3, Nr. 3, Herbst 1998 (S. 71-79).
- 4 Siehe Yousef, 2004 (insbes. S. 109-111).
- 5 Welche Rolle diese Netzwerke und die Fortschritte in der Informationstechnologie ebenso wie der Medien und Fernsehberichterstattung, an dessen Spitze der Sender AlJazeera, gespielt haben, werden zukünftige Studien zu untersuchen haben. Fakt ist, dass diese modernen Formen der Kommunikation gemeinsam mit der technischen Geschicklichkeit ihrer vornehmlich jungen Anwender, staatliche Blockaden und Sperrmanöver zu umgehen, die Kosten von collective action erheblich gemindert haben, für eine ähnliche Meinung siehe Nabli, Mustapha; Dadush, Uri; Ahmed, Masood: A Conversation with Mustapha Nabli, Governor of Tunisia's Central Bank, Carnegie Endowment for International Peace, 23.02.2011, online unter: <http://carnegieendowment.org/events/?fa=eventDetail&id=3165> (11.04.2011).
- 6 Siehe exemplarisch World Bank: Egypt Country Brief, 2010, online unter: http://siteresources.worldbank.org/INTEGYPT/Resources/EGYPT-Web_brief-2010-AM.pdf (04.07.2011); World Bank: MENA Economic Developments and Prospects 2008: Regional Integration for Global Competitiveness, Washington, D.C., 2008, online unter: <http://siteresources.worldbank.org/INTMENA/Resources/2008MENA-EDP-full.pdf> (04.07.2011).
- 7 Siehe United Nations Development Programme (UNDP): Human Development Report 2010: 20th Anniversary Edition: The Real Wealth of Nations: Pathways to Human Development, New York, 2010, online unter http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf (04.07.2011). Für eine regional übergreifende Gegenüberstellung von wirtschaftlicher und menschlicher Entwicklung siehe Loewe, Markus: Die Diskrepanz zwischen wirtschaftlicher und menschlicher Entwicklung in der arabischen Welt, APuZ, Nr. 24, 2010 (S. 10-16).
- 8 Siehe Zoellick, Robert B., President of the World Bank Group: The Middle East and North Africa: A New Social Contract for Development, 06.04.2011, online unter: <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/09.04.2011>.
- 9 Siehe O.N.: Ali Baba gone, but what about the 40 thieves, The Economist, 20.01.2011, online unter: <http://www.economist.com/node/17959620> (26.01.2011).
- 10 Ausführlicher zum augmented Washington Consensus und neuen institutions fundamentalism sowie der Kritik daran von Dani Rodrik, der selbst von vielen als einer der Mitbegründer dieser neuen ‚Doktrin‘ bezeichnet wird, siehe ders.: Good-bye Washington Consensus, Hello Washington Confusion? A Review of the World Bank's Economic Growth in the 1990s: Learning from a Decade of Reform, Journal of Economic Literature, Band XLIV, Dezember 2006 (S. 973-987).
- 11 Siehe European Commission, Directorate-General for Economic and Financial Affairs: The EU's Neighbouring Economies: Emerging from the Global Crisis, Occasional Papers 59, April 2010 (S. 27), online unter: http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2010/pdf/ecp59_en.pdf (04.07.2011).
- 12 Welche Rolle und Bedeutung diese Netzwerke und mit ihnen die Fortschritte der Informationstechnologie und ihrer rasanten Ausbreitung in den Ländern der Region neben der ebenso beachtlichen Entwicklung der Medien und Fernsehberichterstattung, allem voran der Sender AlJazeera, gespielt haben, werden zukünftige Studien zu untersuchen haben. Fakt ist, dass diese modernen Formen der Kommunikation die Kosten von collective action erheblich gemindert haben.
- 13 Beispielhaft zum demographischen Wandel und dessen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt siehe Richards / Waterbury, 2008 (insbes. Kapitel 4) oder Noland, Marcus und Pack, Howard: The Arab Economies in a Changing World, Washington, D.C., 2007 (Kapitel 4).

14 2010 scheint die Problematik der im internationalen Vergleich äußerst hohen Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens schließlich auch beim IWF angekommen zu sein, indem der halbjährliche Outlook diesem Thema zumindest einmal einen drei-seitigen Anhang widmet, siehe International Monetary Fund: World Economic and Financial Surveys: Regional Economic Outlook Middle East and Central Asia, Oktober 2010 (S. 37-39), online unter: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2011/mcd/eng/pdf/mre00411.pdf> (04.07.2011).

15 Siehe dazu u.a. Achy, Lahcen: Trading High Unemployment for Bad Jobs: Employment Challenges in the Maghreb, Carnegie Papers, Nr. 23, Juli 2010, online unter: http://carnegieendowment.org/files/labor_maghreb.pdf (04.07.2011).

16 Zum Thema Jugendarbeitslosigkeit und ihre Folgen haben unterschiedliche regionale Think Tanks und Institutionen in den letzten Jahren zahlreiche Untersuchungen angestellt, siehe u.a. die Middle East Youth Initiative (MEYI) der Dubai School of Government in Zusammenarbeit mit dem Wolfensohn Center for Development / Brookings Institute in Washington, D.C., online unter: <http://www.dsg.ae/RESEARCH/YouthInclusion.aspx> (04.07.2011).

17 Siehe League of Arab States / United Nations: The Third Arab Report on the Millennium Development Goals 2010 and the Impact of the Global Economic Crises, 2010 (S. 9), online unter: http://204.200.211.31/Update_Dec/AMDGR/Third%20Arab%20report%20on%20the%20MDGs%202010%20_30-09-2010_.pdf (04.07.2011).

18 Siehe UNDP: Arab Human Development Report 2009: Challenges to Human Security in the Arab Countries, New York, 2010 (S. 11), online unter: <http://www.arab-hdr.org/publications/other/ahdr/ahdr2009e.pdf> (04.07.2011); UNDP: Syrian Arab Republic Third National MDGs Progress Report, 2010 (S. 20), online unter: <http://www.undp.org.sy/files/FINAL253.pdf> (04.07.2011).

19 Siehe u.a. Ehab, John: Egypt's Wheat Dilemma, 18.08.2010, online unter: <http://www.almasryalyoum.com/en/node/67133> (04.02.2011).

20 Mit Abstand am stärksten von Verarmungs- und darüber hinaus systematischen De-Entwicklungsprozessen war jedoch in den letzten Jahren der unter internationalem Boykott stehende Gaza-Streifen betroffen, ausführlicher dazu siehe Zorob, Anja: Trümmerfeld Gaza: Wirtschaftliche und humanitäre Folgen von Krieg und Blockade, in: Sterzing, Christian (Hrsg.): Lesebuch Palästina, Heinrich-Böll-Stiftung, 2010.

21 Siehe League of Arab States / United Nations, 2010 (S. 10).

22 Abdel Gadir Ali, Ali: The Political Economy of Inequality in the Arab Region and Relevant Development Policies, API/WPS 0904, Kuwait, 2009, online unter: <http://www.arab-api.org/jodep/products/delivery/wp0904.pdf> (04.07.2011).

23 Ausführlich und eingehend beschrieben unter anderem in Roll, Stephan: ‚Finance Matters!‘ The Influence of Financial Sector Reforms on the Development of the Entrepreneurial Elite in Egypt, Mediterranean Politics, Band 15, Nr. 3, 2010 (S. 349-370); ders.: Marionetten oder Marionettenspieler? Großunternehmer und Manager, INAMO, Nr. 55, Herbst 2008 (S. 4-8).

24 Siehe u.a. Stiglitz, Joseph E.: Is there a Post-Washington Consensus Consensus?, in: Serra, Narcis und Stiglitz, Joseph E. (eds): The Washington Consensus Reconsidered, Towards a New Global Governance, Oxford, 2008.

25 Ausführlicher zur Person Gamal Mubaraks und der ‚Gamal-Gruppe‘ siehe insbesondere Demmelhuber, Thomas: Das Familienunternehmen Ägypten: Autoritäre Herrschaftsmechanismen auf dem Prüfstand, in: Albrecht, Holger und Frankenberger, Rolf (Hrsg.): Autoritarismus Reloaded: Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung, Baden-Baden, 2010 (S. 139-155).

26 Siehe dazu u.a. Matzke, Torsten: Das jähe Ende von Mubaraks Crony Capitalists – Großunternehmer und die Revolution, INAMO, Jahrgang 17, Nr. 65, Frühjahr 2011 (S. 8-11).

27 Siehe O.N.: Ali Baba gone, but what about the 40 thieves, The Economist, 20.01.2011, online unter: <http://www.economist.com/node/17959620/> (26.01.2011); Ruf, Werner: Tunesien: Fanal für den Maghreb?, Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3, 2011 (S. 50-53).

28 Siehe Shadid, Anthony: Syrian Elite to fight Protests to ‚the End‘, New York Times, 10.05.2011, online unter: <http://www.nytimes.com/2011/05/11/world/middleeast/11makhlouf.html> (10.05.2011).

29 Siehe O.N.: Cousin of Syrian president ‚quits business‘ Tycoon Rami Makhlouf, under sanctions for corruption, moves to charity in apparent concession to protesters, Aljazeera.net, 17.06.2011, online unter: <http://english.aljazeera.net/news/middleeast/2011/06/201161743034344195.html> (18.06.2011).

30 Ausführlicher siehe Zorob, Anja: Abdallah ad-Dardari, Stellvertretender Premierminister für wirtschaftliche Angelegenheiten in Syrien, Orient, Band 47, Nr. 3, 2006 (S. 323-333, insbes. S. 327-328).

31 Siehe O.N.: Syrian Foreign Minister condemns Extended EU Sanctions, BBC News Middle East, 22.06.2011, online unter: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-13872866> (23.06.2011).

32 Siehe O.N.: Mubarak and sons detained in Egypt: Prosecutor orders ex-leader, currently hospitalised with heart problems, and sons to be held for 15 days, Aljazeera.net, 13.04.2011, online unter: <http://english.aljazeera.net/news/middleeast/2011/04/20114136150229967.html> (13.04.2011).

33 Siehe u.a. Inman, Phillip: Mubarak Family Fortune could reach \$70bn, say experts. Egyptian president has cash in British and Swiss banks plus UK and US property, The Guardian, 04.02.2011, online unter: <http://www.guardian.co.uk/world/2011/feb/04/hosni-mubarak-family-fortune> (06.02.2011).

34 Siehe O.N.: Ben Ali and wife ‚guilty of theft‘. Ex-Tunisian president and his wife were sentenced in absentia to 35 years in prison for misappropriating public funds, Aljazeera.net, 20.06.2011, online unter: <http://english.aljazeera.net/news/africa/2011/06/2011620191756405734.html> (27.06.2011).

35 In Libyen waren viele tunesische Unternehmer ansässig, geschätzte 70.000 tunesische Gastarbeiter waren dort beschäftigt und ein nicht unbeachtlicher Teil tunesischer Exporte wurde vor den Kämpfen dort abgesetzt, siehe u.a. O.N.: Erwartung eines schwachen Wachstums für Tunesien in 2011 (arab.), Aljazeera.net, 02.04.2011, online unter: <http://www.aljazeera.net/NR/exeres/19D49B4A-B634-4138-85DF-4C5229CE79A3.htm> (10.04.2011); O.N.: Tunisia: It could be normal, The Economist, 02.-08.04.2011 (S. 38-39), online unter: <http://www.economist.com/node/18491692> (04.07.2011).

36 Beinin, Joel; Abbas, Kamal; Whitson; Sarah, Dunne, Michele: Labor Protest Politics and Worker Rights in Egypt, Carnegie Endowment for International Peace, 17.02.2010, online unter: <http://carnegie-mec.org/events/?fa=2816> (31.01.2011).

37 Siehe Economist Intelligence Unit: Egypt Country Report, London, May 2011.

38 Vgl. Pylas, Pan: Fitch downgrades Tunisia rating amid instability, Bloomberg Businessweek, 02.03.2011, online unter: <http://www.businessweek.com/ap/financialnews/D9LN67J80.htm> (02.04.2011).

39 Siehe Economist Intelligence Unit, 2011.

40 Siehe International Monetary Fund: Economic Transformation in MENA: Delivering on the Promise of Shared Prosperity, G-8 Summit, Deauville, 27.05.2011, online unter: <http://www.imf.org/external/np/g8/pdf/052711.pdf> (04.07.2011).

41 Siehe European Commission: Joint Communication to the European Council, The European Parliament, The Council, The European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: A Partnership for Democracy and Shared Prosperity with the Southern Mediterranean, COM(2011) 200 final, Brüssel, 08.03.2011, online unter: http://eeas.europa.eu/euromed/docs/com2011_200_en.pdf (04.07.2011).

42 Exemplarisch für diese Debatte und die Ablehnung internationaler Kredite siehe Arab NGO Network for Development, ANND: Statement: Egyptian and Tunisian People Revolted against Unjust Economic Models Aid Supporting the People's Revolutions should not Restrict the Democratic Transition - A Call of Civil Society Organizations from the Arab Region and International Groups Against Diverting the Revolutions' Economic and Social Justice Goals through conditionalities imposed by the IMF, WB, EIB and EBRD, Beirut, 2011, <http://www.annd.org/userfiles/file/latestnews/Statement-EN.pdf> (03.07.2011).

43 Siehe O.N.: Egypt declines major bailout loans. Despite suffering major economic blows during its recent uprising, Cairo says it will not borrow, Aljazeera.net, 25.06.2011, online unter <http://english.aljazeera.net/news/middleeast/2011/06/2011625171544487249.html> (26.06.2011).

44 Siehe beispielhaft UNDP and The Institute of National Planning: Egypt Human Development Report. Choosing our Future: Towards a New Social Contract, Ägypten, 2005, online unter: http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/arab-states/egypt/egypt_2005_en.pdf (04.07.2011).

Naoual Belakhdar

„Wir hatten im Oktober 1988 unsere Revolution“.

Eine Analyse der gescheiterten Protestbewegung in Algerien 2011

Die Aufmerksamkeit der internationalen BeobachterInnen war zu Beginn des Jahres 2011 noch gespannt auf Algerien gerichtet, das zwischen dem 5. und 11. Januar von Ausschreitungen erschüttert wurde: In Algier, Tipaza, Oran, Annaba, Mostaganem, Ouargla, Tlemcen, Bouira, Tizi Ouzou und anderen großen Städten lieferten sich Jugendliche und Sicherheitskräfte tagelang Straßenschlachten, Polizeistationen wurden angezündet und Geschäfte zerstört.¹ Was die offiziellen Seiten als Reaktion auf die drastischen Preiserhöhungen von Grundnahrungsmitteln, vor allem Öl und Zucker, zu erklären bemühen waren,² wurde von der freien lokalen Presse als Ausdruck der gesellschaftlichen Wut gegen die schlechten Lebensverhältnisse („la mal-vie“) gewertet, gegen die herrschende Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit sowie die Ungerechtigkeit des Regimes, im algerischen Jargon als *hogra* bezeichnet.³ In der Tat bleibt in den Augen eines Großteils der unter 30-Jährigen, die 75% der Bevölkerung ausmachen, trotz des Reichtums des Landes, kaum mehr als prekäre Jobs im informellen Sektor, ein Dasein als arbeitslose *Hittistes*⁴ oder die Immigration nach Europa. Neuerdings hat das Phänomen des kollektiven Selbstmordversuchs ebenso wie die Selbstverbrennung als Ausdruck der äußersten Verzweiflung an Bedeutung gewonnen.⁵ Im Zuge dieser Dynamik wurde die CNCD („Coordination Nationale pour le Changement et la Démocratie“)⁶ gegründet, ein Zusammenschluss von Oppositionsparteien wie etwa der kabyllischen RCD (Rassemblement pour la Culture et la Démocratie), der Algerischen Menschenrechtsliga, autonomen Gewerkschaften, Vermissten- und Arbeitslosenvereinen, um den Aufstand der Jugendlichen mit ‚konventionellen‘ politischen Mitteln fortzuführen. So rief die CNCD für den 12. Februar und für alle darauffolgenden Samstage dazu auf, „für den Sturz des Systems“ zu demonstrieren.⁷ Im gleichen Zuge forderte sie die Aufhebung des seit 1992 geltenden Ausnahmezustandes sowie die Öffnung der politischen und medialen Sphäre. Angesichts der Entwicklungen in Tunesien und Ägypten wurde spekuliert, ob Algerien das nächste arabische Land sein sollte, dessen autoritäres Regime durch einen Volksaufstand gestürzt werden würde.

Doch auch wenn allein der Versuch, nach jahrelangem Demonstrationsverbot wieder in Algier zu marschieren als Erfolg gewertet werden kann, lag die Mobilisierung weit hinter den Erwartungen zurück:

mit den ca. 3000 DemonstrantInnen wurde die Place du 1er Mai nicht zum Maidan Al-Tahrir und die Avenue Hassiba nicht zum Boulevard Bourguiba. In dieser Analyse wird der Frage nachgegangen, wie diese geringe Mobilisierung angesichts der enormen Unzufriedenheit in der algerischen Gesellschaft erklärt werden kann. Die Zurückhaltung wird vor dem Hintergrund mehrerer Faktoren betrachtet, die eng mit den diversen Anpassungsmechanismen des autoritären Regimes und der Bürgerkriegserfahrung zusammenhängen, namentlich Repression, der Mangel einer politischen Alternative, die historische Erfahrung des gescheiterten Pluralismus und die Furcht vor einem radikalen und gewalttätigen Wandel angesichts des noch nicht verarbeiteten Bürgerkriegs.

Mangel an politischen Alternativen in einem repressiven politischen Klima

Das seit den gewalttätigen Aufständen in der Kabylei im Jahr 2001 für die Hauptstadt geltende Demonstrationsverbot,⁸ der massive Einsatz von 30 000 Polizisten, die faktische Abriegelung Algiers, die bereits Tage vor dem angekündigten Marsch für DemonstrantInnen aus dem Umland regelrecht unzugänglich war, die Straßensperren, und nicht zuletzt die Festnahme führender Mitglieder von Parteien, Gewerkschaften und Vereinen sind nur einige der Gründe dafür, dass die Anwohner Algiers und anderer Großstädte dem Appel der CNCD nicht gefolgt sind. So hielt sie auch der Mangel an einer glaubwürdigen politischen Alternative davon ab, an dem – letztlich – verhinderten Marsch teilzunehmen. In der Tat herrscht in Algerien eine allgemeine Ablehnung und ein Misstrauen gegenüber der politischen Klasse und der Opposition bzw. der klassischen Zivilgesellschaft, die in den 1990er Jahren vom Regime gezielt unterdrückt, geschwächt, kooptiert und gegeneinander ausgespielt wurde.⁹

So beklagt das linke Oppositionsspektrum, dass die seit Februar 1992 geltenden Notstandsgesetze die Oppositionsparteien, aber auch die autonomen Gewerkschaften und Vereinigungen daran hinderten, öffentliche Versammlungen abzuhalten und ihnen den Zugang zu Rundfunk und Fernsehen versperrten. Gleichzeitig wird den meisten Parteien vorgehalten, dass sie seit ihrer Gründung von den gleichen Vorsitzenden geleitet werden und es ihnen an interner Demokratie mangelt.¹⁰ Ihre Schwäche resultiert nicht zuletzt auch daraus, dass sich die FFS (Front des Forces Socialistes) und die RCD, die über ihre regionale Verankerung in der Kabylei hinaus wenig Anhängerschaft haben, in ‚Bruderkriegen‘ gegenseitig geschwächt haben.¹¹ Beispielhaft für die erfolgreiche Kooptation von Oppositionsfiguren ist die Frauenrechtsaktivistin und einst erbitterte Regimegegnerin Khalida Toumi, die 2002 zur Kulturminis-

terin ernannt wurde und nun quasi als Sprecherin des Staatspräsidenten Abdelaziz Bouteflika fungiert. Auch die IslamistInnen, die zu Beginn der 1990er Jahre in Form der FIS (Front Islamique du Salut) zur stärksten Oppositionskraft aufgestiegen sind, haben an Mobilisierungspotenzial eingebüßt.¹² Zwar ist ihre kulturelle Hegemonie in der Gesellschaft allgegenwärtig, obwohl sie den Konflikt mit dem Staat militärisch verloren haben. Dennoch sind sie zum einen als politische Kraft weitgehend durch die in den 1990er Jahren von ihnen ausgegangene Gewalt diskreditiert.¹³ Zum anderen ist ihnen die Option der Teilhabe am politischen System¹⁴ bzw. die Kooptation durch die Teilnahme an der präsidentiellen Koalition, wie es für den MSP (Mouvement de la Société pour la Paix der Fall ist, zum Verhängnis geworden)¹⁵. Nicht zuletzt hat der Staat durch die allmähliche Selbstaneignung der ‚Ressource Islam‘ den islamistischen Bewegungen ihren Protestgehalt graduell entzogen.¹⁶

Dieses Misstrauen gegenüber der politischen Klasse spiegelt sich nicht zuletzt in der Ablehnung einiger FührerInnen der ‚Koordination für den Wandel‘ wieder, denen eine unzureichende Verankerung in der Gesellschaft und zum Teil opportunistische Beweggründe vorgeworfen wurden. Allen voran Said Saadi, Führer der RCD, dem nachgesagt wird, in den 1990er Jahren die Politik der Regierung gegenüber den IslamistInnen sowie die Einführung freiheitseinschränkender Maßnahmen kritiklos gebilligt zu haben. Die Tatsache, dass sich das Bündnis nach bereits zwei Wochen aufgrund von internen Differenzen über die Ausrichtung der Bewegung zersplittert hat,¹⁷ wurde als symptomatisch für die Lage der Opposition und der Zivilgesellschaft gesehen, die sich als nicht stabil und breit genug erwiesen hat, um eine glaubwürdige Alternative zum System in Aussicht zu stellen.

“Keine Revolution im Verzug, sondern ein Scheitern im Voraus“¹⁸

Der Mangel einer politischen Alternative schürt wiederum die Befürchtung, ein ähnliches Szenario wie in den 1990er Jahren zu erleben. Zu tief sitzt noch die Frustration, einen zu hohen Preis für den gewünschten, aber instrumentalisierten, ja konfiszierten Wandel gezahlt zu haben, zu hoch das gefürchtete Risiko des ungewissen Ausgangs einer Revolution. So wurde der Sturz von Ben Ali und Mubarak zwar enthusiastisch von der algerischen Bevölkerung aufgenommen, doch Vergleiche mit den Nachbarländern wurden mit dem Satz „Wir hatten im Oktober 1988 schon unsere Revolution“ zurückgewiesen.¹⁹

In der Tat hatten die Proteste im Oktober 1988, bei denen tausende Algerier auf den Straßen der Großstädte Symbole des Staates angriffen, um ihren Unmut angesichts der gravierenden Wohnungsnot, der Arbeitslosigkeit, der Exklusion und Ungerechtigkeit auszudrücken, das Ende des FLN-Einparteiensystems eingeläutet. Diese Revolte, die weiterhin eine sehr starke Symbolkraft besitzt, war eine Revolte der nach der Unabhängigkeit geborenen Jugend, die an die Legitimität einer Staatsklasse nicht mehr zu glauben bereit war, welche sich stets auf ihre ‚historischen Verdienste für die Unabhängigkeit‘ berief, doch angesichts sinkender Ölpreise, den Gesellschaftsvertrag ‚Wohlfahrt gegen Loyalität‘ nicht mehr aufrecht erhalten konnte. Der Bruch zwischen Staat und Gesellschaft war endgültig vollzogen und das Regime geriet ins Wanken, als die Armee auf das Volk schoss und ca. 500 Menschen getötet wurden. Als Ausweg aus der Krise beschloss der damalige Staatspräsident Chadli Bendjedid, auf Druck der Reformer innerhalb der FLN (Front de Libération Nationale), eine politische Öffnung einzuleiten.²⁰ Die Verfassung von Februar 1989 öffnete den Weg zum Mehrparteiensystem: Über Nacht wurden über 60 Parteien gegründet, unabhängige Zeitungen schossen aus dem Boden, Gewerkschaften, Frauen- und Menschenrechtsvereine, die jahrzehntelang im Untergrund agiert hatten, traten ans Tageslicht.

Algerien galt zu diesem Zeitpunkt als eines der ersten arabischen Länder, das scheinbar eine politische Transition von innen voranzutreiben begann. Dennoch fand dieses Experiment mit dem Abbruch des Wahlprozesses im Januar 1992, als die islamistische FIS im ersten Wahlgang fast die Mehrheit der Stimmen erhalten hatte, ein jähes Ende. Tausende AnhängerInnen der inzwischen verbotenen FIS wurden inhaftiert oder gingen in den Untergrund und lieferten sich über ein Jahrzehnt lang einen blutigen Krieg mit den Sicherheitskräften und der Gesellschaft, bei dem über 200 000 Menschen ihr Leben verloren. So ist das Bewusstsein in der Bevölkerung tief verankert, dass der Staat und eine Reihe der BürgerInnen bereit sind, für ihre Ziele bis zum Äußersten zu gehen und auch massive zivile Opfer in Kauf zu nehmen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wird von der öffentlichen Meinung die Rolle der Armee, die in Algerien seit 1962 die wahre Macht innehat, anders eingeschätzt als in Tunesien und Ägypten.²¹ Armee und Sicherheitsdienste gelten als die *décideurs* – die wahren Entscheidungsträger –, die, gestützt auf die Öl- und Erdgasrente, die zivilen MachthaberInnen zur Fassade ein- und absetzen.²² So würde zum einen der Rücktritt Bouteflikas keineswegs das System ins Wanken bringen. Zum anderen spräche nichts dafür, dass die Armee sich im Falle eines Volksaufstandes auf die Seite der Protestierenden schlagen würde.

Angesichts der Gewalteskalation, die in Libyen und Syrien zu beobachten ist, wird das Bedürfnis der AlgerierInnen nach einer Rückkehr zur Normalität und ihre Angst vor dem erneuten Ausbruch eines gewalttätigen Konfliktes bewusst von der Regierung geschürt und instrumentalisiert, wie es Bouteflika in seiner Ansprache vom 15. April deutlich vor Augen führte.²³

Verordnete Amnesie und offene Wunden in der Gesellschaft

Das Trauma des Bürgerkrieges ist angesichts einer tabuisierten öffentlichen Vergangenheitsbewältigung immer noch virulent. Die vom seit 1999 amtierenden Präsidenten Bouteflika vorangetriebene Politik der „Zivilen Eintracht“ („Concorde Civile“) vermochte es zwar, den Konflikt deutlich zu entschärfen, jedoch legte die „Charta für den Frieden und die Nationale Versöhnung“ („Charte pour la Paix et la Réconciliation Nationale“) 2005 fest, dass alle im Laufe des Krieges verübten Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen seitens der IslamistInnen bzw. der staatlichen Sicherheitskräfte nicht vor Gericht verfolgt werden dürfen.²⁴ Auch galt von nun an die öffentliche schriftliche oder visuelle Darstellung von derlei Verbrechen, wie nicht zuletzt das ‚Verschwindenlassen‘ von Tausenden Menschen im Bürgerkrieg,²⁵ als strafbar. Die sogenannte Charta für Amnestie wurde also zu einer Charta der verordneten Amnesie, sodass viele Wunden in der algerischen Gesellschaft weiterhin offen bleiben und die Schlichtung von ideologischen Gräben zum derzeitigen Zeitpunkt unrealistisch erscheinen lassen.

Brennende Reifen und bewegte soziale Front

Der von den Medien beschworene ‚Dominoeffekt‘ nach den tunesischen und ägyptischen Revolutionen ist ausgeblieben, doch kann weder von Apathie der Gesellschaft noch von Stagnation die Rede sein: Seit 2001 lebt Algerien im Rhythmus von wöchentlich stattfindenden Demonstrationen auf lokaler Ebene für soziale Belange, vor allem Arbeitslosigkeit und Wohnungsfragen, die meist in Auseinandersetzungen mit den anti-Ausschreitungskräften enden. Angesichts der Taubheit und Ineffizienz der lokalen Verwaltungen werden bei diesen Protesten nahezu rituell Straßen gesperrt, Reifen verbrannt oder Rathäuser besetzt.

Seit Februar 2011 weht allerdings ein stärkerer Wind der Revolte über das Land: Streiks, Sit-ins und Demonstrationen von ÄrztInnen, HafenarbeiterInnen, StudentInnen, Kommunalgarden, die in den

1990er Jahren der Armee in ihrem Kampf gegen die IslamistInnen zur Seite standen, aber auch von Komitees für die Verteidigung der Rechte der Arbeitslosen, dominieren die Schlagzeilen der nationalen Presse. Die StudentInnen sind hierbei die aktivste Kraft: Interessanterweise sind auf ihren Demonstrationen neben hochschulpolitischen Forderungen nach Aufwertung der staatlichen Diplome und gegen die Ökonomisierung der Universität auch Rufe zu hören wie „*Bouteflika, Ouyahia, houkouma irhabiyya*“ (Präsident und Premierminister: terroristische Regierung). Ferner wird auf der Melodie der palästinensischen Nationalhymne „*Mawtini*“ „*Y en a marre de ce pouvoir, Y en a marre de ce système!*“ (Wir haben diese Machthaber und dieses System satt) gesungen. Nicht zuletzt knüpfen die Sprüche „*Djazair hourra, Dimoqratiyya*“ (Freies und demokratisches Algerien) und „*Pouvoir assassin!*“ (Machthaber = Mörder) an vorangegangene Kämpfe in den 1990er Jahren und den sogenannten ‚Schwarzen Frühling‘ vom April 2001 an. Zwar handeln und protestieren die unterschiedlichen sozialen Kräfte nach wie vor weitgehend getrennt voneinander,²⁶ was die Schwäche dieser Bewegung ausmacht, allerdings zeichnet sie sich dadurch aus, dass sie trotz des immer noch geltenden Demonstrationsverbotes und der Repression auf die Straße geht und sich so das Recht erkämpft, in der Hauptstadt und vor allem vor dem Präsidentenpalast zu demonstrieren.²⁷

Das Regime, das nur die Existenz einer sozialen Krise anerkannt hat,²⁸ hat seit Beginn des Jahres mit einer Mischung aus Zugeständnissen und Repression geantwortet: Durch die Senkung der Lebensmittelpreise, die Erhöhung von Gehältern und die plötzliche Aufhebung des Ausnahmezustandes am 24. Februar 2011 sollte den Protestierenden der Wind aus den Segeln genommen werden.²⁹ Am 15. April wandte sich der sichtlich gesundheitlich geschwächte Bouteflika zum ersten Mal seit Ausbruch der Ausschreitungen im Januar 2011 an die Nation und kündigte eine Reihe von Reformen an, darunter eine Verfassungsreform, und die Reform des Wahl- und Parteienrechtes,³⁰ die allerdings allesamt mit Skepsis aufgenommen und als taktisches Manöver verworfen wurden. Pessimistische BeobachterInnen weisen auf die Ölrente sowie die 150 Milliarden Dollar Devisenreserven des Staates hin, die dem Regime einen großen Handlungsspielraum zusichern, sodass dieses Konzessionen weniger als ein Zeichen von Einlenken gewertet werden können als vielmehr ein Versuch, den sozialen Frieden zu erkaufen.

In dieser Analyse habe ich versucht zu zeigen, dass es trotz einer weitverbreiteten und täglich zum Ausdruck gebrachten Unzufriedenheit in der Gesellschaft nicht zu einer breiten Mobilisierung für den Sturz des algerischen Regimes gekommen ist. Dies liegt an der Komplexität des algerischen poli-

tischen Systems, das geschickt autoritäre Anpassungsmechanismen wie Repression oder Kooptation von Oppositionsfiguren anwendet. Letztere haben es wiederum nicht vermocht, sich als starke oder glaubwürdige TrägerInnen eines konsensfähigen alternativen politischen Projektes zu etablieren. Auch die zentrale Vormachtstellung des Militärs sowie die vorhandenen Öl- und Erdgasreserven, gepaart mit der enttäuschenden Erfahrung des politischen Pluralismus nach 1988, die in einem Bürgerkrieg mündete, haben zum Scheitern der Vorhaben der CNCD geführt. Schließlich fördern die Nichteinsetzung von Wahrheits- und Gerechtigkeitskommissionen, die nicht erfolgte Aufarbeitung des Bürgerkrieges sowie die Instrumentalisierung des Konfliktes zwischen AraberInnen und BerberInnen die Polarisierung der Gesellschaft.

Der arabische Frühling hat also keine Revolution nach Algerien gebracht, dafür aber eine neue Dynamik in der Gesellschaft in Gang gesetzt. Unbeirrt von der polizeilichen Repression und den Reformversprechen wird weiter täglich protestiert, junge Menschen tauschen sich in sozialen Netzwerken aus, organisieren sich dort in politischen Gruppen wie „Algérie Pacifique, le Collectif Citoyen“³¹ oder „MJIC- Mouvement des Jeunes Indépendants pour le Changement“³² und debattieren über Notwendigkeit und Wege, mit neuen AkteurInnen politische Reformen und Wandel von Unten herbeizuführen.

Anmerkungen und Literatur

1 Aït-Ifflis, Sofiane: Les émeutes de la fin?, *Le Soir d'Algérie* vom 08.01.2011, online unter : http://www.algeria-watch.org/fr/article/pol/revolte/emeutes_fin.htm.

2 Arab, Fatima: Hausse des prix des produits de large consommation. L'inquiétude et la colère gagnent du terrain, *El Watan* vom 06.01.2011 ; Brown, Jack: Algeria's Midwinter Uproar, *Middle East Report Online*, 20. 01. 2011, online unter: <http://www.merip.org/mero/mero012011.html>.

3 Belaid, Lakhdar: Les jeunes sont rongés par un sentiment d'inutilité, *La Voix du Nord* vom 09.01.2011 (Interview mit Benjamin Stora), online unter: http://www.lavoixdunord.fr/France_Monde/actualite/Secteur_France_Monde/2011/01/09/article_benjamin-stora-les-jeunes-sont-rongespa.shtml.

4 Mit dem Ausdruck „Hittiste“ werden in Algerien die arbeitslosen jungen Männer genannt, die tagein, tagaus an Häusermauern gelehnt mit Nichtstun verbringen.

5 Alioua, Houria: « Chômeurs-suicides » de Ouargla: Un profond malaise social, *El Watan* vom 06.08.2011, online unter: http://www.elwatan.com/weekend/aujourd'hui/chomeurs-suicides-de-ouargla-un-profond-malaise-social-06-08-2010-85603_234.php; Gaïdi, Mohamed Fawzi: Une vingtaine de harraga tentent le suicide collectif en haute mer à Annaba, *El Watan* vom 17.01.2011, online unter: http://www.algeria-watch.org/fr/article/pol/revolte/vingtaine_harraga.htm.

6 zu Deutsch: Nationale Koordination für Wandel und Demokratie.

7 Makedhi, Madjid: La CNCD appelle à une marche à partir de la Place des Martyrs. Le «mur de l'interdit» sera-t-il abattu ? *El Watan* vom 26.02.2011, online unter: http://www.elwatan.com/actualite/le-mur-de-l-interdit-sera-t-il-abattu-26-02-2011-113510_109.php.

8 Im April 2001 kam es am Rande der Gedenkveranstaltung des „Berber-Frühlings“ zu wochenlangen Auseinandersetzungen zwischen Gendarmerie und Bürgern in der Kabylei, bei denen ca. 126 Menschen ums Leben kamen und zahlreiche verletzt wurden. Auslöser war der Tod des Gymnasiasten Massinissa Germah, der Opfer willkürlicher Polizeigewalt war. Dieser sogenannte „Schwarze Frühling“ brachte die „Bürgerbewegung der 'Arouch“ hervor, die sich an die Spitze des Marsches nach Algier im Juni 2001 stellte, um mit der sogenannten „Plattform von El Kseur“ die Forderungen nach Demokratie, sozio-ökonomischen Rechten und die Anerkennung der Tamazightsprache vorzulegen. Tilleli, Emma: *Le Mouvement Citoyen de Kabylie, Pouvoirs*, Vol.3, Nr. 106, 2003 (S. 155 ff.); Layachi, Azzedine: *Ethnicité et politique en Algérie. Entre inclusion et le particularisme berbère. Naqd. Revue d'études et de critique sociale*, Nr. 19/20, Herbst-Winter 2004 (S. 37).

Die Auseinandersetzungen, zu denen es in der Folge zwischen Polizisten und Demonstranten in Algier kam, haben der Regierung als Vorwand gedient, ein zusätzliches Demonstrationsverbot für die Hauptstadt einzuführen. Ein weiterer Effekt des „Schwarzen Frühlings“ war, dass sich die Gräben zwischen Kabylern und dem Rest der algerischen Bevölkerung weiter vertieft haben bzw. instrumentalisiert wurden, indem beispielsweise die Regierung die Forderung nach der Anerkennung des Tamazight auf Kosten der anderen Forderungen in den Vordergrund gestellt hat. Nicht zuletzt hat der Ausgang der Ereignisse einige Kabylern zu der Überzeugung bewogen, dass sich die Bewohner Algiers 2001 nicht ausreichend mit ihnen solidarisiert haben. Folglich boykottierten diese den Marsch der CNCD im Februar 2011. Chibani, Ali : *L'Algérie marchera-t-elle pour la démocratie ? Centre Tricontinental (CETRI)*, 18.02.2011, online unter : www.cetri.be/spip.php?article2096.

9 Dris Ait Hamadouche, Louisa: L'abstention en Algérie: Un autre mode de contestation, *L'Année du Maghreb*, Nr. V, 2009 (S. 263-273).

10 Die FFS wird seit 1960 von Hocine Ait Ahmed geleitet, die RCD seit 1989 von Said Saadi und die trotzkistische Partei Parti des Travailleurs (PT) seit 1990 von Louisa Hanoune.

11 Es bleibt hinzuzufügen, dass im Zuge des „Schwarzen Frühlings“ ab April 2001 auch eine Krise der politischen Repräsentation zum Ausdruck gebracht wurde, in dem die „traditionellen“ kabyllischen Akteure und Parteien wie die FFS, die RCD oder die Kulturelle Berberbewegung (MCB, Mouvement Culturel Berbère) verworfen wurden. Djerbal, Daho: *Le changement des valeurs et des idéologies dans la société algérienne, L'Année du Maghreb, Dossier: L'espace euro-maghrébin*, Nr. 1, 2004 (S. 401-414) online unter: <http://anneemaghreb.revues.org/328>.

12 Dies wurde deutlich, als der ehemalige Führer der FIS, Ali Belhadj, im Januar 2011 von protestierenden Jugendlichen in Bab El Oued verhöhnt wurde.

13 Bewaffnete Gewalt geht weiterhin von gewaltbereiten Gruppen, wie die GSPC (Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat), die sich in AQMI (Al Qa'ida fi- l-Maghreb al Islami) umbenannt hat, aus.

14 Weitere islamistische Parteien, die an den unterschiedlichen Wahlen seit 1992 teilgenommen haben, sind „Islah“ (Harakat al Islah al Watani) und En-Nahda.

15 Der arabische Name der Partei lautet „ Hamas“ (Harakat al-Moujtama' al Silm).

16 Boubekour, Amel: L'islamisme algérien: de la réconciliation à l'échec de la participation politique, *Moyen-Orient*, Nr. 7, August-September 2010 (S. 19). In der Tat hat sich insbesondere im Kontext der Präsidentschaftswahlen 2009 die Regierung immer stärker eines islamischen Diskurses bedient und beispielsweise den Bau der drittgrößten Moschee der Welt vorangetrieben.

17 Die CNCD spaltete sich in Parteien einerseits und „Zivilgesellschaft“ (Vereine und Gewerkschaften) andererseits, da Erstere auf die Fortführung der wöchentlich stattfindenden Demonstrationen bestanden, um einen konstanten Druck auf die Regierung aufrecht zu erhalten. Die Vereinigungen unterstrichen ihrerseits die Notwendigkeit, angesichts der schwachen Mobilisierung, kleinere Aktionen auf der grassroots-Ebene zu führen und den Kontakt zur Basis wiederaufzubauen. Aziri, Mohand: La CNCD doit intégrer les revendications des travailleurs et des jeunes, *El Watan* vom 27.02.2011 (Interview mit Samir Larabi. Sprecher des Nationalen Komitees für die Verteidigung der Rechte der Arbeitslosen), online unter: http://www.elwatan.com/actualite/samir-larabi-la-cncd-doit-integrer-les-revendications-des-travailleurs-et-des-jeunes-27-02-2011-113686_109.php

18 Charef, Abed: L'Algérie n'est pas en retard d'une révolution, elle est en avance d'un échec, *La Nation* vom 04.05.2011, online unter: http://www.lanation.info/L-Algerie-n-est-pas-en-retard-d-une-revolution-elle-est-en-avance-d-un-echec_a49.html.

19 Dieser Artikel stützt sich auf Interviews und informelle Gespräche, die im Februar 2011 in Algier, Oran und Annaba geführt wurden.

20 Harbi, Mohamed: La fausse « démocratie » de l'après-88, in: *Reporters sans frontières: Le drame algérien. Un peuple en otage*, Paris, 1996.

21 Matarese, Melanie: Pourquoi l'Algérie ne sera jamais la Tunisie, *El Watan* vom 28.01.2011, online unter: <http://www.djazair.com/fr/elwatan/309146>.

22 Benchikh, Madjid: L'organisation du système politique, *Comité Justice pour L'Algérie*, Nr. 13, 2004 (S. 5), online unter: http://www.algerie-tpp.org/tpp/pdf/dossier_13_système_politique.pdf.

23 „Die Fitna ist schlimmer als der Mord und es ist nur dem Blutzoll und den Tränen geschuldet, dass Algerien vereint und stark bleibt, dass die Republik und die demokratischen Errungenschaften erhalten bleiben und dass erneut Hoffnung erlaubt ist. Niemand hat das Recht, auf die eine oder andere Weise, die Angst in den algerischen Familien, die um die Sicherheit ihrer Kinder oder ihres Eigentums bangen, wieder zu wecken, oder schlimmer, die Ungewissheit der ganzen Nation über die Zukunft Algeriens, seiner Einheit, seiner Unabhängigkeit und seine nationale Souveränität.“

[« La fitna est plus grave que le meurtre et c'est au prix de sang et de larmes que l'Algérie demeure unie et forte, que la République et ses acquis démocratiques sont préservés et que l'espoir est à nouveau permis. Nul n'a donc le droit de réinstaller, d'une façon ou d'une autre, la peur dans les familles algériennes, inquiètes pour la sécurité de leurs enfants ou de leurs biens ou plus grave encore, l'inquiétude de toute la nation sur l'avenir de l'Algérie, son unité, son indépendance et sa souveraineté nationale... »] Rede des Präsidenten Bouteflika am 15.04.2011, *Algéria Focus* vom 17.04.2011, online unter: <http://www.algerie-focus.com/2011/04/17/discours-du-president-bouteflika-a-la-nation-video/>.

24 Bustos, Rafael: Le référendum sur la charte pour la réconciliation nationale en Algérie et ses textes d'application, *L'Année du Maghreb*, Nr. 2, 2005-2006 (S. 223-229), online unter : <http://anneemaghreb.revues.org/109>.

25 Der Verein „SOS Disparus“, spricht von ca. 8000 Menschen, die seit 1992 von Agenten des Staates verhaftet wurden und über deren Verbleib ihre Familien in Ungewissheit bleiben.

26 Larabi, Samir: Algérie: impuissance des mouvements populaires, *Centre Tricontinental (CETRI)*, 15.12.2010, online unter: www.cetri.be/spip.php?article1468.

27 Amir, Nabila: Un 1er Mai sous le feu de la contestation, *El Watan* vom 02.05.2011, online unter: http://www.elwatan.com/actualite/un-1er-mai-sous-le-feu-de-la-contestation-02-05-2011-122733_109.php.

28 Vgl. Rede des Präsidenten Bouteflika am 15.04.2011.

29 O.N. : Algérie: 15,7 milliards d'euros pour calmer la grogne sociale, *Le Moniteur du Commerce International*, 04.05.2011, online unter: <http://www.lemoci.com/011-53954-Algerie-15-7-milliards-d-euros-pour-calmer-la-grogne-sociale.html>.

30 Makedhi, Madjid: La levée de l'état d'urgence, un grand bluff. La marche d'hier empêchée, *El Watan* vom 27.02.2011, online unter: <http://www.djazair.com/fr/elwatan/313697>.

31 « Algérie Pacifique » Le collectif citoyen, online unter: <http://www.facebook.com/home.php#!/pages/-Alg%C3%A9rie-Pacifique-le-collectif-citoyen/146831628707142>.

32 MJIC, Mouvement de la Jeunesse indépendante pour le Changement, online unter: <http://www.facebook.com/home.php#!/pages/MJIC-Mouvement-de-la-Jeunesse-Ind%C3%A9pendante-pour-le-Changement/145385028854905>.

Anja Hoffmann

Wem gehört der marokkanische Wandel?

Eine Analyse des umkämpften politischen Felds in Marokko

„Mein Wille ist es, auf dem Weg der Reformen soweit voran zu schreiten, wie es mir möglich ist“

Mohammed VI.¹

An Marokko sind die Umbrüche der Region nicht folgenlos vorbeigezogen. Wenn am 20. Februar tausende MarokkanerInnen ‚gegen den Absolutismus‘ und für mehr politische Rechte protestieren, dann stellt dies eine diskursive Zäsur dar, die sich ohne die Ereignisse in Tunesien und Ägypten wohl kaum zu diesem Zeitpunkt ereignet hätte.² Erstmals seit sich die Monarchie nach der Unabhängigkeit 1956 re-konsolidiert hat, wird diese öffentlich verhandelt. Und doch scheinen sich die Ereignisse in Marokko verhältnismäßig harmonisch zu vollziehen. Zumindest werden sie von den internationalen AkteurInnen so dargestellt, und nicht selten liest man in der europäischen Presse von der marokkanischen Ausnahme. Tatsächlich könnte man es als entgegenkommende Geste interpretieren, wenn sich der marokkanische König Mohammed VI. am 9. März 2011, etwa zwei Wochen nach den ersten landesweiten Protesten, mit einer verheißungsvollen Fernsehansprache an sein Volk wendet. In seiner Rede kündigt er eine Verfassungsreform an, welche die staatlichen Institutionen tiefgreifend zu Gunsten der gewählten Organe verändern soll. Am 17. Juni stellt der König die neue Verfassung vor und kündigt für den ersten Juli ein Referendum über diese an. Ereignet sich in Marokko also ein demokratischer Wandel Hand in Hand mit dem Herrscher?

Von den internationalen AkteurInnen erhält Mohammed VI. ausschließlich Lob für die geplanten Reformen.³ Anders reagiert jedoch ein Großteil der MarokkanerInnen, die am 20. Februar in 53 Städten Marokkos auf die Straßen gingen, um für mehr politische Rechte und gegen die Vormachtstellung des Königs und seiner Entourage zu demonstrieren. Den ersten, teilweise durchaus positiven Reaktionen folgen rasch kritische Stimmen und die subversiven Diskussionen gehen sowohl im Internet als auch auf zahlreichen Treffen und Konferenzen weiter. Spätestens als am 20. März die Zahl der Protestierenden marokkoweit zunimmt, wird offensichtlich, dass sich die Mobilisierten ‚ihren‘ Wandel nicht aus der Hand nehmen lassen wollen. Auch nach der Verkündung der neuen Verfassung ebbten die Demonstra-

tionen nicht ab. Am 19. Juni demonstrieren tausende MarokkanerInnen, weil ihnen die angekündigten Reformen nicht weit genug gehen und skandieren, das Referendum sei eine „Maskerade“, die neue Verfassung solle „sich verziehen“.⁴

Ich möchte in dieser Hintergrundanalyse erstens die historische Kontinuität der Infragestellung der marokkanischen Herrschaftsverhältnisse betonen und damit unterstreichen, dass das politische Feld in Marokko immer ein komplexer Aushandlungsprozess war. Zweitens soll die Reaktion des Regimes analysiert werden. Hier stelle ich heraus, dass das ‚Entgegenkommen‘ keinesfalls als überraschend gewertet werden kann, sondern vielmehr als weiterer Versuch der diskursiven Vereinnahmung zu verstehen ist. Denn dem autoritären Regime Marokkos ist sehr an seiner Außendarstellung gelegen und Zwang wird – obwohl im Kontext der aktuellen Ereignisse mehrere Fälle psychischer und physischer Gewalt bekannt wurden⁵ – nur als letztes Mittel der Herrschaftssicherung eingesetzt. Drittens argumentiere ich, dass in Marokko derzeit ein einschneidender Umbruch zu beobachten ist. Die Diskurse ändern sich, Tabus werden aufgebrochen, brisante Themen sind wieder in den Medien und die Grenzen dessen, was das Regime an Kritik toleriert, werden stetig verschärft getestet.

Ein stabiles, beliebtes und legitimes System autoritärer Herrschaft?

Seit seiner Unabhängigkeit von Frankreich (2. März 1956) ist Marokko laut Verfassung eine konstitutionelle Monarchie. Dabei hält der König jedoch weitreichende Kompetenzen inne; so ernennt er den/die PremierministerIn sowie die Schlüsselministerien des Inneren, der Verteidigung, der äußeren sowie religiösen Angelegenheiten (Artikel 24/34 der marokkanischen Verfassung).⁶ Darüber hinaus hat er zahlreiche legislative Befugnisse, was sich unter anderem darin materialisiert, dass Gesetze in seinem Namen verkündet werden und er die Richter des Obersten Gerichtes direkt benennt. Zudem ist er oberster Befehlshaber der Armee und sitzt den königlichen Kommissionen vor.⁷

Trotz der unveränderten formellen Machtverhältnisse gilt Mohamed VI., im Gegensatz zu seinem Vater Hassan II., als beliebter Reformierender. Unter Einbeziehung der nationalen und internationalen Medien ist es dem Herrscher gelungen, sich als „cooler“, „gerechter“ und „moderner“ König „der Armen“ zu etablieren. Er finanziert medienwirksam große Festivals mit, etwa das mit internationalen Popstars glänzende „Marwazine“, aber auch das „Boulevard-Festival“ der Jugendkulturen, ist Initiator zahlreicher

renommeeträchtiger Großprojekte⁸ und hat die kostenintensive „Initiative Nationale de Développement“ (INDH, Nationale Initiative für Entwicklung) ins Leben gerufen. Nicht nur die internationale Presse, sondern auch WissenschaftlerInnen weisen immer wieder auf die hohe Beliebtheit des Königs hin und beantworten damit relativ unbekümmert eine Frage, die zu stellen in Marokko untersagt ist. Denn, wie Asseburg und Werenfels selbst richtig bemerken, ist das Erfassen der königlichen Beliebtheit gesetzlich verboten. Kritik an der Person des Königs wird, wenn überhaupt, nur in vertrautem Kreise geäußert und bleibt stets mit Angst vor negativen Konsequenzen verbunden. Quantitative und qualitative Analysen, durch die eventuelle Fragmentierungen und Veränderungen in der Zustimmung konstatiert werden könnten, sind daher nur begrenzt aussagekräftig im Hinblick auf tatsächliche Zustimmung.⁹ Nichtsdestotrotz wird die mutmaßlich einhellige und unerschütterliche Bejahung der königlichen Person sowie seines Handelns häufig als Hauptargument für die Stabilität des marokkanischen Systems angebracht,¹⁰ auch in Analysen zur aktuellen Lage.¹¹

Als weiterer Grund der marokkanischen Systemstabilität wird häufig die starke Legitimität der Herrschaftskonstruktion angeführt. Tatsächlich herrscht der marokkanische König nominell auf Grundlage einer aus mehreren soliden Säulen erbauten Staatskonstruktion. Seine Rolle als *Amir El Mouminin* (Führer der Gläubigen) ist verfassungsrechtlich verankert und formuliert daher den Anspruch sowohl auf weltliche als auch auf religiöse Legitimität (Artikel 19). Erst wer diese Grundregel des marokkanischen Systems verstanden hat, kann das Feld des Politischen betreten und begreifen, wie stark das marokkanische Staatsfundament seit Februar ins Wanken geraten ist: qua Verfassung hat die Art des Regimes dieselbe Stellung wie die Religion: sie ist nicht verhandelbar. Die Person des Königs ist daher heilig und unverletzlich und verwehrt sich jeglicher Art von Kritik, selbst der humoristischen. Königliche Entscheidungen sind unanfechtbar gerecht und stehen über allen anderen Normen, die der Staat produziert. Das skizzierte Konstrukt nährt sich aus zwei Hauptargumentationssträngen. Der erste Legitimitätsanspruch rekuriert auf die landesspezifische Geschichtsschreibung und Tradition. Den zentralen Mittelpunkt bildet dabei der König als Nachfahre des Propheten durch die seit 1664 herrschende Königsdynastie der Alawiden. Der zweite ist deutlich komplexer: Bereits unter dem Kalifen wird das Verhältnis zwischen dem Kalifen und dem Kollektiv vertraglich festgehalten, und zwar im Rahmen der sogenannten *bay'a* (wörtlich: Gehorsam).¹² Mit der Erneuerung der *bay'a*¹³ als Grundgerüst der politischen Machtverteilung Marokkos wurde auf diese historisch etablierte Form Bezug

genommen, die dem Staat selbst voraus ging und die Unterwerfung des Volkes unter alle königlichen Handlungen begründet.

Ein umkämpftes System autoritärer Herrschaft

Doch trotz dieser tief verwurzelten Legitimationskonstruktion ist, anders als diese formelle Konstruktion suggeriert, die politische Herrschaft Marokkos historisch nicht ungeteilt von einer Zentralmacht ausgehend, sondern geprägt von Aushandlungsprozessen zwischen lokalen Machtstrukturen und dem politischen Zentrum einerseits und Kämpfen innerhalb des Zentrums andererseits.¹⁴

Bis zu Beginn der französischen Kolonialherrschaft 1912 formt der *Makhzen*¹⁵ das Verwaltungssystem unter dem Sultan.¹⁶ Innerhalb dieses Systems ging zwar theoretisch die ganze Macht vom Sultan, dem Führer der Gläubigen aus, sein tatsächlicher Einfluss beschränkte sich jedoch auf nur einen Teil des marokkanischen Staatsgebietes. Dabei wurde der *bled el makhzen* als der Teil des marokkanischen Staatsgebietes bezeichnet, in dem sich die Bevölkerung zur Gefolgschaft verpflichtet hatte. Die EinwohnerInnen dieser Gebiete zahlten Steuern und standen der Armee des Sultans zur Verfügung. In anderen Räumen (*bled siba*) lebten Familiennetzwerke der Amazigh, die zwar die religiöse Obrigkeit des Sultans anerkannten, jedoch versuchten, ihre eigenen Sitten und Gebräuche beizubehalten und Steuern zu umgehen.¹⁷ Diese lokalen Unabhängigkeiten werden heute unter anderem darin sichtbar, dass in weiten Teilen Marokkos muttersprachlich statt des verfassungsrechtlich verankerten Arabisch eine der drei BerberInnensprachen gesprochen wird.¹⁸

Die Begrenzung des Einflusses der zentralstaatlichen Macht gilt auch für die Phase der französischen und spanischen Kolonialherrschaft, während derer insbesondere die Aufstände im Rif-Gebirge unter Abdelkrim El Khattabi die spanische Kolonialmacht existenziell herausforderten.

Nicht nur während der Kolonialzeit war die häufig als durchgehend dargestellte Herrschaft der Alawiden unterbrochen. Denn in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit 1956 war offen, ob der Palast oder die *Istiqlal*-Bewegung, welche seit 1944 den Unabhängigkeitskampf angeführt hatte und danach zunächst als Partei geschlossen politisch wirkte, die Vormachtstellung im politischen Feld innehaben würde.¹⁹ In den ersten Jahren nach der Kolonialzeit kam es immer wieder zu lokalen Aufständen im ländlichen Raum, beispielsweise im Mittleren Atlas und im Rif-Gebirge 1958, wobei die

Legitimität des neuen zentralen Herrschaftsbundes aus Parteien und Palast in Frage gestellt wurde. Ende März 1965 kam es zudem zu einer Serie von Aufständen in Casablanca, Rabat und Fes und zu zwei versuchten Staatsstreich gegen die Monarchie 1971²⁰ und 1972²¹. Zudem wirkten seit 1973 vermehrt linke Kräfte im Untergrund gegen das System.²² Im Juni 1981 ereigneten sich weitere Proteste in Casablanca, bei denen mindestens 630 Menschen starben und in deren Folge 2.000 Menschen verhaftet wurden, und 1984 kam es zu landesweiten Auflehnungen, bei denen hunderte Menschen starben und 1.800 verhaftet wurden. Joffé argumentiert 1988, dass drei Faktoren dem immer wieder herausgeforderten autoritären Regime Stabilität verliehen hätten: erstens der Krieg in der Westsahara, mit dem es Hassan II. seit 1974 gelang, eine „nationale Angelegenheit“ als vereinigenden Faktor zu konstruieren und dadurch den Burgfrieden wiederherzustellen; zweitens die Effektivität des marokkanischen Geheimdienstes, der brutal gegen alle Oppositionellen vorging. Schließlich habe es der Herrscher vollbracht, die legalen Flügel der säkularen (linken) und religiösen (islamistischen) Opposition zumindest ansatzweise in das System der konstitutionellen Monarchie einzubinden, indem Parteien dieser Fraktionen für die Wahlen 1977 zugelassen wurden, wodurch diese in der öffentlichen Wahrnehmung ihre Rolle als „echte“ Opposition zur Monarchie einbüßten.²³

Strategiewechsel seit den 90er Jahren: Einbindung statt Zwang?

Noch unter Hassan II. hat sich die Strategie der Herrschaftssicherung von einer Reduktion der Zwangsmaßnahmen hin zur vermehrten institutionellen und diskursiven Einbindung oppositioneller AkteurInnen gewandelt.²⁴ Verstärkt wurde diese Tendenz nach dem Tod von Hassan II. 1999 mit der Thronnachfolge durch Mohamed VI.²⁵

Die Taktik der institutionellen Einbindung materialisiert sich am deutlichsten in der Etablierung der sogenannten 'Alternanz-Regierung' 1998 unter Führung der bisherigen Oppositionspartei USFP (*Union Nationale des Forces Populaires*, dt. Nationalunion der Volkskräfte). Auch die islamistischen Bewegungen, die seit den 90er Jahren Zulauf gewonnen haben, werden eingebunden, wobei nur die PJD (*Partie de la Justice et du Développement*, dt. Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) an Wahlen teilnimmt, während die Gruppierung *Al-Adl wa'l-Ihsan* (Gerechtigkeit und Wohltätigkeit) die Wahlteilnahme verweigert, jedoch trotzdem vom Regime geduldet wird.²⁶

Die Reden des Königs und Strategiepapiere der Regierung sind in den letzten Jahren stets gespickt mit Schlagwörtern des demokratischen Wandels: die Stärkung von „Good Governance“ und „Partizipation“, die Achtung der „Menschenrechte“ sowie die Beachtung des „Gender-Aspekts“ werden rhetorisch geschickt und unnachgiebig als Leitlinien der Herrschaft gezeichnet. Wie das Regime sich selbst als Vorreiter in diesen Themen darstellt, zeigt Alami M'Chichi in ihrem Buch „Le féminisme d'Etat au Maroc“ am Beispiel des Feminismus. Hassan II. versuchte seit den 90er Jahren, Frauenrechte als staatlichen Diskurs zu etablieren und die Vorherrschaft der Nichtregierungsorganisationen in diesem Feld aufzubrechen. Mohamed VI. ist diesen Weg mit der medial stark thematisierten Reform des Familienrechts (*Mudawana*) weiter vorangeschritten. Die Autorin, selbst Aktivistin, bleibt dem Handeln des Systems gegenüber kritisch eingestellt und entlarvt dieses als Machtkalkül.²⁷ Sater argumentiert ähnlich für die Felder der Amazigh-Rechte sowie für den Menschenrechtsdiskurs und resümiert: „Marokko hat es geschafft, die Hegemonie des Staates, der Monarchie und des *Makhzen* [Hervorhebung d. Verfasserin] dadurch wieder herzustellen, dass man sich zu einer Sprache des Wandels verpflichtet hat“.²⁸

Das System bleibt herausgefordert

Entgegen der diskursiv beanspruchten Öffnung des Landes lehrte mich meine bisherige Interviewerfahrung, dass auf kritische Fragen oft mit einer Welle von Angst reagiert wird. Eine Frau, die in einem der zahlreichen Armutsvierteln arbeitet, berichtete mir, dass sich die Kontrolle des Geheimdienstes auf Stadtteilebene in den letzten Jahren verschärft hätte, die *Moukadmynes* an Einfluss gewonnen hätten und fasste zusammen: „Es ist nicht mehr wie früher. Die Kontrolle ist überall“.²⁹ Psychische und physische Repressionen durch das Regime sind zahlreich dokumentiert³⁰ und verleihen einer solchen Aussage Nachdruck.

Trotz des repressiven Klimas gibt es jedoch Widerstand. Insbesondere die unabhängigen Medien führen seit Jahren einen verlustreichen Kampf um das Recht der freien Meinungsäußerung. Mit Erfolg, denn wäre es vor zwei Jahrzehnten noch undenkbar gewesen, über die Monarchie und den *Makhzen* überhaupt zu schreiben, doch es gibt in der letzten Dekade zahlreiche, auch durchaus kritische Artikel zu diesen Themen. JournalistInnen versuchen dabei in einem stetigen Aushandlungsprozess die Grenzen des Sag- und Schreibbaren zu erweitern, wobei das Resultat kein kontinuierlicher Prozess der Öffnung ist, sondern vielmehr ein dynamischer Prozess, in dem es immer wieder Rückschläge gibt.

Beispielsweise wurden die kritisch-unabhängige Wochenzeitung „Nichane“, die im marokkanischen Dialekt erschien, und „le Journal Hebdomadaire“ im letzten Jahr geschlossen und die KorrespondentInnen von Al-Dschasira des Landes verwiesen.³¹

Auch Jugendliche organisieren sich nicht erst seit dem 20. Februar, um gemeinsam Ideen für ein anderes Marokko zu entwickeln. Dominique Caubet zeigt in ihrem Dokumentarfilm „Casanayda“ wie seit Anfang der 90er Jahre subversive Jugendkulturen, von HipHop über Heavy Metal bis Punk, in Marokko ständig an Bedeutung gewinnen und progressive Themen in die Gesellschaft einbringen.³² Daneben gibt es in den letzten Jahren vermehrt kritische, junge BloggerInnen, die über ihre negativen Erfahrungen mit dem System und die Missstände in ihrem Land berichten.³³ Auch online haben sich unzufriedene Jugendliche bereits vor den Ereignissen von Ägypten und Tunesien zusammen geschlossen. „MALI“ (*Mouvement alternatif pour les libertés individuelles*, dt. Alternative Gruppe für individuelle Freiheiten), eine der bedeutendsten Gruppierungen aus der Zeit vor dem 20. Februar 2011, veranstaltete im August 2010 während des Ramadan ein öffentliches Picknick, um für mehr Freiheiten zu protestieren, 15 MitgliederInnen der Gruppe wurden daraufhin zeitweise festgehalten.³⁴ Laut Regierungsangaben kommt es bereits vor dem 20. Februar 2011 marokkoweit täglich zu rund 24 Protesten.³⁵

Eine Chronik der Ereignisse 2011

Weder die Ideen noch die Ausdrucksweisen der AkteurInnen des Widerstandes gegen das System existieren erst seit 2011. Doch seit Beginn dieses Jahres überschlagen sich die Ereignisse, durch welche herrschaftskritische Ideen sichtbar werden, und entsprechend auch herrschaftssichernde Reaktionen. Hier materialisiert sich die Doppelstrategie des marokkanischen Regimes besonders deutlich: Während öffentlich der demokratische Wandel für sich beansprucht wird, finden sich gleichzeitig Maßnahmen des Zwangs und der Unterdrückung. Die Prozesse sind komplex und es fällt zum jetzigen Zeitpunkt schwer, eine umfassende Analyse zu geben. Der folgende Abschnitt ist daher ein Versuch, die Dynamiken zwischen Aktion und Reaktion chronologisch aufzuschlüsseln.

Bis Anfang Februar schweigen Regierung und König zu den Ereignissen in der arabischen Welt. Als die Jugendlichen sich nach dem Vorbild Ägyptens und Tunesiens vermehrt im Internet organisieren, lässt am 15. Februar der Kommunikationsminister Khalid Naciri in einer Pressekonferenz verlauten,

dass die Regierung den Forderungen der Jugend offen gegenüber stehe. Er betont dabei, dass die Erwartungen der Bürger in „perfekter Harmonie“ mit den „durch seine Majestät König Mohamed VI. angestoßenen Reformen“ stehen, was die „Einzigartigkeit unseres Landes“ ausmache, und appelliert an die „großen Werte“ Marokkos, die niemand in Frage stellen könne.³⁶ Als im Internet weiterhin für die ersten landesweiten Demonstrationen am 20. Februar mobilisiert wird, startet die Regierung einen Versuch, die Proteste zu kriminalisieren: Auf seiner Facebookseite behauptet der Jugend- und Sportminister Moncef Belkhat, die Polisario³⁷ stehe hinter den Mobilisierenden.³⁸ Die Empörung der Onlinegemeinde ist groß und es wird offensichtlich, dass dem Minister unter denen, die sich politisch im Internet äußern, Großteils kein Glaube geschenkt wird. Am 19. Februar wird daraufhin auf dem staatlichen Fernsehsender 2M in den Abendnachrichten verkündet, die Demonstrationen seien abgesagt worden. Doch auch dies verhindert nicht, dass am 20. Februar tausende Menschen landesweit „für ein anderes Marokko“ auf die Straßen gehen. Die Forderungen sind in erster Linie politischer Natur. Es geht um Demokratie, Gewaltenteilung, Freiheiten und Würde. Gefordert wird ein „Ende des Despotismus/Absolutismus“, eine „konstitutionelle Monarchie“, die „Achtung der Menschenrechte“. Doch auch ökonomische Anliegen wie Arbeitslosigkeit, hohe Lebenshaltungskosten und Korruption, sind präsent. Die neue „Bewegung 20. Februar“, die größtenteils aus Jugendlichen gebildet wird, kann dabei auch die klassischen, heterogenen Herausforderer des Systems mit mobilisieren: Menschenrechtsorganisationen wie den AMDH (*Association Marocaine des Droits Humains*), ATTAC Marokko, VertreterInnen der BerberInnen und auch islamistische Gruppierungen etwa *Al Adl Wal Ihsane*.

Die Demonstrationen verlaufen an diesem Tag weitgehend friedlich, es kommt nur vereinzelt zu Gewalt gegen die oder seitens der Protestierenden, wie etwa in Al Hoceima.³⁹ In den darauf folgenden Tagen kommt es landesweit immer wieder zu Protesten, wobei einige gewaltsam beendet werden. Parallel berichten AktivistInnen von massiven Einschüchterungsversuchen. Sicherheitsbeamte statten Hausbesuche ab und üben auf die Familien der Jugendlichen starken Druck aus. Ihre Organisationsräume werden von der Polizei immer wieder umstellt und Mitglieder der Bewegung kurzzeitig festgenommen, wie etwa am 25. Februar in Casablanca.⁴⁰

Am 9. März hält der König dann seine bereits erwähnte, überraschende Rede. Er verspricht eine Konsolidierung der Gewaltenteilung, eine Stärkung der gewählten Organe sowie die künftige Ernennung des dann mit mehr Entscheidungsmacht ausgestatteten Premierministers aus den Reihen der

stärksten Partei. Zudem verheißt er eine Ausweitung der individuellen und kollektiven Freiheiten, die Verankerung der Amazigh als Bestandteil marokkanischer Identität in der Verfassung und eine Stärkung der Regionalisierung. Als ersten Schritt der Umsetzung ernannt er eine ad-hoc-Kommission mit der Aufgabe, bis Juni einen Entwurf für eine neue Verfassung auszuarbeiten, über die später per Referendum abgestimmt werden soll. Gleichzeitig macht der König die unabdingbaren Festsätze der Staatskonstruktion klar: Der Islam als Staatsreligion inklusive seiner Position als Führer der Gläubigen und die Monarchie an sich seien ebenso existenziell für den „historischen Kompromiss“, der einen neuen „Pakt zwischen Thron und Volk“ begründen soll, wie die „nationale Einheit“ und die „territoriale Integrität“.⁴¹ Ein Versuch des Regimes, wieder aktiv handeln zu können, anstatt nur zu reagieren, und einen Diskurs des ‚gemeinsamen‘ Wandels zu etablieren.

Doch der Versuch der diskursiven Vereinnahmung des Wandels kann die Mobilisierten nicht stoppen. Die Reaktionen auf die Rede sind geteilt: Zustimmung und Hoffnung auf der einen, Skepsis auf der anderen Seite. Denn was der König verspricht, hatten viele bereits mit seiner Thronbesteigung erhofft oder erwartet.⁴² Weder die Diskussionen im Internet noch die Mobilisierung werden durch die angekündigte Verfassungsreform gestoppt. Spätestens als am 13. März die Polizei brutal eine Demonstration der Bewegung 20. Februar in Casablanca auflöst, bekommen die Proteste auf der Straße noch einmal neuen Schwung,⁴³ mit dem Resultat, dass am 20. März wieder landesweit große Demonstrationen stattfinden und, ebenso wie einen Monat später, am 24. April. Die Forderungen auf den Transparenten werden dabei stets provokativer. Am 13. April folgt die erste konkrete Reaktion des Königs: 200 politische Gefangene werden begnadigt und entlassen, unter ihnen Islamisten und Sahraouis.⁴⁴ Die Gruppe der Demonstrierenden diversifiziert sich derweilen; am 1. Mai schließt sich z.B. die größte Gewerkschaft, die *Union Marocaine du Travail* (UMT), den Forderungen an.⁴⁵ Die monatlichen Demonstrationen haben ihre Zentren in den großen marokkanischen Städten wie Casablanca, Rabat und Tanger, wobei jeweils in über 50 anderen Städten ebenfalls protestiert wird. Wie groß der Rückhalt für die Oppositionsbewegung insgesamt in der Bevölkerung ist, lässt sich allerdings nur schwer abschätzen.

Das Attentat in Marrakesch am 28. April nimmt erstaunlich wenig Einfluss auf die Ereignisse. Zwar gibt es auf den kritischen Onlineportalen schnell Verschwörungstheorien,⁴⁶ doch verschärfte Repressionen oder Beschuldigungen gegen die Mobilisierten bleiben aus. Die Bewegung 20. Februar reagiert offensiv, veranstaltet am 8. Mai eine Demonstration am Ort des Geschehens, distanziert sich

vom „Terrorismus“ und unterstreicht gleichzeitig ihre Forderungen.⁴⁷ Seit April gibt es eine intensive Mobilisierung das prestigeträchtige „Mawazine-Festival“ (20.-28. Mai), das ein Symbol der königlichen Herrschaft darstellt, zu boykottieren.⁴⁸

In den Monaten April und Mai werden immer wieder Skandale bekannt, wie etwa die Entdeckung eines geheimen Gefängnisses in Témara; Foltterwürfe werden erhoben.⁴⁹ Der Journalist Rachid Niny, der die Direktion der Territorialüberwachung (DST, *Direction de la Surveillance du Territoire*) in mehreren Artikeln kritisiert hat, sitzt seit dem 28. April in Untersuchungshaft.⁵⁰ Täglich gibt es in verschiedenen Städten Marokkos Proteste, Berichte über Repressionen nehmen zu.⁵¹ Es kommt immer wieder zu Verhaftungen von Mitgliedern des 20. Februars. Sie berichten von Schikanen, und das gewaltsame Vorgehen gegen sie erreicht am 14. Mai einen weiteren Höhepunkt, als bei der Auflösung eines Picknicks vor dem Gefängnis in Témara unter anderem der ‚Che Guevara von Salé‘, Oussama El Khelifi, eines der in der internationalen Presse sichtbarsten Mitglieder der Bewegung 20. Februar, schwer verletzt wird.⁵² Auch am 22. Mai können die monatlichen Großdemonstrationen aufgrund der teilweise gewaltsamen Verhinderung durch die Polizei vielerorts nicht wie geplant stattfinden.⁵³

Die internationale Kritik an der Gewalt gegen DemonstrantInnen wächst daraufhin an; so kritisiert etwa die Sprecherin der Europäischen Kommission für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, Natasha Butler, die Vorfälle scharf und weist darauf hin, dass die Versammlungsfreiheit ein Grundrecht darstelle.⁵⁴ Doch die staatlichen Repressionen nehmen weiter zu, und am 2. Juni gibt es einen ersten Todesfall durch Polizeigewalt: Kamal Amari, Aktivist der Bewegung sowie Anhänger der islamistischen Bewegung *Al Adl Wal Ihsane*, stirbt an den Verletzungen, die ihm bei der Demonstration am 29. Mai in Safi durch Ordnungskräfte zugefügt wurden.⁵⁵

Parallel zu dieser Institutionalisierung der Proteste und zu den anhaltenden Repressionen nimmt die Kommission zur Verfassungsänderung ihre Arbeit auf. Wochenlang werden verschiedene Interessengruppen, etwa die im Parlament vertretenen politischen Parteien, angehört. Die Gruppierungen, die seit dem 20. Februar auf den Straßen sind, verweigerten jedoch jegliche Kooperation. Dies gilt sowohl für die VertreterInnen der Bewegung 20. Februar als auch die PSU (*Parti Socialiste Unifié*, dt. Sozialistische Einheitspartei), die AMDH und Attac Maroc.⁵⁶ Kritisiert wird dabei insbesondere, dass die Kommission nicht demokratisch legitimiert sei, da sie vom König ernannt wurde.

Am 17. Juni wendet sich Mohammed VI. schließlich erneut mit einer Fernsehansprache an sein Volk, stellt die Grundzüge der neuen Verfassung dar und kündigt für den 1. Juli ein Referendum über diese an.⁵⁷ Sowohl KritikerInnen als auch AnhängerInnen der Reformen gehen daraufhin auf die Straße, und am 17. und 19. Juni kommt es zu Zusammenstößen zwischen beiden Parteien.⁵⁸

Die Grundfesten wanken

Vor dieser Chronik der Ereignisse habe ich versucht zu zeigen, dass die Aushandlungsprozesse zwischen Herrschenden und Oppositionellen um die Gestaltung des politischen Feldes in Marokko eine weit zurückreichende Geschichte haben und bis zum Beginn der Umbrüche von Tunesien und Ägypten trotz der unterschiedlichen Gegenstrategien des Systems stetig anhielten. Insbesondere unabhängige JournalistInnen haben dabei kontinuierlich und erfolgreich an den diskursiven Grenzen gerüttelt. Seit die Monarchie sich nach der Unabhängigkeit re-konsolidiert hat, wurde jedoch das Fundament der marokkanischen Staatskonstruktion, nämlich die Nicht-Verhandelbarkeit der Monarchie, niemals ernsthaft in Frage gestellt.

Vor diesem Hintergrund ist der *TelQuel*-Titel⁵⁹ vom 2. April ein Paukenschlag: „Die Monarchie ist kein Tabu mehr. Ihre Vorrechte, ihre Geschäfte, ihre Heiligkeit...Alle sprechen darüber“.⁶⁰ Und auch die Inhalte der Ausgabe stellen die Grundfesten des Staates öffentlich in Frage: die Position des Königs als Führer der Gläubigen wird ebenso von allen Beteiligten diskutiert⁶¹ wie seine Heiligkeit und die ihm vorbehaltene Möglichkeit, per Dekret praktisch unbegrenzten Einfluss auf die Exekutive zu nehmen (Artikel 19, 23 und 29 der Verfassung). Die Konstellation der dort debattierenden AkteurInnen ist bemerkenswert, denn diese haben in der Geschichte Marokkos bisher zu keinem Zeitpunkt geschlossen gegen die MachthaberInnen agiert. Toumader Aouidi, aktiv in der Bewegung 20. Februar und in der Menschenrechtsorganisation AMDH, Abdellah El Harrif von der marxistischen Partei *Annahj Addimocrati*, Mohamed Aghnaj, Mitglied der *Al-Adl wal-Ihsan* und Omar Balafrej, der sich selbst als „links“ definiert und gerade bei der USFP ausgetreten ist, entwickeln gemeinsam Visionen für die weitere Mobilisierung gegen das System und sprechen über die Vor- und Nachteile einer parlamentarischen Monarchie – in einer Wochenzeitung, die marokkoweit an den Kiosken verkauft wird, und offenbar ohne Zensur bzw. Angst vor dieser. Dies ist nur ein Beispiel für eine Vielzahl von Ereignissen in den letzten Monaten, in denen sich der spürbare diskursive Wandel materialisiert.

Ein weiteres markantes Indiz des rasant voranschreitenden Brechens mit ungeschriebenen Gesetzen ist die untenstehende provokative Karikatur des in Marokko lebenden Zeichners Khalid Gueddar, der derzeit bereits auf Bewährung verurteilt ist: Mohamed VI. wird als Jesus dargestellt, der sein Facebook-Kreuz zu tragen hat. Ein klarer Bruch mit der unantastbaren Heiligkeit des Herrschers.



Quelle: <http://www.demainonline.com/?p=1730> (05.07.2011)

In welchem Ausmaß die Grundsäulen des Systems derzeit herausgefordert sind, zeigt auch folgende Anekdote: Bei einer Pressekonferenz der Bewegung 20. Februar im April in Nador war das Porträt des Königs im Vorfeld durch eines des rifischen Freiheitskämpfers Abdelkrim El Khattabi ersetzt worden und hing dort neben den Fahnen der Amazigh-Bewegung und der Bewegung 20. Februar als Kulisse. Während der Konferenz trugen daraufhin zwei VertreterInnen lokaler Autoritäten das Porträt des Königs herein und stellten dieses demonstrativ hinter die RednerInnen.⁶²

Durch derartige Ereignisse wurde die Unantastbarkeit Mohamed VI. gebrochen, seine Rolle als *Amir El Mouminin* und damit die Verknüpfung von weltlicher und religiöser Herrschaft öffentlich in Frage gestellt. Auch über die wirtschaftliche Dimension der Herrschaftssicherung wird intensiv diskutiert. Das königliche Vermögen und seine Monopolstellung, etwa im Bereich zahlreicher Nahrungsmittel, sind häufige Themen in den Debatten auf den Onlineportalen. Man fragt sich, wie es sein kann, dass der Herrscher dieses Landes zu den zehn reichsten Männern der Welt gehört, wo der *Human Development Index* der Vereinten Nationen Marokko nur auf Platz 114 von 169 Ländern und weit hinter dem regionalen Durchschnitt platziert.⁶³ Auf der Straße wird bisher mehr Zurückhaltung an den Tag gelegt;

im Gegensatz zur Regierung und dem *Makhzen* werden die Monarchie und der König nicht direkt angegriffen. Allerdings wird am 25. April eine weitere bis dato stets eingehaltene rote Linie überschritten. Die Arbeitslosen AkademikerInnen⁶⁴ demonstrieren nicht wie gewöhnlich vor dem Parlament, sondern schreiten erstmals vor die Tore des Palasts.⁶⁵ Am 20. Mai folgt die nächste Provokation. Die arbeitslosen AkademikerInnen warten nach dem Freitagsgebet des Königs vor der Moschee Al Sounna und empfangen ihren Herrscher statt mit dem Üblichen „es lebe der König“ mit „der Kader möchte Arbeit“. Bis dato wurden Forderungen niemals direkt an den Monarchen gerichtet.⁶⁶

Wie die Rekonstruktion der Ereignisse zeigt, sind die Grundfesten des marokkanischen Gesellschaftsvertrages diskursiv erschüttert. Die Säulen der königlichen Legitimität werden dekonstruiert; die Verknüpfung weltlicher, religiöser und ökonomischer Herrschaft öffentlich diskutiert. Wie sich der Prozess weiter entwickelt, hängt zum jetzigen Zeitpunkt stark von dem Ausgang des Verfassungsreferendums sowie den sich daran anschließenden Neuwahlen ab – und nicht zuletzt davon, was sich in naher Zukunft tatsächlich verändert. Alle Seiten betonen ihre generelle Bereitschaft für die Schließung eines neuen Paktes. Doch die Erwartungen der UnterstützerInnen der Verfassungsreform an ebendiese sind hoch, und für die Bewegung 20. Februar ist klar, dass es kein Zurück mehr gibt. Sie werden diskutieren, mobilisieren und auf die Straße gehen, bis sich ihre Forderungen erfüllt haben; bis sie „BürgerInnen“ sind und nicht mehr „UntertanInnen“. Das hier ist ihr Wandel.

Anmerkungen und Literatur

1 O.N. : Discours Adressé Par Sm Le Roi À La Nation, MAP (Agence Maghreb Arabe Presse), 09.03.2011, online unter: <http://www.map.ma/mapfr/discours/texte2011/discours-9.htm> (18.03.2011, Übersetzung der Verf.).

2 Empirische Grundlage dieses Textes bilden Daten, die ich während einer Feldforschung (Februar bis Juli 2011) in Rabat und Midelt gesammelt habe. Dazu gehören qualitative Interviews, teilnehmende Beobachtung sowie die Sammlung und Auswertung von Material aus den Medien.

3 So freut sich die Hohe Vertreterin der Europäischen Kommission für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton gemeinsam mit dem EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik Štefan Füle über die „große Initiative“ der angekündigten Verfassungsreform, welche dem Statut Avancé der EU mit Marokko gerecht würde. Noch enthusiastischer bezeichnet Frankreich die Ansprache ihres „Freundes“ als „verantwortungsvoll“ und „mutig“ und verweist auf die Wichtigkeit einer solchen Rede, insbesondere mit Blick auf den aktuellen regionalen Kontext. Auch die neue Verfassung wird von Nicolas Sarkozy als entscheidender Fortschritt begrüßt.

Siehe Europäische Union: Joint Statement by EU High Representative Catherine Ashton and Commissioner Stefan Füle on Morocco's Future Constitutional Reform, 10.03.2011, online unter: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/119749.pdf (20.03.2011); Französisches Außenministerium: Maroc, 10.03.2011, online unter: http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/pays-zones-geo_833/maroc_410/france-maroc_1185/presentation_3361/maroc-10.03.11_90471.html (20.03.2011); O.N.: Maroc: Sarkozy salue la réforme proposée par le roi, Libération.fr, 17.06.2011, online unter <http://www.liberation.fr/monde/01012343955-le-roi-du-maroc-renonce-a-une-partie-de-ses-pouvoirs> (20.06.2011).

4 Eine ausführliche Dokumentation der Proteste findet sich unter www.mamfakinch.com.

5 Im Zuge der Protestbewegung haben sich Onlineportale gegründet, die solche Vorkommnisse öffentlich machen. Besonders relevant sind: <http://24.mamfakinch.com/>, <http://fr.lakome.com/index.php>, <http://www.demainonline.com/>. Dabei wird auch immer wieder von Gewalt gegen DemonstrantInnen berichtet.

6 Die marokkanische Verfassung ist auf Französisch online verfügbar unter: Royaume du Maroc: Constitution, online unter: <http://www.maroc.ma/NR/rdonlyres/B6B37F23-9F5D-4B46-B679-B43DDA6DD125/0/Constitution.pdf> (20.04.2011).

7 Cubertafond, Bernard: *Le Système Politique Marocain*, Paris/Montréal, 1997 (S. 57 f).

8 Hierzu zählen etwa die Neugestaltung des Bouregreg-Tals in Rabat oder des Küstenstreifens in Casablanca. Der Fall des Bouregreg ist ausführlich diskutiert bei: Bogaert, Koenraad: *New State Space Formation in Morocco: The Example of the Bouregreg Valley*, in: *Urban Studies*, Band 48, Nr. 5, 2011.

9 Asseburg, Muriel/Werenfels, Isabelle: Tunesien. Einzelfall Oder Erster Dominostein?, in: *SWP-Aktuell*, Nr. 4, Januar 2011, online unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A04_ass_wrf_ks.pdf (16.04.2011).

10 Joffé, George: Morocco. Monarchy, Legitimacy and Succession, in: *Third World Quarterly*, Band 10, Nr. 1, 1988 (S. 201-28); Tozy, Mohamed: Islamists, Technocrats, and the Palace, in: *Journal of Democracy*, Nr. 19, 2008 (S. 34-41).

11 Siehe exemplarisch Saaf, Abdallah: *Les Marocains Et La Révolution Tunisienne*, in: de Vasconcelos, Álvaro (Hrsg.): *How the EU can seize the moment*, Nr. 9, März 2011 (S. 11-14), online unter: http://www.iss.europa.eu/uploads/media/The_Arab_Democratic_Wave_-_how_the_EU_can_seize_the_moment.pdf (03.07.2011); Asseburg/Werenfels, 2011.

12 Hierbei handelt es sich jedoch um eine sehr spezielle Form des Vertrages, denn Gott wird als Vertragspartner mitgedacht, der den Kalifen als Rechtsvertreter des göttlichen Reiches einsetzt. Damit wird der Kalif zum Vertreter des Propheten und oftmals sogar zum Vertreter Gottes. Der Kalif muss – auch dies ist Bestandteil des Vertrages – dem Gemeinwohl dienen, jedoch ohne dass das Kollektiv direkt an der Definition des Gemeinwohls mitwirken würde. Der Untergebene (moubay') verpflichtet sich dabei zum absoluten und widerstandsfreien Gehorsam. Innerhalb dieser Logik bleiben daher alle Konzepte der Machtaufteilung unwirksam.

Siehe: Gardet, Louis: *La Cité Musulmane. Vie Sociale Et Politique*, Paris, 1961 (S. 183); Brahimi, Mohamed : *La Commune Marocaine: Un Siècle D'histoire. De La Veille Du Protectorat À 2009 : Tome I*, in : *Publications de la Revue Marocaine d'Administration Locale et de developpement (REMALD)*, Thèmes Actuels, Nr. 89, 2010 (S. 57 f); Cubertafond, 1997 ; Tozy, Mohamed: *Monarchie Et Islam Politique Au Maroc*, Paris, 1999 (S. 31 f).

13 Die offizielle Interpretation der bay'a wurde 1979 in einem ‚Bulletin Officiel‘ veröffentlicht. Die göttliche Autorität, die dem König damit verliehen wird, fasst folgender Satz daraus zusammen: „the holder of the legitimate authority is God's shadow on earth and his secular arm in the world“ (zitiert nach: Sater, James: Morocco. Challenges to Tradition and Modernity, London, 2010 (S. 6)).

14 Auch innerhalb der Opposition kommt es immer wieder zu Kämpfen und Spaltungen.

15 Tozy empfiehlt dabei, analytisch zwischen dem *Makhzen* und dem *Dar-al-Makhzen* zu unterscheiden. Heute wird unter dem Makhzen meist das elitäre königstreue Netzwerk verstanden, konkreter: die vertrauten Berater des Königs, Angehörige des Sicherheitsapparates, Teile der Wirtschaftselite sowie weitere ausgesuchte Persönlichkeiten etwa VertreterInnen der Nichtregierungsorganisationen aber auch der Parteien. Die Nähe der einzelnen MitgliederInnen des *Makhzen*-Netzwerkes zu den mächtigsten, königsnahen Kreisen variiert, die Wirkungsweise des Systems hat allerdings bis auf die lokale Ebene Bestand.

In: Claisse, Alain: Le Makhzen Aujourd'hui, in: Santucci, Jean Claude (Hrsg.): Le Maroc Actuel, Paris, 1992 (S. 283 f.); Tozy, 1999 (S. 41).

16 Für einen Überblick über die Geschichte Marokkos siehe: Pennell, Richard: Morocco since 1830: A History, London, 2000; siehe auch insb. Henry, Clement Moore/Springborg, Robert: Globalization and the Politics of Development in the Middle East, New York, 2010 (S. 215); Burke, Edmund: Prelude to Protectorate in Morocco. Precolonial Protest and Resistance. 1860-1912, Chicago, 1976.

17 Dabei existierten diese beiden Teile nicht unabhängig voneinander, sondern trieben Handel und waren ökonomisch voneinander abhängig. Die Grenzen zwischen den Gebieten waren zudem nicht starr oder in einem physischen Sinne sichtbar. Sie zeichneten sich vielmehr durch eine starke Verflechtung der beiden parallel existierten Herrschaftsstrukturen aus.

In: Chikhaoui, Saïd: Die Dezentralisierung in Marokko Im Zeichen Von Tradition Und Den Anforderungen Der Gegenwart, in: Globalisierung – Nachhaltige Entwicklung – Kommunale Selbstverwaltung: Herausforderungen für das 21. Jahrhundert, Konferenzbeitrag, Berlin, 2000.

18 Taschelhit, Tamazight und Tarift.

19 Joffé, 1988; Waterbury, John: The Commander of the Faithful the Moroccan Political Elite - a Study in Segmented Politics, London, 1970.

20 Der beinahe erfolgreiche Skhirat-Coup der Armee.

21 Dieser Coup wurde von General Oufkir, dem ehemaligen Innen- und damaligen Verteidigungsminister, mit Rückgriff auf die Armee angeführt.

22 Z.B. die Ilal Aman, Al-Moutakatilun und die Bewegung des 23. März.

23 Joffé, 1988.

24 Als Gründe für den Strategiewechsel werden häufig die sich verschlechternde internationale und nationale Reputation Hassans II. durch das Bekanntwerden einiger Menschenrechtsskandale, seine scharf kritisierte Haltung im ersten Golfkrieg sowie die wirtschaftlichen Folgen des Washington Consensus angeführt. Siehe exemplarisch Sater, James N.: Civil Society and Political Change in Morocco, History and Society in the Islamic World, Nr. 12, 2007 (S. 183).

25 Tozy, 2008; Sater, 2007; Joffé, George: Morocco's Reform Process: Wider Implications, in: Mediterranean Politics, Band 14, Nr. 2, 2009 (S. 151-164).

26 Albrecht, Holger/Wegner, Eva: Autocrats and Islamists: Contenders and Containment in Egypt and Morocco, in: The Journal of North African Studies, Band 11, Nr. 2, 2006 (S. 123-141).

27 Alami M'Chichi, Houria: Le Féminisme D'état Au Maroc, Paris, 2010.

28 Sater, 2007 (S. 167, Übers. der Verf.).

29 Eintrag Feldtagebuch, Oktober 2010.

30 Die Repressionen sind oftmals auch physischer Natur. Dokumentierte Fälle der Gewaltausübung seitens des Regimes liegen für das Jahr 2010 unter anderem gegen AkteurInnen aus der Westsahara und gegen vermeintliche islamistische TerroristInnen vor. Doch auch die AkteurInnen der „Diplômés Chômeurs“ (dt. Arbeitslosen AkademikerInnen)“, die beständig vor dem Parlament in Rabat für ihre Einstellung protestieren, berichten regelmäßig von Gewalt gegen sie. Des Weiteren wird immer wieder gegen Menschen aus den Armutsvierteln, die versuchen ihre Zwangsumsiedlungen zu verhindern, gewalttätig vorgegangen.

Siehe: Amnesty International : Amnesty Report 2011, online unter: <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2011/marokko-und-westsahara-o?destination=node%2F2977>, (28.04.2011); Badimon Emperador, Montserrat: Diplômés Chômeurs Au Maroc: Dynamiques De Pérennisation D'une Action Collective Plurielle, in: L'Anée du Maghreb, Nr. 3, 2007 (S. 297-311).

31 Für die Veröffentlichung eines Artikels über die Gesundheit des Königs wurde der Journalist Driss Chahtane im Oktober 2009 zu einer hohen Geldstrafe und einem Jahr Gefängnis verurteilt. Hohe Geldstrafen und Gefängnis auf Bewährung wurden ebenfalls im Falle von Taoufik Bouachrine und Khalid Gueddar verhängt, die im Oktober 2010 eine Karikatur anlässlich der Hochzeit eines der Prinzen des Königshauses veröffentlicht hatten. Der Menschenrechtsverteidiger und Journalist Chekib El-Khiari verbüßt seit 2010 eine dreijährige Haftstrafe, zu der er im Juni 2009 wegen Untergrabung und Verunglimpfung öffentlicher Einrichtungen verurteilt worden war.

32 Die gesamte Dokumentation ist auf Myspace verfügbar, online unter: <http://www.myspace.com/casanayda>.

33 Wie etwa Zineb El Rhazoui und Ali Amar, online unter: <http://voymaroc.blog.lemonde.fr/>.

34 MALI (Mouvement Alternatif pour les Libertés Individuelles), online unter: <http://www.facebook.com/group.php?gid=128065536460> (18.04.2011).

35 Marokkanisches Kommunikationsministerium: Travaux du conseil de gouvernement du 15.02.2011, online unter: <http://www.mincom.gov.ma/NR/rdonlyres/7C862341-6F31-4A6A-AC30-3977DFD77623/1889/Travauxduconseildegouvernementdu15.pdf> (17.04.2011).

36 Ebd.

37 Volksfront zur Befreiung von Saguia el Hamra und Río de Oro, kurz Polisario.

38 O.N.: Moncef Belkhat: „Le Polisario manipule la marche du 20 février“, Bladi.net, 18.02.2011, online unter: <http://www.bladi.net/moncef-belkhat-polisario.html> (01.03.2011).

39 Association marocaine des droits humains de Hoceima (AMDH): Débordement à Hoceima, Mamfakinch, 20.02.2011, online unter:

<http://www.mamfakinch.com/feb20-debordement-a-hoceima-%D8%A5%D9%86%D9%81%D9%84%D8%A7%D8%AA-%D8%A3%D9%85%D9%86%D9%8A-%D8%A8%D8%A7%D9%84%D8%AD%D8%B3%D9%8A%D9%85%D8%A9-uncontrolled-violence-in-al-hoceima/> (05.05.2011).

40 Für eine genaue Dokumentation siehe: <http://www.mamfakinch.com>.

41 Mit der „nationalen Einheit“ und der „territorialen Integrität“ ist die von der marokkanischen Regierung beanspruchte Marokkanität der Westsahara gemeint.

42 Boukhari, Karim: La révolution c'est moi?, in TelQuel, Nr. 470, 23.-29.04.2011, online unter: http://www.telquel-online.com/470/couverture_470.shtml (19.05.2011).

43 O.N.: Casablanca. Le dimanche le plus long de l'année, lakome.com, 14.03.2011, online unter: <http://fr.lakome.com/actualites-20-fevrier/65-20-fevrier-actualites/224-casablancon-le-dimanche-le-plus-long-de-lannee.html> (19.05.2011).

44 O.N. : Urgent. Libération des détenus politiques au Maroc: une première victoire pour le #FEB20?, mamfakinch.com, 14.04.2011, online unter : <http://www.mamfakinch.com/liberation-des-detenus-politique-au-maroc-une-premiere-victoire-pour-le-feb20/> (19.05.2011).

- 45 O.N.: Rabat. l'UMT adopte les revendications du 20 février, lakome.com, 01.05.2011, online unter: <http://fr.lakome.com/politique/42-actualites-politique/405-lumt-adopte-les-revendications-du-20-fevrier.html> (19.05.2011).
- 46 Exemplarisch: Lmrabet, Ali: Un attentat qui conforte le régime marocain, demainonline.com, 28.04.2011, online unter: <http://www.demainonline.com/?p=3065> (17.05.2011).
- 47 Brouksy, Omar: Marrakech. Des milliers de manifestants « pour la démocratie, contre le terrorisme », demainonline.com, 08.05.2011, online unter: <http://www.demainonline.com/?p=3840> (17.05.2011).
- 48 O.N.: Appel au Boycott de Mawazine, 07.04.2011, online unter: <http://mobile.lematin.ma/content/1302185496101164300/MatinPA> (17.05.2011).
- 49 O.N.: Mamfakinch révèle l'emplacement exact du centre DST de Témara, mamfakinch.com, 23.04.2011, online unter: <http://www.mamfakinch.com/mamfakinch-revele-lemplacement-exact-du-centre-dst-de-temara/> (17.05.2011); O.N.: Des détenus salafistes reproduisent les scènes de tortures subies chez la DST à Témara, lakome.com, 22.04.2011, online unter: <http://fr.lakome.com/societe/46-actualites-societe/356-des-detenus-salafistes-reproduisent-les-scenes-de-tortures-subies-chez-la-dst-a-temara-video.html#comment-2209> (17.05.2011).
- 50 O.A.: Communiqué. Le Cercle des journalistes indépendants condamne l'arrestation de Niny, demainonline.com, 08.05.2011, online unter: <http://www.demainonline.com/?p=3833> (17.05.2011).
- 51 Eine ausführliche Sammlung unter: <http://www.mamfakinch.com>.
- 52 O.N.: GuanTémara. Bloody Sunday au Maroc, mamfakinch.com, 15.05.2011, online unter: <http://www.mamfakinch.com/guantemara-bloody-sunday-au-maroc/> (17.05.2011).
- 53 O.N.: Le Makhzen aurait décidé de « durcir » la répression, demainonline.com, 22.05.2011, online unter: <http://www.demainonline.com/2011/05/22/le-makhzen-aurait-decide-de-durcir-la-repression/> (19.06.2011).
- 54 European Business Council for Africa and the Mediterranean: Memorandum N° 95/2011, 03.06.2011, online unter: <http://www.nabc.nl/Portals/0/docs/EBCAM%2095%20-%20MEMORANDUM%20N%C2%BA%2095%20-%202011.pdf> (18.06.2011).
- 55 O.N.: Comment et pourquoi est mort Kamal Ammari. Une ONG étrangère a enquêté, demainonline.com, 06.06.2011, online unter: <http://www.demainonline.com/2011/06/06/comment-et-pourquoi-est-mort-kamal-ammari-une-ong-etrangere-a-enquete/> (15.06.2011).
- 56 O.N.: L'AMDH boycotte Mannouni, lakome.com, 09.04.2011, online unter: <http://fr.lakome.com/politique/42-actualites-politique/291-lamdh-boycotte-mannouni.html> (16.05.2011); O.N.: ATTAC dit "Non" à Mannouni, 15.04.2011, online unter: <http://fr.lakome.com/politique/42-actualites-politique/317-attac-dit-qnonq-a-mannouni.html> (16.05.2011).
- 57 Die komplette Rede sowie der Entwurf zur neuen Verfassung sind online zugänglich unter: www.map.ma.
- 58 O.N.: Des milliers de manifestants à Casablanca pour des réformes, lemonde.fr, 19.06.2011, online unter: http://www.lemonde.fr/afrique/article/2011/06/19/des-milliers-de-manifestants-a-casablanca-pour-des-reformes_1538061_3212.html (20.06.2011).
- 59 Telquel ist ein marokkanisches französischsprachiges Wochenmagazin, das seit 2002 erscheint und unter dem Herausgeber Ahmed Benchemsi (bis 2010) einen Ruf als kritische und unabhängige Zeitung erlangt hat. Derzeit ist die Unabhängigkeit des Magazins umstritten.
- 60 La monarchie n'est plus un tabou. Ses prérogatives, son business, sa sacralité... Tout le monde en parle., Telquel, Nr. 467, 2. – 8. April 2011.
- 61 Bisher haben dies nur die Islamisten getan.
- 62 O.N.: Sacrilège! Où est passé le portrait du roi?, demainonline.com, 13.04.2011, online unter: <http://www.demainonline.com/?p=2310> (20.05.2011).

63 UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen): International Human Development Indicators, 2010, online unter: <http://hdrstats.undp.org/en/countries/profiles/MAR.html> (08.03.2011).

64 Für eine ausführliche Darstellung dieser Gruppe siehe: Emperador, Montserrat, 2007.

65 O.N.: 3.000 chômeurs se rassemblent devant le palais royal à Rabat, lakome.com, 25.04.2011, online unter: <http://fr.lakome.com/politique/42-actualites-politique/374-3000-chomeurs-se-rassemblent-devant-le-palais-royal-a-rabat.html> (20.05.2011).

66 O.N.: Mohamed VI chahuté par des diplômés chômeurs, demainonline.com, 21.05.2011, online unter: <http://www.demainonline.com/2011/05/21/des-jeunes-sen-prennent-directement-a-mohamed-vi/> (20.06.2011).

Hoda Salah

Revolution gegen Autoritarismus, Patriarchalismus und Tradition in Ägypten

In diesem Beitrag wird Politikwissenschaft kulturwissenschaftlich betrachtet, um die gesellschaftlichen Tiefenstrukturen, die den derzeitigen Protesten zugrunde liegen, besser erfassen zu können. Politische Kultur, Kunst und Medien und das Verhältnis zwischen Religion und Demokratie stehen dabei im Vordergrund.¹ In den vier Monaten nach der Revolution hat es kaum Debatten über soziale oder wirtschaftliche Programme und Projekte gegeben. Der Streit um die Verfassung und das Verhältnis von Religion und Staat dominieren den öffentlichen Diskurs. Geschlechterfragen stehen dabei im Zentrum der Kontroverse, da sich hier die Rolle der Religion für ein neues Ägypten exemplarisch und zugespitzt zeigen lässt. Ich argumentiere entsprechend, dass die Revolution nicht nur das bestehende politische System bekämpft, sie richtet sich ebenso gegen die alte Ideologie und politische Kultur. Sie bricht mit Traditionen, Hierarchien, Geschlechterverhältnissen und nicht zuletzt dem bisherigen Verhältnis zum Westen. Sie ist eine weitgehend gewaltfreie Revolution, getragen von allen Bevölkerungsgruppen, -schichten und politischen Strömungen. Angestrebt ist nicht nur eine Demokratisierung von oben, sondern ein Umbruch der Gesellschaft von unten. Meine These ist, dass sich die ägyptische Gesellschaft in Richtung Entautoritarisierung, Entpatriarchalisierung und Enttraditionalisierung bewegt. Wegbereiter der Revolution war unter anderem auch der Wandel der politischen Kultur und der Generations- und Geschlechterverhältnisse, wie ich im Folgenden ausführlicher begründen möchte.

Um diese Entwicklungen erfassen zu können, muss ein analytischer und politischer Strategiewechsel eingeleitet werden. Das Manko der Mainstream-Politikwissenschaft und Politikberatung liegt in einer Politanalyse ‚von oben‘, z.B. den Beziehungen zwischen der EU und den arabischen Regierungen, zwischen einzelnen Staaten und zwischen dem Staat und seinen wirtschaftlichen und soziopolitischen Eliten. Dabei konzentrieren sich diese vorwiegend auf die formalen Ebenen.² So werden z.B. Verfassungen, Gesetzgebungen, und politische Institutionen der konventionellen Politik wie Wahlsysteme und Teilhabe an der Politik untersucht, während das Geschehen an der Basis der Gesellschaften vernachlässigt wird. Während in Ägypten die Politik ‚von oben‘ die Beziehung zwischen dem Staat und seinen BürgerInnen, aufgrund von Wahlfälschung, Korruption, Folter und Armut stagnierte, kam es zu einer Liberalisierung der Politik ‚von unten‘, also innerhalb der Zivilgesellschaft, und zwischen den Geschlechtern. Es entstand eine Debattengesellschaft: in Romanen, Filmen, sowie in Talkshows der Satellitenkanäle, im Internet,

in Cafés und Clubs wurden die Gründe für die Unterentwicklung Ägyptens diskutiert. Es wurde über die Abwesenheit von Demokratie, Menschenrechten, Parteiengesetzten und Widerstand, aber auch über ein besseres Leben im Privatbereich diskutiert. Zentrale Themen hierbei waren Frauenrechte, Liebe und die Notwendigkeit des Wandels der rigiden Sexualmoral und traditionellen Geschlechterrollen, die Menschen, aber auch die ägyptische Gesellschaft, in ihrer Entfaltung und Kreativität hemmen. Diese Formen der sozialen Partizipation sind politisch und stärken die Zivilgesellschaft gerade in Zeiten staatlicher Repression. Daher ist im Zusammenhang mit der arabischen Revolution insgesamt, und der ägyptischen insbesondere, eine Berücksichtigung soziokultureller Transformationen in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung unabdingbar.

Im Folgenden werde ich am Beispiel der Diskussion um Sexualität einen kurzen Einblick in die neue Debattenkultur in Ägypten geben. Die nicht registrierten islamischen Ehen, auch *Urfi-* und *Misyar-*Ehen genannt zeigt, dass sozio-demografische Transformationen öffentliche Debatten und soziale Praxis gleichermaßen verändern. Die Kontroversen um die Rolle der Religion sind zentral für das neue Ägypten, wie ich in meiner Analyse der aktuellen Diskussion um Artikel 2 der Verfassung zeige. Diese ist wiederum vor dem Hintergrund des Zusammenhangs von Geschlechterverhältnissen und Religion zu verstehen, die ich am Beispiel der Debatte um CEDAW, der „*Convention against all forms of discrimination against Women*“ kontextualisiere.

Revolution der Entautorisierung von Politik und Religion

Im Zuge der Revolution wurde öffentlich sichtbar, was sich bereits vorher angedeutet hatte: ein Wandel im Umgang mit der alten Angst vor traditionellen Autoritäten. Obwohl die Regierung, die Polizei, die koptische Kirche, Al-Azhar und andere hohe islamische Autoritäten den ÄgypterInnen verboten hatten zu demonstrieren, gingen Millionen von ihnen - auch Angehörige dieser Institutionen - mit dem Slogan „das Volk will das System stürzen“ (*Al-Shaab yurid isqat al-Nizam*) auf die Straße. Al-Azhar - die höchste islamische Autorität in Ägypten und eine der wichtigsten Autoritäten im sunnitischen Islam weltweit - und die koptische Kirche hatten das Vertrauen der Bevölkerung gebrochen, da sie die Religion zu Gunsten des Präsidenten instrumentalisierten. Der Sheich Al-Azhar, Ahmed Al-Taib, bezeichnete die DemonstrantInnen in einem Fernsehinterview in den ersten Tagen der Revolution, in der hunderte von DemonstrantInnen durch Sicherheitskräfte ermordet wurden, als Sünder, die Chaos verbreiten würden

(*haram, fawda wa-fitna*). Sie seien gegen Gott und hätten sich gegen die Religion aufgelehnt (*khuruj `ala Al-Din*). Er mahnte die ÄgypterInnen vor dem Zorn Gottes und der Höllenqual und zitierte Stellen aus dem Koran und anderen religiösen Texten, denen zu Folge die Gläubigen ihrem Oberhaupt gehorsam sein sollen und nicht widerstehen sollen. Die Haltung der koptischen Kirche war nicht anders.³ Die Veränderung im Umgang mit dem Respekt vor diesen religiösen Institutionen zeigt sich beispielsweise in der Freiheit, Scherze über Al-Azhar, die Kirche und andere GegnerInnen der Revolution in politischen Kabaretts, im Internet und Fernsehprogrammen zu machen.⁴ Diese Abkehr von den patriarchalischen Werten nahm den ÄgypterInnen die Angst vor dem Staat und damit den Respekt vor Mubarak, dem ‚Vater der Nation‘. Sie zwangen den Staat, die Armee, ihre Eltern, Religionsträger, LehrerInnen und die Öffentlichkeit, sie ernst zu nehmen, zu respektieren und ihnen zuzuhören. In ihren Revolutionsliedern singen sie: „Hör’ auf mich zu belehren, lass uns diskutieren!“⁵

Um den Zorn der ÄgypterInnen gegen diese Autoritäten zu verstehen, bedarf es eines kleinen Rückblicks. Zwar hat die tunesische Revolution die Flamme der Revolte in Ägypten entzündet, aber wer Ägypten in den letzten Jahren bereiste, konnte vielfache Zeichen von Wut und Widerstandsgeist feststellen – in politischen und sozialen Bewegungen wie Kifayah! oder der Jugendbewegung 6. April, in Parteien und Berufsgenossenschaften, an Universitäten, in der Kunstszene, in Filmen und politischen Romanen zur sexuellen Liberalisierung.⁶ Um diesen Widerspruch zwischen Polizeistaat und Debattegesellschaft zu verstehen, muss man begreifen, dass die Regierung Mubaraks keine Diktatur war. Das politische System Ägyptens wird in der Politikwissenschaft als autoritär bezeichnet. Das System erlaubte die Gründung von Mehrparteiensystemen, von kritischen Menschenrechtsorganisationen, eine relativ freie Medienlandschaft, keine Zensur im Internet und von staatskritischer Kunst in Film und Literatur.. Andererseits ist in Ägypten fast jede politische Beteiligung kontrolliert, eingeschränkt oder illegal, so gelten z.B. seit 1967 fast durchgehend Notstandsgesetze. Seit 2006 wurde die Verfassung so verändert, dass nur noch Mubarak und sein Sohn als Präsidenten kandidieren können. Die Parlamentswahl 2010 wurde so massiv und offensichtlich gefälscht, dass die Regierungspartei die Wahl 2010 mit 100% der Stimmen ‚gewann‘. Gleichzeitig hat sich Mubaraks Regime seit dem „War on Terror“, besonders aber in den letzten sechs Jahren, von einem autoritären Staat in einen absoluten Überwachungs- und Polizeistaat verwandelt. 2010 wurde Ägypten endgültig zu einem absoluten Polizeistaat, in dem Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen nicht mehr wie früher versteckt wurden, sondern

etwa Morde an politischen GegnerInnen, aber auch einfachen Bürgern öffentlich gezeigt werden. Die Polizei selbst stellte Foltervideos ins Internet (YouTube), um die ÄgypterInnen zu ängstigen. So war zu sehen, wie Polizisten im Bluttausch Menschen demütigten, schlugen und vergewaltigten.⁷ Zugleich verging 2010 keine Woche ohne eine Demonstration oder einen Streik gegen den repressiven autoritären Staat. Dieses widersprüchliche Nebeneinander von täglichen Einschüchterung und relativ freier Kunst, Internetzugang und Versammlungsfreiheit dient hauptsächlich dazu, Mubaraks Regime auf internationaler Ebene als kritikoffen und Meinungsvielfalt tolerierend zu präsentieren, damit vor allem GeldgeberInnen wie die USA und die EU ihre Entwicklungszusammenarbeit vorantreiben. Das Übermaß an polizeilicher Gewalt sowie die tägliche Einschüchterung und omnipräsente Korruption führen jedoch bei den BürgerInnen zu einem Vertrauensbruch mit dem Staat und seinen UnterstützerInnen im Ausland. Dass religiöse Institutionen wie Al-Azhar und die koptische Kirche das System unterstützen und legitimierten, bildet einen Wendepunkt in dem Verhältnis der Bevölkerung mit diesen Autoritäten.

Revolutionierung der Sexualität: Neue Debattenkultur und neue Praktiken

Auf der anderen Seite veränderte sich das politische System in Ägypten aufgrund des demografischen Wandels und einem damit zusammenhängenden Wertewandel, insbesondere im Bereich der Sexualität.⁸ Junge Frauen und Männer wandten sich von den patriarchalen Werten der Gesellschaft ab, sie wollten niemandem mehr aufgrund seines Geschlechts oder Alters gehorsam sein, so meine These. Die Agenda dieser jungen Menschen liegt jenseits von Säkularismus und Islamismus; sie wollen Freiheit, Selbstbestimmung und eine Abkehr von traditionellen Denkweisen in Politik und Gesellschaft. Sie verfolgen eigene Ziele, haben eigene Sorgen und Lebensvorstellungen, die sie von alten sozialen Bewegungen unterscheiden. Die demographische Entwicklung bringt enorme Herausforderungen mit sich, und geht einher mit sozialen Umwälzungen. In zunehmendem Maße genießen Frauen universitäre Bildung; wie Männer leiden sie unter der herrschenden Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Dies alles führt zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung, insbesondere unter jungen Menschen,⁹ die sich kaum eine Wohnung leisten und eine Familie gründen können; außerdem sind voreheliche sexuelle Beziehungen in der konservativen ägyptischen Gesellschaft verboten.

Die neue ägyptische Debattengesellschaft zeichnet sich durch eine neue Diskussionskultur zum Wandel in Ägypten aus, die egalitär, hierarchie- und ideologiefrei ist, sämtliche gesellschaftlichen Strömungen und beide Geschlechter umfasst. Die Vernetzung der Medienwelt seit der Jahrtausendwende durch Satellitenfernsehen, Internet, Facebook und Blogs unterstützte und beschleunigte diesen Prozess.¹⁰ Insbesondere durch die Verbreitung von Satellitenkanälen und Talk Shows, die Millionen ÄgypterInnen und AraberInnen sehen können, haben sich transnationale arabische Diskursgemeinschaften gebildet. Solche Debatten zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen bildeten die Grundlage für die Revolutionen in der arabischen Welt. Diese Debatten beschäftigten sich hauptsächlich mit der Frage nach der Rückständigkeit Ägyptens. Ein Diskurs, den NationalistenInnen, IslamistInnen, SäkularistInnen und Liberale teilten. In Artikeln, Büchern, Blogs, Diskussionsrunden und Talkshows wurden alte politische Konzepte in Frage gestellt und neue Paradigmen, Definitionen und Interpretationen von Rechtsstaat, Demokratie, Gerechtigkeit, Korruption, Folter und Armut erörtert. Zugleich wurde über Liebe, Sexualität und das Verhältnis der Geschlechter debattiert. Diese Diskussionen waren ein Anzeichen für die deutliche Ablehnung der politischen und moralischen Autoritäten in der Gesellschaft. So boomten zeitgleich mit der öffentlich sichtbaren Islamisierung der Gesellschaft und des Staates sowie der verstärkten Einhaltung religiöser Ge- und Verbote in Unterhaltungssendungen und Video-clips, u.a. erotische Darbietungen von arabischen Sängerinnen auf den zahlreichen Satellitensendern des arabischen Fernsehens und im Internet. Millionen von Menschen sehen Aufklärungsprogramme, die in ungekannter Offenheit über Sexualität sprechen.

In diesem Zusammenhang steht auch die Institution der nicht registrierten *Urfi*- und *Misyar*-Ehen, die befristet und unbefristet auf einer einvernehmlichen sexuellen Beziehung zwischen Mann und Frau basieren. Die Zahl dieser nicht registrierten Ehen nimmt in Ägypten, aber auch im Libanon, im Jemen, in den Golfstaaten und Syrien stetig zu.¹¹ Gerade Jugendliche schließen diese Ehe nach rein religiösen islamischen Regeln, um ihre Sexualität ohne Angst vor der Sitten- bzw. Moralpolizei, ohne Schuldgefühle gegenüber Gott und auch ohne die Kontrolle der Eltern und der Gesellschaft ausleben zu können. Diese Ehe wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit geschlossen und bleibt oft gegenüber der Familie und dem gesellschaftlichen Umfeld geheim. Die Eheleute wohnen meist nicht zusammen, sondern treffen sich lediglich zum Ausleben ihrer Sexualität. Diese Ehe kann in einer Moschee von einem Imam, bei einem Rechtsanwalt oder auch zwischen den beiden PartnerInnen auf einem Blatt

Papier, aber auch mündlich oder per SMS geschlossen werden.¹² In dieser Praxis einer ‚islamischen unkonventionellen Ehe‘ zeigt sich sozialer und politischer Wertewandel. Eltern und Familien verlieren durch die religiöse und gesetzliche Legalisierung von heimlichen nichtregistrierten Ehen einen großen Teil ihrer Macht über ihre Kinder und Familienangehörigen. Dies eröffnet emanzipatorische Potentiale gegenüber traditionellen, patriarchalischen Familienstrukturen und den rigiden Geschlechterverhältnissen.

In der Debatte um *Urfi*- und *Misyar*-Ehen lassen sich auch Dimensionen eines Generationenkonfliktes zeigen, da Familienwerte und Strukturen im positiven und negativen Sinne revolutioniert werden. Eltern, die in den 50er bis 70er Jahren in Nassers Sozialismus, also in einer eher nationalistischen säkularen Ideologie sozialisiert wurden, erleben, wie ihre Kinder – anders als sie – durch einen hegemonialen islamischen Diskurs sozialisiert werden, in dem Identität vor allem von Moralwerten der islamischen Weltanschauung geprägt wird. Paradoxe Weise führt gerade die Islamisierung der Gesellschaft und eben vor allem der Jugend dazu, dass Kinder eine Sexualmoral und sexuelle Praxen übernehmen, die ihre Eltern als unmoralisch und verantwortungslos empfinden. Ein praktischer Grund für den Zuspruch, den nicht registrierten Ehen gerade unter Jugendlichen erfahren, liegt auch in den hohen finanziellen Forderungen der Eltern an die zukünftigen Ehemänner ihrer Töchter. Dies bedeutet, dass junge Leute ihre Sexualität erst in einem relativ hohen Alter erfahren können.

Da die ägyptische Rechtsprechung und die Gesellschaft voreheliche Beziehungen unter Strafe stellen, ist die nicht registrierte Ehe oft die einzige Möglichkeit für Unverheiratete, Sex zu haben. Gerade auch Berufstätige und andere selbstbewusste Frauen, die die Institution der konventionellen Ehe ablehnen und sich nicht mit Morgengabem und Unterhalt für das Heiraten bezahlen lassen wollen, können durch diese Ehe eine Beziehung mit einem Mann eingehen, den sie lieben und/oder mit dem sie ihre Sexualität ausleben möchten. Sie wollen selbst über ihre Arbeit, Reisen und Freundeskreise bestimmen und ihre Autonomie behalten. In einer konventionellen Ehe kann der Mann laut Familiengesetz seiner Frau diese Rechte verweigern, ihr verbieten zu arbeiten oder auszugehen.¹³ Gewinner der *Urfi*- und *Misyar*-Ehe sind auch junge Menschen, z.B. StudentInnen, die nun Partnerschaften eingehen können, ohne die finanziellen Lasten und Forderungen einer konventionellen Ehe erfüllen zu müssen.

KritikerInnen der nichtregistrierten Ehen argumentieren, die Frau sei Verliererin in diesem Arrangement, da sie auf ihre finanziellen Rechte wie die Morgengabe (Mitgift) und Unterhalt verzichtet. Bekommt sie Kinder aus *Misyar* und *Urfi*-Ehen leidet sie unter gesellschaftlicher Ächtung und Stigmatisierung und muss vor Gericht lange um die Anerkennung der Vaterschaft kämpfen. Ohne Zweifel verkörpert die nicht registrierte Ehe eine Doppelmoral, indem sie die freie Sexualität islamisiert.¹⁴ Ich sehe aber auch positive Aspekte, die einen Beitrag für die Entstehung der Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern geleistet haben, wie wir sie während der Revolution erlebten. In einem dominierenden und verinnerlichten islamischen Diskurs mit göttlicher sowie staatlicher Bestrafung, Intoleranz und Kontrolle der Individuen bis in ihren Privatbereich hinein, konnte die Legitimation dieser Ehe einen Rahmen eröffnen, in dem Frauen und Männer ihre Beziehungen ohne religiöse Schuldgefühle und gesellschaftliche Strafen und Zwänge genießen können.

Revolution der Geschlechterverhältnisse: Frauen als sichtbare Trägerinnen

Es geht ägyptischen Frauen nicht anders als anderen Frauen in der muslimischen Welt. Im Hintergrund steht dabei der Konflikt zwischen ihrer Rolle in der Öffentlichkeit und ihrem Privatleben: ihre Zerrissenheit als Staatsbürgerin, die den Männern rechtlich gleichgestellt, im Privatbereich aber als bekennende Muslima oder Christin dem Mann untergeordnet ist.¹⁵ Die Tradition spielt in Ägypten eine sehr große Rolle: Jungfräulichkeit und die Ehre der Frau sind noch immer wichtige Werte.¹⁶ Ägypterinnen fürchten in den letzten Jahren den wachsenden Einfluss islamischer und christlicher Konservativer, die fordern, Frauen sollten sich aus dem öffentlichen Leben zurückziehen, denn ihre Hauptrolle sei die der Mutter und Ehefrau. Frauen kämpfen im Privaten um einen Platz, den sie in der Öffentlichkeit längst eingenommen haben – denn sie sind schon seit langem auf der Straße.¹⁷

Dies zeigte sich auch während der Revolution, bei der die breite Partizipation von Frauen vor allem bei westlichen Medien Überraschung hervorrief. Frauen waren auf vielfältige Weise an der Revolution beteiligt, sie haben demonstriert und in der Öffentlichkeit im Fernsehen ihre Anliegen erklärt.¹⁸ Frauen wurden während der Revolution gefoltert und ermordet. Allerdings war der Kampf um Frauenrechte keine vordergründige Motivation für Frauen, an der Revolution teilzunehmen. Vielmehr haben sie als Bürgerinnen gekämpft, um das politische System zu stürzen. Junge Frauen aller Schichten, Akademikerinnen, Arbeiterinnen, Frauen aus der Stadt und vom Land trugen die Revolution mit. Gemeinsam

mit Männern aller Schichten haben diese Frauen für ein neues Ägypten gekämpft. Bloggerinnen wie Asma Mahfouz, Mona Said, Nawara Negma und Mitglieder der Jugendbewegung 6. April haben auf Facebook, YouTube und in ihren Blogs Menschen mobilisiert, standen auf dem Tahrir-Platz und haben ungeachtet der Gefahr täglich über die Revolution berichtet.¹⁹ Die aktive Teilnahme von Frauen an der Revolution hat zahlreiche Tabus gebrochen, so berichteten Frauen auf Facebook und im Fernsehen offen über ihre Folterung und zeigten die Spuren ihrer Misshandlungen. Die Frauen schämten sich nicht und fühlten sich nicht als passive Opfer.

Frauen, die an Revolutionen teilgenommen haben, wurden in der Geschichte oft nach dem Erfolg dieser Revolutionen von der politischen Einflussnahme ausgeschlossen. Der Wandel der Beziehung zwischen den Geschlechtern ist ein Aspekt der Revolution, der erhalten bleiben sollte. Doch besteht die Gefahr, dass die errungene Gleichheit wieder verloren gehen könnte. Als die Armee die Macht übernahm und den Tahrir-Platz räumte, kam die Geschlechterfrage bald wieder auf. Die Räumungen wurden oft gewaltsam durchgeführt – mit der Begründung, es sei gegen die Sitte des Landes, dass Frauen gemeinsam mit Männern übernachten. Am 8. März berichteten Frauen im Fernsehen, in Blogs und auf YouTube, wie massiv sie von Anhängern Mubaraks belästigt wurden.²⁰ Bisher achten die Ägypterinnen wachsam auf ihre Rechte. Als das Komitee zur Änderung der Verfassung nur aus Männern bestand, gründeten säkulare Frauenorganisationen ein Gegenkomitee und verurteilten ihren Ausschluss. Sie forderten:

“The Coalition of Egyptian Feminist Organizations considers that the forthcoming cabinet should reflect the representation of women from diverse affiliations, a representation that did not occur in the past cabinet or in the various committees that were established following the revolution. (...) Women should represent at least 30% of the members in all the committees formed, especially in the founding assembly that will be responsible of developing a new Constitution for Egypt”.²¹

Diskutiert wird vor allem über die Gleichstellung der Geschlechter, das Familienrecht, das stark vom Islam und dem Christentum bestimmt wird und die Rechte der Frauen beschneidet, insbesondere das Recht, Präsidentin werden zu dürfen.

Besonders überraschend gestaltete sich der Umgang zwischen Frauen und Männern in den Tagen der Revolution. Es gab keine sexuelle Belästigung, sondern sie alle gingen respektvoll miteinander

um. In Debatten auf Facebook und in YouTube-Videos ermutigten Frauen einander zur Teilnahme an der Revolution. So sagte Asmaa Hafez, eine bekannte 26-jährige Bloggerin²² auf Youtube, Frauen bräuchten keine Angst zu haben und müssten nicht von den Männern geschützt werden. Sie wollten stattdessen als Menschen und Kampfpartnerinnen respektiert werden. Gemeinsame Demonstrationen und Übernachtungen im öffentlichen Raum wären im konservativen Ägypten der letzten Jahre, das geradezu besessen von der Verschleierung des weiblichen Körpers war, undenkbar gewesen. Im Gefecht für eine gemeinsame Sache wurden bestehende Sexismen übergangen und Männer und Frauen haben gemeinsam die Straßen gefegt. Weder überließen die Männer diese Arbeit den Frauen, noch sahen die Frauen dies als ihre Aufgabe an. Gemeinsam haben sie den Müll eingesammelt, gegessen, diskutiert und geschlafen – ein Moment jenseits der Tradition.

Herausforderungen für einen nachhaltigen demokratischen Wandel

Die Verfassungsdebatte

Die Betrachtung der Debatten, die in Fernseh-Talkshows, Zeitungen und Internetforen seit der Revolution geführt werden, zeigt, dass es bei den Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen politischen Strömungen vor allem um die Frage geht, wie die Verfassung des neuen Ägyptens gestaltet sein wird. Welche Rolle soll die Religion in der neuen Verfassung und dem politischen System spielen? Wird Ägypten ein islamischer Staat sein und was bedeutet dies konkret? Artikel 2 der bisherigen Verfassung legt fest, dass der Islam sowohl Staatsreligion als auch die Hauptquelle der Gesetzgebung ist. In der Verfassung von 1971 wurde die Scharia noch als „eine Quelle der Verfassung“ bezeichnet. Erst 1981 wurde sie durch eine Verfassungsänderung zu der „Hauptquelle der Gesetzgebung“ erklärt.

Die Frage, ob dieser Artikel in der neuen Verfassung weiterhin bestehen bleibt und ob das neue politische System ein demokratisches, liberales, islamisches, sozialistisches oder säkulares sein wird, gehören zu den Hauptstreitpunkten der derzeitigen Debatten. Ferner macht es die neue Situation für die politischen AkteurInnen nun erforderlich, Begriffe wie Demokratie, Freiheit oder Grund-, Frauen- und Menschenrechte zu definieren. Denn sowohl islamische AktivistInnen als auch säkulare und andere Gruppierungen verwenden diese Begriffe, doch bleibt oft offen, was konkret damit gemeint ist.

Gerade diese Grauzonen und ambivalenten Aussagen islamischer Gruppierungen heizen die Debatte Ägypten an.²³

So teilt sich die ägyptische Gesellschaft in AktivistInnen aus dem politischen Islam und AktivistInnen, bei denen Religion eher im Privatbereich angesiedelt ist und von der Politik getrennt bleibt. Mit IslamistInnen bezeichne ich diejenigen AktivistInnen deren argumentative Hauptbezugspunkte der Koran und die Tradition und Verhaltensweisen des Propheten (*sunna*) sind. Dieses islamische Lager besteht vorwiegend aus ultrakonservativen Gruppen (*Salafiyya*) und der konservativen Muslimbruderschaft sowie ihren SympatisantInnen in der Bevölkerung. Dieses Lager möchte Artikel 2 der Verfassung weiterhin behalten und dahingehend ausweiten, dass das islamische Recht auch ökonomische Aspekte sowie das Zivil- und Strafrecht umfasst. Den IslamistInnen zufolge ist Ägypten ein Land mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung, was sich nicht nur in der Verfassung, sondern auch in den Gesetzen und im Alltag widerspiegeln sollte.

Das ‚säkulare‘ Lager dagegen besteht aus moderaten islamischen Gruppierungen der Wasat-Partei, linken islamischen AktivistInnen, säkular gesinnten Konservativen und Liberalen sowie aus NaseristInnen, SozialistInnen und NationalistInnen. Auch wenn es in diesem zweiten Lager viele gläubige MuslimInnen und ChristInnen gibt, lässt es sich als säkular bezeichnen, denn es zielt auf einen Staat ab, in dem die Religion nicht die Grundlage des politischen Systems ist. Das säkulare Lager ist bezüglich der Frage nach der Beibehaltung des Artikels 2 wiederum gespalten. Die VerfechterInnen des Artikels interpretieren ihn so, dass die islamische Ethik die Leitidee der Verfassung sein soll. Sie betonen daher islamische Werte wie die Würde des Menschen, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung aller Menschen. Allein der Bereich des Familienrechts soll nach islamischem bzw. auch christlichem Recht gestaltet sein, je nach Konfession der BürgerInnen. Zur zweiten Gruppe des säkularen Lagers zählen diejenigen, die den Religionsartikel streichen wollen und Religion in den Privatbereich rücken möchten. Nach ihrer Auffassung diskriminiert Artikel 2 nicht-muslimische ÄgypterInnen wie ChristInnen und andere Minderheiten, aber auch Frauen, weil er religiöses Familienrecht festschreibe, das ausschließlich durch die Scharia bestimmt sei und keine Gleichberechtigung der Geschlechter garantiere. Sie argumentieren auch, dass die erste ägyptische Verfassung nach der Unabhängigkeit von 1923 säkular war, dass die Religion privat, die Nation aber für alle gewesen sei. Damals hätten die ÄgypterInnen auch einen christlichen Kopten als Ministerpräsidenten akzeptiert.

Um diesen sehr entscheidenden Konflikt zu verstehen, möchte ich einen kurzen Überblick zur post-revolutionären politischen Kultur in Ägypten geben. Zwar erlebt Ägypten momentan eine Öffnung und weist eine vielschichtige Gesellschaft mit relativ freien Medien, großer Meinungsvielfalt und über 24 neugegründeten Parteien auf. Dies geschieht jedoch noch immer vor dem Hintergrund eines autoritären Staats, früher symbolisiert durch den Präsidenten, jetzt durch die Armee. Es gibt drei große Tabus, die die Revolution bislang nicht überwinden konnte: Politik, Religion und Sexualität. Früher durfte Präsident Hosni Mubarak nicht kritisiert werden, heute ist es die Armee. Die Existenz Gottes darf nicht angezweifelt werden und ein offenes Auftreten als AtheistIn ist in der Politik, aber auch in der eher religiösen Bevölkerung ein Tabu. Auch als AtheistIn ist es am besten, sich als gläubige(r) MuslimIn oder ChristIn auszugeben. Schließlich gibt es beim Thema Sexualität gewisse Tabus. Zwar kann man öffentlich über Sexualität reden – und das wird viel getan –, doch das Recht auf freie sexuelle Selbstbestimmung ohne Ehe oder die Rechte von Homosexuellen einzufordern, ist unmöglich.

In der Auseinandersetzung um Artikel 2 der Verfassung scheint sich das islamische Lager durchzusetzen. Kaum ein/e ÄgypterIn fordert noch eine ‚säkulare Verfassung‘. Die meisten AktivistInnen, sogar die islamischen, bezeichnen jetzt die Konstitution als „Zivilverfassung“. Damit meinen sie, dass die Verfassung weder Militär-, noch Religionsherrschaft legitimiert und grundlegende Werte wie Freiheit, Pluralismus und Menschenrechte schützt. Wer die Abschaffung dieses Artikels verlangt, setzt sich in hitzigen Debatten dem Vorwurf der Verwestlichung, der Entfremdung und der Ketzerei aus.²⁴ Führungspersönlichkeiten der Salafiagruppen und die Muslimbrüder sowie anerkannte islamische Gelehrte haben in Interviews öffentlich Gegner der islamischen Verfassung als „antiislamisch“ und „Gotteslästerer“ bezeichnet, die „mit Hudud-Strafen belegt werden müssen“.²⁵ Dies rief in AktivistInnen-Kreisen Empörungen hervor. Zugleich erzeugen derartige Kommentare auch eine defensive Haltung und die Furcht vor politischer Exklusion bis hin zu Morddrohungen. Denn religiöse Kritik kann kaum geübt werden, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen.

Nach meiner Analyse der ägyptischen Debatte komme ich zu dem Schluss, dass sich aufgrund des Einflusses des islamischen Lagers ein sprachlicher Wandel der säkularen AktivistInnen beobachten lässt. Viele betonen ihre Religiosität; nutzen eine religiöse Sprache, argumentieren zum Teil religiös, auch wenn sie letztlich eine semisäkulare Verfassung anstreben. Als Beispiel kann hier ein Fernsehinterview mit dem islamischen Moderator Amr Khaled und dem Präsidentschaftskandidaten Moham-

med el-Baradei angeführt werden. El-Baradei stellt in dem Programm seinen Entwurf für eine neue Verfassung vor und betont, dass seine Vorschläge für die Grundrechte der neuen Verfassung aus dem Koran stammen, der die Menschenwürde respektiere. Er hebt dabei hervor, dass der Islam Staatsreligion und Quelle der Gesetzgebung sein soll, bedient sich religiöser Sprache und lanciert, dass Gott den Gegnern Ägyptens „verzeihen“ soll.²⁶

Schließlich ist noch zu erwähnen, dass zahlreiche säkulare Kräfte in den ersten Wochen nach der Revolution betonten, dass Ägypten eine Verfassung brauche, in der die Bürgerrechte aller ÄgypterInnen garantiert werden. Viele sammelten im Internet und auf den Straßen Unterschriften für die Abschaffung des Artikel 2. Mittlerweile haben die islamischen AktivistInnen mit ihrer publizistischen Kampagne jedoch die Oberhand gewonnen. Viele säkulare und liberale AktivistInnen werden so zum Schweigen gebracht, obwohl sie am Anfang der Revolution eine säkulare Verfassung (*Dustur İlmani*) forderten, führten sie dies im Verlauf nicht mehr an, änderten ihre Forderung und verlangten einen „zivilen Staat“ und eine „zivile Verfassung“ (*dawla madaniyya; dustur madani*). Der Streit, ob die Scharia die Hauptquelle der Gesetzgebung bleibt oder nicht, scheint nun, nachdem sich die säkularen AktivistInnen dem religiösen Diskurs untergeordnet haben, beendet zu sein. Dies verweist auf eine mögliche Islamisierung der Säkularen und Intellektuellen in Ägypten. Dies impliziert aber nicht den Wahlsieg der islamischen Kräfte. Säkulare AktivistInnen teilten mir in Interviews mit, dass sie nicht gegen Artikel 2 stimmen werden, da sie den Verlust der Unterstützung der gläubigen Bevölkerung befürchten. Im Falle einer demokratischen Verfassung, in der Menschenrechte, Pluralismus und Toleranz garantiert werden, würde die Frage nach der Rolle der Scharia ohnehin keine bedeutende Rolle mehr spielen.

Für die Geschlechterfrage kann dies eine Verbesserung der Bürgerrechte und politischen Rechte bedeuten, aber keine mit Blick auf den privaten Raum. Denn die Spannung zwischen einer egalitären Verfassung und einem nichtegalitären Familienrecht sowie Konflikte um die Bürger- und Menschenrechte der Frauen bleibt bestehen. Auch Männer behalten ihre Rolle als Ernährer und Oberhäupter der Familie bei. Positiv ist jedoch, dass insbesondere junge Menschen aufgrund ihrer Erfahrung mit der Liberalisierung ihrer Sexualmoral, der Überwindung ihrer Angst vor Autorität und Hierarchie als auch durch ihren Umgang miteinander während der Revolution ein neues Verständnis von Geschlechterverhältnissen, Liebe und Egalität entwickelt haben, dass sich positiv auf die Zukunft Ägyptens auswirken kann.

Spannungsverhältnis zwischen Islamismus und Geschlechterverhältnissen

Nicht nur der Westen, sondern auch AkteurInnen der ägyptischen Zivilgesellschaft behandeln Islamismus mit Vorsicht oder gar Angst. Vor der Revolution schrieben Oppositionelle der säkularen und liberalen Strömungen, dass sie den verhassten repressiven Staat einer islamischen Regierung vorziehen würden. Ein solcher islamischer Staat würde sie nicht nur wie Mubaraks Regierung politisch unterdrücken, sondern alle BürgerInnen in ihrem Privatleben und ihren individuellen Menschenrechten bedrohen. Dabei erwecken v.a. vier Themen bzw. Grauzonen Besorgnis bei WissenschaftlerInnen, Intellektuellen und MenschenrechtlerInnen. Bürgerliche Rechte und Freiheiten werden tatsächlich in allen Strömungen des Islamismus, ob konservativ, moderat oder liberal, sehr kontrovers und ambivalent diskutiert.²⁷ In diesen Ambivalenzen liegen Potenziale für Veränderung und neue Koalitionen ebenso wie Gefahren für die Rechte von Frauen und Minderheiten in einem post-revolutionären Ägypten.

Erstens werden einige Frauenrechte in Frage gestellt, die die ägyptische Verfassung garantiert, insbesondere die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in der Öffentlichkeit und im Privatleben. Zweitens wollen islamische AktivistInnen die Sexualmoral und sexuellen Praxen kontrollieren, und damit das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, wie z.B. auf voreheliche Beziehungen, freie Kleiderwahl, Homosexualität und Prostitution einschränken und strafbar machen. Ein dritter Punkt betrifft die Freiheit der Kunst: In den letzten Jahren wurden in Ägypten Bücher verbrannt, Filme verboten und Prozesse gegen Menschen geführt, die angeblich anti-islamisch seien. Islamische AktivistInnen verlangen von der Kunst, sie solle ‚nützlich‘, moralisch und nicht gegen die Religion und Tradition gerichtet sein. KritikerInnen fürchten, Ägypten könne seine vielfältige Kunstszenen und seine immer noch führende Stellung in der Kultur der arabischen Welt verlieren. Viertens stellt sich die Frage nach den Minderheitenrechten, insbesondere für christliche ÄgypterInnen und andere religiöse Minderheiten wie die *Baha'í*-Religion und die Zeugen Jehovas, aber auch nach Bürgerrechten und der Gleichberechtigung politischer Minderheiten wie MarxistInnen und AtheistInnen, die verfassungsrechtlich zugesichert werden.

Was die Geschlechterfrage angeht, ist die Frauenpolitik der konservativen Muslimbrüder frauenfeindlich. Frauen können ohne ihre Männer nicht Einzelmitglied sein, auch gibt es keine einzige Frau in den Vorstandssitzungen, wo strategische Entscheidungen über die Politik der Muslimbrüder gefällt

werden. Die Vertreter der moderaten islamischen Strömungen, wie der Generation der Mitte (*Al-Wasat*) oder die jungen bloggenden Muslimbrüder können sich durchaus eine Frau als Mufti oder Staatsoberhaupt vorstellen. Führer und Versorger der Familie bleibt aber der Mann. Auch linke islamische AktivistInnen, Intellektuelle, WissenschaftlerInnen und JournalistInnen sprechen sich weitgehend für Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit aus. So gibt auch der islamische Feminismus positive Anstöße zur Förderung von Frauenrechten, besonders zu den Frauenrechten in der Öffentlichkeit.²⁸ Er erkämpfte Reformen in staatlichen Institutionen, die nun beispielsweise akzeptieren, dass ägyptische Frauen Muftis und Richterinnen werden können. Dennoch besteht das Risiko einer Islamisierung der Debatten und einer ungewollten Stärkung des Fundamentalismus sowie der Islamisierung der Frauenrechte, denn islamische AktivistInnen, insbesondere aus der Salafia, dem konservativen Lager und auch der Muslimbrüderschaft bekämpfen die internationalen Frauenrechte, wenn diese nicht mit dem Islam konform gehen, wie sich am Beispiel der ägyptischen Debatte um CEDAW zeigen lässt.

Meiner Meinung nach stehen säkulare und religiöse FrauenrechtsaktivistInnen nicht im Gegensatz zueinander, solange sie über die politischen und sozialen Rechte von Frauen verhandeln. Keiner bestreitet das Recht der Frau auf Bildung, Wahlrecht oder Führung eines eigenen Geschäfts. Große Differenzen bestehen aber, wenn es um individuelle Frauen- und Menschenrechte im Privatbereich geht, wie etwa die freie Religionswahl sowie das Erb- oder Familienrecht oder das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. In dieser Hinsicht verlangen säkulare Kräfte die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau als BürgerInnen.

Ägypten vor der Revolution war ein semi-säkularer Staat. Das islamische aber auch christliche Recht gilt vorwiegend nur im Familienrecht, während politische Grundrechte, Strafrecht und Zivilrecht säkularen Ursprungs sind. Ägypten hat daher die UN-Konvention für Frauenrechte (CEDAW)²⁹ ratifiziert, aber Vorbehalte gegen die Konvention geltend gemacht. Die meisten islamischen Regierungen bemängeln, dass der Artikel zur sexuellen Selbstbestimmung der Frau weder mit der Scharia und der Tradition noch mit der staatlichen Sicherheit vereinbar sei. Im Bereich des Familienrechts und des Zeugnisrechts vor Gericht kann es laut islamischem Recht keine Gleichstellung für Frauen geben. Zu CEDAW haben sich drei Akteursgruppen (islamisch, staatlich, Schattenbericht der säkularen Frauen-NGOs) in Berichten geäußert. Alle drei betonen, dass die Gleichberechtigung der Frauen noch defizitär sei und es gewaltiger Anstrengung bedarf, um das Optimum zu erreichen; sie legen Wert auf

den Respekt vor dem Islam. Keine der drei Gruppen erwähnt die Reproduktionsrechte von Frauen vor der Ehe oder das Recht auf sexuelle Freiheit, insbesondere auf Homosexualität.³⁰ Das spiegelt die Tabus Ägyptens und die Grenzen der Argumentation der verschiedenen Strömungen wider.

Während staatliche Gutachten betonen, dass die Rechte der Frauen in Ägypten verbessert worden seien und der Staat sich für die Änderung der Gesetze zum Wohl der Frauen engagiere, stellen die Schattenberichte der säkularen NGOs dagegen fest, dass der Staat nicht genug unternahme, um die Rechte der Frauen und ihre Gleichberechtigung durchzusetzen.³¹ So gelten weiterhin Gesetze, die Gewalt gegen Frauen wie beispielsweise die Züchtigung durch den Ehemann erlauben. Die NGOs verlangen die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen rechtlichen Bereichen und ein neues Verständnis der Geschlechterrollen: Frauen müssten als unabhängige Individuen und Partner der Männer und nicht als diesen untergeordnet betrachtet werden. Der islamische Bericht diskutiert abstrakt, ob die CEDAW mit dem Islam übereinstimme.³² Es wird kritisiert, dass die Philosophie der Konvention von westlichen AkteurInnen dominiert sei und der islamischen Kultur ihre Werte aufzwingen wolle. Dazu gehört, dass Frauen als Individuen und nicht als Mütter und Teil eines Verbandes betrachtet werden. Islamische AktivistInnen fordern Gerechtigkeit statt Gleichheit zwischen den Geschlechtern.

Fazit

Auch wenn die Revolution nicht all ihre Ziele erreichen kann, steht eines fest: Sie hat die Angst der ÄgypterInnen bzw. auch der AraberInnen vor den alten Eliten,³³ dem Staat, dem Sicherheitsapparat und den Religionsautoritäten gebrochen, die sich in einer Doppelmoral mit dem Despotenstaat gegen die eigene Bevölkerung verbündet und die Religion dafür instrumentalisiert haben. Dagegen haben insbesondere junge Menschen schon länger aufbegehrt, wie ich anhand der nicht registrierten Ehen gezeigt habe. Gerade an diesem Beispiel kann man sehen, wie sozio-ökonomische Strukturen, demografischer Wandel und veränderte soziale Praktiken ineinander greifen. Sie sind gleichermaßen Ausdruck einer neuen politischen Kultur sowie sie die politische Kultur verändern. Auf dieser Basis werden derzeit die Konturen eines neuen Gesellschafts- sowie Generations- und Geschlechtervertrags in Ägypten diskutiert und praktiziert. Viele Polizisten halten sich zurück, beleidigen die BürgerInnen nicht mehr. Viele BürgerInnen betonen ihre Bürger- und Menschenrechte und agieren viel selbstbewusster. Die Jugendlichen sind nicht mehr die Jungen, die zuhören sollen, sondern sie bestimmen die Politik mit,

bilden Koalitionen, Parteien und gestalten die Politik.³⁴ In den Universitäten haben im Juni die ersten demokratischen Wahlen seit 1952 stattgefunden. Es war ein Sieg der Generations- und Geschlechterverhältnisse: das erste Dekanat, das in einer freien Wahl gewählt wurde, wurde mit einer Frau besetzt, 44 Jahre alt.³⁵ Ihre fünf Gegner waren männlich und viel älter als sie. ÄgypterInnen sprühen vor Energie und Lebenslust, ein neues Land zu gründen. Der Erfolg der Forderungen der Revolution, der Sturz des gesamten politischen Systems sowie die Festnahme von Präsident Mubarak, seiner Familie und Elite führten zum Wandel des Selbstbilds der ÄgypterInnen. Diese Revolution hat den ÄgypterInnen ein Gefühl von Stolz, Selbstvertrauen, der Gemeinsamkeit, des Zusammenhalts und der Selbstverantwortung verliehen. Dieses gemeinsame Schicksal und die Bestrebungen anderer arabischer Gesellschaften stärken die gemeinsame Identität als ‚Araber‘ oder ‚Araberin‘. Die Revolutionen in der arabischen Welt haben die Bevölkerungen nach Jahrzehnten der Zersplitterung näher zu einander geführt.

Anmerkungen und Literatur

1 Schwelling, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen, Wiesbaden, 2004.

2 Albrecht, Holger: Contentious Politics in the Middle East: Political Opposition Under Authoritarianism. Governance and International Relations in the Middle East (eds.), Gainesville, 2010; Schlumberger, Oliver: Autoritarismus in der arabischen Welt. Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung, Baden-Baden, 2008; Zur Analyse der Politik von unten siehe: Harders, Cilja: Autoritarismus von unten: Lokale Politik in Ägypten, GIGA Focus Nahost, Nr. 12, 2008, online unter: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_0812.pdf; Bayat, Asef: Making Islam Democratic: Social Movements and the Post-Islamist Turn, Stanford, 2007; Singerman, Diane: The Family and Community as Politics, in: Singerman, D., Hoodfar, H., Hoffman, V. (eds.): Development, Gender, and Change in Cairo: A View from the Household, Bloomington, 1996 (S. 145-189).

3 Siehe dazu die Stellungnahme von Al-Azhar und der koptischen Kirche: , , , . Siehe auch Nagi, Bashir: Die Kirche verlangt von den Kopten, zu Hause zu bleiben und nicht an den Demonstrationen am 25. Januar teilzunehmen, Al-Dostur, 24.01.2011, online unter: <http://www.dostor.org/politics/egypt/11/january/24/35699>. Siehe auch das Treffen des Papstes Shnuda mit den Mitgliedern der heiligen Sammlung am 15. Februar 2011, online unter: <http://www.youtube.com/watch?v=Vs6MNAQFWfw> (30.06.2011). Weitere Berichte über die Haltung der Kirche zur Revolution online unter: <http://www.youtube.com/watch?v=YbAVe8O5EG8&feature=related> (30.06.2011); <http://www.youtube.com/watch?v=fWZp0aP3gMA> (30.06.2011); <http://www.allcopts.com/vb/viewtopic.php?t=6544> (30.06.2011).

4 Siehe z.B. Bassem Yousef Show vom 08.03.2011 und 06.04.2011, online unter: <http://www.youtube.com/watch?v=eXAAN0Z5t9w&feature=relmfu> (30.06.2011) und <http://www.youtube.com/watch?v=NRSQqawnStU&feature=related> (30.06.2011). Siehe auch Mona Show vom 02. und 03.06.2011, online unter: <http://www.youtube.com/watch?v=9Tlf3LaqD2E&feature=related> (30.06.2011) und http://www.youtube.com/watch?v=PFZB_pj-yrC (30.06.2011), sowie Abu Hafiza Show vom 08.01.2011, online unter: <http://www.youtube.com/watch?v=x2sRN-uK35Q&feature=related> (30.06.2011).

5 Siehe Lied „Sout Al-Hurria“ (zu Deutsch: Stimme der Freiheit), online unter: http://www.youtube.com/watch?v=Fgw_zfLLvh8 (30.06.2011). Siehe auch: Salah, Hoda: Moralwandel der Sexualität innerhalb der sunnitischen Welt und ihre Wirkung auf Familie, Bindung und Fürsorge, in: Bertram, Hans (Hg.): Familie, Bindung und Fürsorge, Leverkusen, 2010.

6 Filmemacher wie Youssef Shahine, Khaled Youssef, Ahmed Abdallah sowie Schriftsteller üben seit Jahrzehnten Kritik an der ägyptischen Regierung und der Macht der Polizei. Dazu gibt es seit 2004 deutsche Übersetzungen arabischer Romane, die den autoritären Staat, die Armut und Misere sowie die Korruption und Macht der Polizei kritisieren: Al-Aswani, Alaa: Der Jakubijan-Bau. Roman aus Ägypten, Basel, 2007; Alkhamissi, Khaled: Im Taxi: Unterwegs in Kairo, Basel, 2011; Abdelaal, Ghada: Ich will heiraten!: Partnersuche auf Ägyptisch, Basel, 2010.

7 Siehe Videos zu Folter und Demütigungen der ägyptischen BürgerInnen durch die Polizei, online unter: <http://www.youtube.com/watch?v=OU6SY6VrwYo&feature=related> (30.06.2011) und <http://www.youtube.com/watch?v=pMoYhKrE4s8&feature=related> (30.06.2011);

8 Trotz eines Geburtenrückgangs ist die Wachstumsrate der arabischen Länder nach wie vor die höchste der Welt. Für den Zeitraum von 2010 bis 2015 wird eine Wachstumsrate von jährlich 1,9 % vorausgesagt. Mit einem Altersdurchschnitt von lediglich 22 Jahren hat die Region schon heute eine der jüngsten Bevölkerungen weltweit. Über 60 % der Bevölkerung sind unter 25 Jahre alt. Hinzu kommt die unaufhaltsam fortschreitende Urbanisierung, so wird erwartet, dass die Urbanisierungsrate von 55 % (2005) auf über 60 % (2020) wachsen wird. Woher hast du diese Information?

9 Arab Human Development Report (AHDR), 2009, online unter: <http://www.arab-hdr.org/publications/other/ahdr/ahdr2009e.pdf> (30.06.2011);

O.N.: A Special Report on the Arab World: All Change, no Change, The Economist vom 23.07.2009, online unter: http://www.economist.com/specialreports/displaystory.cfm?story_id=14027674 (30.06.2011); DeJong, Jocelyn; Jawad, Rana; Mortagy, Iman; Shephard, Bonnie: The Sexual and Reproductive Health of Young People in the Arab Countries and Iran, in: Reproductive Health Matters, Vol. 13, Nr. 25, Mai 2005 (S. 49-59).

10 Ayubi, Nazih: Politische Religion und Politik: Islam in der arabischen Welt. Freiburg, 2002; Hasso, Frances S.: Consuming Desires. Family Crisis and the State in the Middle East, Stanford, 2011. El Ahl, Amira; Steinvorth, Daniel: Sitten. Fluchtpunkte der Lust. In: Der Spiegel Nr. 42, 2006 (S. 162-165), online unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-49214600.html> (30.06.2011).

11 Ägypten und Saudi-Arabien waren die ersten Länder des sunnitischen Islam, in denen die Misyar-Ehe 1999 legalisiert wurde.

12 Arabi, Oussama: The Itinerary of a Fatwa: Ambulant Marriage (*al-Zawaj al-Misyar*), or Grass Roots Law-Making in Saudi Arabia of the 1990s, in: Arabi, O. (ed.): Studies in Modern Islamic Law and Jurisprudence. Den Haag, 2001 (S.147-167).

13 Ikkaracan, Pinar: Deconstructing Sexuality in the Middle East: Challenges and Discourses, Aldershot, 2008; Karam, Souhail: Saudi Arabia: Saudis Turn to 'Misyar' Marriage to Beat Inflation, Women Living Under Muslim Laws, 2006, online unter: [http://www.wluml.org/english/newsfulltxt.shtml?cmd\[157\]=x-157-541133](http://www.wluml.org/english/newsfulltxt.shtml?cmd[157]=x-157-541133) (30.06.2011).

14 Al-Magd, Nadia A.: Egyptian Marriage Fatwa Causes Stir, The National, 19.04.2009, online unter: <http://www.thenational.ae/article/20090420/FOREIGN/704199868/1002> (21.07.2009); Aboul Komsan, Nehad: Egypt: Fatwa on Misyar Marriage, Women Living Under Muslim Laws, 2009, online unter: [http://www.wluml.org/english/newsfulltxt.shtml?cmd\[157\]=x-157-564276](http://www.wluml.org/english/newsfulltxt.shtml?cmd[157]=x-157-564276) (21.07.2009).

15 Derichs, Claudia: Frauen und Frauenrechte in muslimisch geprägten Gesellschaften, in: Hippler, J. (ed.): Von Marokko bis Afghanistan: Krieg und Frieden im Nahen und Mittleren Osten, Hamburg, 2008 (S.197-212); Mernissi, Fatima: Democracy as Moral Disintegration: The Contradiction between Religious Belief and Citizenship as a Manifestation of the Ahistoricity of Arab Identity, in: Toubia, N. (ed.): Women and the Arab World, London, 1988.

16 Al-Saadawi, Nawal: The Hidden Face of Eve: Women in the Arab World, London, 2007; Khafagy, Fatima: Honour Killing in Egypt: Expert Group Meeting organized by: UN Division for the Advancement of Women in collaboration with: UN Office on Drugs and Crime, 17.-20. Mai 2005, online unter: <http://www.un.org/womenwatch/daw/egm/vaw-gp-2005/docs/experts/khafagy.honorcrimes.pdf> (14.03.2011).

17 In Ägypten gibt es eine lange Tradition weiblicher Einflussnahme auf das öffentliche Leben. Bis heute gelten Gesetze aus der sozialistischen Nasser-Ära (1952-70), die Frauen ein Arrangement mit ihrer Doppelrolle als Berufstätige und Mutter garantieren. Jede Firma und Fabrik, die mehr als 99 Arbeiterinnen hat, soll einen Betriebskindergarten haben, in den auch die Kinder männlicher Mitarbeiter gehen dürfen. Ägyptische Frauen demonstrierten während der Revolution 1919 gegen die britische Kolonialmacht. In der arabischen Welt erhielten zuerst die ägyptischen Frauen das Wahlrecht (nach Erlangen der Unabhängigkeit 1956). Die ägyptische Frauenbewegung entstand 1923. Als eine der ältesten in der arabischen Welt hat sie viele andere Frauenbewegungen beeinflusst. Jede gegründete Partei seit der ersten Verfassung 1923 bis jetzt hat einen Frauenrat, der sich vorwiegend mit Frauenrechten beschäftigt. Ahmed, Leila: Women and Gender in Islam: Historical Roots of a Modern Debate, Cairo, 1998; Al-Ali, Nadje: Secularism, Gender and the State in the Middle East: The Egyptian Women's Movement, Cambridge, 2000; Badran, Margot: Framing Women: Feminist Historiography and the Politics of Gender and Culture, Chicago, 1998.

18 Kandiyoti, Deniz: Promise and peril: Women and the 'Arab spring', openDemocracy, 08.03.2011, online unter: <http://www.opendemocracy.net/5050/deniz-kandiyoti/promise-and-peril-women-and-%E2%80%99arab-spring%E2%80%99> (14.03.2010).

19 Informationen zur Jugendbewegung 6. April, online unter: <http://shabab6april.wordpress.com/shabab-6-april-youth-movement-about-us-in-english/> (01.07.2011) und <http://www.facebook.com/shabab6april> (01.07.2011);

Siehe auch Folgende: Bilder der Aktivistin Mona Said am Tahrir Platz, online unter: <http://www.youtube.com/watch?v=LSBJwsjakcg> (01.07.2011); O.N.: Women of the Egyptian Revolution, sawt al niswa, online unter: <http://www.sawtalniswa.com/2011/02/women-of-the-egyptian-revolution/> (01.07.2011); Blog der ägyptischen Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Nawara Negm, online unter: <http://tahyyes.blogspot.com/> (01.07.2011); Egyptian Revolution: Must See Interviews with Women Activists at Tahrir Square in Cairo, Egypt: Hala Kamal, online unter: http://www.youtube.com/watch?v=zHT_SPsIEuo (01.07.2011); Asma Mahfouz, Mitglied der Jugendbewegung 6. April, online unter: <http://www.youtube.com/watch?v=HBXS8eoyZWk&feature=related> (01.07.2011).

20 Sexuelle Belästigung von Frauen am Frauentag am 08. März in Kairo, online unter: <http://www.youtube.com/watch?v=oCXgZZ-Rwlo>

21 O.N.: Egypt: Coalition of Egyptian Feminist Organizations open letter to Prime Minister, Women Living Under Muslim Laws, 14.03.2011, online unter: <http://www.wluml.org/node/7020> (01.07.2011).

22 Meet Asmaa Mahfouz and the Vlog that Helped Spark the Revolution, online unter: <http://www.youtube.com/watch?v=SgJgMdsEuk> (01.07.2011).

23 Omar, Halawa: Gamal al-Banna: No to civil state with Islamic reference, Al-Masry Al-Youm, 16.05.2011, online unter: <http://www.almasryalyoum.com/en/node/439421> (01.07.2011); Almehad, Mohamed: Tuesday's papers: Al-Azhar backs a civil state and ElBaradei's on top, Al-Masry Al-Youm, 21.06.2011, online unter: <http://www.almasryalyoum.com/en/node/470079> (01.07.2011).

24 Siehe Interview vom 17. Juni 2011 mit dem Sprecher der Salafia Gruppe, einer der ultraorthodoxen islamischen Gruppen mit beinahe drei Millionen Anhängern. Er betont in dem Interview, dass seine Gruppe bereit ist, ihr Blut für einen islamischen Staat zu opfern, online unter: <http://elbadil.net/%d8%a7%d9%84%d8%a8%d8%b1%d8%a7%d8%af%d8%b9%d9%8a-%d9%85%d8%b9-%d8%b9%d9%85%d8%b1%d9%88-%d8%ae%d8%a7%d9%84%d8%af-%d9%88%d8%ab%d9%8a%d9%82%d8%a9-%d8%a7%d9%84%d8%a5%d9%86%d8%b3%d8%a7%d9%86-%d8%a7%d9%84/>; Siehe auch Interview vom 02. Juni 2011 mit einem der Vorsitzenden der Muslimbrüderschaft, der seine Gegner als Leugner des Propheten Mohammed bezeichnet. Er vergleicht ihre Kritik an seiner Politik mit den Leiden des Propheten, die er zu ertragen haben soll, Al Masry Al Youm, online unter: <http://www.almasry-alyoum.com/article2.aspx?ArticleID=298968&IssueID=2154> (01.07.2011).

25 Siehe Interview des Journalisten Hamdi Shutt mit dem Präsidenten der Al-Gamla Al-Sharia vom 15. Juni 2011 (eine der größten islamischen Organisationen), dessen Ansicht nach Ungläubige die Gründung eines islamischen Staates angreifen. Sie wollen Ehebruch und Unzucht betreiben und man solle sie nach dem islamischen Strafrecht (*Hudud*) verurteilen, online unter: <http://www.almasry-alyoum.com/article2.aspx?ArticleID=300433&IssueID=2167> (01.07.2011).

26 Siehe Interview zwischen Amr Khalid und dem Präsidentschaftskandidaten el-Baradei vom 16. Juni 2011, online unter: <http://www.youtube.com/watch?v=oRDm9c1osgk> (01.07.2011); Fakhri, Nora: Veröffentlichung des Konzepts von el-Baradei für den Zivilstaat, Al-Youm Al-Sabá, 09.06.2011, online unter <http://www.youm7.com/News.asp?NewsID=431495> (01.07.2011).

27 Krämer, Gudrun: Gottes Staat als Republik: Reflexionen zeitgenössischer Muslime zu Islam, Menschenrechten und Demokratie, Baden-Baden, 1999; Bayat, Asef: Making Islam Democratic: Social Movements and the Post-Islamist Turn, Stanford, 2007; Al-Azm, Galal Sadek: *Al-Usulia Al-Islamia. Tahdid Naqdhil Lil-Mushkelat wa Al-Afkar Wa-Al-Madakhel*. [Islamic Fundamentalism: Critical Determination of the Problems, Ideas.], Cairo, Markaz Al-Dirasat wa Al-Ma'lumat Al-Qanunia huquq Al-Insan, 1997; Al-Banna, Gamal: *Al-Mar'a Al-Muslima bein Tahrir Al-Koran wa Taqied Al-Fuqah'a* [The Muslim Woman between Emancipation of Women in the Qur'an and the Restrictions of the Jurisconsults] Cairo, 1997.

28 Salah, Hoda: Diskurse von islamischen Feministen, in: GENDER: Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, Heft 1, 2010 (S. 47-64), Abou-Bakr, Omaima: Islamic Feminism: What's in a Name? Preliminary Reflections, Middle East Women's Studies Review, Band 15, Nr. 4, 2001 (S. 1-4); Abu-Lughod, Lila: The Marriage of Feminism and Islamism in Egypt: Selective Repudiation as a Dynamic of Postcolonial Cultural Politics, in: Abu-Lughod, L. (ed.): Remaking Women: Feminism and Modernity in the Middle East, Princeton, 1998 (S. 243-270); International Congress on Islamic Feminism on October 27, 2007, Barcelona, online unter: <http://feminismeislamic.org/CA> (27.5.2010); Mahmood, Saba, Politics of Piety: The Islamic Revival and the Feminist Subject, Princeton, 2005.

29 United Nations Development Program: The Gender and Citizenship Initiative: Country Profiles: Egypt, 2007, online at: <http://gender.pogar.org/countries/gender.asp?cid=5> (01.07.2011); United Nations: Membership of the Committee on CEDAW, 01.01.2005, online unter: <http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/32sess.htm> (01.07.2011); United Nations: CEDAW State Parties, online unter: <http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/states.htm> (01.07.2011).

30 Mayer, Ann Elizabeth: Die Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und der politische Charakter "religiöser" Vorbehalte, in: Rumpf, M., Gerhard, U., Jansen, M. (eds.): Facetten islamischer Welten: Geschlechterordnungen, Frauen- und Menschenrechte in der Diskussion, Bielefeld, 2003 (S. 103-123).

31 The Egyptian Non Governmental Organizations Coalition (ed.): The Shadow Report of the Egyptian Non Governmental Organizations Coalition on the CEDAW, Cairo, 2000.

32 International Islamic Committee for Woman and Child: A Critical Review of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, Cairo, 2000, online unter: <http://www.iicwc.org/lagna/iicwc/iicwc.php?id=448> (01.07.2011).

33 Àisay, Sadik: Über die Festnahme von Susan Mubarak und Zahi Hawas wegen Raubes der ägyptischen pharaonischen Schätze, Al-Dostur, 11.06.2011, online unter: <http://www.dostor.org/crime/11/june/16/45236> (01.07.2011).

34 Frauen sind wichtige Träger des Wandels. Siehe Homepage der AktivistInnen der Revolution, online unter: <http://www.facebook.com/profile.php?id=704366966&sk=info#!/Gel.eltaghyeer> (03.07.2011); Siehe auch Homepage von el-Baradei, des-

sen Wahlmanagerin eine Frau ist, online unter: <http://www.facebook.com/profile.php?id=704366966&sk=info#!/Elbaradzi> (03.07.2011).

Siehe auch Homepages der Koalition der Revolution, der Jugendbewegung 6. April sowie Frauenrechtshomepages, online unter: <http://www.facebook.com/profile.php?id=704366966&sk=info#!/Revolution.coalition> (03.07.2011); <http://www.facebook.com/profile.php?id=704366966&sk=info#!/shabab6april> (01.07.2011); <http://www.facebook.com/profile.php?id=704366966&sk=info#!/pages/Sawt-Al-Niswa-%D8%B5%D9%88%D8%AA-%D8%A7%D9%84%D9%86%D8%B3%D9%88%D8%A9/120571387983158> (01.07.2011)

35 Saàd, Mohammed: Erste Frau als Dekanin gewählt: Meine Prioritäten sind Bildung und die Unabhängigkeit der Universität, Al-Ahram, 13.06.2011, online unter: <http://gate.ahram.org.eg/News/82031.aspx> (01.07.2011)

Jens Heibach

Der Anfang vom Ende?

Der Jemen nach *‘Alī ‘Abdullāh Ṣāliḥ*

Seit *‘Alī ‘Abdullāh Ṣāliḥ* am Nachmittag des 4. Juni 2011 den Jemen zur medizinischen Behandlung nach Saudi-Arabien verlassen hat, scheint der seit 1978 amtierende jemenitische Präsident nach *Zayn al-‘Abidīn Bin ‘Alī* und *Ḥusnī Mubārak* das dritte arabische Staatsoberhaupt zu sein, das dem arabischen Frühling zum Opfer gefallen ist. Zwar verbreiten seine Parteigänger im Jemen nach wie vor, dass eine baldige Rückkehr *Ṣāliḥs* bevorstehe. Dies ist allerdings schon wegen der schweren Verletzungen, die *Ṣāliḥ* bei dem mutmaßlichen Bombenanschlag am Vortag seiner Abreise nach *Riyād* in der Moschee des Präsidentenpalastes erlitten hatte, fragwürdig. Nicht nur die ‚revolutionäre Jugend‘ feierte seine Abreise frenetisch als Erfolg der seit Februar dieses Jahres andauernden Proteste. Auch politische KommentatorInnen sprachen bereits wenige Tage später von der nun anbrechenden „post-*Ṣāliḥ*-Phase“.¹

Den meisten – westlichen wie arabischen – Pressekommentaren ist hierbei gemein, dass sie vor den gravierenden Konsequenzen für den Jemen, die Region und die internationale Gemeinschaft warnen, welche die neue Ära mit sich bringen kann.² Die Szenarien, die hier beschrieben werden, lassen sich, grob zusammengefasst, auf den Dreiklang Bürgerkrieg, Staatszerfall und Übernahme des Landes durch *Al-Qā‘ida* auf der Arabischen Halbinsel (AQAH) bringen. Bei solchen Stimmen handelt es sich keineswegs um einen Fall journalistischen Übereifers. Auch wissenschaftliche Forschungseinrichtungen und Denkfabriken diskutieren eher pessimistisch stimmende Perspektiven. Die in Washington D.C. ansässige Carnegie Foundation for International Peace etwa veröffentlicht seit kurzem sämtliche Papers zum Jemen unter der Rubrik „Yemen on the Brink“ (in etwa: Der Jemen am Rande des Abgrunds). Die ebenfalls in Washington D.C. beheimatete Jamestown Foundation, Herausgeber des *Terrorism Monitor*, veröffentlichte 2010 einen Sammelband unter dem Titel „The Battle for Yemen“ (Der Kampf um den Jemen), um nach eigenen Angaben den Bedarf an Kurzanalysen zu AQAH bei US-amerikanischen Entscheidungsträgern zu decken.³ Der noch amtierende US-Verteidigungsminister Robert Gates, der sich neben diesen wohl vor allem auf geheimdienstliche Erkenntnisse stützen dürfte, bezeichnete im März 2011 AQAH als den „wahrscheinlich aggressivsten“ *Al-Qā‘ida*-Ableger. Ein möglicher Sturz *Ṣāliḥs* stelle daher ein „echtes Problem“ für die Obama-Administration dar.⁴ Die zugrundeliegende Argumentation,

auf die sich nicht nur Gates stützt, lautet hierbei, wiederum grob überspitzt: Wie sich die vergangenen drei Jahrzehnte gezeigt hat, ist (nur) *‘Alī ‘Abdullāh Ṣāliḥ* erwiesenermaßen in der Lage, das Land trotz modernisierungsfeindlicher Stämme⁵ und militanter IslamistInnen einigermaßen stabil zu halten. Auch deutsche EntscheidungsträgerInnen stehen dieser Logik nicht verschlossen gegenüber. So erklärte der deutsche Botschafter im Jemen a.D., Dr. Werner Baum, auf einer von der Deutschen Orient Stiftung im Dezember 2010 in Berlin organisierten Veranstaltung mit dem Titel „Krisenland Jemen? Ein Land im internationalen Fokus“, dass nur autoritäre Strukturen ein Land wie den Jemen zusammenhielten, die Forderungen nach Demokratie die dortigen gesellschaftlichen Realitäten missachten und das Land schlimmstenfalls ins Chaos führen könnten.⁶ Droht dem Jemen nun also nach dem Sturz *‘Alī ‘Abdullāh Ṣāliḥs* und den möglicherweise folgenden demokratischen Reformen zwangsläufig die ‚Somalisierung‘?

Die Gefahren eines möglichen Bürgerkriegs und einer weiteren Schwächung der jemenitischen Staatlichkeit (und, hiermit verbunden, die aus westlicher Sicht entscheidende Frage der weiteren Aufweichung der staatlichen Sicherheitsfunktion) sind sicherlich nicht aus der Luft gegriffen. Auch das Bündnis der Parteien des Gemeinsamen Treffens (*‘aḥzāb al-liqā‘ al-muštarak*, PGT), die größte und stärkste parteipolitische Oppositionskraft im Jemen, warnt seit Ausbruch der Proteste vor einer „politischen Leere“, die durch kriminelle Elemente und politische Hasardeure ausgefüllt zu werden drohe.⁷ Und als in den vergangenen zwei Monaten ein Vermittlungsversuch des Golfkooperationsrats nach dem anderen scheiterte, warnten Vertreter der PGT sowie der „Friedlichen Revolution der Jugend“ (*al-tawra al-ṣabābīya al-silmīya*) davor, dass *Ṣāliḥ* das Land bewusst in einen Bürgerkrieg ziehe, um so ein Ende der friedlichen Revolution herbeizuführen.⁸

Ulrich Schneckener, der in einer Studie fragile Staatlichkeit im weltweiten Vergleich analysiert und typologisiert hat, unterteilt fragile Staaten in schwache, versagende und gescheiterte Staaten, je nachdem, in welchem Maße die drei Kernfunktionen moderner Staatlichkeit – Sicherheits-, Wohlfahrts- sowie Legitimitäts- und Rechtsstaatsfunktion – erfüllt werden.⁹ Der Jemen rangiert demgemäß zwischen dem Typus des versagenden Staats, in welchem das staatliche Gewaltmonopol stark beeinträchtigt und eine Steuerungsfunktion in den beiden anderen Funktionen nur noch rudimentär vorhanden ist, und dem eines bereits gescheiterten, in dem keine der drei Funktionen in nennenswertem Ausmaß mehr vorhanden ist. Die von Schneckener beschriebenen Folgen gescheiterter Staatlichkeit werden in Bezug

auf den Jemen schon seit geraumer Zeit diskutiert. Befürchtet werden angesichts seiner geopolitisch prekären Lage am *Bāb al-Mandab* und in unmittelbarer Nachbarschaft zum Horn von Afrika die Destabilisierung der gesamten Region, die Ausweitung transnationaler Kriminalität und Piraterie und die Entwicklung des Landes zum sicheren Rückzugsgebiet des transnationalen Terrorismus, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen.

Obwohl Schneckener rasche machtpolitische Veränderungen, die massive gewaltsame Unterdrückung der Opposition und eine rapide Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage als wichtige Auslösefaktoren eines Staatszerfalls identifiziert,¹⁰ die derzeit alle zweifelsohne für den Jemen konstatiert werden können, wird in diesem Beitrag argumentiert, dass durch den Sturz *ʿAlī ʿAbdullāh Ṣāliḥ* auch Chancen für einen Neubeginn erwachsen sind, die den Staat, das politische System und die Gesellschaft transformieren können. Um die aus der Umbruchzeit resultierenden politischen Möglichkeiten aufzuzeigen, werden im Folgenden diejenigen Aspekte in den Vordergrund gerückt, die in Analysen und politischen Kommentaren zum Jemen oftmals nur ungenügend oder undifferenziert dargestellt werden. Häufig genügt ein Blick auf die Zeitgeschichte sowie auf die in der politischen Kultur des Landes verankerten Selbstheilungsmechanismen, um einen Gegenentwurf zu den vielen Untergangsszenarien zu entwickeln. Solche optimistischeren Szenarien stehen jedoch unter dem Vorbehalt, dass der Jemen einen Ausweg aus der desolaten wirtschaftlichen Lage finden kann, die nicht nur die sozio-ökonomische und humanitäre Entwicklung hemmt, sondern vor allen anderen Faktoren die Stabilität des Landes mittel- und langfristig bedroht.¹¹

Warum dem Jemen nach *ʿAlī ʿAbdullāh Ṣāliḥ* nicht automatisch das Chaos droht

Lehren aus dem formellen und informellen Herrschaftssystem unter *ʿAlī ʿAbdullāh Ṣāliḥ*

Gemäß seiner Verfassung ist der Jemen seit der Vereinigung von Nord und Süd am 22. Mai 1990 ein parlamentarisches Präsidialsystem, wobei der Entscheidung zur Einführung eines demokratischen Regimes diverse Präferenzen der herrschenden Eliten auf beiden Seiten sowie hiermit verbundene Fehlkalkulationen zugrunde lagen.¹² Obwohl der autoritäre Charakter des Systems spätestens nach dem Bürgerkrieg 1994 immer offener zutage trat, wurde die Einführung der demokratischen Verfassung von der Mehrheit der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt.¹³ Trotz des Autoritarismus, dem in

der Forschung gern die Adjektive „pluralisiert“ oder „liberal“ vorangestellt wurden,¹⁴ genossen Bevölkerung, parteipolitische Opposition und Zivilgesellschaft bis zuletzt ein im regionalen Vergleich hohes Maß an politischen Rechten und Freiheiten.¹⁵ Zwar wurden formelle Rechte und Funktionen des Parlaments durch die parlamentarische Mehrheit der von *Ṣāliḥ* geführten Regierungspartei, dem Allgemeinen Volkskongress (*al-muʿtamar al-šaʿbī al-ʿamm*, AVK), und das informelle Herrschaftssystem des Präsidenten effektiv ausgehebelt.¹⁶ Nichtsdestotrotz kann man auf eine langjährige Erfahrung mit der Institution des Parlaments und ihren demokratischen Mechanismen zurückgreifen, auf deren Einhaltung regierungskritische Abgeordnete in den letzten Jahren nachdrücklich, wenngleich vergebens pochten. Auch wenn Umfrageergebnisse zeigen, dass das Vertrauen in politische Parteien¹⁷ und in den Sinn von Wahlen¹⁸ in der Bevölkerung zuletzt deutlich abgenommen hatte, stellt man die Vorzüge eines demokratischen Systems nicht grundsätzlich infrage. Die Forderungen und unterschiedlichen Transitionspläne der heterogenen Protestbewegung belegen vielmehr, dass man die Einführung eines demokratischen Systems verlangt, das diesen Namen auch verdient.

Neben den verfassungsmäßigen Vollmachten des Präsidenten regierte *Ṣāliḥ* vor allem über informelle Kanäle. April Longley Alley beschreibt, wie *Ṣāliḥ* mit Beginn der Erdölförderung in den 1980er Jahre ein inklusives, d.h. ein auf die gesamte politische Elite ausgerichtetes Patronagenetzwerk aufbaute, über welches er formelle Institutionen des politischen Systems unterwandern und seine Herrschaft mittels materieller Anreize und Sanktionierung von Fehlverhalten konsolidieren konnte.¹⁹ Dieses Patronagesystem wurde im Laufe der letzten Jahre dadurch belastet, dass die finanziellen Mittel zum Erhalt des Systems durch rückläufige Einnahmen aus Erdöl- und Erdgasexporten, Misswirtschaft, ausbleibende Diversifizierung der Volkswirtschaft und den demographischen Wandel wegzubrechen begannen und *Ṣāliḥ* den Kreis der Begünstigten zunehmend auf seine Familie beschränkte. Hieraus resultierende Konflikte, z.B. die Auseinandersetzung mit der einflussreichen Familie der *al-ʿAḥmar*, lassen sich dann auch abstrakt erklären. In einem Patronagesystem ist die Macht notwendigerweise im Zentrum konzentriert.²⁰ Wenn sich ein Akteur außerhalb des Patronagesystems befindet oder von ihm ausgeschlossen wurde, erscheint es aus rationaler Sicht am erfolgversprechendsten, einen Konflikt mit dem Zentrum zu generieren, um eine (Wieder-) Aufnahme ins Zentrum oder dessen Übernahme zu erreichen. Man muss aber nicht innerhalb dieser Logik bleiben, um den Anstieg von Konflikten im Jemen zu erklären. Isa Blumi argumentiert überzeugend, dass es ein grundlegender Bestandteil der Herrschaftsstrategie

Ṣāliḥs geworden sei, Konflikte zwischen den politischen Gruppierungen des Landes anzuheizen, um diese zu schwächen, zu delegitimieren und somit das eigene Überleben zu sichern.²¹

Welchem Argumentationsstrang man letztlich auch folgen mag, so wird doch deutlich, dass *ʿAlī ʿAbdul-lāh Ṣāliḥ* in beiden nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems angesehen wird. An dieser Stelle stimmt ein Blick auf die Anti-*Ṣāliḥ*-Bewegung optimistisch, die sich zu großen Teilen eben aus Protest gegen Korruption (*fasād*) und Patronage (*maḥsūbīya*) zusammengeschlossen hatte. Als weitere wichtige Entwicklung ist darüber hinaus zu verzeichnen, dass sich vormals verfeindete Gruppierungen im Rahmen der Proteste wieder einander angenähert haben.

Bilanz und Perspektiven der Friedlichen Revolution der Jugend

Wiewohl ein Erfolg der Friedlichen Revolution der Jugend auch nach dem Abgang *Ṣāliḥs* keineswegs garantiert ist, so dürften die Ereignisse der vergangenen Monate doch in mancherlei Hinsicht nachhaltige Auswirkungen auf künftige Entwicklungen im Jemen nehmen.²² Dies betrifft nicht nur die oben beschriebenen Forderungen nach dem Rücktritt korrupter Eliten und dem Kampf gegen eine das Allgemeinwohl umgehende Günstlingswirtschaft, dem sich eine künftige Regierung gleich welcher Couleur verstärkt widmen müssen. Mit der Jugend ist vielmehr ein neuer politischer Akteur auf die Bühne getreten, mit dem man auch in Zukunft rechnen muss. Zwar ist die Bewegung der Friedlichen Revolution der Jugend gerade dadurch gekennzeichnet, dass sie alle Altersgruppen und marginalisierten Bevölkerungsschichten umfasst, die in der Regel nicht parteipolitisch gebunden sind. Die Jugend, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung überproportional hoch ist,²³ ist jedoch als Hauptträger der Protestbewegung auszumachen. Bereits vor Ausbruch der Aufstände bezeichneten Elham Manea und Anne Würth die Jugendlichen im Allgemeinen und Frauen im Besonderen als die eigentlichen „change agents“ des Landes, da diese am meisten von Veränderungen profitieren würden.²⁴ Die Hartnäckigkeit, mit der sie in den letzten fünf Monaten ihre Forderungen vorgetragen haben und mit der sie in diesen Tagen die Einführung eines Übergangsrates (*maḡlis intiḡālī*) zur Umsetzung eines demokratischen Systemwandels einfordern,²⁵ lässt vermuten, dass sie sich ohne eine Einbindung in den Transitionsprozess nicht abfinden lassen werden. Sie haben, auch mit Hilfe der PGT,²⁶ gute Organisationsstrukturen aufgebaut und bereits erklärt, dass sie eine führende Rolle übergelaufener AkteurInnen des alten Regimes wie die *al-ʿAḡmar*-Familie oder Generalmajor *ʿAlī Muḡsin* in der post-*Ṣāliḥ*-Ära nicht akzeptieren werden.

Auch ist davon auszugehen, dass die nunmehr politisierte Jugend sich weiterhin politisch betätigen wird, sei es durch die Gründung neuer Parteien oder durch die Integration in bereits bestehende. „Die Straße ist volljährig geworden“ und werde eine Bevormundung durch die Parteien nicht mehr dulden, prophezeite der über den Jemen hinaus bekannte Journalist und Regimekritiker *ʿAbd al-Karīm al-Ḥaywānī* vor kurzem.²⁷ Der veralteten politischen Elite des Landes wird eine Verjüngungskur gut tun.

Zwei weitere Entwicklungen der Friedlichen Revolution der Jugend sollten bei der Einschätzung der post-*Ṣāliḥ*-Ära berücksichtigt werden. Entgegen dem Bild, das gemeinhin vom Jemen gepflegt wird, blieben die Proteste bis zum 23. Mai 2011 eben friedlich, obwohl (oder gerade weil?) die Mehrheit der Stämme sich relativ rasch auf die Seite der Protestbewegung geschlagen hatte und trotz des gewaltsamen Vorgehens gegen diese seitens der Sicherheitsdienste und des Militärs.²⁸ Wenngleich auch nach dem Abgang *Ṣāliḥs* an vielen Orten Kampfhandlungen gemeldet werden, ist der befürchtete Flächenbrand bislang ausgeblieben. Wichtiger hingegen ist, dass sich neben den Stämmen, den PGT, vielen Regimeangehörigen und großen Teilen des Militärs (darunter zahlreiche OpportunistInnen) auch die sogenannte *Ḥūtī*- sowie die Südbewegung mit der Revolutionären Jugend solidarisiert haben. Die Anführer beider Bewegungen haben zu verstehen gegeben, dass eine friedliche Interessenregelung in einer post-*Ṣāliḥ*-Ära zu erreichen sei. Obwohl die Führungsspitzen der heterogenen Südbewegung noch in der Frage uneins sind, ob sie weiter am Ziel der Unabhängigkeit festhalten oder diese Forderung durch die nach einer Föderalisierung und Demokratisierung des Landes ersetzen,²⁹ erscheint erstmals seit deren Ausbruch eine Regelung der beiden schwersten Konflikte im Jemen möglich.

Die Parteien des Gemeinsamen Treffens als Stabilisierungsfaktor im Übergang

Eine weitere politische Erscheinung, die so gar nicht in das herkömmliche Bild vom Jemen passen will und daher vor allem in der Presseberichterstattung meist unerwähnt bleibt, manifestiert sich in den bereits mehrfach erwähnten Parteien des Gemeinsamen Treffens (PGT). Dieses Oppositionsbündnis läuft auf den ersten Blick nicht nur den gesellschaftspolitischen Konfliktlinien im Jemen zuwider. Vor allem hinterfragt es auch die geläufige Wahrnehmung der von radikalen Islamisten dominierten politischen Landschaft. Ist in der internationalen Presse von der größten islamistischen Partei des Landes, der Jemenitischen Versammlung für Reform (*al-taḡammuʿ al-yamanī li-l-ʿiṣlāḡ*, im Folgenden: *ʿIṣlāḡ*), die Rede, wird in der Regel auf den ultrakonservativen *ʿAbd al-Maḡīd al-Zindānī*, dem vermeintlichen

religiösen Mentor 'Usāma bin Lādins, oder, wie vor wenigen Wochen, auf das Vorgehen salafistischer 'Islāhīs gegen Frauen verwiesen. Dies ist zwar nicht falsch, stellt jedoch nur eine Seite der Medaille dar. Trotz einiger Schwierigkeiten vor allem in den Anfangsjahren ist die (sunnitische) 'Islāh seit der Gründung der PGT vor zehn Jahren zentraler Bestandteil des Bündnisses, in dem neben kleineren (schiitisch-) zayditischen und nationalistischen Parteien die Jemenitische Sozialistische Partei (*al-ḥizb al-iṣtirākī al-yamanī*, JSP) die zweitgrößte Mitgliedspartei nach der 'Islāh stellt. Die Tatsache, dass ein solches Bündnis aus der sich säkular und sozialistisch verstehenden JSP und der islamistischen 'Islāh trotz zahlreicher Spaltungsversuche seitens des Regimes über ein Jahrzehnt fortbestehen konnte, deutet bereits darauf hin, dass sich der Schwerpunkt innerhalb der 'Islāh von radikalen-salafistischen hin zu moderaten Kräften verlagert hat. Tatsächlich wird seit einigen Jahren spekuliert, dass sich die radikalen Kräfte der Partei mit anderen Salafi-Organisationen zu einer neuen Partei zusammenschließen.³⁰ Dies würde die Konfliktfähigkeit der 'Islāh zwar schwächen, der gemeinsamen Arbeit der PGT hingegen keinen Abbruch tun, da sich die radikalen Kräfte ohnehin nie an dieser beteiligt (sondern sie im Gegenteil deutlich belastet) und deren gemeinsame Ziele nie verfolgt haben.

Diese sind, grob zusammengefasst, die Demokratisierung und Dezentralisierung des politischen Systems sowie gute Regierungsführung und wurden in einem 2005 veröffentlichten, detaillierten Programm niedergeschrieben.³¹ Das politische Verhalten der PGT in den letzten Jahren, in denen sie sich als Gegenkraft zum Ṣāliḥ-Regime etabliert haben, deutet darauf hin, dass diese Ziele nicht nur auf dem Papier bestehen, sondern von wichtigen Teilen der ehemals radikaleren AkteurInnen auf beiden Seiten verinnerlicht wurden.³² Gleichwohl sind die PGT ein Projekt politischer Eliten, in deren Reihen sich ebenfalls prominente Akteure wie *Ḥamīd al-'Aḥmar* befinden, die über lange Zeit hinweg in das Patronagenetzwerk des Präsidenten eingebunden waren.³³ Da die 'Islāh, die JSP sowie die ebenfalls an den PGT beteiligte zayditische *Ḥizb al-Ḥaqq* teilweise über mehrere Legislaturperioden an Koalitionsregierungen mit dem AVK beteiligt waren, stellen sie mehrere ehemalige Minister und Ministerpräsidenten und verfügen über Regierungserfahrung. Während der Aufstände spielten sie eine konstruktive und mäßigende Rolle, die jedoch nicht immer mit den Positionen der Jugend übereinstimmte. Bereits vor dem Ausbruch der Proteste wurden sie regelmäßig von den Botschaftern (und, weniger regelmäßig, den AußenministerInnen) der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten konsultiert, und in der jetzigen Umbruchphase sind sie der Hauptansprechpartner der vermittelnden Staaten, namentlich

der USA, den Staaten des Golfkooperationsrates und der EU. Während es in vielen anderen arabischen Staaten an starken, gemäßigten und erfahrenen Parteien mangelt, kann man daher im Falle des Jemen auf eben solche Ansprechpartner in der Transitionsphase zurückgreifen.

Die jemenitische Dialogkultur als wichtiger Selbstheilungsmechanismus: Nicht zuletzt haben die PGT seit 2006 regelmäßig auf die Abhaltung eines Nationalen Dialogs (*al-ḥiwār al-waṭanī*) zur Reformierung des politischen Systems gedrungen.³⁴ Diese Forderung wurde seitens der PGT, die selber als lebendiger Ausdruck einer besonderen jemenitischen Dialogkultur verstanden werden können, seit dem sogenannten „Februar-Ankommen“ von 2009 mit dem Regime verstärkt vorgetragen. In diesem Abkommen einigte man sich auch angesichts der eskalierenden Gewalt im Süden und in der Provinz *Ṣa'da* auf eine Verschiebung der ursprünglich für April 2009 angesetzten Parlamentswahlen auf 2011.³⁵ Innerhalb dieses Zeitraums, so zumindest das Verständnis der PGT, sollte ein im Rahmen des Nationalen Dialogs neben einer Novellierung des Wahlgesetzes und einer Überarbeitung der Verfassung ebenfalls die Regelung der schwersten Konflikte des Landes durch die Einbindung der *Ḥūṭī*- und der Südbewegung vorgenommen werden. Während die PGT die *Ḥūṭī*-Führung von der Notwendigkeit zur Teilnahme überzeugen konnten, scheiterten bis zu Beginn der Aufstände alle Versuche, die Südbewegung einzubinden. Auch das Regime zeigte bis zuletzt keine ernsthafte Bereitschaft, den Ankündigungen Taten folgen zu lassen. In der nun anbrechenden Transitionsphase jedoch wird die Abhaltung eines Nationalen Dialogs von fast allen AkteurInnen wieder diskutiert. Für die PGT, die Jugend, Teilen des alten Regimes und der Südbewegung sowie die *Ḥūṭī*-Bewegung ist der Nationale Dialog ein zentrales Mittel, dem Land einen neuen „Gesellschaftsvertrag“ und politische Stabilität zu verleihen.

Dass dieses Unterfangen durchaus erfolgversprechend sein kann, hat mehrere Gründe. Zum einen muss der Nationale Dialog nicht bei null beginnen, sondern kann auf bereits bestehende Strukturen zurückgreifen. In Vorbereitung auf den Dialog mit dem Regime bildeten die PGT schon 2009 das bis heute agierende Vorbereitungskomitee für den Nationalen Dialog (*al-lağna al-taḥḍīrīya li-l-ḥiwār al-waṭanī*), in welchem neben Vertretern der PGT AkteurInnen fast aller sozialer Gruppierungen eine „Vision zur nationalen Rettung“ erarbeitet haben.³⁶ Lokale Ablegerkomitees existieren mittlerweile auch in den Provinzen des Landes. Zum anderen kann ein Nationaler Dialog auf Erfahrungen aus der jüngsten Vergangenheit zurückgreifen. Im November 1993, als sich eine militärische Auseinanderset-

zung zwischen dem Norden und dem Süden abzuzeichnen begann, initiierten Akteure der politischen Elite ein Komitee für den Nationalen Dialog, bestehend aus Vertretern der späteren Bürgerkriegsparteien von 1994 sowie weiteren oppositionellen und unabhängigen Persönlichkeiten. Dieses Komitee veröffentlichte nach zahlreichen Verhandlungsrunden am 18. Januar 1994 ein Reformdokument (das sogenannte „*waṭīqa al-‘ahd wa-l-ittifāq*“), das u.a. eine Begrenzung der Exekutivmacht, die Entpolitisierung des Militärs, die Stärkung der Judikative, die Dezentralisierung der Verwaltung sowie die Stärkung der Lokalräte und der zweiten Parlamentskammer durch die Wahl ihrer Mitglieder vorsah – mithin alles Forderungen, die bis zum heutigen Tag von der Anti-*Ṣāliḥ*-Bewegung erhoben werden. Trotz der effektiven Arbeit des Komitees und der breiten Zustimmung der Öffentlichkeit verweigerten AVK und JSP die Unterzeichnung des Dokuments, mit den bekannten Folgen.³⁷

Die Instanz des Nationalen Dialogs ist folglich kein neue Erscheinung, sondern Ausdruck einer Dialogkultur, in welcher der Diskussion, dem politischen Interessenausgleich und dem Prinzip der Mediation ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Lisa Wedeen etwa beschreibt den positiven Effekt des sogenannten *maqyāl* auf die demokratische Diskussionskultur des Landes, also jener nachmittäglichen Treffen, anlässlich derer sich JemenitInnen zum Kauen von *Qāt*, einem milden Narkotikum, zusammenfinden, um über Probleme des täglichen Lebens und der Politik zu diskutieren.³⁸ Das in der politischen Kultur des Landes verankerte Prinzip der Mediation und des Dialogs, welches bei westlichen Beobachtern in Fällen wie dem staatlichen Dialogprogramm zur Wiedereingliederung inhaftierter *al-Qā’ida*-Terroristen in die Gesellschaft mitunter Stirnrunzel hervorruft,³⁹ kann zu großen Teilen auch auf tribale Traditionen wie die des *taḥkīm* zurückgeführt werden. Diese wird immer dann eingeleitet, wenn verfeindete Parteien einen neutralen Schiedsrichter zur Beilegung ihrer Streitigkeiten einberufen.⁴⁰

Auch dieses letzte Beispiel legt nahe, dass die Stämme und das Stammeswesen im Jemen nach wie vor eine wichtige Rolle spielen. Allerdings ist es wenig stichhaltig, das Stammeswesen als alleinbestimmendes Merkmal und als Indiz der (nord-)jemenitischen Rückständigkeit anzuprangern – ein Vorwurf, der nicht nur gerne von westlicher Seite, sondern ebenfalls in der innerjemenitischen Diskussion (Süd vs. Nord) geäußert wird.

Das Stammeswesen als Hindernis einer modernen Staatlichkeit und Gesellschaft? Das Stammeswesen und die vermeintlich dominante Position der Stämme in der Politik sorgen stets für Diskussionsstoff in

der internationalen Berichterstattung über den Jemen. Dies liegt vermutlich auch daran, dass sie hierzulande als etwas Exotisches wahrgenommen werden. Zudem besitzen die Stämme ein hohes Maß an Konfliktpotential und schaffen durch Touristenentführungen oder die Blockade von Ölpipelines immer wieder den Sprung in die Nachrichten. In der wissenschaftlichen Diskussion herrscht auf den ersten Blick Uneinigkeit über die Rolle der Stämme. Insbesondere Gregory D. Johnson weist in seinen Veröffentlichungen darauf hin, dass sie die entscheidenden „power broker“ im Jemen seien.⁴¹ Isa Blumi hingegen kritisiert, dass zur Erklärung politischer Entwicklungen und des Verhaltens jemenitischer Akteure allzu oft auf eindimensionale Gruppenidentitäten und -motivationen zurückgegriffen werde, v.a. in Bezug auf Tribalismus.⁴² John Willis wiederum erkennt, ähnlich wie Blumi, in den Stämmen ein Konstrukt des britischen Imperialismus (bzw. der diesen stützenden britischen Anthropologie) zur kolonialen Herrschaftssicherung, da sich durch die Hervorhebung der Rückständigkeit primordialer Einheiten eine Fremdherrschaft besser legitimieren lasse.⁴³ Obwohl an dieser Stelle nicht näher auf die zweifelsohne wichtige Diskussion über die Konstruktion bzw. Dekonstruktion tribaler Identitäten eingegangen werden kann, ist es dennoch wichtig zu klären, ob und inwieweit die Aufrechterhaltung tribaler Identitäten und Organisationsstrukturen den betroffenen AkteurInnen selber von Nutzen ist und warum.

Man geht davon aus, dass nur noch 20 Prozent der Bevölkerung im Jemen tribal organisiert sind, wobei der Tribalismus (*qabalīya*) vor allem ein Phänomen des jemenitischen Hochlandes ist.⁴⁴ Obwohl er immer noch einen wichtigen identitären Bezugsrahmen bildet, werden soziale und politische Loyalitäten nicht qua Geburt entlang tribaler Kategorien verteilt. Migration, Landflucht, ein modernes Bildungssystem, das Aufkommen politischer Parteien und die Einbindung in ein kapitalistisches Wirtschaftssystem haben zu einer deutlichen Schwächung des Stammeswesens geführt. Galten die Stämme noch in der Mitte des 20. Jahrhunderts als die Königsmacher, sind sie heute nur noch ein politischer Akteur unter vielen.⁴⁵ Unabhängig von der heutigen Stärke der Stämme können sie generell weder als kollektive politische Identitäten mit einem geschlossenen Präferenzsystem verstanden werden,⁴⁶ noch gibt es so etwas wie eine rechtliche Gefolgschaftspflicht zwischen Scheich und Stamm.⁴⁷ Die Bindung zwischen Scheich und Stamm ist in den vergangenen Jahrzehnten zusätzlich dadurch geschwächt worden, dass viele Scheichs zur Verfolgung politischer und/oder wirtschaftlicher Aktivitäten ihren Wohnsitz in die Hauptstadt verlegt haben.

Angehörige eines Stammes sind, wie andere Menschen auch, rationale AkteurInnen, deren Handlungen auf die Durchsetzung politischer, kultureller und ökonomischer Interessen abzielen. Die Position des bereits erwähnten *Ḥamīd al-ʿAḥmars*, dessen Familie seit dem 18. Jh. den obersten Scheich der Stammeskonföderation der *Ḥāšid* stellte, zur Südbewegung und zu Fragen der staatlichen Einheit des Landes lässt sich zum Beispiel am besten durch seine Interessen als Geschäftsmann erklären, dessen Unternehmen den gesamten Jemen als Absatzmarkt beibehalten möchten.⁴⁸ Auch die Position der Stämme in Bezug auf Staatlichkeit folgt einer rationalen Logik. Iris Glosemeyer beschreibt zutreffend, dass Jemens fragile Staatlichkeit weniger eine Folge des Verfalls staatlicher Strukturen als vielmehr Resultat des schleppenden Aufbau derselben ist.⁴⁹ Tribale Organisationsstrukturen bieten ihren Angehörigen nach wie vor eine Art Staatsersatz, indem sie für ihre Mitglieder Sicherheit, wohlfahrtsstaatliche Funktionen und ein funktionierendes Rechtssystem bereitstellen. In Bezug auf das tribale Gewohnheitsrecht (*urf*) hat Daniel Corstange in einer Survey-Studie mit insgesamt 1440 Interviews aufgezeigt, dass die Mehrheit der Befragten das Stammesrecht nur als die zweitbeste Option ansehen, angesichts eines unzureichenden staatlichen Rechtssystems jedoch hierauf zurückgreifen. Sein Fazit lautet daher, dass Stämme nicht die Schwächung des jemenitischen Staates verursachen, sondern eher aufgrund schwacher staatlicher Strukturen fortbestehen.⁵⁰

Die Einstellung der Stämme zu Fragen des politischen Systems muss ebenfalls anhand rationaler Erwägungen erklärt werden. Autoren wie Sheila Carapico, Autorin des Standardwerkes zur Zivilgesellschaft im Jemen,⁵¹ Paul Dresch und *Muḥammad al-Mutawakkil* zählen sie trotz ihres patriarchalischen und askriptiven Charakters zu den wichtigsten zivilgesellschaftlichen Elementen des Landes, die vor allem auch demokratische Elemente in sich vereinen.⁵² Die Rolle der Stämme zu Beginn der 1990er Jahre sowie ihre konstruktive Beteiligung an der Friedlichen Revolution der Jugend legen nahe, dass sie per se weder staats- noch demokratiefeindlich sind, auch wenn einzelne Stämme in der Vergangenheit taktische Bündnisse mit AQAH zur Durchsetzung ihrer Interessen gegen ein autoritäres System eingegangen sind.⁵³

AQAH als Chance der Demokratiebewegung? Langfristig werden diese Stämme allein aufgrund der Vielzahl divergierender Interessen, die zwischen ihnen und AQAH bestehen, solche Bündnisse nicht aufrecht erhalten; vor allem dann nicht, wenn sie in den politischen Umstrukturierungsprozess der post-*Ṣāliḥ*-Ära einbezogen werden. Dennoch haben AQAH sowie deren Vorgängerorganisationen

durch versuchte und tatsächlich verübte Anschläge im In- und Ausland gezeigt, dass sie von einer ungeordneten Transitionsphase profitieren können. Die Kämpfe der letzten Wochen zwischen AQAH und affiliierten Gruppen wie den *ʿAnṣār al-Ṣarīʿa* mit dem Militär und den von der Protestbewegung aufgestellten Bürgerwehren in den Städten *Zinġibār* und *Ġaʿār* in der südlichen Provinz *ʿAbyan* unterstreichen diese Gefahr. Mindestens zwei Gründe sprechen jedoch dagegen, dass AQAH den Jemen zwangsläufig ins Chaos reißen wird. Zum einen erhärten die Aussagen übergelaufener Regimeangehöriger die in Teilen der Forschung lange gehegten Vermutungen, dass AQAH nicht nur eine der größten Renteneinnahmequellen des *Ṣāliḥ*-Regimes darstellte, sondern der Rentenfluss in Form von US-amerikanischen Geldern und Militärhilfe durch das Regime gezielt gefördert wurde, sei es durch Übertreibung der tatsächlichen Stärke der Organisation oder durch direkte Unterstützung seitens der mit AQAH verstrickten Elementen der staatlichen Sicherheitsdienste.⁵⁴ Sollten sich diese Angaben bestätigen lassen, wäre *Ṣāliḥ* nicht der Garant regionaler und westlicher Sicherheit, sondern einer ihrer größten Gefahrenquellen. Zum anderen wurden die Anti-Terror-Operationen der Vereinigten Staaten im Jemen seit Ende 2009 deutlich ausgeweitet, und kürzlich wurde eine weitere Intensivierung durch die Errichtung einer Drohnen-Basis in der Region bekannt gegeben. Die Opposition wiederum hat in den vergangenen Wochen wiederholt erklärt, dass auch sie solche Operationen dulden und im Anti-Terror-Kampf kooperieren werde.⁵⁵

Letzten Endes könnte AQAH sogar ungewollt zum Erfolg eines demokratischen Wandels im Jemen beitragen. Saudi-Arabien, das über großen Einfluss auf wichtige jemenitische AkteurInnen verfügt, ist der wichtigste bilaterale Geldgeber und trägt mit jährlichen Überweisungen von circa zwei Milliarden US-Dollar wesentlich dazu bei, die Zahlungsunfähigkeit des jemenitischen Staates abzuwenden.⁵⁶ Bernard Haykel beschreibt anschaulich das Dilemma, dem das saudische Königshaus derzeit gegenübersteht.⁵⁷ Einerseits fürchtet *Riyāḍ* die Rückwirkungen einer möglichen Demokratisierung des Nachbarlandes auf die eigene Innenpolitik. Andererseits sind die Sicherung der eigenen Grenzen sowie die Gewährleistung stabiler Rahmenbedingungen für den Kampf gegen AQAH im ureigenen Interesse. Hatte man hierfür in der Vergangenheit auf *Ṣāliḥ* gesetzt, scheint sich in *Riyāḍ* die Wahrnehmung durchgesetzt zu haben, dass ein Festhalten an *Ṣāliḥ* gegen die Interessen der Protestbewegung den Jemen nur weiter destabilisiert und AQAH weiteren Handlungsspielraum verschafft. Es ist daher wohl eher unwahrscheinlich, dass ihm die Rückreise in den Jemen von saudischer Seite gestattet wird.⁵⁸ Gefragt nach einer möglichen

Demokratisierung des Nachbarlandes antwortete ein führender außenpolitischer Berater außerdem:

„Uns ist egal, was sie tun, solange es stabil bleibt“.⁵⁹

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich der Jemen zurzeit in einer politischen Umbruchphase befindet, die zwar viele Gefahren, aber ebenso Chancen bereithält. Um diese Chancen aufzuzeigen, wurde in diesem Beitrag ganz bewusst der Versuch unternommen, jene positiven Aspekte zu betonen, die in den meisten Analysen nur selten Erwähnung finden. Die eingangs genannten Gefahren sollen dabei nicht geleugnet werden, und es wäre zweifellos ein Leichtes, jeden der hier aufgezählten Punkte kritisch zu ergänzen. Was, wie eingangs erwähnt, für den Jemen jedoch über die politische Umbruchphase hinaus von zentraler Bedeutung sein wird, ist die Frage, ob der politischen Transformation, sollte sie tatsächlich erfolgreich sein, eine ökonomische folgen wird.

Anmerkungen und Literatur

- 1 So z.B. *al-Rahabī, Ḥamdān*: „*Al-Yaman mā ba‘da Ṣāliḥ*“, Aawsat.com, 9. Juni 2011, online unter: <http://www.aawsat.com/details.asp?section=4&article=625652&issueno=11881> (10.06.11). Der vorliegende Beitrag wurde am 20. Juni 2011 abgeschlossen.
- 2 Vgl. hierzu etwa den Artikel eines nicht genannten Reuters-Korrespondenten vom 7. Juni 2011, der Eingang in zahlreiche Onlineportale gefunden hat: „Post-Saleh, worst is yet to come“, online unter: http://articles.timesofindia.indiatimes.com/2011-06-07/middle-east/29628857_1_qaida-al-qaida-saleh (7.06.11) sowie: Ruhe, Jonathan: „The Horror of a post-Saleh Yemen“, Nationalinterest.org, 9. Juni 2011, online unter: <http://nationalinterest.org/commentary/the-horror-post-saleh-yemen-5435> (9.06.11); Chimelli, Rudolph: „Angst vor einem zweiten Somalia“, SZ vom 29./30. Januar 2011; Miller, Judith: „Al-Qaida Capitalizing on ‘Arab Spring’ to Build Power and Shore Up Weaknesses“, Foxnews.com, 8. April 2011, online unter: <http://www.foxnews.com/world/2011/04/08/al-qaeda-capitalizing-arab-spring-build-power-shore-weaknesses/> (8.04.11); für eine der Ausnahmen, die die Regel bestätigen, siehe: Lyon, Alistair: „Saleh’s Exit Lessens the Risk of Civil War in Yemen“, Reuters.com, 6. Juni 2011, online unter: <http://af.reuters.com/article/energyOilNews/idAFLDE7551HY20110606> (8.06.11).
- 3 Mardini, Ramzy (Hg.): *The Battle for Yemen. Al-Qaeda and the Struggle for Stability*, Washington D.C., 2010, hier: Acknowledgements.
- 4 O.N.: „US Says post-Salih Yemen Would Pose ‘Real Problem’“, AFP, 27. März 2011, online unter: <http://www.france24.com/en/20110327-us-says-post-saleh-yemen-would-pose-real-problem#> (28.03.11).
- 5 Die Begriffe ‚Stamm‘, ‚Stammeswesen‘, ‚tribal‘, ‚Tribalismus‘ etc. sind in der deutschen Alltagssprache eindeutig negativ konnotiert und erwecken beim Leser pejorative Assoziationen. Obwohl die Gefahr besteht, dass durch den Gebrauch der Begriffe im Foucaultschen Sinne Machtstrukturen widergespiegelt und erneuert werden können, werden sie in diesem Beitrag dennoch und wertfrei benutzt, da es sich hierbei um eine Eigenbezeichnung der betroffenen AkteurInnen handelt (*qabīla*, *qabā’il*: Stamm/Stämme; *qabalī*: Stammes-; *qabīlī*: Angehörige(r) eines Stammes).
- 6 Gunkel, Hana: *Krisenland Jemen? Persönliche Impressionen einer Fachtagung*, in: *Jemen-Report*, Jg. 42, Nr.1-2, 2011 (S. 104-105, hier S. 105).
- 7 O.N.: „*Fī liqā’ bi-ṣabāb mā yusammī bi-l-ṭawra al-ṣa’bīya*“, Newsyemen.net, 16. Februar 2011, online unter: http://www.newsyemen.net/view_news.asp?sub_no=1_2011_02_16_52155 (16.02.11).
- 8 Auch ein an den Verhandlungen des Golfkooperationsrates beteiligter Diplomat eines Golfstaates sagte nach dem Scheitern der Initiative: „Der Jemen steht vor der Katastrophe, in einen Bürgerkrieg abzugleiten. Niemand außer Gott kennt die Folgen.“ O.N.: *Al-Qabas takšif tafāṣīl al-daqa’iq al-ahīra bayna al-ra’īs wa-l-wafd al-ḥalīgī*, Alqabas.com, 23. Mai 2011, online unter: <http://alqabas.com/kw/Article.aspx?id=706003&date=23052011> (25.05.11).
- 9 Schneckener, Ulrich: *Zur Analyse fragiler Staatlichkeit*, in: ders. (Hg.): *Fragile Staatlichkeit. States at Risk zwischen Scheitern und Stabilität*, SWP-Studie S 43, Berlin, 2004 (S. 5-27), online unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004_S43_skr_ks.pdf (28.06.2011).
- 10 Ebenda (S. 19).
- 11 Vgl. hierzu Colton, Nora Ann: *Yemen. A Collapsed Economy*, in: *The Middle East Journal*, Bd. 64, Nr. 3, 2010 (S. 410-426); Hashem, Mouna H.: *Poverty Reduction in Yemen. A Social Exclusion Perspective*, in: Mahdi, Kamil A.; Würth, Anna; Lackner, Helen (Hg.): *Yemen into the Twenty-First Century. Continuity and Change*, Reading, 2007 (S. 249-274).
- 12 Burrowes, Robert D.: *The Republic of Yemen: The Politics of Unification and Civil War, 1989-1995*, in: Hudson, Michael C. (Hg.): *Middle East Dilemma. The Politics and Economics of Arab Integration*, New York, 1999 (S. 187-213).
- 13 Carapico, Sheila: *Elections and Mass Politics in Yemen*, in: *Middle East Report*, Nr. 185, 1993 (S. 2-6).
- 14 Phillips, Sarah: *Yemen’s Democracy Experiment in Regional Perspective. Patronage and Pluralized Authoritarianism*, New York, 2008 (S. 3).
- 15 Schwedler, Jillian: *Yemen’s Aborted Opening*, in: *Journal of Democracy*, Bd. 13, Nr. 4, 2002 (S. 48-55).

16 Eine gute Analyse des jemenitischen Parlaments findet sich bei Phillips 2008 (S. 76 ff); deutlich optimistischer hinsichtlich der Bedeutung der Volksvertretung sind Baaklini, Abdo; Denooux, Guilain; Springborg, Robert: Legislative Politics in the Arab World. The Resurgence of Democratic Institutions, Boulder, 1999 (hier S. 201-220).

17 *al-Zila'ī, 'Aḥmad: "Istiqlāl li-l-ra'ī: Ġālibīya al-yamanīyīn lā yahtammūn bi-l-siyāsa wa lā yaṭiqūn bi-l-'aḥzāb"*, Newsyemen.net, 4. Oktober 2010, online unter: http://www.newsyemen.net/view_news.asp?sub_no=1_2010_10_04_47659 (4.10.10).

18 al-Wesabi, Sadiq: "Yemenis Lost Confidence in State", Yementimes.com, 20. Dezember 2010, online unter: http://www.yementimes.com/defaultdet.aspx?SUB_ID=35253 (20.12.10).

19 Longley Alley, April: The Rules of the Game. Unpacking Patronage Politics in Yemen, in: The Middle East Journal, Bd. 64, Nr. 4, 2010 (S. 385-409).

20 Phillips, Sarah; Zafir, Murad: NDI Baseline Assessment of the Joint Meeting Parties, *Ṣan'ā'*, o.J. (unveröffentlichtes Dokument) (S. 5).

21 Blumi, Isa: Chaos in Yemen. Societal Collapse and the New Authoritarianism, New York, 2011 (S. 5 u. 139 ff).

22 Für nähere Informationen zu Entstehung, Entwicklung und Forderungen der Protestbewegung siehe Heibach, Jens: Jemen. Ein zaudernder Despot, in: Nordhausen, Frank; Schmid, Thomas (Hg.): Die arabische Revolution. Demokratischer Aufbruch von Tunesien bis zum Golf, Berlin (S. 155-175).

23 2002 betrug der Bevölkerungsanteil der Altersgruppe der 0-15 Jährigen 48,8%. Siehe Republic of Yemen: Poverty Reduction Strategy Paper 2002-2005, *Ṣan'ā'*, 2002 (S. 8), online unter: <http://www.imf.org/External/NP/prsp/2002/yem/01/053102.pdf> (17.06.11).

24 Manea, Elham; Würth, Anna: Geschlechter und Generationen. Eine Debatte, in: inamo, Bd. 16, Nr. 62, 2010 (S. 30-32); siehe auch Gunkel 2011 (S. 104) sowie: Assaad, Ragui et al.: Youth Exclusion in Yemen, The Middle East Youth Initiative Working Paper 9, Washington D.C./Dubai, 2009.

25 O.N.: „*Masīra ḥāšida 'ilā manzil Hādī [...] min 'aḡli taškīl maḡlis intiḡālī*“, Marebpress.net, 7. Juni 2011, online unter: http://marebpress.net/news_details.php?sid=34466&lng=arabic (8.06.11).

26 al-Sakkaf, Nadia: The Politicization of Yemen's Youth Revolution, Arab Reform Bulletin, Comments, 27. April 2011, online unter: <http://carnegiendowment.org/arb/?fa=show&article=43735> (29.04.11).

27 O.N.: „*Al-Ḥaywānī muḥāḍiran fī ḥayma al-muhandisīn bi-muḥayyam al-muḥtaḡḡīn*“, Newsyemen.net, 7. März 2011, online unter: http://www.newsyemen.net/view_news.asp?sub_no=1_2011_03_07_53068 (7.03.11).

28 Obwohl im Jemen eine weite Verbreitung von Waffen vorliegt, sollte ergänzt werden. Vgl. hierzu Zein, Ahmad: Armed and Dangerous. Arms Proliferation Inside Yemen, in: Arab Insights, Bd. 3, Nr. 2 (S. 81-87). Zwar ist nach wie vor ungeklärt, wie es genau zum Ausbruch der Kämpfe am 23. Mai 2011 kam, die letztendlich zur Verletzung *Ṣāliḥs* führten, scheint der Auslöser der Kämpfe ein Angriff der Republikanischen Garden und der Zentralen Sicherheit auf das Anwesen von *Sādiq al-'Aḥmar* in *Ḥaṣaba/Ṣan'ā'* gewesen zu sein. O.N.: „*Qawāt tābī'a li-Ṣāliḥ ta'tadī 'alā ḥirāsa al-ṣayḥ al-'Aḥmar bi-ḥayy al-Ḥaṣaba*“, Sahwa.net, 23. Mai 2011, online unter: <http://www.alsahwa-yemen.net/arabic/subjects/1/2011/5/23/10254.htm> (24.05.11).

29 *Ḥasan, Samūr: „Inqisām bi-l-ḥirāk ḥawla mustaḡiddāt al-Yaman“*, Aljazeera.net, 9. Juni 2011, online unter: <http://www.aljazeera.net/NR/EXERES/E654B84C-292E-49C1-855F-FDD3CA6E2462.htm> (10.06.11).

30 Entsprechende Ankündigungen, die gerade im Verlauf der letzten Wochen immer wieder erneuert werden, gibt es bereits seit Mai 2007: O.N.: „*Al-Zindānī murašṣaḥ li-qiyāda ḥizb salafī bi-l-Yaman*“, Islamonline.net, 2. Mai 2007, online unter: http://www.islamonline.net/servlet/Satellite?c=ArticleA_C&cid=1177156195156&pagename=Zone-Arabic-News%2FNWALayout (15.02.11).

31 „*Mašrū' al-liqā' al-muštarak li-l-'iṣlāḥ al-siyāsī wa-l-waṭanī*“ o.J./o.O. Die größten Streitpunkte zwischen den Parteien bzw. diejenigen Punkte, die den Hardlinern in der *'iṣlāḥ* nicht vermittelbar waren, d.h. die Frage nach der Stellung der Frau und die des Säkularismus, wurden ausgeklammert bzw. als Allgemeinplätze formuliert.

32 Michaele Browsers hat in einem sehr aufschlussreichen Artikel die in der politikwissenschaftlichen Regionalforschung diskutierte Moderationsthese auf die PGT angewandt: Origins and Architects of Yemen's Joint Meeting Parties, in: International Journal of Middle East Studies, Bd. 39, Nr. 4, 2007 (S. 565-586).

33 Auch innerhalb der PGT ist man gespalten über die dominante Position *Ḥamīds*; vgl. Phillips, Sarah (2011): Yemen. Developmental Dysfunction and Division in a Crisis State, The Developmental Leadership Program, Research Paper 14, 2011 (S. 40 ff), online unter: <http://www.dlprog.org/ftp/download/Public%20Folder/1%20Research%20Papers/Yemen,%20Developmental%20Dysfunction%20and%20Division%20in%20a%20Crisis%20State.pdf> (28.06.2011).

34 Bereits in dem 2005 veröffentlichten PGT-Programm wird die Notwendigkeit des Dialogs aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte zur Regelung der Konflikte sowie zum Zweck der Reformierung des politischen Systems (z.B. S.15) mehrere Male genannt. In Kapitel II (Die Festigung der jemenitischen und nationalen Einheit) fordern sie „das Verbot des Aufrufs und der Anstachelung zur Gewalt; die Verbreitung einer Kultur des Dialogs, der Aussöhnung und der Toleranz“ (*taqāfa al-ḥiwār wa-l-taṣāluḥ wa-l-tasāmuh*), (S. 34); siehe Anm. 30.

35 Schon 2008 hinterfragte *Muḥammad 'Abd al-Malik al-Mutawakkil*, eine wichtige Führungspersönlichkeit der PGT, Sinn und Durchführbarkeit von Parlamentswahlen angesichts der eskalierenden Konflikte im Lande. Interview mit Autor, 6. August 2008, *Ṣan'ā'*.

36 Das 69-Seiten starke Papier „*Ru'ya al-'inqād al-waṭanī*“ ist zu finden auf Al-tagheer.com, 9. September 2009, <http://www.al-tagheer.com/news10739.html> (12.11.09).

37 Vgl. hierzu Carapico, Sheila: Yemen Between Civility and Civil War, in: Norton, August Richard (Hg.): Civil Society in the Middle East, Bd. 2, Leiden/New York/Köln, 1996 (S. 287-316, hier S. 313 f).

38 Wedeen, Lisa: Peripheral Visions. Publics, Power, and Performance in Yemen, Chicago, 2008, Kap. 3.

39 Skov Birk, Ane: Incredible Dialogues. Religious Dialogue as a Means of Counter-Terrorism in Yemen, Developments in Radicalisation and Political Violence (April), London, 2009.

40 Allgemein: Abu-Nimer, Mohammed: Conflict Resolution Approaches. Western and Middle Eastern Lessons and Possibilities, in: American Journal of Economics and Sociology, Bd. 55, Nr. 1, 1996 (S. 35-53); für den Jemen: Caton, Stephen: Yemen Chronicle. Anthropology of War and Mediation, New York, 2005.

41 Siehe hierzu die Beiträge auf seinem Blog Waq al-Waq: <http://bigthink.com/blogs/waq-al-waq>. Johnson, der an der Princeton University bei Bernard Haykel über die jemenitische Revolution 1962-1967 promoviert, ist derzeit einer der führenden Publizisten zum Jemen.

42 Blumi 2011 (S. 4).

43 Willis, John M.: Leaving Only Question-marks. Geographies of Rule in Modern Yemen, in: Al-Rasheed, Madawi (Hg.): Counter-narratives. History, Contemporary Society, and Politics in Saudi Arabia and Yemen, New York, 2004 (S. 119-149); Blumi 2011 (S. 19-34).

44 Schwedler 2002 (S. 51).

45 Vgl. hierzu das Standardwerk zum Stammeswesen im Jemen Dresch, Paul: Tribes, Government, and History in Yemen, New York, 1989.

46 Peterson, J.E.: Tribes and Politics in Yemen, Arabian Peninsula Background Notes, APBN-007 (Dezember), 2008 (S. 15).

47 Dresch, Paul: The Position of Shaykhs Among the Northern Tribes of Yemen, in: Man. New Series, Bd. 19, Nr. 1, 1984 (S. 31-49, hier S. 39).

48 *Ḥamūduh, 'Abdullah: Al-Yaman fī muwāḡiha 'azmāt qadīma wa mustaḡidda*, in: *'Āfāq al-mustaqbal*, Nr. 1 (September-Oktober), 2009 (S. 15-17, hier S. 17).

49 Glosemeyer, Iris: Jemen. Staatsbildung mit Hindernissen, in: Schneckener 2004 (S. 122-139, hier S. 122).

- 50 Corstange, Daniel: Tribes and the Rule of Law in Yemen, Paper zum Vortrag während der Annual Conference of the Middle East Studies Association, Washington D.C., 22.-25. November 2008, online unter: <http://www.bsos.umd.edu/gvpt/corstange/doc/corstange-tribes.pdf> (13.07.10), (S.33).
- 51 Carapico, Sheila: Civil Society in Yemen. The Political Economy of Activism in Modern Arabia, Cambridge, 1998.
- 52 Paul Dresch unterstreicht die bedeutende Rolle der Stämme im Demokratisierungsprozess: „Mais elles ont un rôle positif à jouer en apportant un complément au système des partis et une somme d'expérience qui servira à établir la démocratie yéménite.“ Dresch, Paul: Tribalisme et démocratie au Yémen, in: Chroniques yéménites, Bd. 4, Nr. 4, 2004 (S. 16); Carapico 1998 und 1996 (S. 293-298); Al-Mutawakkil, Mohammed: Civil Society, Citizenship and Local Authorities, in: Centre Français d'Archéologie et de Sciences Sociales de Sanaa/Friedrich Ebert Stiftung (Hg.): Société civile, citoyenneté et pouvoir local au Yémen, *Ṣan'ā'*, 2008 (S. 319-321).
- 53 Siehe hierzu etwa Phillips, Sarah: What Comes Next in Yemen? Al-Qaeda, the Tribes, and State-Building, Carnegie Papers Nr. 107 (März), Washington D.C., 2010.
- 54 Heibach 2011 (S. 133-136); siehe auch das Interview mit *ʿAlī Muḥsin al-ʿAḥmar* auf Daralhayat.com, 11. Juni 2011, *Al-liwāʾ ʿAlī Muḥsin al-ʿAḥmar li-l-Ḥayāh: Naṣaḥtu al-raʿīs bi-l-tanaḥḥi qabla maḍbaḥa ġumʿa al-karāma*, online unter: <http://daralhayat.com/portalarticledah/276683> (14.06.11).
- 55 Musharbash, Yasin: USA errichten geheime Drohnen-Basis, Spiegel.de, 15. Juni 2011, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,768551,00.html> (15.06.11); vgl. auch die Aussagen des Vorsitzenden der *ʿIṣlāḥ*-Parlamentsfraktion, *ʿAbd al-Raḥmān Bā Faḍl*, auf Al Jazeera, 25. Mai 2011, online unter: <http://www.youtube.com/watch?v=WGPBsowz7V8> (20.06.11).
- 56 Phillips, Sarah; Shanahan, Roger: Al-Qaida, Tribes and Instability in Yemen, Lowy Institute Analysis, November, Sidney, 2009 (S. 4).
- 57 Haykel, Bernard: Saudi Arabia's Yemen Dilemma. How to Manage an Unruly Client State, Foreign Affairs Snapshots, 14. Juni 2011, online unter: <http://www.foreignaffairs.com/articles/67892/bernard-haykel/saudi-arabias-yemen-dilemma> (16.06.11).
- 58 Ein unbenannter saudischer Offizieller verkündete zuletzt am 17. Juni, dass *Ṣāliḥ* nicht in den Jemen zurückkehren werde. O.N.: *Liḳāʾ yaġmaʿ al-ʿIryānī wa Yāsīn Nuʿmān fī ʿŪrūbā li-taškīl ḥukūma*, Almasdaronline.com, 17. Juni 2011, online unter: http://www.almasdaronline.com/index.php?page=news&article-section=1&news_id=20766 (17.06.11).
- 59 Hill, Ginny: Riyadh Will Decide the Fate of Ali Abdullah Saleh – and of Yemen, Guardian.co.uk, 23. März 2011, online unter: <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2011/mar/23/ali-abdullah-saleh-riyadh-house-of-saud?INTCMP=SRCH> (25.03.11).

Malika Bouziane & Katharina Lenner

Protests in Jordan: Rumbblings in the Kingdom of Dialogue

“A demonstration is a demonstration. But we are saying one thing: the King is the red line; no one governs the country other than King Abdallah - only the Hashemites. There is no one else, because there is no alternative. Who should replace him?”

Interview with Abu F., Wadi Araba, 16.4.2011 (translation by the authors).

Abu F. is not alone in this position. Like other Arab countries, Jordan has recently witnessed an upsurge of protest. A series of demonstrations, mostly taking place after Friday prayers and continuing for more than eleven weeks since January 2011 reached a peak at the end of March with the emergence of the ‘March 24th youth coalition.’ After a period of suspension, from April to mid-May, the protests have recently picked up again, although smaller in scope. However, no one openly challenges the institution of the Hashemite monarchy. This seems to confirm the assumption of political analysts that whereas many Arab republics are currently witnessing political upheavals that aim at or even succeed in sweeping away the respective heads of state, the monarchies are rather successfully weathering the storm of the Arab spring. This is often associated with an inbuilt flexibility of monarchical rule, which makes it possible for the monarchs to stand above the political system and to play off different social or political groups against each other, thereby preventing a united front against them.¹

While this argument may be valid to a certain degree, our paper questions its structuralist interpretation. Rather than attributing the dynamics of protest and accommodation to monarchy as a form of rule, we propose to look at the historical trajectory of strategies of rule and contestation, aiming to trace actual changes as well as continuities. Using the emergence and development of the ‘24th of March coalition’ as an example, we argue that one can currently witness a new dynamic of contestation in Jordan, which simultaneously challenges but also reinforces established mechanisms of rule. This movement is one particularly pronounced expression of the widespread dissatisfaction with the economic and political governance of the country. It constitutes an attempt to form a broad coalition for substantial political and economic reforms, transcending potential divides between different population groups. This effort, however, has been accompanied by a resurgence of divide-and-rule strategies, particularly

regarding the Palestinian and Transjordanian parts of the population. The ethnicization of conflicts has done a lot to sow division between different population parts and to prevent a unification of shared demands. Moreover, we observe a return to personalized forms of monarchical rule and accommodation, which marks a significant shift from the rather detached neoliberal ‘reform orientation’ of the last ten years. Those reactions, in addition to other established mechanisms of accommodation and containment, do not mark a continuity of monarchical forms of rule; rather, they point to a strategic reorientation in the face of the current crisis. For now, they contribute to a widespread notion that there is no alternative to the Hashemite monarchy. Nevertheless, this situation is more fragile than the ‘monarchical stability’ reading would suggest. Under the surface of relative stability, we can find emerging dynamics and movements that challenge previous modes of governance.

Diverse Protests

Since the beginning of the current year, over 100 demonstrations and sit-ins have swept Jordan.² New youth groups organized through facebook and twitter demand political reforms such as the dissolution of parliament, a new election law that guarantees a fairer representation of the different population parts or the return to the constitution of 1952, in which the power of the King was much more limited.³ Besides online activism and repeated sit-ins, these groups have also created new offline forums for debate, such as the “hashtag debates,”⁴ which provide a platform for publicly discussing questions like the role of the secret service in the daily life of citizens or in the constitutional monarchy.⁵ A new student campaign *Daba7tuuna* (‘You massacred us’) has also emerged recently as a counterreaction to the interference of the secret service (*Mukhabarat*) in the affairs of students and their unions, in particular during student elections. Besides the tight security grip on campuses, the campaign also problematizes violent clashes between different family networks on university campuses, which have become almost daily phenomena in locations such as Balqa, Irbid, Karak and Ma’an.⁶ But young people are not the only ones in motion. Taking advantage of the climate of protests, Jihadist Salafist groups have seized their chance and demonstrated across the Kingdom, demanding the release of imprisoned followers.⁷ These largely peaceful protests reached a bloody peak in mid-April in Zarqa when the use of stones and teargas led to the injury of 83 security forces. Recently, coalitions of East Bankers that have formed over the last two years have become vocal again in groups such as the 36movement, *Jayeen* (‘We’re com-

ing') or the committee of retired military personnel, all of which have launched demonstrations or given political statements.⁸ These groups focus on the social and economic governance of the country and criticize corruption, personal profit of elites, and neoliberal economic policies which have led to impoverishment, particularly of rural Jordanians. A number of *'asha'ir*⁹ have also publicly demanded reinstating the concept of 'tribal' land fronts (*wajihat 'asha'iriyya*), thereby asserting customary land claims.¹⁰ Finally, diverse and almost daily small-scale protests are taking place, often based on specific professions. Teachers, doctors of the public health sector, journalists, bus drivers, municipal staff, farmers, pilots, and so forth are seeking to improve their living standards by taking to the streets.

This diversity of protests stems from a great deal of dissatisfaction with the current political and economic situation. Ten years of talk about political reforms have brought about mostly cosmetic changes, and in spite of relatively consistent GDP growth of the last ten years – due to which Jordan has been hailed as a successful reformer by international agencies – neoliberal economic policies have led to an erosion of the old social contract and a deterioration of living conditions. Poverty and unemployment are on the rise, the middle class is increasingly eroding, and policies aiming to improve living conditions have only had a very limited impact in this regard.¹¹ Besides expressing discontent with this state of affairs, the different forms of protests also illustrate that current regional and national events have created spaces perceived by many groups as favorable to voice their demands publicly.

The 24th March Movement: An Emerging Opposition or a Dying Movement?

"I am not hungry. I have been robbed. I want my money back, you thieves," "Bread is the red line," "People want an elected parliamentary government," "People want the dismissal of Raqqad."¹² Almost 3000 people shouted these and other slogans on March 24 and 25.¹³ Inspired by the Egyptian mobilization strategy of setting a starting date for a mass protest via online media, a coalition of groups of young Jordanians from various backgrounds¹⁴ called for a sit-in with indefinite end at Jamal Abdul Nasser square (locally known as *douar dakhiliya*, 'Interior Circle'). As it started on March 24 it has since been called the '24th March youth' or the 'March 24th coalition.' Before the sit-in, the coalition had agreed on seven joint demands relating to political, economic and security issues, such as the demand for an elected (instead of royally appointed) national government, the reformation of the tax system, as well as an end to the interference of intelligence agencies in political life.¹⁵ Compared to previous weekly

demonstrations with a confined duration and rather generic calls for reform and the improvement of living conditions, this marked a new format of protest and a remarkably coordinated specification of reform demands.¹⁶ The potential new quality of protests did not go unnoticed by the ruling establishment and its supporters, which became clear in the strong reactions the sit-in elicited.

The sit-in began during the night of March 24 underneath the bridge of *douar dakhiliya*. An enormous placard, sponsored by a member of the Jordanian Abbadi family, portrayed King Abdullah II and hung from the bridge over the circle. Another group, describing themselves as 'loyalists,' gradually assembled on the opposite sidewalk. Their opponents labeled them '*baltajeyeh*' in reference to the groups of thugs sent by the Mubarak regime in order to disrupt the protests in Tahrir Square. On March 25, the events turned increasingly violent in spite of the barricades the police set up along the triangular part of the circle, aiming to keep members of both groups apart. After Friday prayers, the anti-March 24th group started throwing stones across the roundabout to disrupt the sit-in of the March 24th coalition. With the arrival of more and more demonstrators joining the 'loyalist' groups after a parallel march of loyalty, as well as the interference of Gendarmerie forces (*darak*), the initially peaceful sit-in ended in violent clashes between the March 24th coalition, their opponents, and the security forces, which led to one death and over one hundred injuries.¹⁷

The next day, Prime Minister Bakhit sent a warning to the Muslim Brotherhood, who he claimed were responsible for the violent events. He cautioned them to "stop playing with fire"¹⁸ and cease making demands from the street, but instead return to a constructive dialogue. The March 24th coalition was thus framed discursively as extremist, but most of all as dominated and led by Islamists. This corresponded to the voices of the anti-March 24th group, who portrayed the protesters as "disloyal Palestinians who wanted to establish a Palestinian Islamic government and kick out the King."¹⁹ This framing of the events of *douar dakhiliya* resonated strongly in the country in the aftermath of the events and became particularly dominant beyond the borders of Amman. The *shaikh* of a village in Wadi Araba, for example, identified the Muslim Brotherhood as leaders of the demonstrations and described them as being opposed to the monarchy, as 'the brothers of the evil' (*ihkwaan as-shaytaan*), seeking to destabilize the country. He ended by stressing that "We [the bedouins] are willing to defend the monarchy."²⁰ The perceived need to defend the monarchy also became apparent in the emergence of several facebook groups explicitly directed against the protests and able to gain large numbers of followers,²¹ and in the

hostile and aggressive stance towards the protesters expressed in these groups or in the private posts of ordinary Jordanians. This widely shared association of the protests with Islamist, anti-royalist Palestinians was desperately fought by the protesters, who tried to stress the diversity of their coalition, hailing from various constituencies as well as different political currents. But the debate had become severely polarized.

The aftermath of the March demonstration has also been characterized by a second discourse centering on the location of protests. In his reactions to the events, PM Bakhit encouraged protesters to express their opinion freely, but without disrupting traffic, since *douar dakhiliya* constitutes a major thoroughfare connecting different parts of the city. This reasoning also gained considerable currency, particularly in Amman, and is still reiterated today. Focusing on the spatial context has represented an attempt to render protests a technical problem and thereby divert attention from their political agenda. It was used in order to prevent further demonstrations at any central public place. Subsequent protests were shifted to the square in front of the Greater Amman Municipality in Ras Al-Ayn, an area that connects (the wealthier) West Amman with the Downtown and (the poorer) East Amman, and has neither the high visibility and disruptive effect of *douar dakhiliya* nor the symbolic meaning associated with other locations in central Amman.²² Hundreds of security forces surrounded the gatherings, preventing bystanders or latecomers from approaching the protesters. By technocratizing, relocating and spatially confining protests, the government was able to weaken their visibility and effect further. In contrast, the days after March 25 witnessed a number of rallies and car parades playing national songs as demonstrations of loyalty to the monarchy, blocking some of the major circles and traffic intersections in the city without any regulatory intervention. The irony of the traffic disruption argument also emerges when considering how one of the most important current urban megaprojects, the Abdali Urban Regeneration Project to create a 'new downtown,' has been obstructing traffic for the past four years in one of the busiest commercial centers of the city, without raising much public concern.²³

By now, the diminished visibility of the March 24th coalition in the public sphere and media has led to talk about the failure and death of the movement. Electronic discussions, which abounded until mid-April, have largely subsided by now, and the coalition of March 24th has partially split up. The Friday protests were adjourned for six weeks, and even though they have recently re-emerged, particularly in

the Southern governorates, they are smaller and less coordinated.²⁴ Over this period, it seems that the regime has regained relative control over the reform discourse.²⁵

Shared Demands of a Divided Population

Against the background of a short-lived spate of larger coordinated protests, what does the trajectory of the events and their discussion tell us about the political situation in Jordan? Foremost, they point to dividing lines among the population that can be easily politicized to prevent the emergence of a broad and inclusive movement for change. Resentment between Palestinian Jordanians, who make up the unaccounted-for majority of the Jordanian population,²⁶ and Transjordanians²⁷ has built up over the last decades and resurfaces in periods of crisis. After the brief civil war in 1970 (Black September), in which the Jordanian military expelled Palestinian *fida'eyeen* from the country, the situation of Palestinians, who had hitherto been integrated into the Jordanian polity to a significant degree, gradually changed: With the process of Jordanization, they were increasingly excluded from public sector recruitment as well as from military and other security agencies, and faced mounting discrimination with regard to other forms of public largesse, such as scholarships or free access to public universities.²⁸ Even though official nationalism maintained that both East Bankers and Palestinian Jordanians remained part of the 'Jordanian family,' protected by the Hashemite monarchy, Jordanian nationalism was also increasingly 'bedouinised,' stressing the image of the Jordanian Bedouin as representing the nation, at the expense of other population groups.²⁹ Politically, there has also been a clear tendency to over-represent rural Transjordanians in comparison to urban-based Palestinians, mainly through the drawing of electoral districts and other stipulations of the election law introduced in 1993 (after the Islamic Action Front captured a quarter of the eighty seats in Parliament in the 1989 elections³⁰). The last years have also seen a number of Palestinians being stripped of their Jordanian nationality, and growing insecurities about the permanence of their citizenship. As a consequence, many Palestinian Jordanians feel that they have no say in the Jordanian polity, and that both parliament and the public sector only serve as conduits for the Transjordanian population.³¹

But the supposedly privileged Transjordanians experience grievances as well. With the onset of neo-liberal adjustment policies from the early 1990s, the living situation of (predominantly Transjordanian) public sector employees, which has made up the privileged Jordanian state class since the 1970s, has

deteriorated significantly.³² Contrary to widespread perception, Palestinian Jordanians do not constitute the unequivocal beneficiaries of the increasing focus on private sector entrepreneurship. A number of economic elites with Palestinian roots have indeed benefited from and explored new business avenues, but one can also see an increase in informal economic activities and institutions that accompany rising impoverishment in and around the major cities of Amman, Zarqa and Irbid, where Palestinian Jordanians tend to live.³³ However, the perception among Transjordanians is that due to their predominant role in the private sector, Palestinian Jordanians have been reaping the fruits of neoliberal policies, which has contributed to a resurgence of anti-Palestinian Transjordanian nationalism.³⁴ These days, more and more Transjordanians talk about being discriminated against through their exclusion from the private sector,³⁵ thereby adopting a terminology that has long been reserved for describing the situation of Palestinian Jordanians. Criticism of neoliberal political and economic elites also tends to focus on those who happen to be of Palestinian origin, such as the long-term advisor to the King, Bassem Awadallah, or the recently ousted Prime Minister Samir Al-Rifa'i.³⁶

Conflicts between the two main population groups are thus significant, but by no means natural or clear-cut. In the 1950s, Palestinians and Transjordanians both formed part of the Jordanian National Movement, an urban and middle-class dominated movement advocating far-reaching political and economic change in the name of Arab nationalism that almost brought down the monarchy.³⁷ Even today, political movements are not as homogeneous and divided between the two constituencies as one might assume. The March 24th coalition is composed of Palestinian Jordanians and Transjordanians, and the Islamic Action Front – supposedly the main representative of the Palestinian cause in Jordan – is predominantly headed by Transjordanians. This argument also holds true for the more locally or socially confined demands voiced in different instances of protest. Demands for a dissolution of parliament and a more representative and responsive government, criticism of socially exclusive neoliberal policies like the privatisation of public assets, as well as the charge of corruption towards high-level officials have emerged from both urban and rural, Transjordanian and Palestinian population parts.³⁸ In fact, this year's demonstrations for political and socio-economic reforms, as in Tunisia, did not originate solely in the capital, but started simultaneously in the provincial towns of Irbid, Karak, Salt and Ma'an, and still maintain their strongest drive in the southern provinces.³⁹ Almost two months before the 24th of

March protesters shouted "This Jordan is ours and the corrupt do not belong here,"⁴⁰ three dozen 'tribal' figures publicly issued a statement condemning the country's "crisis of authority" and corruption.⁴¹

In spite of shared and widespread dissatisfaction, dynamics of protest have not displayed the degree of unifying oppositional nationalism against attempts to divide different population groups that one could witness in Tunisia, Egypt, and Syria. Even though all of the major demonstrations of the last months have employed the tactic familiar from Egypt, Tunisia and elsewhere to assemble under the national flag as a sign of loyalty to the country, the charge of protests being led by Palestinians disloyal to the Hashemites (and therefore to Jordan) still has a lot of currency and can easily (be used to) divide.

Monarchy as Lifeline

Ethnicized dividing lines are, however, not the only relevant fractures in the country. Feelings of competition and conflict are also discernible between different *'asha'ir*, regions, between Amman and the periphery, urban and rural areas, as well as between neoliberal-minded elites and the old establishment that dominates the security apparatuses. Such conflicts have complex histories, but they have been fuelled by the Hashemite monarchy's interaction with the Jordanian population. In line with the literature on dynastic rule in Arab countries, Shryock and others have described Jordan as a polity in which the King⁴² acts as a patron and protector of different constituencies that are each granted specific rights and privileges. In this logic, subjects are not treated as a homogeneous nation or equal citizens, but as a composite of separate constituencies with their own characteristics and sets of needs, presided over by a royal father figure who adopts different terminologies and representations when dealing with each one.⁴³ These constituencies are not confined to ascriptive groups, such as the different *'asha'ir* – Palestinian Jordanians have been symbolically addressed as one 'branch of the Jordanian family' as well. Moreover, the posture of the Jordanian kings as chief modernizers or developers of the country are presumably targeting not only an international audience, but also the globally oriented urban middle classes.

Even if this description captures important political dynamics, the strategy of personalized divide-and-rule is not a continuous one. While it was very pronounced under the reign of the late King Hussein, it has been partly abandoned since King Abdullah II's accession to the throne. Particularly the first

years of his reign were marked by a notable revision of political priorities: the integration of neoliberal economic and political elites into the state apparatuses through the establishment of the Economic Consultative Council in 1999; the suspension of parliament from 2001-2003 and the concomitant rule via temporary laws; and the 2003 restructuring of municipal councils towards appointing mayors as well as half of the council members. These changes have been analyzed as attempts to weaken personalized politics based on family networks and strengthen a 'technocratic' approach to politics.⁴⁴ In addition, policies increasingly focused on pushing forward neoliberal macro-economic reforms, privatization, and public-private megaprojects supposed to create urban growth poles. Personalized politics of patronage have never been entirely discarded, evident in the stubborn retention of the one-person-one-vote election law introduced in 1993, favoring a parliament based on personal connections of Transjordanian constituencies rather than on ideological affiliation. However, personalized politics have lost their primacy and much of their integrative function.⁴⁵ With increased material grievances, complaints have surfaced about the new King not spending enough time dealing with his subjects on a personal basis, particularly among rural East Bank inhabitants.⁴⁶ With the recent upheavals in the region and in Jordan, this type of political interaction has witnessed a relative comeback.

Since the onset of protests in January, the King and other high-ranking officials have been conducting numerous visits to various constituencies. During a visit to the Kura District (Irbid Governorate), for example, the area was given grants totaling JD 40 million to help set up income-generating projects.⁴⁷ In Karak, JD 4.7 million cash assistance was directed to underprivileged families.⁴⁸ Most notably, the King visited Ma'an, the city where the "bread riots" of 1989 began, one day before an organized rally in remembrance of those riots, and promised millions of Jordanian Dinars for infrastructural and development projects.⁴⁹ The demonstrations the next day were negligible, attesting to the relative success of this type of interaction. Besides cities, the King has also returned to the practice of paying visits to important *'asha'ir* and inquiring directly about their needs.⁵⁰

Such visits reinforce the image that the King is personally committed to the wellbeing of his subjects and raise hopes for increasing benefits. By creating direct vertical connections, they also strengthen the heterogenization of Jordanian society. A royal visit usually leads to a series of donations and/or the set-up of infrastructural or development projects. In different interviews in Ma'an and Wadi Araba interlocutors confirmed the importance of having direct contact to the 'Royals.' In Wadi Araba, a local

elder explained that his *'ashira* used to be invisible until a Royal visit in 2003, which resulted in the establishment of a village and the facilitation of income-generating activities. Due to the personal investment of the king, he claimed, there was now direct access to the royal court and the government, which has led to a significant improvement in living standards.⁵¹ In Ma'an, one interview partner explained about government services and development projects: "If you want to demand something, in order to get it you have to demand it directly from the king."⁵² Not every constituency or area is lucky enough to attract this kind of attention. There are many neglected places, in scarcely populated rural areas as well as in urban informal quarters. But even if people have not seen any direct benefits, many are convinced that directly addressing a royal family member is the most effective channel to express demands. This atomization and lack of horizontal solidarities can be traced back to the legacy of the old social contract, where public sector employment and other forms of distribution contributed to relative political disorganization. Under circumstances of competition for increasingly scarce resources, which have characterized the years since the onset of Structural Adjustment Policies, the search for individual solutions through direct connections (*wasta*) has further increased.⁵³ These days, it is not just access to the public sector, but particularly to the King or the Royal court that seems to promise inclusion and distribution. The recent revitalization of divide-and-rule policies and the erosion of social security thus contribute to preventing broader coalition-building across different constituencies, not only between Jordanian Palestinians and Transjordanians, but also between different Transjordanian regions and family networks.

Beyond (hopes for) material privileges, divide-and-rule strategies have also contributed to a widespread sense that there is no alternative to the Hashemite monarchy. Considering that criticizing the King is legally criminalized in Jordan, it is hard to gauge his actual popularity. What can be said, however, is that Hashemite rule is perceived as the guarantee of stability in the country across different constituencies. This can help explain why, in spite of widespread criticism of governing practices, there has not been any direct assault on the institution of the monarchy itself. The scenarios voiced by different constituencies depict Jordan without the Hashemite monarchy as either being ruled by one of the local *'asha'ir* (which is considered unacceptable), steering towards a civil war (between Palestinian Jordanians and Transjordanians or between Transjordanian *'asha'ir*) or turning into the Palestinian homeland (*Al-Watan Al-Badeel*).⁵⁴ The notion that there is no alternative has, however, also been widespread in countries like

Egypt, Syria or Yemen and should not be taken for granted. It is continuously reinvented and can also become porous. The last months have witnessed a considerable expansion of the scope of criticism of the monarchy. Queen Rania for example, has been accused of squandering public money to polish her own personal image and “building centers to boost her power and serve her interests, against the will of Jordanians and Hashemites.”⁵⁵ Also, there are discussions about reinstating Prince Hamza, the younger brother of King Abdallah II as Crown Prince and thereby changing the line of succession.⁵⁶ Except for the sheer existence of the King, as one analyst put it, “all his choices are contested: his choice of prime minister, his choice of crown prince, his choice of wife. All are contested.”⁵⁷ But while criticism of the Royal Family has expanded, Hashemite rule as such is still perceived as the only possible option. For now, the lack of alternative ideas about who could rule the country and how it could be ruled has done a lot to keep the basic fabric of the polity intact.

The Kingdom of Dialogue

Next to the dynamics of heterogenization and personalized interaction, there are other strategies to stay in control of processes of change and to prevent a questioning of the political system itself in times of tension. One established buffer mechanism that has been amply used is to reshuffle or exchange the government. This is a routine procedure in Jordan that does not only occur in crisis periods – since King Abdullah’s accession to the throne 12 years ago, eight new Prime Ministers have been appointed.⁵⁸ But in a tense political and economic situation and in the wake of unpopular policies, putting the government at the front line and blaming an ineffective Prime Minister and government for public dissatisfaction serves as an additional safety valve. It places the King in a detached, seemingly neutral position and enables him to present himself as the spearhead of reform. After the first series of demonstrations in January, the King dissolved the previous government, headed by Samir al-Rifa’i, targeted as a member of the neoliberal economic elite by the demonstrators. In its place he appointed a new government, headed by Ma’rouf Al-Bakhit, an ex-army general who had already been Prime Minister from 2005-2007. As in previous cases, the appointment of the new Prime Minister was accompanied by a letter of designation, in which the King gave instructions for his envisaged reforms. This time the letter was rather explicit in blaming reform-resistant elements, stating that “the drive towards reform

has suffered from many shortcomings, which were the result of fear of change by some, who sought to safeguard their interests, and reluctance to make decisions by many of those assigned responsibility.”⁵⁹

The government reshuffle precipitated the creation of a 52-member “National Dialogue Committee” in mid-March, charged with developing specific recommendations for a new election law, as well as a new party law within a three-month period. A third subcommittee was subsequently established to formulate a general vision of reform for a ‘new Jordan.’ The committee faced criticism from various fronts: political activists criticized that it was led by the Senate President Taher al-Masri, and thus could not be expected to provide an open forum for debate. The Islamic Action Front refused to participate in the Committee unless it included the explicit directive to put constitutional amendments necessary for substantial political reform on its agenda. Members of Parliament criticized the Committee for marginalizing the Lower House of Parliament politically, particularly with regard to discussions about a new election law.⁶⁰ And in the aftermath of the 25th of March violence, 16 members announced their resignation from the committee, denouncing the state-led violence as proof that the committee was not really aimed at political reform but was merely an attempt to deceive the Jordanian public.⁶¹ A number of the resigned members were, however, subsequently convinced to re-join the committee, and its proceedings have been dominating public debates about political reform since mid-march.

The formation of ‘reform committees’ has been a historically recurring mechanism in Jordan’s disputes about political and economic transformation. Since 1989, almost a dozen reform commissions and forums have been instigated to formulate future political visions, most of them with little more than symbolic consequences.⁶² The National Dialogue Committee continues this tradition; it can be described as an attempt to accommodate some of the demands of the protesters, while simultaneously channeling their demands away from the street and into a closely supervised, dialogically oriented frame. It is still unclear if the committee will bring about significant changes in terms of possibilities for political participation and representation, or if it will meet the fate of its predecessors. Bloggers as well as ordinary citizens perceive it primarily as a new means to divert attention away from recent forms of political activism and as a tactic of stalling rather than progress.⁶³ But even such disillusioned conversations have served to determine legitimate subjects of reform from above. However, the revitalized protests after a 6-week hiatus in April and May and their mocking of the dialogue committee indicate that its success in silencing demands from the street has only been temporary and partial.⁶⁴

Besides symbolic forms of accommodation, a number of material concessions have also been made. Populist measures like the recent reinstatement of subsidies on fuel, the reduction of prices for basic commodities or the increase in salaries for public sector employees are tested means to react to socio-economic demands. Such symbolic bows to the old social contract are generously supported by Jordan's donors, mostly the U.S. and Saudi-Arabia, who have stepped up their financial support in light of the difficult situation. Besides, there have also been some notable concessions regarding politically contested issues, such as the establishment of a teacher's association that had been prevented for years, an amended public gathering law to ease up on previous constraints, or the approval of a new political party. These accommodation attempts indicate a serious concern amongst policy-makers to meet some demands of protesters and prevent the emergence of a larger socio-political base for uprisings. The relative calm with which demands from the street have been met to a certain degree signal that the regime has regained control over the course of reform.⁶⁵

Conclusion

In this paper, we have analyzed forms of rule and contestation in Jordan, seeking to determine changes and continuities. Looking at the current situation, we find several indicators pointing to relative stability of rule. Despite deteriorating living conditions and widespread dissatisfaction with the economic and political governance of the country, attempts to form broader coalitions to demand the substantial improvement of economic living conditions and political representation and participation have been undermined by the resurgence of the 'divide and rule' strategy, particularly regarding dividing lines between Palestinians and Transjordanians. Reactions in the aftermath of the 24th of March illustrate how the ethnicization of conflicts has contributed to the population's polarization, preventing a unification of shared demands. Playing off different political and social groups against each other and resorting to personalized forms of monarchical rule, accommodation, and containment seems, on the surface, to confirm the monarchy's appearance of flexibility and thus stability. Indeed for now, the monarchical strategies contribute to a widespread notion that there is no alternative to the Hashemite monarchy and to the King, who is commonly perceived as a potential lifeline and a symbol of stability in times of economic hardship. This leads to a widespread belief that he should determine the course of reform.⁶⁶ Nevertheless, in this paper we have argued that exploring current events solely through the lens of

'monarchical stability' neglects new dynamics of contestation in Jordan that simultaneously challenge and reinforce established modes of governing. The thwarting of a Jordanian Spring does not imply that there are no observable transformations. The scope of political criticism has considerably widened, and new forms of politics and political sensitivity are detectable. Criticisms and demands do not just focus on the government any more, but also include the Royal Family, thereby challenging an established buffer mechanism. Also, the March 24th coalition indicates a new dynamic of coalition-building, which seeks to counter the strategy of heterogenizing socio-political forces. After a decade of relative neglect, policy-makers seem to be aware that demands from outside the circles of established political and economic actors must be accommodated and taken more seriously. They respond to this with a variety of strategies, not least with a reanimation of personalized forms of interaction with different constituencies. Those reactions illustrate that monarchical forms of rule have not been continuous in the last ten years; rather, they point to a significant revision of ruling strategies in the face of the current crisis. It remains to be seen whether the observed new forms of political organization will successfully contribute to building a broader coalition, or whether the politicization of social divisions will turn out to be stronger. If this is the case, people will continue to voice particularistic demands without connecting them to broader concerns for political and economic change. For now, a wave of dialogue from above has swept the country, and the political leadership has regained relative control over the process. Meanwhile, there is still no shared perspective from below concerning the goal of reform and the ways in which it would translate into substantial political changes.

Notes and References

- 1 Cf. Lucas, Russel: Is the King's Dilemma only for Presidents?, Arab Reform Bulletin, 08.04.2011, online at: <http://www.carnegieendowment.org> (30.06.2011); Hamid, Shadi: Why Middle East Monarchies Might Hold On, The Atlantic, 08.03.2011, online at: <http://www.theatlantic.com/international/archive/2011/03/why-middle-east-monarchies-might-hold-on/72170/> (30.06.2011).
- 2 Cf. Obeidat, Omar: Peaceful demonstrations earn Jordan image – experts, Jordan Times, 25.03.2011, online at: <http://www.jordantimes.com/index.php?news=35793> (30.06.2011).
- 3 For a comparison of the 1952 constitution and the current one, see Kuttab, Daoud: 20 FAQs about the demonstrations in Jordan, Ammanet, 04.03.2011, online at: <http://en.ammanet.net/?p=96176> (30.06.2011).
- 4 The “hashtag debates” are organised by a young blogger community in Amman, particularly by members of the blog www.7iber.com.
- 5 Cf. Hashtag Debates – *Naqashaat* #, online at: <https://www.facebook.com/HashtagDebates> (10.06.2011).
- 6 Cf. Khawaldeh, Muhammad: Tribal Brawls in Universities, Mu'tah Suspends Classes, Ammon News, 14.04.2011, online at: <http://en.ammonnews.net/print.aspx?Articleno=11888> (30.06.2011); Dhab7toona: *Fi warshat 'amal li-dhabahhtoonaa, al-da'wa li-'aqd mu'tamar watani li-muwajjahat dhahirat al-'anf al-jami'i* (On Dabakhtoonaa workshop, Invitation to convene a national conference tackling the phenomenon of violence at universities), 23.01.2011, online at: <http://www.thab7toona.org/?p=43> (30.06.2011); Ja'roun, Qusay: Yarmouk Students Protest 'Security Grip,' High Tuition, Ammon News, 17.04.2011, online at: <http://en.ammonnews.net/print.aspx?Articleno=11907> (30.06.2011); Kreeshan, Hussein: *Mu'tasimoon fi Ma'an yutaliboon bi-tahweel ra'ees jami'at al-Husayn ila mukafahat al-fassad* (Demonstrators in Ma'an demand the transfer of the case of the President of Al-Hussein Ben Talal University to the Anti-Corruption Committee), al-Ghad, 24.04.2011, online at: <http://www.alghad.com/index.php/article/469678.html> (03.07.2011).
- 7 Cf. Jihadist movement on 'open strike' for release of prisoners, Ammon News, 25.03.2011, online at: <http://en.ammonnews.net/PrintWithComment.aspx?Articleno=11769> (03.07.2011); Omari, Raed: 'Fundamentalist takfirists' behind Friday's bloody assault – Srour, Jordan Times, 18.04.2011, online at: <http://www.jordantimes.com/index.php?news=36637> (03.07.2011).
- 8 Cf. Jordan tribes slam 'crisis of authority', Ahram Online, 07.02.2011, online at: <http://english.ahram.org.eg/News/5095.aspx> (03.07.2011); *Al-'asha'ir al-urduniyyah wa-da'wat al-islam* (Jordanian Tribes and the Call for Reform), Ammon News, 11.04.2011, online at: <http://ammonnews.net/print.aspx?Articleno=84839> (03.07.2011).
- 9 Due to the homogenizing and essentializing connotations of the term 'tribe,' and in order to stress the fluidity of this concept in different contexts, we prefer to use the Arabic term, which extended kinship networks in Jordanian use as self-description (cf. Layne, Linda L.: Home and Homeland - The Dialogics of Tribal and National Identities in Jordan, Princeton, 1994 (pp. 12-13)).
- 10 The term *wajihat* refers to lands allocated for Jordanian Bedouin '*asha'ir*' in the pre-state era for purposes of grazing and cultivation and as places of residence for the nomadic '*asha'ir*'. Such status was partially documented by authorities during the British mandate and after independence. Historically, '*asha'ir*' had agreed on dividing lands among them to be utilized for housing, grazing and cultivation purposes. When Jordan was under the British mandate, authorities approved the boundaries of land of each '*asha'ir*' in agreement with its leaders and issued them ownership deeds. The Badia forces then issued deeds to settle disputes among and within '*asha'ir*' over the ownership of open lands. In the 1980s and 1990s, the Department of Land and Survey conducted a survey on lands all over the Kingdom and set boundaries for lands to be used for housing, grazing and cultivation purposes for each '*asha'ir*'. These lands were left unregistered, but '*asha'ir*' started claiming ownership when their value increased over time. Cf. Hazaimeh, Hani and Omari, Raed: Tribal lands issue can only be solved through legal channels, Jordan Times, 18.02.2011, online at: <http://www.jordantimes.com/?news=34634> (03.07.2011).
- 11 For a more detailed analysis of economic and social policies of the last ten years and their impacts, cp. Lenner, Katharina: Ein Land - zwei Pfade? 20 Jahre ökonomische und sozialpolitische Reformen, Inamo 59, 2009 (pp. 9-13).
- 12 Raqqad currently is the head of the Jordanian General Intelligence Department (*mukhabarat*)
- 13 Cf. 1 Dead in Amman Protest Attacks (Watch Videos), Ammon News, 25.03.2011, online at: <http://en.ammonnews.net/print.aspx?Articleno=11766> (03.07.2011).
- 14 Political activists, politicians, journalists, and members of the national committee for a teachers' association and professional associations from different governorates participated in the protest. Cf. 1 Dead in Amman Protest Attacks, 2011.
- 15 Cf. *Shabaab 24 Adhar* (24th of March Youth), online at: <https://www.facebook.com/shbab.march.24?sk=info> (10.06.2011)
- 16 cf. Abu-Rish, Ziad: What happened to Protests in Jordan?, Jadaliyya, 07.05.2011, online at: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/1469/what-happened-to-protests-in-jordan> (03.07.2011).
- 17 Cf. Luck, Taylor: Attack setback for press freedoms, Jordan Times, 27.03.2011, online at: <http://www.jordantimes.com/?news=35866> (03.07.2011); 1 Dead in Amman Protest Attacks, 2011.
- 18 Cf. Amman protest turns violent; PM blames Islamists, Jordan Times, 25.03.2011, online at: <http://www.jordantimes.com/?news=35838> (03.07.2011).
- 19 Cf. Tarawneh, Naseem: The Quick Death of Shabab March 24 And What It Means for Jordan, The Black Iris, 26.03.2011, online at: <http://www.black-iris.com/2011/03/26/the-quick-death-of-shabab-march-24-and-what-it-means-for-jordan/> (03.07.2011).
- 20 Interview in Risheh, Wadi Araba, 26.04.2011.
- 21 One example is the group 'Support Jordan – *Nida' al-Watan*', which has over 20.000 members and is still very active, cp. https://www.facebook.com/home.php?sk=group_114357988642016 (23.05.2011).
- 22 For a more detailed analysis of the legal and spatial dimension to protests in Jordan, cp. Schwedler, Jillian and Fayyaz, Sam: Locating Dissent. Space, Law, and Protest in Jordan, in: Khalili, Laleh and Schwedler, Jillian (eds.): Policing and Prisons in the Middle East. Formations of Coercion, London, 2010.
- 23 One of the biggest shareholders of the project is Mawared, a state-owned National Resources Investment and Development Corporation and the commercial arm of the Jordanian military, which was established by the King's initiative in 2002. On the disruptive character of the Abdali project, cf. Mansour, Yusuf: The costs of the Abdali project, *Urdu Mubdi'*, 15.05.2011, online at: http://urdu-mubdi3.ning.com/profiles/blogs/cost-of-al-abdali-traffic?xg_source=activity (03.07.2011).
- 24 Cf. *Al-Tafileh: Irja' irja' ya Shaheen wa Akshef'ala al-fasedeen* (Tafleeh: Shaheen Come back, Come back and expose the corrupt), AmmonNews, 04.06.2011, online at: <http://www.ammonnews.net/article.aspx?articleNO=88972> (03.07.2011); Luck, Taylor: Jordan: South reformists make their voice heard, but they are unlikely to meet 'high expectations', Jordan Times, 20.6.2011, online at: <http://www.jordantimes.com/index.php?news=38652> (03.07.2011).
- 25 For an overview of the trajectory of the latest protests, cf. Abu-Rish, 2011.
- 26 Due to the perceived sensitivity of the issue and the nominal reason that most Palestinians in Jordan are Jordanian citizens and therefore undistinguishable from the rest of the population, there are no official figures about this, but only estimates. The fear is that discourse from the Israeli right referring to Jordan as the alternative Palestinian homeland (*al-watan al-badeel*) would gain even more currency if there were an official concession about these numbers, and that this would serve to alienate the Transjordanian population segments.
- 27 The distinction between Jordanian of Palestinian origin and Transjordanian is one of national origin or lineage rather than current citizenship. A Transjordanian is a person who traces his/her origin to the area now known as Jordan. Palestinians trace their ancestry to the West Bank, the Gaza Strip, or what is now inside the boundaries of Israel.
- 28 Interviews in Amman, 28.10.2006
- 29 cf. Massad, Joseph: Colonial Effects – The Making of National Identity in Jordan, New York, 2001 (pp. 246-275); Nanes, Stephanie: Hashemitism, Jordanian National Identity and the Abu Odeh Episode, Arab Studies Journal, Vol. 18, No. 1, 2010 (pp. 162-195).
- 30 The 1989 Parliamentary elections marked the beginning of a political liberalization initiative launched by King Hussein and have been acknowledged as the freest in the country's history.

31 Cf. Abu-Odeh, Adnan: Jordanians, Palestinians, and the Hashemite Kingdom in the Middle East, Washington, D.C., 1999.

32 Cf. Lenner, Katharina: Abhängige Staatlichkeit als umkämpftes Terrain – Politische Ökonomie und Repräsentationsformen in Jordanien seit 1989, *Journal für Entwicklungspolitik*, No. 2, 2008 (pp. 63-91).

33 Bouziane, Malika: The State from Below - Local Governance Practices in Jordan, *Journal of Economic and Social Research*, Vol. 12, No. 1, 2010 (pp. 33-61).

34 On different strands and positions of this nationalism, cf. Nanes 2010; Curtis, Ryan: 'We are all Jordan' – But Who is We?, *Middle East Report Online*, 13.07.2010, online at: <http://www.merip.org/mero/mero071310.html> (03.07.2011).

35 Cf. Ryan, 2010.

36 cf. Bustani, Hisham: The Alternative Opposition in Jordan and the Failure to Understand the Lessons of the Tunisian and Egyptian Revolutions, *Jadaliyya*, 22.03.2011, online at: <http://www.jadaliyya.com/pages/index/959/the-alternative-opposition-in-jordan-and-the-failu> (03.07.2011).

37 Cf. Anderson, Betty: Nationalist Voices in Jordan - The Street and the State, Austin, 2005.

38 Cf. *Al-Tafayleh yamna'oon al-Bakhit min dokhool mabnaa al-mohafadha ihtijaajan ala al-fasad wa-tahreeb Shaheen* (People from Tafayleh prevent PM Bakhit from entering the governorate building as a protest against corruption and the smuggling of Shaheen), *Khabar Jo*, 16.05.2011, online at: <http://khabarjo.net/jordan-news/9971.html> (03.07.2011).

39 Cf. McDevitt, Johnny: Jordanians protest against soaring food prices, *The Guardian*, 15.01.2011, online at: <http://www.guardian.co.uk/world/2011/jan/15/jordanians-protest-over-food-prices> (03.07.2011).

40 Cf. Kheetan Thameen: Protesters call for fighting corruption, speeding up political reforms, *Jordan Times*, 17.04.2011, online at: <http://www.jordantimes.com/index.php?news=36600> (03.07.2011).

41 Cf. Jordan tribes slam 'crisis of authority', *Ahram Online*, 07.02.2011, online at: <http://english.ahram.org.eg/News/5095.aspx> (03.07.2011).

42 Shryock mainly refers to the late King Husayn; cf. Shryock, Andrew: Dynastic Modernism and Its Contradictions: Testing the Limits of Pluralism, Tribalism, and King Hussein's Example in Hashemite Jordan, *Arab Studies Quarterly*, Vol. 22, No. 3, 2000 (pp. 57-79).

43 This strategy of divide-and-rule has been described as one particular feature of Arab monarchies (cf. Anderson, Lisa: Dynasts and Nationalists – Why Monarchies Survive, in: Kostiner, Joseph (ed.), *Middle East Monarchies. The Challenge of Modernity*, Boulder, 2002 (pp. 53-69)). However, it can also be observed in presidential republics (cf. Wedeen, Lisa: *Ambiguities of Domination. Politics, Rhetoric, and Symbols in Contemporary Syria*, Chicago, 1999) and is therefore not exclusive to monarchical rule.

44 Cf. Al-Husban, Abdel Hakim: The Place of Local Councils in the Power Network: A Case Study of the North of Jordan, *Orient*, Vol. 46, No. 4, 2005 (pp. 565-580); Bank, André / Schlumberger, Oliver: Jordan: Between Regime Survival and Economic Reform, in: Perthes, Volker (ed.): *Arab Elites. Negotiating the Politics of Change*, Boulder, 2005 (pp. 35-60); Lenner 2008.

45 Cf. Lenner, 2008 (pp. 77-90).

46 Cf. Ryan, 2010.

47 Cf. Investments to be directed to governorates – Bakhit, *Jordan Times*, 14.04.2011, online at: <http://www.jordantimes.com/?news=36469> (03.07.2011).

48 Cf. Government committed to providing services, *Jordan Times*, 14.04.2011, online at: <http://www.jordantimes.com/?news=36513> (03.07.2011).

49 Cf. Ghazal, Mohammad: Royal Pardon under consideration – King, *Jordan Times*, 15.04.2011, online at: <http://www.jordantimes.com/index.php?news=36549> (03.07.2011).

50 Cf. *Al-Malik yaltaqi wujaha' wa-shoyookh wa-abna' qabilat al-'Adwan* (The King meets Notables and Shuyukh and Members of the Adwan Tribe), *Ammon News*, 11.04.2011, online at: <http://ammonnews.net/print.aspx?Articleno=84786> (03.07.2011).

51 Interview in Finan, Wadi Araba, 16.4.2011.

52 Interview in Ma'an, 13.05.2009.

53 cf. Bayat, Asef: Activism and Social Development in the Middle East, *International Journal of Middle East Studies*, Vol. 34, No. 1, 2002 (pp. 1-28).

54 Interviews and informal conversations conducted by the authors in Amman, Wadi Araba and Ma'an, April 2011.

55 Cf. Kheetan, 2011.

56 Cf. Damra, Anas: Hundreds in Downtown & Madaba Call for Sacking Gov't, *Journalist's Release* (video), *Ammon News*, 3.6.2011, online at: <http://en.ammonnews.net/article.aspx?articleNO=12189> (03.07.2011).

57 Cit. in: Ryan, Curtis R.: The King's Speech, *Foreign Policy - The Middle East Channel*, 17.6.2011, online at: http://mideast.foreignpolicy.com/posts/2011/06/17/the_kings_speech (03.07.2011).

58 cf. Muasher, Marwan: A Decade of Struggling Reform Efforts in Jordan. The Resilience of the Rentier System, *The Carnegie Papers*, Washington DC, May 2011.

59 Cf. Hazaimah, Hani and Abdul Rahman, Emad: King entrusts Bakhit to form new Government, *Jordan Times*, 02.02.2011, online at: <http://www.jordantimes.com/?news=34101> (03.07.2011).

60 Cf. Watkins, Jessica: MPs: Mass-Resignation Motion, Rejection of Election Law Changes, *Ammon News*, 23.05.2011, online at: <http://en.ammonnews.net/print.aspx?Articleno=11877> (03.07.2011).

61 Cf. Malkawi, Banan and Jaghbeer, Eyad: Friday's Attacks Stir Mass Resignation from National Dialogue Cmt., *Ammon News*, 26.03.2011, online at: <http://en.ammonnews.net/print.aspx?Articleno=11772> (03.07.2011).

62 For an overview of the several government reshuffles and Royal reform initiatives since 2000, cf. Muasher, 2011. A substantial revision of the election law, for example, was included in almost every such committee; to date, however, there have been no alterations to its basic setup.

63 Cf e.g. Bataineh, Khalid: *Li-ghayaat takhfeef al-ihitiqaan al-sha'bi fi-l-urdun: mustawa khatabi jadeed bi-mubarakat al-nizaam* (For the purpose of easing popular resentments in Jordan: new level of rhetoric with the blessing of the system), *Ilaaf*, 05.03.2011, online at: <http://khalidbataineh.elaphblog.com/print.aspx?u=5821&a=83491> (03.07.2011); Kheetan, 2011.

64 Cf. Jaraysheh, Wael: Jordan's south rages against Gov't, *Ammon News*, 10.6.2011, online at: <http://en.ammonnews.net/article.aspx?articleNO=12312> (03.07.2011).

65 Cf. Abu-Rish, 2011.

66 Cf. Tarawneh, Naseem: The Reforms the King Wants, *The Black Iris*, 31.03.2011, online at: <http://www.black-iris.com/2011/03/31/the-reforms-the-king-wants/> (03.07.2011).

Steffen Hagemann & Shelley Harten

The Lieberman Syndrome

„Hear O Israel!

Your one and only hope is you yourself

There's nothing worse or more worthy of shame

Than being the object of attack

Throw away your despicable abasement

So that in its place will grow

Strength in your muscles

Manliness and pride in your heart.

Whoever's not on your side, cast them out

They deserve nought but torture

Mi li mi li im en ani li?

Together, brothers, forward march!“

Jabotinsky, 1904¹

In 1993 the Israeli Prime Minister Benjamin Netanyahu declared: “Here in a nutshell is the main problem of achieving peace in the Middle East: except for Israel *there are no democracies*. None of the Arab regimes is based on free election, a free government, civil rights and the rule of law.”² In 2011 the Arab protest movements demand precisely this democratization stipulated by Netanyahu. Instead of embracing these calls for justice, dignity and freedom, the Israeli Prime Minister backed Mubarak until the last possible moment and emphasized the tremendous threat the protest movement is allegedly posing to Israel and the peace treaty between the two countries.³ The demand for democratization was always, as it becomes apparent now, mere rhetoric aimed at de-legitimizing the effort of the Israeli left to reach a peace agreement with the Palestinians.

Israel always had two preconditions for an agreement with its Arab neighbors: the Arab signatory should put an end to the conflict and have the capabilities to effectively combat any terrorist activity. Accordingly, Mubarak, though considered to be cold and aloof, met the fundamental Israeli requirements. The Netanyahu government and the Mubarak regime shared a common patronizing attitude towards the ‘Arab street’ and, as it seems today, had a common interest in exaggerating the threat posed by the Muslim Brotherhood. The outcome of recent elections in Lebanon and Palestine has further strengthened this Israeli preference for continued authoritarian regimes. This essay examines the ways in which the dominant security discourse in Israel strengthens anti-democratic tendencies within the country while simultaneously inhibiting an open approach within Israeli society to developments in the Arab world. Though the riddle of what will happen after the overthrow of the respective oppressive regimes still needs to be answered, Europe and the United States have agreed on a cautious yet clear line of enthusiastic support of the revolutionaries. The Israeli government and most of the Israeli media however lack the exuberance of their Western partners and stay faithful to their role as a security paranoid apparatus.⁴ In a climate of keeping the occupation bureaucracy alive, the Gaza blockade intact, of dealing with the constant threat of rockets in the Israeli South and facing new terrorist attacks, Israeli attention does not cross its society’s borders.⁵

The silence of the Israeli public is one aspect in dealing with Israel’s reaction on the unrest in the neighbouring countries. Another momentous dimension is that while people demand democracy around it, Israeli politics increasingly reverse to anti-democratic tendencies, such as questioning the loyalty of its citizens, threatening NGOs and racism. Both the demure attitude in face of the upheaval and those said trends have their roots in the absolute priority Israelis apply to their security. And by “their”, we mean the Jewish Israeli security, as propagated by politicians such as Avigdor Lieberman.

Lieberman is the current Minister of Foreign Affairs and Deputy Prime Minister. He is the leader of the far right Yisrael Beitenu party, was born in Moldavia, immigrated to Israel, went to the army, lives in the West Bank settlement Nokdim and has been accused of being corrupt on several occasions. His ideology is based on Jabotinsky’s revisionist Zionism, as stated in the citation above. Ze’ev Jabotinsky was the founder of the Jewish self-defence organization in Odessa as well as the revisionist Zionist movement in the 1920s. He believed that the survival of the Jewish people depends on a strong and militarily uncompromising state with a Jewish majority. Today, the success of Avigdor Lieberman is

symptomatic for Israeli society and politics in several aspects.⁶ His politics convey an exaggerated far right version of mainstream security governance and show the readiness of Israelis to give up on humanistic and democratic traits in favour of security politics. A recent poll suggests that while there is broad support for the assertion that Israel must remain democratic, nevertheless the Israeli democracy is considered weak and ineffective in light of the security threats. As a consequence 60% of the Israeli public ascribes advantages to an authoritarian government and a strong leadership. 86% of the Jewish public believes that critical decisions for the state should be taken by a Jewish majority only and half of the respondents maintain that Israel is entitled to encourage Arabs to emigrate from Israel.⁷ Subsequently, the Arab pro-democratic tendencies work in favour of Liebermanism, as they add fuel to the Israeli fear of insecurity. As a consequence, regional embedding or a renewed viable peace process seems to have little chance to succeed.

“Only Lieberman understands Arabic”

One of Yisrael Beitenu’s famous slogans is “Only Lieberman understands Arabic”, meaning that the right wing party will not be deceived by cunning enemy politics. The slogan suggests that no matter how democratic or ‘civilized’ Arabs may seem to act, their motives are dangerous and anti-Israeli. Furthermore, it means that those speaking Arabic are different, not part of the community and should as such not be equal citizens of the state.

The changes in the region have not only reshuffled political regional patterns, but also changed common Western perceptions of Arab people as being apolitical, corrupt, antidemocratic and Islamist. As Slavoj Žižek pointed out before the fall of Mubarak the Egyptians are fighting for universal values without resorting to sectarian politics.⁸ It may even be coined as the much longed for contra-Orientalist proof of post-colonial scientists. However, in the spirit of Lieberman’s slogan, many Israelis believe that the democratic movements are a deception for Islamist politics of the Muslim Brotherhood.⁹ Not all Israelis share the view that “Arabs are not capable and prepared for democracy” or “unified by (genocidal) anti-Semitism”, as the right-wing journalist Caroline Glick has characterized the Arab world.¹⁰ Nevertheless the widespread negative Israeli reaction to the overthrow of authoritarian rulers by popular protest was motivated by fear. Fear that the Muslim Brotherhood may come to power and hijack the revolt as happened previously with the Iranian revolution in 1979, fear of spreading regional

instability, fear that the peace treaty may be scrapped and that Hamas will be strengthened.¹¹ Indeed, peace with Egypt - though cold and limited in scope, had an immense strategic and psychological value for Israeli society. It subtracted the strongest Arab army from the military balance of power and, maybe even more importantly, it relieved the Israeli sense of encirclement and demonstrated that peace is possible. Additionally, it maintained the illusion of Israeli and US control or influence in the region, which has crumbled under the strain of the protests and new governmental formation processes. In an effort to regain control, Lieberman and Netanyahu have asked those who are providing military help to Libyan rebels to turn such aggressive policies towards the Hamas in Gaza, Iran and Syria.¹²

The Israeli reaction to the Arab revolt indicates how pervasive the ethos of fear has become in Israeli society in recent years. Since the failure of the Oslo peace process and the outbreak of the second Intifada, the Israeli security discourse has re-framed Israel’s regional situation as being alone, surrounded by enemy states, being under constant threat. This discourse of fear and power has a tremendous influence on how Israelis perceive developments within the Arab world: it increases the expectation of threat and danger, sensitizes attention to threatening cues and gives priority to process information about potential threats.¹³

“No Loyalty – no Citizenship”

The Israeli government has recently passed a law, which allows investigations of left wing NGOs and their financial sources with the aim of debunking potential activities against the state. Another of Lieberman’s political aims, which progressively passes all necessary parliamentary steps, is to withdraw citizenship to all those disloyal to the Israeli state. Up to date this would mean that Orthodox Jews and Arab citizens would have to either enlist in military or provide social services as well as all citizens having to swear an oath of allegiance to the Jewish state with an emphasis on the Jewish character of the state. As yet the definition of loyalty, as well as the Jewish character of the state, remain nebulous.

Demanding such a pledge, however, is an act that signals perceptual changes in Israeli society. Formerly, being a citizen was a self-understood privilege. An Israeli was part of a national family and could count on being rescued by the Israeli state no matter how difficult the circumstances.¹⁴ The conditional variation in conjunction with the demand for loyalty gives the state power over the decision

of who is worthy of its services and who needs to be punished for not singing the same tune. Although, the phenomenon of being called a traitor to the Zionist cause is not new, it has never given cause to exclude citizens from the democratic process. In public opinion, Lieberman can rely on a broad majority supporting this exclusionary proposal. Almost two third of the Jewish public favour the declaration of loyalty as a condition for citizenship.¹⁵ Israeli left wing organizations counter those tendencies by forming a coalition and organizing pro-democratic demonstrations with the slogan “because it is still possible”. Additionally, even Tzipi Livni, head of the oppositional Kadima party, has voiced concern for Israel’s reputation abroad.¹⁶

Lieberman: “I very much favour democracy, but when there is a contradiction between democratic and Jewish values, the Jewish and Zionist values are more important.”¹⁷

This 2006 citation shows that Lieberman has his priorities set. It is unclear what he means with Zionist and Jewish values. Unquestionable, however, is his all encompassing aim to protect the Jewish nation going hand in hand with the Israeli tradition of security primacy.

As exemplified by the citation of Jabotinsky’s poem from 1904 the political climate conditioning the Israeli tortoise formation has its roots in early Zionist discourse. The Zionist project itself, the experience of pogroms in Eastern Europe, the struggle against the British Mandate, the Holocaust, the wars of 1948, 1967 and 1973 as well as experiences of terrorism have all lead to a mentality of intense security paranoia. To prove the point it needs to be mentioned that the first apparatuses of the new Iron Shield program, a supposedly unparalleled anti-missile protection system, have been recently installed in the southern city of Beer Sheva.¹⁸ By linking the mentality of security to ethnic premises, Lieberman voices a rationale that explains why the regional developments are seen only from their potentially dangerous perspective.

Populated Area Exchange Plan

For Liebermanites the only consequence and answer to what is happening in the neighbouring countries is to re-enhance their tortoise formation of an ethnically pure Jewish country. They aim to exchange territories along the green line with dense populations. In the process, Palestinian-Israelis living on

the border will be forced to abandon their Israeli citizenship and become citizens of the Palestinian state. Demographically, Lieberman hopes, this would mean that an absolute and eternal majority of Israeli citizens will be Jewish. He believes that the reason for the conflict has nothing to do with land issues, but is a usual squabble between ethnicities and religions and can thus be solved by separation.¹⁹

Although Prime Minister Netanyahu does not join into Lieberman’s blunt chorus, he did make clear during his visit to the United States in May 2011 that he does not believe in a return to the 1967 pre-war borders, due to security reasons.²⁰ In view of the Populated Area Exchange Plan, which has not yet passed political recognition but is, to say the least, not widely criticized, it is not surprising that the outlook on the surrounding developments is absolutely inward oriented with a highly mistaken perception of internal Arab affairs.

Indeed, the Egyptian public was highly critical of Mubarak’s policies towards the Israeli-Palestinian conflict and a continued Egyptian Gaza blockade seems unfathomable under a new Egyptian government, as the recent easing of some Rafah border restrictions indicates,²¹ but the Israeli public largely failed to understand that the Egyptian revolt concentrated on Egyptian affairs only with little reference to foreign policy. Anti-Israeli and anti-American slogans were only marginally present and it was the Mubarak government itself that had spread conspiracy theories hinting at Israeli and/or American involvement in the demonstrations, thus trying to de-legitimize the movement.²² Both the Israeli establishment and large parts of the Israeli public paid only little attention to internal political developments in the Arab states, relying on long-held beliefs and stereotypes about ‘the Arab world’.

Avigdor Lieberman and his followers have built upon existing characteristics of Israeli politics, but have combined them to a toxic political mentality with the symptoms of security centred ethnic discrimination and conditional citizenship, not trusting anyone, least of all the democratic process. While the people of Egypt have successfully overthrown a security intelligence encumbered, anti-democratic and paralytic government, Liebermanism takes hold of Israeli society.

Notes and References

- 1 Jabotinsky, Ze'ev: Introduction to „Kh. N. Bialik: Mart 1904. Pered Paskhoi“, in *Evreiskaia zhizn'* 11, 1904 (pp. 160-162), cited in: Stanislawski, Michael: *Zionism and the Fin de Siècle*, Berkeley, 2001 (p. 188).
- 2 Netanyahu, Benjamin: *A Place Among the Nation*, New York, 1993 (p. 248) (emphasis in original).
- 3 eg. Ravid, Barak : Israel urges world to curb Criticism of Egypt's Mubarak, *Haaretz Newspaper*, 31.01.2011, online at: <http://www.haaretz.com/print-edition/news/israel-urges-world-to-curb-criticism-of-egypt-s-mubarak-1.340238>.
- 4 eg. Cohen, Amit: The Day after Assad: Who will try to rule Syria (Hebrew), *NRG Newspaper*, 27.03.2011, online at: <http://www.nrg.co.il/online/1/ART2/226/124.html?hp=1&cat=669>.
- 5 eg. Benn, Aluf: Israel remains blind to the Arab revolution. *The Guardian Newspaper*, 28.03.2011, online at: <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2011/mar/23/israel-blind-to-arab-revolution>.
- 6 On Avigdor Lieberman's Yisrael Beiteinu website it is said that he leads an "all-Israeli life". He "represents everything that is good and meaningful in a Jew living in a Jewish state". Online at: <http://www.beytenu.org.il/>.
- 7 Asher, Arian et al: *Auditing Israeli Democracy. Democratic Values in Practice*, The Israel Democracy Institute, Jerusalem 2010 (p. 18 f.).
- 8 Al Jazeera, Riz Khan: Egypt: Tariq Ramadan & Slavoj Zizek, *Al Jazeera TV Show*, 03.02.2011, online at: http://english.aljazeera.net/programmes/rizkhan/2011/02/201123_8843342531.html.
- 9 See for example Haber, Eitan: My tears for Mubarak, *YNET Newspaper*, 13.02.2011, online at: <http://www.ynet.co.il/english/articles/0,7340,L-4027802,00.html>.
- 10 Glick, Caroline B.: Column One: Israel and Arab democracy, *Jerusalem Post Newspaper*, 04.02.2011, online at: <http://www.jpost.com/Opinion/Columnists/Article.aspx?id=206685>.
- 11 Lastly see Benjamin Netanyahu's speech to a Joint Meeting of the U.S. Congress, 24.05.2011, online at: <http://www.pmo.gov.il/PMOEng/Communication/PMSpeaks/speechcongress240511.htm>.
- 12 eg. Harman, Danna and Lis, Jonathan: Lieberman and Netanyahu call for support, *Haaretz Newspaper*, 25.03.2011, online at: <http://www.haaretz.com/print-edition/news/liberman-and-netanyahu-call-for-support-1.351669>.
- 13 See for example Bar-Tal, Daniel: Why Does Fear Override Hope in Societies Engulfed by Intractable Conflict, as It Does in the Israeli Society?, in: *Political Psychology*, Vol. 22, No.3, 2001 (pp. 601-627); Hirschberger, Gilad: Vernichtungspsychose: Wie Existenzangst den Gewaltkreislauf antreibt und wie damit umgegangen werden kann, in: *israel&palästina Magazine*, No. 1, 2011 (pp. 48-60).
- 14 The struggle surrounding the kidnapped soldier Gilad Shalit is exemplary.
- 15 Asher, 2010 (p. 82).
- 16 Etaeli, Amitai: The Left Against Lieberman: Pro-Democracy Demonstration, *Maariv Online Newspaper NRG*, 11.01.2011, online at <http://www.nrg.co.il/online/1/ART2/199/322.html>.
- 17 Cited in Lynfield, Ben: The Rise of Avigdor Lieberman, *The Nation Magazine*, 14.12.2006, online at: <http://www.thenation.com/article/rise-avigdor-liberman>.
- 18 eg. Pfeffer, Anshel : Israel deploys iron Dome missile defense system for first time, *Haaretz Newspaper*, 27.03.2011, online at: <http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/israel-deploys-iron-dome-missile-defense-system-for-first-time-1.352100>.
- 19 Answer-Question with Avigdor Lieberman (Hebrew), *Haaretz Online Newspaper*, 28.03.2009, online at: <http://www.haaretz.co.il/hasite/pages/QAHeb.jhtml?qaNo=135>.
- 20 Beaumont, Peter: Netanyahu's rejection of Obama's 1967 border deal leaves peace talks in tatters, *The Guardian*, 21.05.2011, online at: <http://www.guardian.co.uk/world/2011/may/21/netanyahu-rejects-obama-1967-borders>.
- 21 Cody, Edward: Egypt likely to face more difficult relations with Israel, U.S., *Washington Post Newspaper*, 30.03.2011, online at: http://www.washingtonpost.com/world/egypt-likely-to-face-more-difficult-relations-with-israel-us/2011/03/28/AFJA6e4B_print.html.
- 22 International Crisis Group: *Popular Protest In North Africa And The Middle East (I): Egypt Victorious?*, Cairo/Brussels, 2011 (p. 8 f.).

Imad Alsoos

The Palestinian National Movement in the Context of the Arab Spring: An Internal Perspective

Since Hamas's electoral victory in 2006, the Palestinian National Movement has entered a new phase of confrontations between the two major factions Hamas and Fatah. Fatal clashes, mainly in June 2007, culminated in a political split¹ between the West Bank and Gaza. Due to the colonial conditionality of the 'peace process', the 'westernized' Fatah faction was favored by major players in the region such as the USA, the EU and Mubarak's Egypt, regardless of the extent to which its political existence was based on legitimacy. Speaking from the standpoint of the Palestinian people, the division has been mainly considered to be a major obstacle to effectively ending the occupation and establish a Palestinian state. Therefore, reconciliation between both factions has long been a public demand. Against this background, the Arab revolts opened an entire array of new opportunities and constraints which translated this demand into action and eventually led both factions to sign the 'reconciliation' agreement in May 2011.

This paper will analyze the Palestinian political context along two dimensions. I will first illustrate the political developments between Fatah and Hamas after the political split in 2007, focusing particularly on how both factions have tried to de-politicize opponents through coercive means and how they thereby constituted a proponent civil society (vis-à-vis an opponent civil society) that meets their political goals. This analysis will shed light on the extent to which the political stalemate has polarized both factions, placing them in two opposite corners with hardly any way out. Secondly, I will specify the effects of recent developments in the region for the Palestinian political context. My question concerns how they have created both specific political opportunities as well as political constraints leading to the 'reconciliation' agreement. The success of this reconciliation agreement will heavily depend on the course of events rather than a definite political solution.² Finally, I will illuminate the significance of the Palestinian youth and their social networks with respect to their potential importance as mediators between structure opportunities and human agency.

West Bank and Gaza under Authoritarian Rules

The Deposed Government in Gaza (led by Hamas) and the Palestinian Authority (PA) in the West Bank (led by Fatah) have used a variety of means to discourage political opposition. Since the split in 2007, they have rewarded and allocated material resources to those who play by the rules whilst at the same time deploying the security forces against those who do not. The common strategy of both governments was to suppress active members of opponent parties (mainly Hamas in the West Bank and Fatah in Gaza) on all levels. Any active social or political activity has been considered to be a potential challenge, which must be suppressed, based on a zero-sum-game. As a result, the political split has fostered a severe social split among Palestinians, mainly in Gaza.³ Both parties have developed into authoritarian parties which have tremendously widened their control on civil society.⁴

Trying to Turn Civil Society Loyal

In the West Bank, the PA shut down dozens of charities and zakat (Islamic tithes) committees that were considered to be affiliated with Hamas. Dismantlement of Hamas's institutions has aimed to uproot the infrastructure of Hamas, closing down schools, clinics, kindergartens, etc.⁵ These institutions came to be seen as part of the set of reasons why Hamas gained such an overwhelming political and social impact. Accordingly, Ramallah's government spokesperson, Riad Malki, tried to justify the closing of 92 charities in December 2007 by saying: "[Hamas] transformed the charity committees into financial empires to serve their political ends and activities." The charities' financial funds and resources, which were, in fact, mainly allotted to serve the poor, were passed on to 11 committees formed by the government.⁶ In many cases, the PA intervened to replace official boards of institutions thus violating article 22 of the Associations Law by appointing committees external to the general assemblies.⁷

The formation of new institutions was controlled by the Registration Department which, in turn, directs the respective applications to the security apparatuses to hear their final word, their so-called 'security clearance'.⁸ In its annual report in 2009, the Independent Commission for Human Rights (ICHR) observed in the West Bank that a total of 182 applications were submitted to the NGOs Registration Department of which 157 were approved and 25 others processed. This delay of approval is meant to slow down the decision making process during the so-called 'two-months waiting period', specified by

the Association Law. Since the Association Law does not refer to the necessity of ‘security clearance’ and does not further provide exceptions for institutional delays⁹, the applications older than two months are no longer valid. The rationale behind these bureaucratic intricacies becomes clear in the light of past experiences with Hamas during the Oslo interim period in the late 1990s. At this time, Hamas applied for another institution to carry out the very function of the institution, which had been closed down by the PA. In an interview with Aljazeera satellite TV¹⁰, the founder of Hamas, Sheikh Ahmad Yassin, iterated that this lawless action was meant to depoliticize any “opponent” or “disloyal” civil society.

In addition, both governments attempted to harden their grip on the universities, which, throughout Palestinian history, have played a crucial role in gaining political legitimacy and forming an engaged civil society. The Deposed Gaza Government fired Al-Aqsa University’s president and appointed a partisan president. The Internal Security Apparatus suppressed a reactionary labor strike by a number of university professors.¹¹ Two years earlier, 2007, the government had dominated the College of Technology and Science in Khanyounis (located in the south of Gaza). Many students protested against this interference by leaving the college.¹²

In 2010, the head of United Nations’ Relief and Works Agency (UNRWA) in Gaza, John King, pointedly summarized the ongoing encroachment by Hamas and Fatah by asserting that the Palestinian factions have favored politics over education: “Politics comes first, and then comes education”.¹³ This statement also served as a reference to the activity of a number of public school teachers in Gaza, who boycotted teaching and, by proclaiming their affiliation with Fatah, still receive salaries from the Ramallah-based government.¹⁴

De-Politicization of Opponents

Since the political split became a reality, both factions have lacked the necessary legitimacy to rightfully claim effective control. This fact explains both their eagerness to gain control over political and social actors and the reason why their legitimacy shrunk immediately after they seized power; for although both factions tried to mold civil society respectively, public reason soon found ways to undermine their attempts. As a consequence, they have ultimately relied on coercive means in order to effectively occupy and block specific political and social discourses. Any kind of disobedience was strongly suppressed by

means of employing material means, including direct corporal punishment and imprisonment. The intended effect was what I call “depoliticization” – the active diversion of social engagement and the neutralization of political interest not in line with either Hamas’s project of resistance or the project of negotiation and security coordination with Israel adopted by the PLO.¹⁵

In both parts of Palestine, human rights agencies have monitored extra-judicial and arbitrary arrests of active opponents without due process (see table A). In Gaza, ICHR registered 236 political prisoners taken by the Internal Security Forces of the Deposed Government. The arrest campaign targeted mainly Fatah activists. In addition, ICHR received hundreds of complaints against the Security Forces. In the West Bank, ICHR monitored hundreds of arbitrary arrests and received 728 complaints against security agencies.¹⁶ Arbitrary arrests by the PA are a clear violation of the EU/PA Action Plan, which is supportive of democracy, the rule of the law and independent judiciary.¹⁷

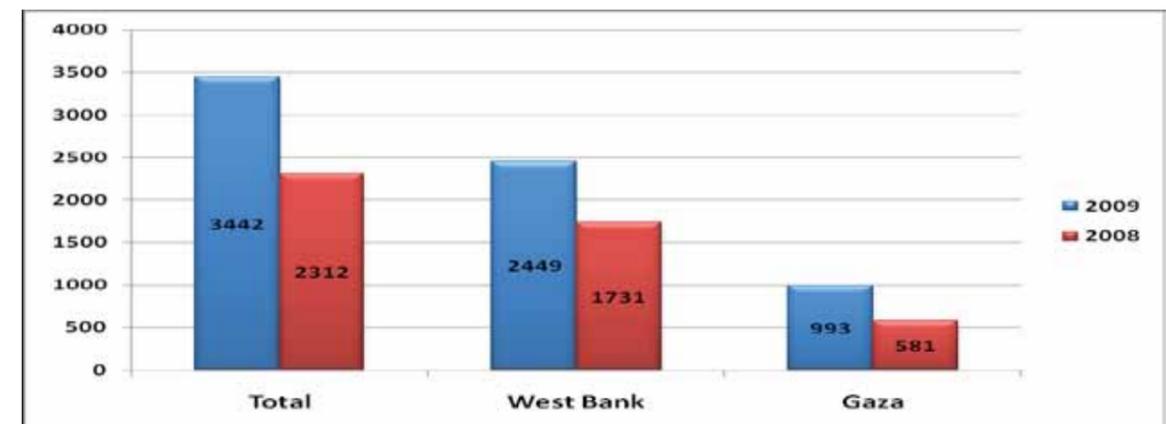


Table A: Number of complaints in the West Bank and Gaza Strip in 2008/9¹⁸

In Gaza, Hamas suppressed big clans such as the Hillis and Dogmush, which are traditionally loyal to Fatah. As a result of the deterioration of the central authority due to renewed confrontations between Israel and the Palestinians, which most importantly include the continuing Israeli attacks on Police headquarters, which started in 2000, militant groups and clans have filled the void. As an effect of the split, clans loyal to Fatah were not strong enough to play more significant roles and the area was swept by violence and disorder. This development also took place because, directly following the split, some clans sought to guarantee their political and social position by isolating their neighborhoods and forming militias (which had partially already existed before the split).¹⁹ In doing so, they threatened Hamas

directly. Hamas, in turn, reacted by forcefully restoring order, being afraid that these clans would instrumentalize any instability to weaken its rule.

Clans in Gaza can be described as being “a double-edged sword. By providing a social safety net to numerous needy Gazans in a time of uncertainty, they helped prevent a total collapse. Yet they simultaneously contributed to the mounting disorder. Although they have filled the void resulting from the judiciary’s breakdown, they have done more than most to promote lawlessness.”²⁰ In general, it is a significant amount of Gazans²¹ which holds these clans responsible for the lack of security and order and (mainly in Gaza City) for their ‘extra-judicial’ actions. Family regimes established themselves; loyalty was enacted along family lines. As a result, many Gazans voted for Hamas hoping they could effectively weaken the clans. By weakening big and strong clans, Hamas wanted to declare the ‘end’ of the ‘normative’²² law imposed by clans throughout Gaza, back before Hamas had taken power. However, Hamas’s attack on these families failed to improve the situation, its political actions instead polarized the society even more and alienated Hamas’s own electorate. In fact, the political split resulted in and enforced the social split between the clans loyal to the Ramallah-based government and Hamas itself.

In addition to the challenge enacted by powerful clans, radical Islamic groups, mainly al-Salafiya al-Jihadiya (Salafi-Jihadis) also posed a threat to Hamas’s rule. Since the announcement of its birth in 1987, Hamas has presented itself as being both Islamic and a resistance movement. It has since been a movement, which Islamized the society from below through grass-roots institutions and da’wa practices.²³ Therefore, after coming to power in 2006, Hamas had no project to equally govern the society from above.²⁴ As a first step, very much to the displeasure of other Islamic groups such as Islamic Jihad, Hamas turned the ceasefire into a constant political reality. These predicaments led more radical groups (even Jaljalat as a formation inside Hamas)²⁵ to challenge Hamas’s political power. It is this rise of radical Islamists, provoked by the blockade, the political split and the war on Gaza 2008/9, which has led some Israeli politicians to mistakenly refer to Gaza as “Hamastan”.²⁶

Palestinians ‘Obeyed’, But did not Comply

Regardless of the attempts to de-politicize civil society, it was only obedience both factions gained. And neither of them could turn this mainly external obedience (through coercion) into compliance. Hamas’s

Islamic-nationalist ideology, although trying to link resistance to authority, could not provide strong political rituals and values specific to its own dominance. Much the same applied to Fatah’s model in the West Bank that favored negotiations and security coordination with Israel.

After Hamas took over, it was not able to justify specific values and symbols as was the case before the elections when Hamas successfully occupied the public space as an Islamic and resistance movement. According to Hamas’s opponents in Gaza, Hamas’s iconography as an Islamic and resistance movement has become less credible.²⁷ Firstly, as an Islamic movement, Hamas has clashed with other Islamic movements such as Islamic Jihad and the Salafi-Jihadis who want to establish an Islamic state. In addition, Hamas had to play an important role in a secular system forming part of and leading to the National Unity Government. In general, the government’s own electoral program has already been highly secular and inclusive which explains why it could accept the former agreements between the PLO and Israel. Secondly, although Hamas has not dropped resistance as a strategy to liberate Palestine, it decided to enforce hudna (ceasefire), which led to clashes with armed groups that did not want to comply with the ceasefire. In many cases, Hamas is facing the same difficulties that the PA faced when dealing with Hamas between 1994-2006. Today, Hamas’s rule in Gaza has decreased very significantly in popularity.²⁸

In the West Bank, the majority of the people complied with the political itinerary of state building and maintaining order and security. However, similar to its counterpart in Gaza, Fatah’s negotiations and security coordination with Israel did not see any success in producing broad public support, in fact quite the contrary. Given the continued occupation, the ongoing building of settlements, the Judaization of East Jerusalem, and the dysfunctionality of the PA, this political model has long been regarded as a failure.²⁹

To sum up, both factions did not succeed in normatively managing the public space and politicizing it in a specific fashion. Actions and discourses critical of both models increasingly came to challenge Hamas and Fatah. As will become clear, the public’s dissatisfaction became more and more creative, made use of new ways of thinking conceived during the Arab spring and eventually forced Hamas and Fatah to enter more serious reconciliation talks. At the forefront of the contemporary Palestinian civil society were groups and networks which turned the political and social split into the ultimate politi-

cal priority, such as the “Popular Committee for Ending the Division”. Eventually, this movement was strengthened by what happened in other Arab countries.

Impacts of the Arab Spring on the Palestinian Political Context

The revolutions in the Arab world are drawing a new political picture in the Middle East, with Palestine in no way being an exception. These revolutions, mainly the Egyptian, and their participating youth networks have created both new political opportunities and political constraints for the two major Palestinian factions. Both dimensions, the regional developments and the Palestinian public, have worked together to change the political landscape in Palestine. Specific political opportunity structures directly resulted from regional changes. In addition, mobilization structures and framing processes (of grievances, for instance) were reworked by the Palestinian public, mainly by its youth social networks.

On the one hand, the Israeli war on Gaza 2008/2009 and the difficulties in reconstructing the basic infrastructure pushed Hamas to sign the reconciliation agreement. In addition, the contestation of Assad's regime in Syria, where the Hamas Political Bureau is still located³⁰, put new constraints on Hamas. On the other hand, however, the initial political opportunity arrived with the fall of Mubarak's regime which had always favored Fatah over Hamas (for internal reasons, mainly the Muslim Brotherhood). In fact, the ‘new’ Egypt has struck a balance between both factions. Fatah, on the other hand, had not achieved any progress in the ‘peace process’, if anything the contrary. An additional constraint came from the absence of any political support from the Obama administration (the US used its veto power against the UNSC resolution denouncing Israeli settlements)³¹ and the demise of Abbas's major regional ally.

Other constraints (which could be considered opportunities as well) came from social youth networks. Inspired by regional youth networks, Palestinian social youth networks have transformed political and social opportunities into action. They mediated structure and human agency using the slogan “The People Want to End the Division” which had made the reconciliation process a more persistent public demand that, in turn, made immediate reactions by both factions necessary.³² In this vein, and after 4 years of political division, Hamas and Fatah have accelerated negotiations that culminated in an unexpectedly realistic ‘reconciliation’ agreement.

I argue that, most importantly, it is the social youth networks, facilitated and displayed by the Arab revolts, which are going to play a significant role in the political process of the region. Characteristically, they give rise to a national subjectivity that transcends political cleavages. While the content of their desire is local, the form they take is transnational. That these social youth networks have already transformed the political landscape of Palestinian thinking is manifested by the massive protests by Palestinian refugees recalling the Nakba and Naksa³³ along the borders between historical Palestine and Lebanon and/or Syria. These developments mark a new era of collective movements which can create opportunities and translate them into social and political actions.

Youth Social Networks

Theorizing the concept of social networks, Mario Diani argues that “specifying social networks will strengthen our knowledge of collective action by clarifying mechanisms and dynamics, by bridging structure and agency, and by bringing meanings and culture back into our micro-models of collective action through a phenomenological conception of networks”.³⁴ Theorizing the role of youth social networks in the Middle East will be of central interest for scholars of political science. To what extent social youth networks have transformed political opportunities and succeeded in mobilizing massive protest is in need of further investigation and data analysis, which go beyond the limits and aim of this article. What I will do, however, is to specify Palestinian social youth networks as a new phenomenon that impacts current and prospective political changes in Palestine. These networks are no longer triggered by political opportunities, but rather create these opportunities themselves, as becomes apparent in Egypt, Yemen and Syria.

As in other Arab countries, youth networks in Palestine broke the ‘wall of fear’ imposed by suppressive regimes. Their political subject became the united subject; they wanted to end the political and social split and in this attempt they have been smarter than the ruling factions. For instance, a youth social network, called “the Knight of True Love and Wishful Future” (Forsan al-Hob as-Sadeq wa al-Gad al-Ma'mul), emulated the dynamics of the youth in Cairo's Tahrir Square, breaking the ‘wall of fear’, claiming: “We are on hunger strike and we will not end it or leave the al-Manara Square until the split ends”.³⁵ The network organized the sit-in of an open hunger strike in Al-Manara, the main square in Ramallah. Their demands followed a similar rhythm and rhyme as the Egyptian slogan “the people

want to overthrow the regime,” which they turned into: “The people want to end the division!” In addition, these networks have removed potential social pressure on prospective participants (“if you go, I will go too”).³⁶

This new wave of youth networks is both national and transnational, local and universal. Ideas, techniques and dynamics emigrate from one country to another, posing a challenge to all regimes in the Middle East. Under Israeli pressure, Facebook removed a Palestinian social youth network called the “Palestinian Third Intifada” from the web. This group was founded in March 6th, 2011 and reached 350,000 participants in only a few days. Facebook accused the network of explicit encouragement of violence, an assertion which does not hold true if one carefully reads the comments before the website was deleted. Basically, this group was emulating other regional networks and called for an Intifada which was not armed like the Second Intifada. On the contrary, rather than ‘violence’ being a favorable tool to overthrow the occupation, massive protest rated as the prevalent criterion for effective protest strategies. As a reaction, more than 5 different “Palestinian Third Intifada” social networks formed. One among them, “The Palestinian Third Intifada, the Alternative Page,” continuously called for public demonstrations on May 15th. In general, this website is singing the same tune as many youth networks from across the region. Other versions of the “Palestinian Third Intifada” called upon Palestinians around the world to commemorate the 44 years of the occupation in Gaza and the West Bank since June 5th, 1967.

These networks of ‘Third Intifadas’ construct spaces of possibilities by jointly interpreting, defining and redefining states of affairs in the Palestinian and the broader regional political landscape. As a reader of these websites, one often feels as if one is put at the center of political developments. The main political events broadcasted and advocated revolve around the Palestinian-Israeli conflict. Yet, social, religious and cultural dimensions, including sport, are not absent from the participants’ debates. However, the main objectives seem to focus on two specific frames: the ‘Right of Return’ and the ‘End of the Occupation’. The socio-political iteration of both frames is then connected to grievances that resonate strongly in the Palestinian population (inside Palestine and the Diaspora). Taken together, they communicate a uniform and thereby powerful message to the political elite. Contrasted to partisan claims, both frames dignify claims and help to produce a collective identity.³⁷

The slogan “Right of Return,” in particular, simplifies and condenses social mobilization and collective action. In clashes with the Israeli army, more than 30 were shot dead on the border while protesting for the right of return during the Nakba and Naksa Days.³⁸ This frame could create short-term and long-term claims on power holders and it will put pressure on the PLO and other Palestinian factions who are reluctant to integrate the “Right of Return” in their discourses. Instead, PLO negotiations have privileged the financially-based term “solving the refugees’ question”.³⁹

To sum up, once political and social opportunity structures had been created, youth networks translated them further into concrete action through a specific framing of grievance and suffering. Common among them is the general trend to focus on one goal, which then avoids all conventional, easily polarizable lines of division based on religion or political affiliation. At the same time, youth networks take specific initiatives which strongly criticize the dynamics of manipulation enacted by both factions. Thus, despite their heterogeneous character, these networks can bring thousands to the scene in one day and make them ‘disappear’ the next.⁴⁰ The importance of these youth networks does not rely on one specific network but on the phenomenon itself that seems to last longer since these networks cannot as easily be closed, controlled or manipulated by the regime as traditional initiatives by labor protest, leftist movements and/or Islamic movements.⁴¹

Conclusion

Since 2007, the Palestinian political landscape is characterized by a deep political and social split which has weakened the Palestinian position in regional and international terms. Both factions, Hamas and Fatah, have transformed into elite and authoritarian parties which strive to take control over all aspects of society. Under their rule(s), people could in no way significantly share processes of decision making. Coercive means rather than political legitimacy became characteristic of public life in Palestine. Although the public obeyed in large parts and polarized increasingly, it did not comply with the new sets of values and ideologies as new political visions became attractive. As public opinion polls and the now emerging civil activity show, people have become more and more dissatisfied. An increasing majority regards the division to be the major obstacle both to internal conflicts and to a broader solution with Israel and other neighboring countries. Until recently, however, protests against the division were not effective enough to move both parties beyond their distinct political mind frames and strategies. As

an additional factor, regional and international pressure has not worked sufficiently either. However, recent developments in the Middle East have drawn a new political picture on both levels, regionally and internally, which is likely to have a lasting impact on Palestinian politics. With regards to regional changes, the demise of the Mubarak regime is most noteworthy, since it had never addressed both factions adequately, that is in an equally appreciative, unbiased and wise manner. With the internal pressure rising as well, Hamas and Fatah faced a shift of alliance and changed their strategies. Specifically the spirit of Palestinian civil society has been changing both as a reaction to the political division and to the Arab spring. Conventional pretexts that blame protesters as affiliated to 'Islamic currents', or aim to carry out violence as in the case of the 'Third Palestinian Intifada' (removed by Facebook) seem to be less credible than ever.

Notes and References

- 1 The political split between Hamas and Fatah took place in June 2007, ending the National Unity Government formed mainly by Hamas and Fatah. While Hamas took over Gaza, Fatah took over the West Bank. The major reasons for the split is that the National Unity Government did not end the blockade on the Palestinian territories as Hamas rejected the three conditions of the Quartet (USA, EU, UN and Russia); "to renounce violence, recognize the state of Israel and accept the former agreements between the PLO and Israel."
- 2 Both factions are subject to regional and international actors' influence which virtually shapes their relations and cooperation.
- 3 These findings result from informal interviews and talks with people from Gaza and the West Bank since the split took place. They emphasized how the political split has strongly fostered a social split among people based on their political affiliations.
- 4 "Civil society" here refers to societal organizations of varied types existing in relative independence from the state; See Giacaman, George: Perspectives on Civil Society in Palestine, Paper presented at a conference on PNA-NGO Relations held by the Welfare Association, Muwatin, February 2000, online at: <http://www.muwatin.org/george/welfare.html> (28.06.2011).
- 5 As part of the wider Muslim Brotherhood, Hamas's political and social activities rely heavily on institutional activities. For further research, see: Gunning, Jeroen: Hamas in Politics: Democracy, Religion Violence, London, 2007 (pp. 143-194). See also: Jesen, Michael Irving: The Political Ideology of Hamas: A Grassroots Perspective, London, 2009 (p. 8).
- 6 The Associated Press: PA: Dozens of Hamas Charities Dismantled in West Bank, HAARETZ.com, 13.12.2007, online at: <http://www.haaretz.com/news/pa-dozens-of-hamas-charities-dismantled-in-west-bank-1.234427> (28.06.2011).
- 7 Independent Commission of Human Rights (ICHR): The Status of Human Rights in Palestine, Annual Report No. 15, 2009, (p. 183), online at: <http://www.ichr.ps/pdfs/ICHR%20Report15%20-%20Final.pdf> (28.06.2011).
- 8 Ibidem, (pp. 182-3).
- 9 Ibidem, (p. 182).
- 10 In an interview with Aljazeera satellite TV, the founder of Hamas, Sheikh Ahmad Yasin, said that: the Palestinian Authority closed an association today, and Hamas re-open it the following day under a new name. Mansour, Ahmad: Interview with Sheikh Amdad Yasin, Aljazeera TV, Sahed A'la al-A'sr, 05.06.1999, online at: <http://www.aljazeera.net/NR/exeres/3FFE7011-6735-40DB-968A-8FBF2B78C4BE.htm> (28.06.2011).
- 11 Personal interviews with participants in the strike, 2010.
- 12 Ramallah Center for Human Rights (RCHRS): A Special News Report on Stepping Aside of the Alaqsa University President, 2009, online at: http://www.rchrs.org/ar/index.php?option=com_content&view=article&id=440:2009-10-12-09-24-45&catid=41:rchrs-in-media&Itemid=13 (28.06.2011).
- 13 Ging, John: Conference Paper on 60 Years of Partnership for Palestinian Rights: UNRWA and Palestine Refugees, Transformation of Palestine Conference, Berlin, 2010, online at: <http://www.boell.de/worldwide/middleeast/middle-east-conference-transformation-of-palestine-8680.html> (28.06.2011).
- 14 International Crisis Group (ICG): Inside Gaza: the Challenge of Clans and Families, Middle East Report, No. 71, 20.12.2007, online at: http://www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/Israel%20Palestine/71_inside_gaza_the_challenge_of_clans_and_families.ashx (28.06.2011).
- 15 One example of depoliticization in Gaza is the tremendous spread of entertainment coffee shops in which sizable numbers of the public (almost entirely men), including mainly Fatah members and sympathizers, gather to watch soccer tournaments (e.g. the Spanish soccer league). Before Hamas came to power (that is before 2006), Hamas would have strongly campaigned against these facilities, Hamas in power, however, ignored this spread of entertainment places and in a sense welcomed their increasing popularity.
- 16 Independent Commission of Human Rights (ICHR), 2009 (p. 97-98).

- 17 EU/ PA ACTION PLAN, 2010, online at: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/june/tradoc_146237.pdf (28.06.2011).
- 18 Independent Commission of Human Rights (ICHR), 2009 (p. 262).
- 19 International Crisis Group (ICG), 2007 (pp. 15-16).
- 20 Ibidem, (p. i).
- 21 According to my observations, while I was in Gaza between 2004 and 2005, Gazans were eager to stop the “baltaje” of these clans.
- 22 ‘Normative law’ in Gaza refers to the norms imposed by traditions and the families that mainly serve big and strong families at the expense of small and ‘weak’ families. A significant amount of members of these clans were loyal to their families and their families protected them even in cases of committed crimes. Hamas, now, took their criminal actions as a pretext to disarm these families as they had refused to hand in some of their members accused of crimes to the Internal Security Apparatus. As a result, Gaza partially got better security conditions, mainly in Gaza City.
- 23 Compare Gunning, Jeroen: *Hamas in Politics: Democracy, Religion Violence*, London, 2007, (p. 85).
- 24 In its electoral program and the two governments’ programs formed by Hamas in 2006 and 2007, there was no reference for Islamization of society from above, but rather they emulated ‘secular’ programs; see: Hroub, Khalid: A “New Hamas” through Its New Documents, *Journal of Palestine Studies*, Vol. 35, No. 4, Summer 2006, online at: <http://www.palestine-studies.org/journals.aspx?id=7087&jid=1&href=fulltext> (28.06.2011).
- 25 “‘Jaljalat’ is an amorphous network of armed militants (believed to number some 2500-3000). Many of them are members of Hamas’ militant wing; Qassam Brigades. They seek greater Islamization of the society and they fear that by taking on the mundane tasks of government and public service delivery, Hamas has jeopardized its nationalist and Islamic purity and its commitment to armed resistance against Israel”, Sayigh, Yezid: *Hamas Rule In Gaza: Three Years On*, Middle East Brief 41, March 2010 (p. 4), online at: <http://www.brandeis.edu/crown/publications/meb/meb41.html> (28.06.2011).
- 26 International Crisis Group (ICG): *Radical Islam in Gaza, Middle East Report*, No. 104, 29.03.2011 (p. 3), online at: <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/Israel%20Palestine/104---Radical%20Islam%20in%20Gaza.ashx> (28.06.2011).
- 27 These findings result from informal talks with people from Gaza and observations of specific debates on Pal-talk and Facebook since the split took place.
- 28 For more information, see: *Palestinian Center for Policy and Survey Research (PCPSR), PSR - Survey Research Unit: Palestinian Public Opinion Poll*, No. 39, 10.04.2011, online at: <http://www.pcpsr.org/survey/polls/2011/p39efull.html> (28.06.2011).
- 29 International Crisis Group (ICG): *Ruling Palestine II, the West Bank Model?*, Middle East Report, No. 79, 17.07.2008 (p. i), online at: http://www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/Israel%20Palestine/79_ruling_palestine_ii__the_west_bank_model.ashx (28.06.2011).
- 30 Since the revolution has started in Syria, news reports claim that the Political Bureau of Hamas is trying to move to Jordan.
- 31 *Palestinian Center for Policy and Survey Research (PCPSR)*, 2011.
- 32 Hamas and Fatah carried out reconciliation talks in many countries such as Yemen but these talks were born dead before they started as observers saw these talks as political tactics to measure the power of the other side.
- 33 “Naksa” (first used by the Egyptian journalist Mohammad Hasanin Haykal) refers to the Arab defeat in 1967 through which Israel occupied Gaza and the West Bank (Palestine), Sinai (Egypt) and the Golan Heights (Syria).
- 34 Diani, Mario and McAdam, Doug (eds.): *Social Movements and Networks; Relational Approaches to Collective Action*, Oxford, 2003 (p. 23).
- 35 *Hasad Al-Yaoum (Major Daily News): Interview with the Hunger Strike Protesters*, Aljazeera News (Live Show at 22:00), 17.03.2011.
- 36 Diani, Mario and McAdam, Doug (eds.), 2003 (p. 8).
- 37 Tarrow, Sidney: *Power in Movement: Social Movements and Contentious Politics*, Cambridge, 2011 (pp. 144-149).
- 38 Aljazeera News: *Israel Fires on ‘Naksa’ Protesters*, Middle East, 06.06.2011, online at: <http://english.aljazeera.net/news/middleeast/2011/06/20116591150521659.html> (28.06.2011).
- 39 Aljazeera Transparency Unit, *PLO Negotiation Documents: Joint Provisions Document on Refugees* 08.04.2008, online at: <http://www.ajtransparency.com/ar/node/2416>; Document at 16.06.2009, online at: <http://www.ajtransparency.com/ar/node/4660>; Document, 24.07.2008, <http://www.ajtransparency.com/ar/node/4064> (28.06.2011).
- 40 Ottaway, Marina and Hamzawy, Amr: *Protest Movements and Political Change in the Arab World*, Carnegie Endowment for International Peace, 28.01.2011 (p. 11), online at: http://www.carnegieendowment.org/files/OttawayHamzawy_Outlook_Jan11_ProtestMovements.pdf (28.06.2011).
- 41 Ibidem, (pp. 9-11).

Dora Streubel

Gewalt als Säule des Machterhalts in Syrien

Ein Wandel des politischen Systems in Syrien, oder bescheidener formuliert, die Realisierung politischer Reformen durch Druck seitens der syrischen Bevölkerung ist in mehrerer Hinsicht ein schwieriges Unterfangen. Welche Hindernisse hier zum Tragen kommen, lässt sich anhand von Erklärungsansätzen der Autoritarismusforschung nachvollziehen. In Syrien gewinnt derzeit besonders ein Element autoritären Machterhalts Gewicht: die Repression. An den extralegalen Hinrichtungen, Folterungen, Misshandlungen, unfairen Verfahren und Inhaftierungen ohne Kontakt zur Außenwelt wird eine Bedrohung deutlicher sichtbar, die den Syrer_innen seit Jahrzehnten ständige Begleiterin ist. Die weit verbreitete Angst vor solchen Übergriffen schien zunächst nach dem Amtsantritt Bashar al-Asads im Jahr 2000 gemildert, der zumindest verbal eine Reformphase einleitete. Seit den zivilgesellschaftlichen Reformbestrebungen in der Periode des ‚Damaszener Frühlings‘, die auf seinen Amtsantritt folgten, und die nach nur sechs Monaten massiv unterdrückt wurden, gab es im Land jedoch kaum mehr kritische Äußerungen im öffentlichen Raum, die nicht verfolgt wurden.

Wie schwer es war, selbst in kleinem Kreis eine politische Agenda zu vertreten, zeigt das Beispiel der Kerzenwache für die ägyptischen Demonstrierenden, die am 2. Februar 2011 in Bab Touma, dem Touristenviertel der Altstadt von Damaskus, veranstaltet wurde. An dieser Mahnwache, die den dritten Tag in Folge unter Personenkontrolle durch den Geheimdienst stattfand, beteiligten sich 15 Menschen. Nach Berichten von Human Rights Watch wurden sie durch 20 Personen in ziviler Kleidung vertrieben und teilweise geschlagen, ohne dass die anwesende Polizei eingriff. Im Gegenteil, als eine bekannte politische Aktivistin und Organisatorin dieser Kerzenwache, Suhair Atassi, auf einer Polizeistation Anzeige erstatten wollte, wurde sie von einem Sicherheitsbeamten tätlich angegriffen, mit dem Tode bedroht, beleidigt, und als israelische Agentin beschimpft.¹ Auch wenn sich dieser Vorfall im Zuge verschärfter Sicherheitskontrollen seit Beginn der ägyptischen Revolution ereignete, so lässt sich doch kaum eine größere Zahl von Kundgebungen nennen, die in den vergangenen zehn Jahren anders abgelaufen wäre. Die oft kaum wahrnehmbaren Handlungen von Aktivist_innen, die immer wieder zu Verhaftungen und Verurteilungen führten, zeigen, wie stark die Kontrolle der syrischen Behörden ist.

Die Brutalität, die die Syrer_innen nun seit Beginn der Demonstrationen im Land erfahren, ist die konsequente Fortsetzung dieser üblichen Praxis der Behörden. Ihr unfassbares Ausmaß wird in einem aktuellen Bericht von Human Rights Watch „We’ve Never Seen Such Horror“² eingehend beschrieben. Amnesty International schätzte Anfang Juni 2011, drei Monate nach Beginn der Proteste, die Zahl der Toten auf 1104, darunter sollen 82 Kinder sein.³ Die lähmende Angst, die aus der Repression resultiert, scheint jedoch derzeit verdrängt und das Regime ist herausgefordert, mit allen Mitteln seine Macht zu wahren. Wenn es auch angesichts der Gewalt fast überflüssig wirkt, nach weiteren Strategien des Selbsterhalts der politischen Eliten zu fragen, so ist jetzt doch vielleicht ein guter Zeitpunkt dafür. Denn so, wie die Repression verstärkt sichtbar wird, gilt dies auch für nicht-repressive Taktiken des Regimes, durch die es sich für lange Zeit etablieren konnte. Dazu zählen eine starke Ideologie, die klientelistische Einbindung strategischer Gruppen, kleinere Wirtschaftsreformen und regionale wie internationale Bündnisse. Im Folgenden wird eingehender analysiert, wie und mit welchem Erfolg diese Taktiken in Reaktion auf die Proteste verstärkt eingesetzt werden.

Drohkulisse Bürgerkrieg

Neben körperlicher und psychischer Gewalt gibt es ein weiteres Instrument, mit dem das Regime versucht, Ängste zu schüren. Dabei handelt es sich um die Propagierung des Bildes von unmündigen Bürger_innen, die nicht in der Lage seien, das Land zu kontrollieren. Wenn die schützende Hand des Regimes fehle, würde es vielmehr zum Zerfall des Staates und zu Bürgerkriegen zwischen den verschiedenen religiösen, konfessionellen und ethnischen Gruppen wie in Irak und Libanon kommen. Obwohl aus dem syrischen Alltag kaum gewaltvolle Konflikte beispielsweise zwischen Anhängern verschiedener religiöser Strömungen bekannt sind, taucht immer wieder das Argument auf, bei einer Änderung der politischen Rahmenbedingungen seien destabilisierende Auseinandersetzungen zu erwarten. In dieses Bild passen die Gerüchte, die derzeit über Angriffe auf die christliche und alawitische Minderheit gestreut werden.⁴ Im Gegensatz zu diesem Drohszenario stehen die verschiedenen Ansätze überkonfessioneller Zusammenarbeit. Immer wieder gab es seit der Reformphase des ‚Damaszener Frühlings‘ im Jahr 2000 Versuche oppositioneller Kräfte, in religiös und ethnisch übergreifenden Bewegungen auf nationaler Ebene zusammen zu arbeiten. Berühmtestes Beispiel hierfür war die ‚Damaszener Erklärung‘ aus dem Jahr 2005. Die bloße Existenz einer alawitischen Elite, kurdischer Parteien, palästinensischer

Organisationen, islamistischer sunnitischer Gruppierungen, von Büros schiitischer Glaubensgemeinschaften oder auch Initiativen säkularer Diskussionszirkel stellt jedenfalls allein noch keine Grundlage für Bürgerkriege dar. Jenseits der großen korporatistischen Verbände wie Frauenunion, Bauernunion, Gewerkschaften und Jugendorganisationen, die alle an die regierende Baath-Partei angegliedert sind, konnten sich allerdings aufgrund staatlicher Kontrolle und Intervention kaum unabhängige zivilgesellschaftliche Institutionen entwickeln, in denen längerfristig gemeinsames Arbeiten hätte erprobt werden können. Die Befürchtungen um Konflikte müssen daher dennoch sehr ernst genommen werden.

Brüchiger Klientelismus

Von umfassenden Wohlfahrtsleistungen als Strategie der Legitimation konnte in Syrien in den vergangenen Jahren keine Rede mehr sein. Mit dem massiven Abbau staatlicher Subventionen seit 2007, wovon Preise für Strom, Benzin und Nahrungsmittel betroffen waren, stiegen die Ausgaben für Syrer_innen in kaum tragbare Höhen; Wirtschaftswissenschaftler_innen prognostizierten soziale Unruhen.⁵ Als nach Aufrufen zu Demonstrationen Anfang Februar 2011 die Protestwelle drohte, Syrien zu erreichen,⁶ ging das Regime einige Schritte nach vorn und bot verschiedene Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung und politische Reformen an. An diesen Maßnahmen lässt sich recht gut ablesen, wer neben loyalen Eliten die strategischen Gruppen im Land sind, deren Legitimierung derzeit gewonnen werden will: Heizkostenzuschüsse für zwei Millionen Staatsangestellte;⁷ Krankenversicherungen für Staatsangestellte;⁸ Erlassen der Bewässerungssteuern für Bauern;⁹ 200 Millionen Euro Lebensmittelhilfen an arme Familien.¹⁰ Landwirtschaft und Dienstleistungen (wobei die Hälfte der im Dienstleistungsbereich Tätigen Staatsangestellte sind) machen einen Großteil der Arbeit in Syrien aus. In der staatlichen Verwaltung werden bereits seit einiger Zeit Stimmen laut, die eine grundlegende soziale und wirtschaftliche Modernisierung fordern und vor den Folgen der anhaltenden Stagnation warnen.¹¹

Größeres Potenzial zu Protesten liegt ganz offenbar bei den ärmeren Teilen der Bevölkerung. Nach Angaben der UN beträgt der Anteil von extrem armen Menschen im urbanen Bereich 9,9% im Jahr 2007, im ländlichen Bereich waren es 15,1%.¹² Und auch bei den Bäuer_innen mehren sich die Anlässe zu Unzufriedenheit. Die anhaltende Dürre reduziert die Ernten seit fünf Jahren enorm, etwa 300.000 Menschen sollen seither vom Land in die Städte gezogen sein. Bei den sehr armen Menschen und bei (ehemaligen) Landbewohner_innen handelt es sich also um große Bevölkerungsgruppen, deren Lebens-

grundlagen kaum gesichert sind. Im Bereich der politischen Reformen soll neben weiteren Schritten den in Syrien lebenden 250.000 Kurd_innen die Staatsbürgerschaft zuerkannt werden. Besonders der letztgenannte Schritt verdient einige Aufmerksamkeit, denn es waren vor allem kurdische (nicht-legale) Parteien und Verbände, denen es trotz der Repressionen in den vergangenen Jahren immer wieder gelang, größere Zahlen von Menschen zu Protesten zu mobilisieren.¹³

Wie wenig das syrische Regime seinen wohlfahrtstaatlichen Aufgaben nachkommt, zeigt insbesondere der Bildungssektor: Der Unterricht an staatlichen Schulen und Universitäten ist kostenlos, aber die Kritik am Bildungssystem wächst. Die Unterrichtsmaterialien sind veraltet, Frontalunterricht und Auswendiglernen stehen an der Tagesordnung. In der Folge haben viele syrische Jugendliche Schwierigkeiten, Arbeit zu finden, die Rate der Schulabbrecher_innen steigt.¹⁴ Kinder und Jugendliche machen in Lehreinrichtungen Gewalterfahrungen, von Schlägen mit einer Rute auf die Hände wird häufiger berichtet. In der ehemaligen deutsch-syrischen Wadi-Universität wurden Studierende vom Geheimdienst abgeführt, weil sie sich öffentlich für mehr Mitspracherechte des Studierendenrates eingesetzt hatten¹⁵ und 2004 setzten sich 200 Medizinstudierende der Universität Aleppo für eine von der Baath-Partei unabhängige Studierendenunion ein.¹⁶ Sowohl in Damaskus als auch Aleppo gab es in den vergangenen Monaten Versuche, an den Universitäten zu protestieren, die aber kaum größere Menschenmengen anzogen. Dass es hier relativ ruhig blieb, kann einfach daran liegen, dass es – mit den zynischen Worten eines Syrers – derzeit mehr Geheimdienstler_innen als Studierende auf den Campus gibt.

Immer mehr Zweifel bestehen auch hinsichtlich der Loyalität bislang als weitgehend zuverlässig geltender staatlicher Organe wie dem Militär und dem Geheimdienst. In Bezug auf die Geheimdienste gab es bereits vor Jahren Informationen, „Teile hätten sich verselbstständigt, operierten sogar gegen den Präsidenten oder seien von Islamisten unterlaufen“.¹⁷ Derzeit häufen sich Berichte über Desertionen von Angehörigen dieser beiden Institutionen, offenbar nicht zuletzt wegen der lebensbedrohlichen Konsequenzen, die auf eine Befehlsverweigerung folgen können.¹⁸

Renten und Wirtschaftsreformen als Köder der Mittelschicht?

Obwohl viele wohlhabendere Syrer_innen die Forderungen der Demonstrierenden unterstützen, schließen sie sich kaum den Protesten an. Nach Einschätzung von Beobachter_innen handelt es sich bei den Protestierenden in erster Linie um ärmere Menschen, die sich für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, gegen staatliche Willkür und für mehr Mitspracherechte einsetzen.¹⁹ Diese Beobachtung ergibt sich aus der geographischen Verortung der Proteste in ärmeren Vororten und Städten, unabhängige Berichterstattung ist in Syrien seit Monaten nicht zugelassen. Die Zurückhaltung der höheren Schichten lässt sich folgendermaßen erklären: Steigende Erdölexporte, gute landwirtschaftliche Bedingungen und höhere internationale Hilfszahlungen ermöglichten zu Beginn der 90er Jahre einen Entwicklungsschub, der zu einer gewissen ökonomischen Sicherheit führte.²⁰ Dieser Prozess war jedoch selektiv und kurzfristig;²¹ die oftmals aus veralteten Gesetzen resultierenden widersprüchlichen Regulierungen und die durch Korruption praktisch ausgehebelte Rechtssicherheit stärkten zudem informelle Absprachen und Loyalitäten.

Vielleicht ist es insbesondere die Sorge um die Fragilität der schützenden Beziehungsnetze, die viele Selbstständige und Angestellte zu Hause bleiben lässt. Eine Studie aus dem Jahr 2007 ergab, dass ca. 40% der 29-jährigen Männer in Syrien freiberuflich tätig waren oder ein eigenes Geschäft führten; sie unterliegen besonders der Willkür und den Absprachen mit lokalen Behörden und Kreditunternehmen.²² Der Schutz informeller und persönlicher Beziehungen zu Behörden und Protegés ist vermutlich ein zentrales Anliegen vieler Syrer_innen. Im Jahr 2005 sollen zudem 15% der jungen Männer und 36% der jungen Frauen arbeitslos gewesen sein. Bei einem Bevölkerungsanteil 10-19jähriger in Höhe von 21% Prozent ist diese Rate enorm.²³

Immer weniger Sicherheit bieten auch die nachlassenden Renteneinkommen. Syrien ist bereits Netto-Ölimporteur geworden, die wichtigste Einkommensquelle des Landes versiegt allmählich. Subventionen auf Gas und Öl wurden in den vergangenen Jahren massiv eingeschränkt, was zu viel Unmut in der Bevölkerung geführt hat. Im Jahr 2008 stiegen die Gas- und Dieselpreise um 33% respektive 240% Prozent.²⁴ Der Bezug politischer Renten aus Saudi-Arabien ergibt noch 10% des Staatsbudgets.²⁵ Die Weltbank erwartet eine weiter steigende Inflation in den kommenden Jahren, zudem legt die seit

mittlerweile fünf Jahren andauernde Dürre den zweitwichtigsten ökonomischen Sektor, die Landwirtschaft, lahm.

Eine länger währende Kooptation strategisch wichtiger Gruppen durch finanzielle Vorteile wird unter diesen Umständen schwierig. Für diese Gruppen Milliarden Dollar auszugeben, wie es in Saudi-Arabien der Fall ist,²⁶ kann sich das syrische Regime jedenfalls nicht leisten.

Iran als letzte Allianz

Bisher konnte sich die internationale Staatengemeinschaft aufgrund des Vetos von Russland und China im UN-Sicherheitsrat Ende April 2011 nicht darauf einigen, das brutale Vorgehen des syrischen Regimes in einer Presseerklärung zu verurteilen. Die Beauftragung des Internationalen Strafgerichtshofs zu einer Untersuchung der Eskalation, wie es Amnesty International und Human Rights Watch fordern, ist daher nicht so schnell zu erwarten, wie es im Falle Libyens geschah. Dennoch, die Stellungnahmen zur Verurteilung des syrischen Vorgehens nehmen zu. Die Mittel, die den Staaten jenseits der UN-Instrumente zur Verfügung stehen, sind inzwischen weitgehend ausgeschöpft: die Einfrierung von Konten, Reiseverbote für Assad und weitere Angehörige der Regierung, Sanktionen und die Einberufungen von Botschaftern seitens verschiedener EU-Staaten und der USA haben bislang keine Wirkung gezeigt. Seit Mai positioniert sich nun auch die Türkei stärker gegen das Vorgehen des syrischen Regimes: Ministerpräsident Erdogan erklärt das brutale Vorgehen gegen Demonstrierende als inakzeptabel und öffnet offiziell die türkischen Grenzen für syrische Flüchtlinge. Berichten zufolge sollen militärische Operationen vorbereitet werden, um notfalls auch innerhalb der syrischen Grenzen Schutzzonen für Flüchtlinge einzurichten.²⁷ Mit der derzeitigen Besetzung der Grenzstadt Dschisr al-Schugur könnte dieses Szenario schon bald Realität werden. Und nicht nur Flüchtlinge können auf die Unterstützung der Türkei hoffen, sondern auch die syrische (Exil-) Opposition, die sich Anfang Juni zu einer dreitägigen Konferenz mit 300 Teilnehmenden in Antalya traf.²⁸

Iran ist derzeit der einzige Staat, der dem isolierten Syrien zur Seite steht. Hier findet das Regime offenbar Unterstützung in Schulungen durch hochrangige Spezialisten aus der iranischen Al-Kuds-Eliteeinheit in Techniken zur gewaltsamen Auflösung von Demonstrationen und beim Aufspüren von Regimegegnern im Internet.²⁹

Ob und inwiefern Syriens Frontstellung gegen Israel dafür sorgt, dass der öffentliche Druck auf Syrien nicht noch mehr erhöht wird, kann an dieser Stelle nur als Frage aufgeworfen werden: Gilt tatsächlich die geostrategische Devise „Asad ist zwar ein Feind, aber einer, der seit fast vierzig Jahren verlässlich für Ruhe gesorgt hat an der Grenze“?³⁰ Welche Auswirkung hat die offensichtliche Selbstinszenierung des syrischen Regimes als „Schutzmacht Israels“, indem es Aktivitäten von in Syrien lebenden Palästinensern in der Grenzregion unterbindet?³¹ Klar ist, dass die Unsicherheit über die zukünftige Politik des Landes ohne Bashar al-Asad die Vorstellung auf Seiten Israels hervorruft, es könne zu vermehrten Konflikten im Grenzgebiet kommen. Der syrische Geheimdienst überwacht die Grenze zu Israel sehr genau. Was geschehen kann, wenn diese Überwachung entfällt, zeigten die Ereignisse am Gedenktag zur Nakba am 15. Mai 2011. An diesem Tag kam es zu Grenzübertritten durch palästinensische AktivistInnen von Syrien aus. Hier kann mit Sicherheit von einer Inszenierung gesprochen werden, indem die Übertritte zugelassen wurden.

Vorsichtige Hoffnungen in einer gewaltvollen Revolution

Mit Dekret Nr. 161 vom 21. April 2011 hatte Präsident Baschar al-Assad den seit 8. März 1963 geltenden Ausnahmezustand aufgehoben. Gleichzeitig löste er mit Dekret Nr. 53 das Hohe Staatssicherheitsgericht in Damaskus auf, das für seine unfairen Verfahren gegen politische Opponenten bekannt war. Schließlich wurde mit Präsidialdekret Nr. 54, ebenfalls vom 21. April, das Demonstrationsrecht neu geregelt. Angesichts der Tatsache, dass nur einen Tag später die bis dahin massivsten Angriffe auf Demonstrierende stattfanden, bei denen 120 Menschen ums Leben kamen, wirken diese Schritte jedoch völlig unglaubwürdig. Die Proteste gingen weiter, wobei sich einige Merkmale änderten: In den ersten Wochen wurde Freiheit gefordert, nun ist es der Rücktritt al-Assads; die Zahl der Demonstrierenden steigt beständig, selbst in Hama – wo 1982 bei der Niederschlagung von Aufständen nach Schätzungen 20.000 bis 30.000 Menschen ums Leben kamen – sind bereits Zehntausende Menschen auf die Straße gegangen; mittlerweile gilt die Devise: keine Gespräche, solange das Regime noch an der Macht ist; und immer häufiger gibt es Berichte über desertierende Militärangehörige. Zudem gibt es seit Anfang Juni Berichte über lokale Komitees in vielen verschiedenen Städten, die sich miteinander vernetzen und die Kundgebungen offenbar systematischer organisieren.³²

Waren zu Beginn der Proteste sehr viele Beobachter_innen skeptisch, so verbreitet sich langsam Optimismus, dass die Revolution gelingen kann. Der Mut der Syrer_innen ist kaum zu fassen. Zugleich begegnet das Regime den Protesten immer brutaler, wobei offenbar niemand dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen vermag. Es wird am Ende nur zu fordern bleiben, dass die für die Gräueltaten Verantwortlichen belangt werden. Laut Opposition sind die Anklageschriften für den internationalen Gerichtshof schon verfasst.

Anmerkungen und Literatur

- 1 Human Rights Watch: Syria. Gang Attacks Peaceful Demonstrators, Police Look On, 3. Februar 2011, online unter: <http://www.hrw.org/en/news/2011/02/03/syria-gang-attacks-peaceful-demonstrators-police-look> (28.06.2011).
- 2 Human Rights Watch: 'We've Never Seen Such Horror', 1. Juni 2011, online unter: <http://www.hrw.org/de/reports/2011/06/01/we-ve-never-seen-such-horror-o> (28.06.2011).
- 3 Amnesty International: Fears for Syrian Child Protesters Amid Fresh Reports of Deaths, 10. Juni 2011, online unter: <http://www.amnesty.org/en/news-and-updates/fears-syrian-children-detention-amid-fresh-reports-torture-death-2011-06-09> (28.06.2011).
- 4 Mohns, Erik: Der Anfang vom Ende? Das Assad-Regime in Syrien steht mit dem Rücken zur Wand, Center for Mellemøst-studier Analysis Paper 6/2011 (S. 5), online unter: http://static.sdu.dk/mediafiles///Files/Om_SDU/Centre/C_Mellemoest/Videncenter/Nyheder/2011/1106EM.pdf (28.06.2011).
- 5 Integrated Regional Information Networks: Syria. Economic Reforms Threaten Social Unrest, 30. Oktober 2007, online unter: <http://www.irinnews.org/Report.aspx?ReportId=75053> (28.06.2011).
- 6 Tatsächlich begannen größere Proteste erst Mitte März 2011.
- 7 dpa: Der Wind des Wandels erreicht Syrien, Focus online, 7. Februar 2011, online unter: http://www.focus.de/politik/ausland/innenpolitik-der-wind-des-wandels-erreicht-syrien_aid_597613.html (28.06.2011).
- 8 Bischoff, Jürg: Geht Asads Rechnung auf?, Neue Zürcher Zeitung, 6. April 2011, online unter: http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/geht_asads_rechnung_auf_1.10148522.html (28.06.2011).
- 9 ebd.
- 10 Leidholdt, Ulrich: Lebensmittelpakete statt Reformen, tagesschau.de, 8. Februar 2011, online unter: <http://www.tagesschau.de/ausland/syrien150.html> (28.06.2011).
- 11 Perthes, Volker: Syria Under Bashar al-Asad: Modernisation and the Limits of Change, New York, 2004 (S. 15).
- 12 United Nations Development Programme: Syrian Arab Republic, Third National MDGs Progress Report, 2010 (S. 14), online unter: <http://www.undp.org.sy/files/FINAL253.pdf> (28.06.2011).
- 13 Gauthier, Julie: The 2004 Events in al-Qamishli. Has the Kurdish Question Erupted in Syria?, in: Lawson, Fred H. (Hrsg.): Demystifying Syria, London, 2009 (S. 105-119).
- 14 Kabbani, Naber und Kamel, Noura: Youth Exclusion in Syria. Social, Economic, and Institutional Dimensions, Middle East Youth Initiative Working Paper 4/2007 (S. 15), online unter: http://www.shababinclusion.org/files/537_file_Syria_Paper_final.pdf (28.06.2011).
- 15 Dieses Vorgehen führte neben weiteren Vorfällen zu einer Beendigung der deutsch-syrischen Kooperation an dieser Universität seitens des DAAD.
- 16 Gauthier, 2009 (S. 109).
- 17 Wieland, Carsten: Syrien nach dem Irakkrieg. Bastion gegen Islamisten oder Staat vor dem Kollaps?, Berlin, 2004 (S. 59).
- 18 Al Jazeera: 'Defected Syria security agent' speaks out, 8. Juni 2011, online unter: <http://english.aljazeera.net/news/middleeast/2011/06/201168175624573155.html> (28.06.2011).
- 19 Pierret, Thomas: Le parcours du Combattant des Opposants Syriens, Le Monde, 6. April 2011, online unter: http://www.lemonde.fr/idees/article/2011/04/06/le-parcours-du-combattant-des-opposants-syriens_1503828_3232.html (28.06.2011);
- Hodali, Diana im Gespräch mit Helberg, Kristin: Die Syrer wollen Reformen, Deutsche Welle, 22. März 2011, online unter: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,14935824,00.html> (28.06.2011).
- 20 Zorob, Anja: Reform Without Adjustment. The Syrian Style of Economic Opening, in: Henner Fürtig (Hrsg.): The Arab Authoritarian Regime Between Reform and Persistence, Cambridge, 2007 (S. 57-86).
- 21 Zorob, Anja: Entwicklung und Defizite des wirtschaftlichen Reformprozesses in Syrien, in: Wippel, Steffen (Hrsg.): Wirtschaft im Vorderen Orient. Interdisziplinäre Perspektiven, Berlin, 2005 (S. 77-111).
- 22 Kabbani und Kamel, 2007 (S. 18).
- 23 United Nations International Children's Emergency Fund: At a glance: Syrian Arab Republic Statistics, 2. März 2010, online unter: http://www.unicef.org/infobycountry/syria_statistics.html#83 (28.06.2011).
- 24 European Commission: Impact of the Global Crisis on Neighbouring Countries of the EU, Occasional Papers 48/2011 (S. 126), online unter: http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication15398_en.pdf (28.06.2011).
- 25 Küpeli, Ismail: Revolte mit begrenzter Reichweite. Warum einige arabische Regime stabiler sind als andere, in: Analyse und Kritik Nr. 559, 18. März 2011, online unter: http://www.akweb.de/ak_s/ak559/21.htm (28.06.2011).
- 26 König Abdullah Bin Abd al-Asis gab im Februar 2011 bekannt, dass er die Summe, mit der die Regierung jungen Saudi-Arabern dabei hilft, Häuser zu kaufen, Familien zu gründen und Firmen aufzubauen, von etwa 9 auf 17 Milliarden Euro erhöhe; und dass er die Löhne im Staatsdienst um 15 Prozent anhebe, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten auszugleichen. (Spiegel Online: Die Milliarden-Dollar-Frage, 28. Februar 2011, online unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-77222625.html> (28.06.2011)).
- 27 Fisk, Robert: Who cares in the Middle East what Obama says?, The Independent, 30. Mai 2011, online unter: <http://www.independent.co.uk/opinion/commentators/fisk/who-cares-in-the-middle-east-what-obama-says-2290761.html> (28.06.2011).
- 28 Die Abschlusserklärung wurde am 2. Juni 2011 im auf dieser Internetseite veröffentlicht: <http://www.lccsyria.org/583> (28.06.2011).
- 29 Warrick, Joby: Iran reportedly aiding Syrian crackdown, The Washington Post, 28. Mai 2011, online unter: http://www.washingtonpost.com/world/national-security/iran-reportedly-aiding-syrian-crackdown/2011/05/27/AGUJeoCH_story.html (28.06.2011).
- 30 Borowski, Max: Israel bangt um einen verlässlichen Feind, Neue Zürcher Zeitung, 3. April 2011, online unter: http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/israel_bangt_um_einen_verlaesslichen_feind_1.10116185.html (28.06.2011).
- 31 Mohns, 2011 (S. 7).
- 32 Weitere Informationen finden sich im Internet unter www.lccsyria.org.

Biographien - Biographies

Imad Alsoos writes his PhD on “Islamic movements; Hamas and the Islamic Action Front of Jordan” at Freie Universität Berlin. The focus of his research are mobilization mechanisms employed by Islamic movements. He holds a scholarship from the German Academic Exchange Service (DAAD). His academic interests include social movements in the Middle East, Islamic movements, and liberation theology.

Fadi A. Bardawil is a EUME fellow and a visiting scholar at the Center for Middle Eastern and North African Politics at the Free University of Berlin. He received his Ph.D in Anthropology from Columbia University in 2010. His dissertation, “When All This Revolution Melts into Air: The disenchantment of Levantine Marxist intellectuals,” explores the ideological transformations in the region, the vexed relation of intellectuals to political militancy as well as the articulations of metropolitan fields of cultural production to Arab ones. Additionally, he is a contributor to the opinion pages of the Lebanese daily, al-Akhbar.

Naoual Belakhdar hat Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und am Institut d'Études Politiques in Paris studiert. Schwerpunkt liegt auf den sozialen Bewegungen und Protesten in Algerien, sowie auf Staat-Gesellschaftsbeziehungen und aktuellen Transformationsprozessen im Nahen Osten und Nordafrika. Derzeit leitet sie ein Seminar zu Film und Politik im Vorderen Orient mit Prof. Cilja Harders, Anna Antonakis und Samir Israel am Otto-Suhr-Institut Berlin.

Malika Bouziane is PhD candidate at the Center for Middle Eastern and North African Politics and Research Associate at the Collaborative Research Center 700 „Governance in Areas of Limited Statehood: New Modes of Governance?“ at Freie Universität Berlin. Her current research focuses on local politics in the periphery of Jordan with a specific focus on discursive perceptions of state and legitimacy. She aims to explain socio-political dynamics at the intersection of formal and informal institution within the broader context of authoritarian statehood. Since 2008, she has been investigating informal politics and municipal elections in Ma'an analyzing the ways informal institutions are challenging, reinforcing and changing local power relations and governance structures.

Carmen Dege ist seit September 2010 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients am Otto-Suhr-Institut. Sie studierte Politikwissenschaften und Psychologie an der Freien Universität Berlin, der Clark University in Massachusetts sowie der University of Chicago. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in Fragen politischer Theorie der Moderne, dem Israel-Palästina-Konflikt sowie sozialpsychologischen Dynamiken von Gewalt und Autoritarismus. In ihrer Dissertation analysiert sie den ideengeschichtlichen Hintergrund israelischer und palästinensischer Nationalismen und dessen Einfluss auf das Konfliktgeschehen. Im September 2011 wird sie an das Department of Political Science der Yale University wechseln.

Steffen Hagemann is Research Associate at the Social Sciences Department, Technical University Kaiserslautern. He formerly taught at the Free University Berlin. His specializations include religious movements, political culture and the theory of authoritarianism and democracy. His present research project focuses on violence, emotions and memory, analyzing the various cultural codifications of emotions evoked by social movements in commemorating victims of war and terror.

Cilja Harders ist Professorin für Politikwissenschaft und seit 2007 Leiterin der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Von 2002 - 2007 war sie Juniorprofessorin für „Geschlechterforschung mit dem Schwerpunkt Politikwissenschaft“ an der Ruhr-Universität Bochum. Sie studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Literaturwissenschaft in Freiburg und Hamburg und verbrachte zahlreiche Auslands- und Studienaufenthalte im Nahen Osten und Nordafrika. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Politik und Gesellschaft des Nahen Ostens, Politik von unten, Partizipation und Transformation, Euro-Arabische Beziehungen, sowie Geschlechterforschung insbesondere zu Geschlecht und Gewalt.

Shelley Harten is a Phd candidate at the History and Art History Department of Freie Universität Berlin. She holds a scholarship from the German National Academic Foundation. Her main research areas are cultural history, conflict culture, Israel-Palestine studies, the theories of spatial turn and Orientalism. Her thesis focuses on representations of „Arabness“ in Zionist and Israeli visual high arts.

Jens Heibach studierte Politik- und Islamwissenschaft in Bonn, Durham (GB) und Berlin, war von 2008 bis 2009 Mitarbeiter im Kultur- und Politikreferat der Deutschen Botschaft in Sanaa (Jemen) und ist seit August 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politik des Nahen und Mittleren Ostens am Centrum für Nah- und Mittelost-Studien (CNMS) der Philipps-Universität Marburg.

Anja Hoffmann ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „Herausforderung lokaler Governance-Institutionen? Dezentralisierung in Marokko und Jordanien“ am DFG-Sonderforschungsbereich 700. Sie studierte Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin, Internationale Beziehungen und Diplomatie an der Al Akhawayn Universität in Marokko und Internationale Angelegenheiten am Genfer Graduierteninstitut für Internationale Studien und Entwicklung (HEID). Nach ihrem Studium arbeitete sie für das GTZ-Projekt „Appui à la Gestion Intégrée des Ressources en Eau“ in Marokko. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Politik in Nordafrika (insb. Marokko), Verwaltung von Wasserressourcen und Internationale Entwicklungspolitik.

Katharina Lenner is a political scientist and Research Associate at the Center for Middle Eastern and North African Politics. In her dissertation she focuses on “the politics of poverty alleviation and local development in Jordan”. Research and teaching interests include: state theories and the transformation of the state in the Global South, politics of development and social policy, postcolonial perspectives on states and societies in the Arab World, particularly in the mashreq countries.

Hoda Salah ist Post-Doktorandin zum Moralwandel der Sexualität durch Jugendbewegung in Ägypten an der Uni Frankfurt/M. Ihre Promotion schrieb sie über die politische Partizipation der Frauen im politischen Islam. Bis 2010 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients. Sie studierte Politikwissenschaft, deutsche Literatur, Pädagogik und Medienwissenschaft in Kairo, Deutschland, Kanada und den USA. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen Kultur und Politik der arabischen Länder, politischer Islam, Demokratisierungsprozesse, Feminismus und Frauenrechte in muslimischen Gesellschaften. Des Weiteren ist sie als Politikberaterin der politischen Stiftungen und Institutionen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland tätig.

Der Name der Autorin wurde geändert, da sie ihre Feldforschungen in Syrien noch nicht abgeschlossen hat. **Dora Streubel** schreibt derzeit ihre Doktorarbeit in Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Zivilgesellschaft und informelle Partizipation in autoritären Staaten. Sie war unter anderem an der Freien Universität Berlin und am Goethe-Institut Damaskus tätig, seit mehreren Jahren setzt sie sich ehrenamtlich gegen Menschenrechtsverletzungen in Syrien ein.

Anja Zorob ist seit November 2009 Juniorprofessorin an der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients. Von 2002-2006 und 2008-2009 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Entwicklungsfor-

schung und Entwicklungspolitik (IEE) der Ruhr-Universität Bochum. 2006-2008 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Nahost-Studien (IMES), German Institute of Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg. Sie studierte Islamwissenschaft, Orientalische Philologie und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Freiburg, Damaskus und Bochum. Sie verbrachte Studien- und Forschungsaufenthalte im Nahen Osten und in Nordafrika. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Wirtschaft und Politik der Länder der MENA-Region, Wirtschaftliche Entwicklung und Transformation, Politische Ökonomie und Regionale Integration, EU-GCC- und intra-arabische Beziehungen.